

Der Einfluß der europäischen Wirtschaftsintegration
auf die Papierindustrie der BRD
unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaft
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

Vorgelegt von
Diplom-Kaufmann Christian Robert Supthut
aus Lauban/Schles.

Berlin

1972

1973

Druck- und Verlagsanstalt

Werner Blasaditsch · 89 Augsburg · Theodor-Heuß-Platz 3 · Telefon (0821) 25563

Printed in Germany

Der Einfluß der europäischen Wirtschaftsintegration
auf die Papierindustrie der BRD unter besonderer
Berücksichtigung des Außenhandels

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaft
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

Vorgelegt von
Diplom-Kaufmann Christian Robert Supthut
aus Lauban/Schles.

Berlin
1972

Vorsitzender des Fachbereichs: Professor Dr. Friedrich Wilhelm Selchert

Referent: Professor Dr. Karl Christian Behrens

Korreferent: Professor Dr. Arthur Kühn



Tag der mündlichen Prüfung: 15. Februar 1973

Ein merkwürdig Ding ist das Papier: es ist dünn, zerreißbar, es besitzt keine nennenswerte Stabilität. Es ist einerseits ein Repräsentant der Schwäche, gebraucht als Symbol des Abfalls - der Papierkorb ist der salon- bzw. bürofähige bessere Bruder des Müll-eimers - andererseits aber ist das Papier eine wirtschaftliche Großmacht, nicht wegzudenken aus dem kulturellen und zivilisatorischen Leben der Menschheit, und, nimmt man das Papier als Träger des gedruckten Wortes, so ist es wahrhaftig sogar ein Politikum ersten Ranges: eine Weltmacht.

(Schorer, G.F.: Papierene Philosophie, in: APR Frankfurt/M. Nr. 11, 1957, S. 547)



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543105_0095

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
I. Einleitung	1
A. Einleitende Bemerkungen zur Wirtschaftsintegration	1
B. Aufgabe und Methode der Untersuchung	4
C. Gang der Untersuchung	6
II. Europäische Wirtschaftsintegration	9
A. Historische Entwicklung	9
B. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	11
1. Vertrag von Rom	11
2. Institutionelle Organisation	14
3. Zeitfolge für die Errichtung der Zollunion	16
a) Im EWG-Vertrag fixierter Verlauf	16
b) Verwirklichter Verlauf	19
4. Berücksichtigung der Papierindustrie im Vertrag	22
C. Europäische Freihandelszone (EFTA)	23
1. Stockholmer Konvention	23
2. Errichtung der Freihandelszone	26
3. Stellung der Papierindustrie im EFTA-Übereinkommen	28
4. Assoziierung Finnlands	29
D. Weitere Integrationsentwicklung in Westeuropa	30
III. Außenhandel als Wirtschaftsfaktor	36
A. Definition und Funktion des Außenhandels	36
B. Erscheinungsformen des Außenhandels (Typologie)	38
1. Allgemeine Bemerkungen	38
2. Länge des Außenhandelsweges	38
3. Einteilung nach Warengruppen	40
4. Regionale Unterscheidung	41
5. Zeitliche Unterscheidung	42
6. Außenhandelsfinanzierung	42
7. Politische Risiken	44

	<u>Seite</u>
C. Wettbewerbsverzerrungen im Außenhandel	45
D. Einfluß der Wirtschaftsintegration auf den Außenhandel	47
1. mit Partnerländern	47
2. mit Drittländern	50
E. Bedeutung und Struktur des BRD-Außenhandels	52
IV. Struktur der europäischen Papierindustrie	58
A. Deutsche Papierindustrie	58
1. Historische Entwicklung	58
2. Produktionsbedingte Besonderheiten der Branche	59
a) Kostenstruktur	59
b) Rohstoffsituation	63
c) Anlageintensität	66
3. Stellung der Branche in der BRD-Wirtschaft	71
4. Regionale Verteilung der westdeutschen Papierindustrie	74
5. BRD-Papierindustrie im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	75
6. Papierverbrauch und Entwicklungstendenzen	76
7. Substitutionswettbewerb Papier und Pappe	81
B. Wettbewerbssituation in der Papierwirtschaft in Westeuropa	84
C. Westeuropäischer Papiermarkt im Vergleich	92
1. Westeuropa und COMECON	92
2. Exkurs: Papierindustrie in der DDR	96
D. Papierindustrie im Weltvergleich und ihre Entwicklungstendenzen	98
V. Integrationswirkungen auf die deutsche Papierindustrie	104
A. Primäre Integrationseinflüsse	104
B. Sekundäre Integrationseinflüsse	108
1. Standortverschiebungen	108
2. Qualitätsveränderungen und Spezialisierung	110

	<u>Seite</u>
3. Konzentrationsbestrebungen	113
a) National	113
b) International	120
VI. Auswirkungen des EWG-Zusammenschlusses auf den Papier-Außenhandel der BRD	124
A. Entwicklung des westdeutschen Papier- handels innerhalb der EWG	124
1. Außenhandelsentwicklung allgemein	124
2. Ausfuhrentwicklung	126
3. Exkurs: Zellstoffausfuhrentwicklung	131
4. Einfuhrentwicklung	132
a) Bedeutung der Einfuhr für die west- deutsche Papierindustrie	132
b) Niederlande	135
c) Belgien/Luxemburg	136
d) Frankreich	138
e) Italien	139
5. Gesamtentwicklung	141
B. Entwicklung des deutschen Papierhandels mit Drittländern	144
1. Ausfuhrentwicklung	144
a) EFTA-Länder	145
b) Ostblock (COMECON)	149
c) Übersee	150
2. Einfuhrentwicklung	153
a) Besondere Situation Zellstoff	153
b) Papierimport aus EFTA-Ländern	156
c) Ostblock-Staaten	162
d) Übersee	163
C. Einfluß der Wirtschaftsintegration auf den EWG-Handel der Papierwirtschaft	167
1. Binnenhandelsentwicklung der EWG als Gesamtheit	167
2. Außenhandelsentwicklung der EWG mit Drittländern als Gesamtheit	172
VII. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Beleuchtung der Wettbewerbsposition der deutschen Papierindustrie in einer erweiter- ten Europäischen Gemeinschaft	176
Abkürzungsverzeichnis	180
Literaturverzeichnis	181

I. Einleitung

A. Zum Begriff Wirtschaftsintegration

"Die Wirtschaftsintegration ist zu einem der geläufigsten Schlagworte unserer Zeit geworden."¹⁾ Der Begriff Integration wurde im letzten Jahrhundert von Herbert Spencer in die Biologie eingeführt und später in die Sozialwissenschaften übernommen.²⁾ Im ursprünglichen Sinne bedeutete er dabei die Wiederherstellung einer Einheit, die Ergänzung, die Erneuerung eines Ganzen.³⁾

Die europäische Wirtschaftsintegration beschränkt sich im Rahmen des generellen Integrationsbegriffs auf einen Teilaspekt. Sie kann zunächst als das Zusammenwachsen von Ländern zu einer (früher schon einmal bestandenen) Einheit verstanden werden. In erster Linie beinhaltet sie die wirtschaftlichen Beziehungen im westeuropäischen Großraum, ohne dabei die politischen, kulturellen und militärischen Integrationsprobleme ausschließen zu können. "Das Problem der wirtschaftlichen Integration gehört zum Bereich der politischen Ökonomie. Politische Motive und Zielsetzungen, politische Vorbedingungen und Folgen sind fast unzertrennlich mit wirtschaftlichen Faktoren verquickt."⁴⁾

PREDÖHL als Verfechter einer Raumordnung der Weltwirt-

-
- 1) KÜNG, Emil: Rückwirkungen der EWG auf die übrigen westeuropäischen Länder, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart. Herausgegeben von Erich Schneider, Berlin 1965, S. 267. Vgl. hierzu auch: KÖSTER, Hermann: Der Einfluß der europäischen Integration auf die Entwicklung der Eisen-Stahlindustrie in der BRD. Diss. Freiburg/Schweiz 1966, S. 4 ff.
 - 2) Vgl. RÖPKE, Wilhelm: Integration und Desintegration in der internationalen Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt. Herausgegeben von Erwin v. Beckerath u. a., Frankfurt/Main 1957, S. 497
 - 3) Vgl. HOFFMEISTER, Johannes (Hrsg.), Wörterbuch der philosophischen Begriffe, 2. Aufl., Hamburg 1955, S. 331; MYRDAL, Gunnar: Internationale Wirtschaft, Berlin 1958, S. 11
 - 4) HABERLER, Gottfried: Die wirtschaftliche Integration Europas, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, a.a.O.,

schaft¹⁾ geht davon aus, daß sich die erste Phase der weltweiten Wirtschaftsintegration mit der Periode der Industrialisierung des europäischen Kontinents weitgehend deckt. Diese Phase hatte "im Zuge der Ausdehnung der Weltwirtschaft immer weiter um sich gegriffen und mit der Verdichtung der Weltwirtschaft auch die unterentwickelten Länder einbezogen. Dabei hat es sich bis zur Weltwirtschaftskrise um nichts anderes gehandelt als um das Hineinwachsen in ein automatisches Marktsystem, dessen regulatives Prinzip der Wettbewerb war und das nur durch gewisse interventionistische Eingriffe der Staaten beeinträchtigt, aber keineswegs zerstört worden ist."²⁾

Mit der Weltwirtschaftskrise 1931 wurde dieser weltweite Integrationsprozeß abgerissen, die autonome Konjunktur-, Währungs- und Handelspolitik führte zu einer Desintegration.³⁾

Die Wiederherstellung einer liberalen Wirtschaftsordnung konnte sich nicht mehr im bloßen "laissez-faire" erschöpfen. Die Wirtschaftsordnung nach 1945 "verlangte eine beträchtliche Entwicklung internationaler, wenn nicht supra-nationaler Wirtschaftsinstitutionen."⁴⁾ Die Wirtschaftsintegration nach dem 2. Weltkrieg läßt sich daher bezeichnen "als übertroffenen wirtschaftliche Zusammenarbeit, die unter Wahrung

Forts. d.Fußn. 4) v.S. 1: S. 521; vgl. hierzu PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft, 2. völlig neu bearbeitete Auflage 1971, S. 226 f.; DOLLESCALL, Fritz: Die europäische Wirtschaftsintegration (Problem der wirtschaftlichen Größenstruktur in der Forschung. Diss. Hochschule für Welthandel Wien 1969, S. 2 ff.

- 1) Vgl. Die Modelle der Integrationstheoretiker, in: Wirtschaftswoche Nr. 42 vom 20.10.1972, S. 32 f.
- 2) PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 227; vgl. hierzu auch: PREDÖHL, Andreas: Von der alten zur neuen Weltwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, a.a.O., S. 507 ff.; PREDÖHL, Andreas und JÜRGENSEN, Harald: Europäische Integration, in: HdSW, Band 3, 1961, Sp. 371 ff.
- 3) Vgl. zu den folgenden Ausführungen PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 203 ff. Vgl. hierzu ebenfalls: RÜPKE, Wilhelm, a.a.O., S. 496 ff.
- 4) SANNWALD, Rolf, STOHLER, Jacques: Wirtschaftliche Integration. Theoretische Voraussetzung und Folgen eines europäischen Zusammenschlusses. Basel-Tübingen 1958

der Arteigenheiten der Teilnehmer die Schaffung eines größeren gemeinsamen Marktes durch Beseitigung jeglicher Hemmnisse zwischen den Mitgliedern anstrebt. Die notwendige Koordinierung der Wirtschaftspolitiken wird den übernationalen Organen der gemeinsamen Wirtschaftslenkung schrittweise übertragen, wobei als Endziel die Verschmelzung der alten und die Herauskristallisierung einer neuen Wirtschaftseinheit bestimmt ist."¹⁾

Die Wirtschaftsintegration der Fünfziger Jahre unterscheidet sich somit weitgehend von der alten Integrationsbewegung vor 1931: "Die alte Integration, die wir die liberale nennen wollen, bestand in nichts anderem als der Einordnung in einen automatischen Marktzusammenhang; die neue Integration, die wir die wirtschaftspolitische nennen wollen, besteht in der Einordnung in ein gemeinsames wirtschaftspolitisches System."²⁾ Die liberale oder funktionelle Integration, die von der Liberalisierung des Handels (Integration 1. Grades) bis zur Faktormobilität geht (Integration 2. Grades), ist weitgehend Voraussetzung für die wirtschaftspolitische oder Wirtschaftsintegration; diese weist ebenfalls mehrere Intensitätsstufen auf: von der bloßen Koordination der Wirtschaftspolitik bis hin zum Zusammenschluß ganzer Volkswirtschaften zu einer neuen Wirtschaftseinheit.³⁾

Eine Wirtschaftsintegration im oben definierten Sinn erscheint dabei ohne institutionale Integration kaum praktikabel. Eine Weiterentwicklung der EG in diese Richtung, verbunden mit der Errichtung der Europäischen Union, ist das Ergebnis der Pariser Gipfelkonferenz der neun Partnerstaaten im Oktober 1972.⁴⁾

1) REIM, Rudolf: Die Wirtschaftseinheit Europa. Eine Prüfung der Grundlagen. Diss. Hochschule für Welthandel, Wien 1966, S. 90

2) PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 227

3) Vgl. ebenda, S. 227 f.

4) So heißt es in der Schlußerklärung der europäischen Gipfelkonferenz vom 19. und 20. Oktober 1972 in Punkt 7: "Die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, die Triebkraft beim Aufbau Europas, bekunden ihre Absicht, vor Ablauf

B. Aufgabe und Methode der Untersuchung

Die wirtschaftspolitische Integration ist das langfristige Ziel der Europäischen Gemeinschaften.¹⁾ Diese grundsätzliche Aussage wurde nach der Übergangsphase 1958 - 1969 schon auf der Haager Gipfelkonferenz vom 2.12.1969 bestärkt und laut Kommuniqué dieser Sitzung zum erklärten Ziel der weiteren gemeinsamen Politik gemacht,²⁾ wobei zunächst die Wirtschafts- und Währungsunion im Vordergrund stehen sollte. Diese Wirtschaftsintegration wird aber weitgehend beeinflusst von der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten und deren Industriesektoren. Daher gilt in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen der allgemeinen Strukturpolitik³⁾ neben der Regionalstruktur auch der Industriestruktur, denn die unterschiedlichen Anpassungsbewegungen der einzelnen Wirtschaftszweige und Branchen machen eine sektorale Industriestrukturpolitik in einem neuen und größeren Markt notwendig. "Dies trifft zunächst für die Sektoren zu, in denen sich besondere Anpassungsprobleme stellen, die durch den zur Zeit im GATT verhandelten Abbau der Außenzollschranken vermutlich noch verschärft werden. Aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Industriepolitik in bestimmten Sektoren sind im übrigen eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Verhandlungen."⁴⁾ Neue Probleme ergeben sich aus der Erweiterung der Gemeinschaft für diese Branchen. Die EG-Kommission wird daher Sorge tragen, daß diesen Industrien die Wahrung eines Niveaus gewährleistet wird, "das dem der Wirtschaft der Gemeinschaft entspricht".⁵⁾ Zu

Forts. d.Fußn. 4) v.S. 3: dieses Jahrzehnts, die Gesamtheit ihrer Beziehungen in eine Europäische Union umzuwandeln." Der Tagesspiegel vom 22.10.1972, S. 9

1) Vgl. Präambel zum EWG-Vertrag, Art. 2 und 3 EWG-Vertrag

2) Vgl. Communiqué der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedsstaaten in Den Haag am 1. und 2. 12.1969, in: EG-Kommission: 3. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1969, Brüssel-Luxemburg 1970, S. 527 ff.

3) "Strukturpolitik ist auf die Beeinflussung des Faktoreinsatzes in Branchen und Regionen gerichtet." HAMM, Walter: Wettbewerb oder Interventionen als Regulativ der Branchenstruktur, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der BRD. Herausgegeben v. D. Cassel u.a., Stuttgart 1972, S. 123

4) EWG-Kommission: 9. Gesamtbericht über die Tätigkeit der

diesen bestimmten Industrien im Sinne der EWG-Terminologie gehört neben der Textilindustrie, die Werftindustrie und u.a. auch die Papierindustrie.¹⁾

Ziel und Aufgabe der vorliegenden Untersuchung ist der Versuch, die Auswirkung der Wirtschaftsintegration der EWG seit 1958 auf eben diese Branche darzustellen. Dabei wird in den Mittelpunkt der westdeutsche Wirtschaftszweig gestellt, dem eine - für die gesamte Gemeinschaft - herausragende Bedeutung zukommt. Besondere Berücksichtigung findet dabei die Außenhandelsentwicklung, da bei der Umstrukturierung des grenzüberschreitenden Handelsverkehrs Anpassungsbewegungen besonders gut ersichtlich und als Frühindikatoren eines umfassenden Strukturwandels genannt werden.

Forts. d.Fußn. 4) v.S. 4: Gemeinschaften, Brüssel 1966, S. 151

5) v.S. 4: EG-Kommission: 5. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften, Brüssel-Luxemburg 1972, S. 285

1) Vgl. ebenda, S. 281 ff.

Produktionsgegenstand dieser Branche ist die Herstellung von Papier, Karton und Pappe. Nach DIN 55405 werden diese Produkte wie folgt definiert und abgegrenzt:

"Papier: Flächiger, im wesentlichen aus Fasern vorwiegend pflanzlicher Herkunft bestehender Werkstoff, der durch Entwässerung einer Faserstoffaufschwemmung auf einem Sieb gebildet wird. Dabei entsteht ein Faserfilz, der anschließend verdichtet und getrocknet wird. Das Flächengewicht beträgt im allgemeinen bis zu 150 g/qm, kann aber in Sonderfällen auch größer sein.

Karton: Aus Papierstoff bestehender flächiger Werkstoff, dessen Dicke zwischen der von Papier und Pappe liegt und der hinsichtlich des Flächengewichtes sowohl in das Gebiet der Papiere als auch in das der Pappen hineinreicht. Es ist steifer als Papier und wird im allgemeinen aus hochwertigeren Stoffen als Pappe hergestellt.

Pappe: Aus Papierstoff bestehender, flächiger Werkstoff von besonderer Steifigkeit, dessen Flächengewicht im allgemeinen über 250 g/qm liegt." ROCKSTROH, Otto: Packstoff: Papier, Karton, Pappe, in: Handbuch der industriellen Verpackung, herausgegeben von Otto Rockstroh, München 1972, S. 400

Die Untersuchung bewegt sich damit im Grenzbereich zwischen einzel- und gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise. Der eigentliche Bezugspunkt der Arbeit bleibt aber die Einzelwirtschaft, die industrielle Unternehmung der Papierwirtschaft. Branchenuntersuchungen in der Betriebswirtschaftslehre haben u.a. die mehr praktische Aufgabe, Unterlagen und Vergleichsmöglichkeiten zu sammeln, die der Lagebeurteilung der Branche durch die Einzelunternehmung oder durch den Unternehmer dienen.¹⁾

Das arbeitsbedingte Vorgehen läßt sich daher entsprechend dem Erkenntnisobjekt überwiegend einer empirisch-realistischen Richtung zuordnen;²⁾ es kommt zu einem engen Zusammenfluß von Theorie und Praxis. Dies ist um so notwendiger "als ja nicht nur die Lage des Marktes, sondern auch Schwankungen zu erforschen sind".³⁾

C. Gang der Untersuchung

Der eigentlichen Arbeit wird eine historische Grundlegung der Wirtschaftsintegration nach 1945 vorangestellt, um die vollzogene Entwicklung zu kennzeichnen, denn auch der Zeitablauf hat Einfluß auf die europäische Papierindustrie gehabt.

Dabei werden die beiden z.Z. praktizierten Modelle der wirtschaftlichen Kooperation EWG und EFTA kurz skizziert und ihre bisherige Verwirklichung aufgezeigt. Weiter be-

1) Vgl. BUDEBERG, Hans: Geschäftszweiguntersuchungen, in: HWB 1958, 3. Aufl., Band II, Sp. 2250 ff. insbes. Sp. 2252

2) "Das Erkenntnisziel der empirisch-realistischen Richtung ist darauf gerichtet, das tatsächliche Geschehen, die Erscheinungen, Vorgänge, Zustände in ihrem Ursprung und in ihrem Ablauf kausal zu erklären, auf Beziehungen, Regelmäßigkeiten und Gesetze zu untersuchen, mit dem Bestreben, den aufgedeckten Zusammenhängen einen gesichert-exakten, d.h. allgemeingültigen, nach Möglichkeit durch Experimente nachprüfbaren Ausdruck zu geben." SCHÖNPFLUG, Fritz: Betriebswirtschaftslehre, Methoden und Hauptströ-

schäftigt sich das II.Kapitel mit dem Unterschied zwischen geplanter und realisierter Integration in EWG und EFTA innerhalb der Übergangszeit 1958 - 1970. Die internationalen Verträge, Gesetze und Ausführungsverordnungen dieser Zeit werden auf Berücksichtigung der Branche analysiert und schließlich die Erweiterungs- und Intensivierungstendenzen der EWG untersucht.

Im Kapitel III folgt die Untersuchung des Begriffs Außenhandel, die in einer Typologie der Erscheinungsformen im Außenhandel ihre Fortsetzung findet. Hier schließt sich eine kurze Analyse von Struktur und Bedeutung des Außenhandels für die Bundesrepublik Deutschland an.

Nach der generellen Außenhandelsbetrachtung beschäftigt sich Kapitel IV mit der Papierindustrie und ihren Besonderheiten. Zunächst wird die westdeutsche Branche charakterisiert. Anschließend wird die papierwirtschaftliche Wettbewerbssituation in Westeuropa gezeigt. Es folgt die Analyse der Wachstumserwartungen. Dabei wird sich zeigen, daß eine enge Korrelation zwischen Papierverbrauch und Lebensstandard besteht. In diesem Zusammenhang muß auch auf den Substitutionswettbewerb mit neuen Werkstoffen (Kunststoff etc.) eingegangen werden.

Nach der Untersuchung des Industriezweiges werden im Kapitel V die Integrationsauswirkungen auf die Papierindustrie genannt. Hierbei werden primäre und sekundäre Integrations- einflüsse zu unterscheiden sein.

Kapitel VI beschäftigt sich mit den Auswirkungen des EWG-Zusammenschlusses auf den Papier-Außenhandel, speziell der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst wird die Binnenhandelsentwicklung innerhalb der EWG untersucht, daran schließt

Forts. d.Fußn. 2) v.S. 6: mungen, 2. Aufl., Stuttgart 1954, S. 228

3) v.S. 6: BÜCHNER, Richard: Unternehmung und Markt, Zürich 1956, S. 5

sich die Analyse des westdeutschen Papierhandels mit Drittländern (außerhalb der EWG) an. Diese Unterteilung scheint notwendig, um die erkennbaren Unterschiede zeigen zu können. Kapitel VI schließt mit einer kurzen Beleuchtung der Außenhandelsentwicklung der Gesamtbranche innerhalb der EWG.

Im Schlußkapitel werden die Grenzen und Möglichkeiten der westdeutschen Papierindustrie in einer erweiterten EWG gezeigt und die wichtigsten Untersuchungsergebnisse zusammengefaßt.

II. Europäische Wirtschaftsintegration

A. Historische Entwicklung

Bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren in Westeuropa erste Ansätze für eine stärkere Zusammenarbeit erkennbar: Die Kriegsschäden sollten gemeinsam und schnell überwunden werden. US-Staatssekretär George Marshall sagte die amerikanische Mithilfe zu (Marshall-Plan);¹⁾ und so gründeten 1948 16 europäische Staaten²⁾ eine Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization for European Economic Cooperation) - kurz OEEC. Ihr gehörten alle nichtkommunistischen Staaten Europas mit Ausnahme Spaniens an, letzteres wurde erst 1959 Vollmitglied.

In der OEEC-Konvention verpflichteten sich die Mitglieder, die Produktion so auszubauen und zu steigern, daß sie dem vornehmlichen Ziel, dem gemeinsamen Wiederaufbau, am besten diene.³⁾ Um den Austausch von Dienstleistungen und Waren nachhaltig zu forcieren, sollten Zölle, Einfuhrbeschränkungen und andere Außenhandelsdiskriminierungen abgebaut werden.⁴⁾ Darüber hinaus sollte der internationale Zahlungsverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten vereinfacht und erleichtert werden.⁵⁾ Diese gemeinsamen Ziele konnten jedoch nur mit Hilfe multinationaler Institutionen erreicht und ihre Durchführung praktikabel gemacht werden. So wurden mit dem Rat der OEEC, den Sektionen und dem Exekutivsausschuß erste europäische Gemeinschaftsorgane geschaffen. Die anfänglichen "Erfolge waren über Erwarten gut. Dabei spielte neben der amerikanischen Marshall-Plan-Hilfe eine

1) Vgl. hierzu: KRÄMER, Hans R. : EWG und EFTA, Entwicklung, Aufbau und Tätigkeit, Stuttgart 1968, S. 9

2) Die Länder waren: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Österreich, Portugal, Großbritannien, Schweden, Schweiz, Türkei und die Oberbefehlshaber der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

3) Art. 2 OEEC-Konvention

4) Art. 6 und 3 OEEC-Konvention

5) Art. 5 OEEC-Konvention. Dieser Wille wurde unterstrichen durch die Bildung der Europäischen Zahlungsunion EZU am 20.9.1950.

besonders wichtige Rolle die Liberalisierungspolitik der OEEC, die im Kodex der Liberalisierung ihren Niederschlag fand."¹⁾ Dieser Kodex (1951) verpflichtet die Mitglieder zum Abbau mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen und Handelsdiskriminierungen.²⁾

Während es sich bei der OEEC vordergründig um wirtschaftliche Belange handelte, standen beim Europarat, dessen Statut 1949 in London unterzeichnet wurde, politische Motive im Mittelpunkt.³⁾ Wichtigstes Novum war hier die Konstitution einer "Beratenden Versammlung", deren Mitglieder sich aus den legislativen Organen der Einzelstaaten rekrutierten. Hier waren erstmals Diskussionen der europäischen Völker auf dem Hintergrund des gesamten parteipolitischen Spektrums möglich, wenngleich Entscheidungsbefugnisse lediglich dem Ministerkomitee des Europarates vorbehalten blieben.⁴⁾

Beim Gedanken einer politischen Annäherung konnten jedoch keine sichtbaren Fortschritte erzielt werden; die "Staaten von Europa", wie sie z.B. Churchill schon 1946⁵⁾ forderte, waren weit entfernt. Eine akzeptable Lösung für das nicht-kommunistische Europa war vorerst nicht zu erkennen. Ab 1950 gab es den sog. Schumanplan, der zu einer Verschmelzung der deutschen und französischen Grundstoffindustrien von Stahl und Kohle führen sollte, damit durch die Solidarität der Produktion zwischen beiden Ländern sichergestellt werden konnte, daß "jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern auch materiell unmöglich"⁶⁾ wurde; schon an den Detailverhandlungen be-

1) KRÄMER, Hans R., a.a.O., S. 10

2) Vgl. KRÄMER, Hans R., a.a.O., S. 10 f.

3) Gründungsmitglieder waren Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden, Irland, Italien; später traten Türkei, Island, Griechenland, BRD, Österreich und Zypern bei.

4) Art. 10 ff. Statut des Europarates

5) Rede vom 19.9.1946 in der Universität Zürich. Vgl. SIEGLER, Heinrich von: Dokumente der Europäischen Integration I, Bonn/Wien/Zürich 1961, Anm. 1, S. 41

6) BGBl 1952 II S. 447

teiligten sich die Benelux-Staaten und Italien, die diesen Schritt ebenfalls befürworteten. 1951 wurde der Vertrag zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet, die Montanunion war geschaffen.

Zum ersten Mal traten westeuropäische Staaten Hoheitsrechte zugunsten einer internationalen Institution ab.¹⁾ Weitere Integrationsabsichten wie die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVP) oder der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) scheiterten. Die "Europäer" zogen sich somit zunächst einmal auf das Feld der wirtschaftlichen Integration zurück, da sich hier, bestärkt durch die Erfolge der Montanunion, weitere Möglichkeiten anboten. Eine politische Integration als Endziel aller Bemühungen wurde nun auf dem Umweg des Wirtschaftszusammenschlusses angestrebt.

B. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

1. Vertrag von Rom

Zur wirtschaftlichen Integration boten sich aufgrund des eingeschlagenen Weges die Montanländer an, die sich auch in der Tat bald nach der Konstituierung der EGKS mit dieser Problematik beschäftigten. Nach der Konferenz von Messina²⁾ wurde ein Ausschuß gebildet, der ein Konzept für einen gemeinsamen Markt entwickeln sollte. Nach diversen Verhandlungen konnten sich die Regierungschefs der Montanländer im Februar 1957 einigen; das Ergebnis wurde am 25.3.1957 als die Verträge von Rom unterzeichnet. Ein weiterer Schritt zur (Teil-)Integration war somit dokumentiert. Obwohl schon bei den Verhandlungen andere Länder wie z.B. Großbritannien zur Teilnahme aufgefordert wurden, war es nur zu der sog.

1) Art. 8 ff. des EGKS-Vertrages

2) am 1. und 2. Juni 1955

"Kleinen Lösung" gekommen, da eine intensivere Mitarbeit aus den verschiedensten Gründen zunächst abgelehnt wurde. Trotzdem betonten die Unterzeichnerländer des Rom-Vertrages, daß der spätere Beitritt oder die Assoziierung anderer Länder möglich, ja sogar erwünscht wurde. In der Präambel des EWG-Vertrages heißt es: die Vertragspartner bekunden den "festen Willen, die Grundlage für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen."¹⁾

Die Präambel des EWG-Vertrages nennt die generellen Ziele der Gemeinschaft, die in Art. 2 genau aufgezählt werden.

Die wichtigsten sind:

- a. Aufbau eines Gemeinsamen Marktes
- b. (schrittweise) Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer
- c. größere Wirtschaftsstabilität und beschleunigte Verbesserung des Lebensstandards
- d. harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens
- e. kontinuierliche Wirtschaftsausweitung
- f. Kontaktausweitung zu überseeischen Entwicklungs- und Industrieländern

Darüber hinaus machen die Partner im Vertrag die Absicht deutlich, durch die wirtschaftliche Integration zu helfen, Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen.²⁾

Das Primärziel - die Errichtung des Gemeinsamen Marktes - wird in Art. 3 des Vertrages näher definiert, in dem die wichtigsten Maßnahmen für den Vollzug des Gemeinsamen Marktes genannt werden:

- "a. Die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedsstaaten;
- b. die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern;

1) Präambel zum EWG-Vertrag

2) Vgl. ebenda

- c. die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten;
- d. die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft;
- e. die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;
- f. die Errichtung eines Systems, das den Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen schützt;
- g. die Anwendung von Verfahren, welche die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und die Behebung von Störungen im Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen;
- h. die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das ordnungsgemäße Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist;
- i. die Schaffung eines Europäischen Sozialfonds, um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer zu verbessern und zur Hebung ihrer Lebenshaltung beizutragen;
- j. die Errichtung einer Europäischen Investitionsbank, um durch Erschließung neuer Hilfsquellen die wirtschaftliche Ausweitung in der Gemeinschaft zu erleichtern;
- k. die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern."¹⁾

Auf die Durch- und Ausführung dieses Aufgabenkataloges beschränkte sich weitgehend die Tätigkeit der EWG in der Übergangszeit bis 1969.

1) Art. 3 EWG-Vertrag

2. Institutionelle Organisation

Der erste praktisch sichtbare Schritt zur Wirtschaftsintegration der Sechser-Gemeinschaft wurde durch die Institutionalisierung einer eigenen Behörde - verbunden mit der Delegation von Hoheitsbefugnissen von den Mitgliedsstaaten auf die Organe der EWG - geschaffen; dies war zur Realisierung der gesetzten Ziele notwendig.

Die Hauptfunktionen der Gemeinschaftsorgane liegen in der Abfassung der richtungsweisenden Beschlüsse zur Ausfüllung des Vertragsrahmens, in der Durchführung und der sowohl politisch als auch rechtlichen Kontrolle derselben.¹⁾

Die Gemeinschaft bildet laut EWG-Vertrag vier Organeinheiten: Kommission, Rat, Parlament und Gerichtshof.

Das Europäische Parlament setzt sich nach einem bestimmten Bevölkerungsschlüssel aus 142 Abgeordneten der Mitgliedsstaaten zusammen.²⁾ Entsprechend seiner im EWG-Vertrag festgelegten Funktion haben das Parlament und seine Ausschüsse nur Beratungscharakter.³⁾

Das zweite Organ ist der Ministerrat der Gemeinschaft, die Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten. Die Aufgabe des Ministerrates liegt in erster Linie darin, die Realisierung der Vertragsziele in den Mitgliedsstaaten zu überwachen, d.h. für die Durchführung der gefällten Beschlüsse im Heimatland Sorge zu tragen und laut Art. 145 EWG-Vertrag für eine Abstimmung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu sorgen.

Das dritte Organ ist die Kommission der EWG, die sich aus

1) Vgl. Art. 137 ff. EWG-Vertrag

2) Nationale Zusammensetzung: Deutschland, Frankreich und Italien je 36, Belgien und Niederlande je 14 und Luxemburg 6 Abgeordnete

3) Art. 137-144 EWG-Vertrag

Persönlichkeiten zusammensetzt, die in voller Unabhängigkeit gegenüber ihren Herkunftsländern zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft arbeiten. "Diese Unabhängigkeit ist nicht Selbstzweck, sie ist Voraussetzung dafür, daß die Kommission ihre wichtige Aufgabe, nämlich ihr praktisch lückenloses Initiativrecht, sachgerecht erfüllen kann."¹⁾ Das grundsätzliche Vorschlagsrecht und -monopol macht die Kommission zum wichtigsten Planungs- und Antriebsorgan der Gemeinschaft. Die Kommission zerfällt in 20 einzelne Zuständigkeitsbereiche ²⁾ und nimmt seit der Fusion der Europäischen Gemeinschaften (1.7.1967) auch die Aufgaben nach dem Euratom- und dem EGKS-Vertrag wahr. Eines der 14 Mitglieder fungiert als Präsident, vier weitere als Vizepräsidenten. Im umfangreichen Verwaltungsapparat der Gemeinschaften³⁾ arbeiteten im Jahre 1969 4933 Personen auf Dauerplanstellen (zuzüglich 15 Planstellen auf Zeit).⁴⁾

Nach Art. 155 EWG-Gesetz hat die Kommission das möglichst reibungslose, "ordnungsgemäße Funktionieren und die Entwicklung" der Gemeinschaft zu gewährleisten. Diese Tätigkeit der Kommission wird jedoch begleitet von einer engen und kontinuierlichen Konsultation und Zusammenarbeit mit dem Ministerrat, wie sowohl im EWG-Vertrag⁵⁾ als auch im Fusionsvertrag⁶⁾ ausdrücklich festgestellt wurde.

-
- 1) HALLSTEIN, Walter: Hauptprobleme des Beitritts von Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft. Reihe: Zum Dialog Nr. 20, 1968, S. 10
 - 2) Auswärtige Beziehungen, Wirtschaft und Finanzen, Gewerbliche Wirtschaft, Wettbewerb, Soziale Angelegenheiten, Landwirtschaft, Verkehr, Entwicklungshilfe, Personal und Verwaltung, Presse und Information, Außenhandel, Allgemeine Forschung und Rechnologie, Verbreitung der Kenntnisse, Binnenmarkt und Rechtsangleichung, Gemeinsame Forschungsstelle, Regionalpolitik, Energie, Kredit und Investitionen, Haushalt, Finanzkontrolle. Vgl. EG-Kommission: 2. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1968, Brüssel-Luxemburg 1969, S. 458 f.
 - 3) Die Verwaltung ist in Generaldirektionen, Direktionen und Abteilungen eingeteilt.
 - 4) Vgl. EG-Kommission: 3. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1969, Brüssel-Luxemburg 1970, S. 486
 - 5) Art. 162 EWG-Vertrag
 - 6) Art. 15 Fusionsvertrag

Das vierte Organ der Gemeinschaften ist der Europäische Gerichtshof, der die Aufgabe hat, das Recht "bei der Auslegung und Anwendung dieses Vertrages"¹⁾ zu überwachen. Klageerhebungsberechtigt sind die Kommission, der Ministerrat und die einzelnen Mitgliedsstaaten²⁾ und unter bestimmten Voraussetzungen alle natürlichen und juristischen Personen im EWG-Raum.³⁾

Der EWG-Vertrag sieht als letztes Organ nach Art. 193 einen Wirtschaftsausschuß vor: "der Ausschuß besteht aus Vertretern der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens" der Mitgliedsstaaten. Es werden Fachgruppen und Unterausschüsse gebildet.⁴⁾ In bestimmten, im Vertrag vorgesehenen Fällen ist die Anhörung des Ausschusses bzw. der Fachgruppe, in deren Kompetenzbereich das anfallende Problem liegt, obligatorisch, sonst ist seine Einschaltung nur fakultativ.

3. Zeitfolge für die Errichtung der Zollunion

a) Im EWG-Vertrag fixierter Verlauf

Art. 2 des EWG-Vertrages nennt die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes als erste Aufgabe der Gemeinschaft. Was darunter zu verstehen ist, wird im folgenden Art. 3a und 3b definiert:

- a) die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie aller sonstigen Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Mitgliedsstaaten;
- b) die Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern.

1) Art. 164 EWG-Vertrag

2) Art. 169 f. EWG-Vertrag

3) Art. 173, 175 EWG-Vertrag

4) Art. 197 EWG-Vertrag

Darüber hinaus hatte der EWG-Vertrag auch schon in seinem Art. 14 eine Zeitfolge für den Abbau der Zollschränken und prozentuale Stufensätze festgelegt.

Nach Ablauf der zwölfjährigen Übergangszeit wird jedoch erkennbar, daß sich die Gemeinschaft oft über die im Vertrag gesetzten Daten und Zeiten hinweggesetzt hat. Es kam aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu einer beschleunigten, schrittweisen Errichtung der Zollunion.¹⁾

Die Diskrepanz zwischen geplanter und beschleunigter realisierter Zeitfolge, die kurz aufgezeigt werden soll, kennzeichnet die gesamte Integrationsentwicklung der Gemeinschaft und hat somit nicht zuletzt auch Einfluß auf die hier zu untersuchende Branche, die Papierindustrie.

Der Abbau der Zollschränken innerhalb der Gemeinschaft war im Rom-Vertrag nach einem Drei-Stufen-Schema mit jeweils 4 Jahren geplant. Die Einzelintervalle und die Zeitpunkte der Herabsetzung der Binnenzölle durften auf Ratsbeschluß verkürzt oder verlängert werden.²⁾ Nach Art. 14 EWG-Vertrag sollten die Zollsätze jeweils um 10 v.H. des Ausgangszolls vom 1.1.1957 gesenkt werden. Die Mitgliedsstaaten "werden bestrebt sein, dabei für jede einzelne Ware

- am Ende der ersten Stufe eine Herabsetzung um mindestens 25 v.H.,
- am Ende der zweiten Stufe eine solche um mindestens 50 v.H.

des Ausgangszollsatzes zu erreichen".³⁾

1) Art. 15 Abs. 2 und 24 EWG-Vertrag nennen diese Möglichkeiten ausdrücklich.

2) Nach Art. 15 Abs. 2 EWG-Vertrag sollte dabei auf die "wirtschaftliche Gesamtlage und die Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges" Rücksicht genommen werden.

3) Art. 14 EWG-Vertrag

Die im Vertrag vorgesehene Zeitfolge sah folgendermaßen aus:

Tabelle 1: Geplanter Zollabbau EWG¹⁾ (Senkung des Binnenzollsatzes in v.H.)

<u>Zeitpunkt</u>	<u>prozentualer Zollabbau</u>
<u>1. Stufe bis 31.12.1961</u>	
31.12.1958	10
30.06.60	10
31.12.1961	10
<u>2. Stufe bis 31.12.1965</u>	
30.06.1963	10
31.12.1964	10
31.12.1965	10
<u>3. Stufe bis zum 31.12.1969</u>	

Die noch ausstehenden Senkungen der dritten Stufe (40 % des Ausgangszollsatzes) sollten vom Rat mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission festgelegt und bis zum 31.12.1969 durchgeführt werden.

Ausgangspunkt für den angestrebten späteren Gemeinsamen Zollltarif (nach außen) waren die Zollsätze der vier bisher autonomen Zollgebiete²⁾ der sechs Mitgliedsstaaten mit dem Stand vom 1.1.1957,³⁾ indem das einfache Mittel der einzelnen früheren Zollltarife gebildet wurde.⁴⁾

Entsprechend den sehr unterschiedlichen, gewachsenen Zollstrukturen und Ausgangslagen in den einzelnen Mitgliedsstaaten wurden 7 verschiedene Tarifpositions-Listen (A - G)⁵⁾ gebildet, deren Aufstellungs- und Einteilungskriterien vom künftig gemeinsamen Zollltarifniveau abgelei-

1) Vgl. Art. 14 EWG-Vertrag; KRÄMER, Hans R., a.a.O., S. 45

2) Frankreich, Italien, BRD und Zollgebiet Benelux

3) Art. 14 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 23 EWG-Vertrag

4) Art. 19 Abs. 1 und 2 EWG-Vertrag

5) Art. 19 und 20 EWG-Vertrag

tet wurden. Die Begrenzungslinien für Listen A - E wurden in Art. 19, Abs. 3 festgelegt.¹⁾

Für eine weitere Kategorie Waren wurden spezielle Zollsätze in der Liste F festgehalten, während eine Zahl von Tarifpositionen in der Liste G genannt wurde, für die - bedingt durch besondere Probleme bei einzelnen Mitgliedsstaaten - Zollsätze bis zum Ende der ersten Stufe der Übergangszeit ausgehandelt werden mußten. Art. 20 begrenzt diese Liste jedoch auf 2 % des Einfuhrwertes je Mitgliedsland im Jahre 1956.

Der Gemeinsame Zolltarif gegenüber Drittländern sollte in drei Etappen eingeführt werden. Die Mitgliedsstaaten paßten ihre Zollsätze dem Gemeinsamen Tarif an. Mitgliedsstaaten mit höheren Zollsätzen mußten ihre Tarife herabsetzen und die mit niedrigeren Zollsätzen heraufsetzen. Der Abstand sollte in der ersten und zweiten Stufe jeweils um 30 v.H. verringert werden. "Der Gemeinsame Zolltarif wird spätestens am Ende der Übergangszeit ... angewendet."²⁾

b) Verwirklichter Verlauf

Im Laufe der Realisierung des EWG-Vertrages wurden jedoch Veränderungen vorgenommen, die in erster Linie den binnenwirtschaftlichen Zollabbau beschleunigten.³⁾ Die Möglichkeit für eine derartige Entwicklung war ausdrücklich im Sinne des Integrationsgedankens der Gemeinschaftsstaaten genannt und gewünscht worden.⁴⁾ Die beiden ersten Stufen wurden zeitlich eingehalten, der Plan der Zollherabsetzungen jedoch wie folgt beschleunigt:

1) Liste A: Einfaches Mittel anstelle der bisher angewandten Zollsätze

Liste B: 3 v.H.

Liste C: 10 v.H.

Liste D: 15 v.H.

Liste E: 25 v.H.

2) Art. 23 Abs. 3 EWG-Vertrag

3) Vgl. Beschleunigungsbeschlüsse vom 12.5.1960, 15.5.1962 und 26.7.1966, das weiteren "Initiative 64", in: EWG-Kommission: 8. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Ge-

Tabelle 2: Verwirklichter Zollabbau EWG (Senkung des Auslandszollsatzes in v.H.) ¹⁾

<u>Zeitpunkt</u>	<u>prozentualer Zollabbau</u>
<u>1. Stufe bis 31.12.1961</u>	
1.1.1959	10
1.7.1960	10
1.1.1961	10
<u>2. Stufe bis 31.12.1965</u>	
1.1.1962	10
1.7.1962	10
1.7.1963	10
1.1.1965	10
<u>3. Stufe bis 1.7.1968</u>	
1.1.1966	10
1.7.1967	5
1.7.1968	15

Ähnlich dem Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft wurde auch der Aufbau des Gemeinsamen Zollltarifs beschleunigt durchgeführt. Die jeweilige Verringerung des Abstandes zwischen den am 1.1.1957 geltenden einzelstaatlichen Zollsätzen und dem Gemeinsamen Zollltarif wurde folgendermaßen durchgeführt:

am 1.1.1961 um 30 v.H.

am 1.7.1963 um 30 v.H.

am 1.7.1968 um 40 v.H.

"Mit der Verwirklichung der Zollunion sind am 1.7.1968 innerhalb der Gemeinschaft die Zölle abgeschafft worden".²⁾

Forts.d.Fußn. 3) v. S. 19: meinschaften, Brüssel-Luxemburg 1965, S. 27 ff.

4) v.S. 19: Art. 15 EWG-Vertrag

1) Vgl. EWG-Kommission: 10. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften, Brüssel-Luxemburg 1967, S. 71f.; HERRIGER, Manfred: Die Importfunktion im industriellen Bereich der Schweiz, Zürich/St. Gallen 1972, S. 69

2) EG-Kommission, 2. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1968, Brüssel-Luxemburg 1969, S. 10

Der im Vertrag von Rom genannte Zeitpunkt für diese Realisation wurde somit eineinhalb Jahre früher erreicht.

Gleichzeitig ist der Gemeinsame Zolltarif "an die Stelle der Zolltarife der Benelux-Länder, Deutschlands, Frankreichs und Italiens getreten".¹⁾ Im Rahmen des GATT versuchten die Mitgliedsstaaten weltweit einen Zollabbau zu erreichen.²⁾ So brachte die Dillon-Runde eine erste Herabsetzung aller Außenzölle im Jahre 1961.³⁾ Im Rahmen der Kennedy-Runde (1963-1967) konnte eine Zollsenkung von bisher einmaligem Ausmaß erreicht werden. "Die ursprüngliche Hypothese einer 50%igen Herabsetzung hat sich bei einer beträchtlichen Zahl von Tarifnummern bestätigt. Die Inzidenz der vollständigen Ausnahmen ist äußerst gering, wenn man bedenkt, daß der Zollschatz im gewerblichen Bereich durchschnittlich um mindestens 35 % abgebaut worden ist."⁴⁾ Die EWG-Mitgliedsstaaten kamen diesen Verpflichtungen vertragsgemäß bis zum 1.1.1972 nach.⁵⁾

Durch diese linearen Zollsenkungen sind die Außenzölle der EWG - von Drittländern oft diskriminierend empfunden - weitgehend abgebaut worden. Der durchschnittliche Zolltarif der Gemeinschaft ist nach der Kennedy-Runde im Vergleich mit großen Welthandelspartnern mit 6 % niedrig.⁶⁾

1) EG-Kommission, 2. Gesamtbericht..., a.a.O., S. 22

2) Vgl. hierzu SCHWARZ, Bernhard: Betriebswirtschaftliche Probleme der wirtschaftlichen Integration, Meisenheim am Glan 1967, S. 12 ff. und 34 ff.; LIEBICH, Ferdinand: Das GATT als Zentrum der internationalen Handelspolitik, Baden-Baden 1971, S. 41 ff.

3) Vgl. SCHWARZ, Bernhard, a.a.O., S. 35

4) EWG-Kommission: 10. Gesamtbericht, a.a.O., S. 327; vgl. hierzu auch LIEBICH, Ferdinand, a.a.O., S. 41

5) Vgl. Schlußstrich unter die Kennedy-Runde, in: Handelsblatt v. 7.2.1972

6) Zum Vergleich: Japan 9,7 %, USA 7,1 %, Großbritannien 7,6 %, vgl. EG-Kommission: 5. Gesamtbericht 1971, a.a.O., S. 426

4. Berücksichtigung der Papierindustrie im Vertrag

Zwischen den sechs Gründerstaaten der EWG bestehen keine schwerwiegenden strukturellen Wirtschaftsunterschiede, so daß bestimmte Branchen oder Industriezweige im Vertrag nicht gesondert berücksichtigt werden mußten. Auch die Papierindustrie warf für die angestrebte Wirtschaftsintegration keine besonderen Probleme auf. Der EWG-Vertrag selbst enthält keine ausdrücklich auf diese Branche bezogenen Bestimmungen.¹⁾ Durch die große Importabhängigkeit des Wirtschaftszweiges Papierindustrie, sowohl bei Roh-, als auch bei Halb- und Fertigstoffen, war die Zollsatzfindung des EWG-Außentarifs und der Abbau der Zollsätze zwischen den Mitgliedsstaaten von großer Bedeutung.

So werden einige Tarifpositionen für den Außentarif im Anhang des Vertragswerkes in den Listen²⁾ A - G aufgeführt; die wichtigsten werden kurz genannt:

- Liste A: ex Tarifposition 4801 (Kraftpapier und Kraftpappe)
Tarifposition 4804 (Papier, Pappe, zusammengeklebt, in Bogen und Rollen)
ex Tarifposition 4807 (Kraftpapier und Kraftpappe gummiert)
- Liste B: Tarifposition 4702 (Papierabfälle und Pappabfälle) 3)
- Liste C: ex Tarifposition 4801 (Zeitungsdruckpapier)
- Liste G: Tarifposition 4701 (Halbstoffe Zellstoff und Holzschliff)

Die besondere Lage auf einigen Teilmärkten der Papierwirtschaft hat aber dazu geführt, daß für bestimmte Positionen das im Vertrag genannte Institut Zollkontingente⁴⁾ eingesetzt wurde. Mit deren Hilfe können die Zollsätze für einzelne Mitgliedsstaaten verringert oder gleich Null gesetzt

1) Vgl. Papierwirtschaft und europäische Integration; Schriftenreihe des ENTE NAZIONALE PER LA CELLULOSA E PER LA CARTA, deutsche Übersetzung, Rom 1961, S. 63

2) Vgl. oben S. 19

3) Der Höchstzollsatz in Liste B liegt bei 3 %; der Gemeinsame Zollltarif sieht aber für zur Weiterverarbeitung zu Papier und Pappe bestimmte Abfälle die Zollfreiheit vor.

4) Art. 25 EWG-Vertrag

werden. Hierbei handelt es sich für die BRD in erster Linie um die Tarifpositionen Halbstoffe (Zellstoff, Holzschliff) und Zeitungsdruckpapier.

C. Europäische Freihandelszone

1. Stockholmer Konvention, Wesen und Ziel

Die "kleine Lösung" der Wirtschaftsintegration in der EWG mußte bei anderen europäischen Staaten eine Reaktion hervorrufen, da die angestrebte Zollunion der Gemeinschaft und die sich schnell einstellenden Anfangserfolge der beginnenden Integration Nachteile für die restlichen Staaten Europas bringen mußten.

Die Gründe dieser Länder, der EWG nicht beizutreten - sie waren ja schon zu den Gründungsverhandlungen nach Rom eingeladen worden - waren vielfältig:¹⁾ Großbritannien hielt mit einem Präferenz-Zollsystem die Commonwealth-Staaten zusammen. Dieses System war mit den angestrebten EWG-Außenzolltarifen nicht vereinbar. Großbritannien war nicht bereit, seine wirtschaftspolitische Vormacht- und Vorzugsstellung im Commonwealth "fragwürdigen" Vorteilen in der EWG zu opfern.

Andere Staaten wie Schweden, Österreich und die Schweiz lehnten die EWG aus politischen Gründen ab, denn eine angestrebte integrierte Wirtschafts- und Finanzpolitik bedingte die Aufgabe bestimmter einzelstaatlicher Hoheitsrechte und Abgabe an Gemeinschaftsinstitutionen. Diese Zielvorstellungen waren aber nicht vereinbar mit der Neutralitätspolitik der genannten Länder. Die Beitrittsablehnung wurde durch das erklärte Endziel der EWG-Mitglieder un-

1) Zu den folgenden Ausführungen vgl. KRÄMER, Hans R., a.a.O., S. 17 ff.

termauert, langfristig über die gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik die politische Integration anzustreben.

Da für die restlichen westeuropäischen Staaten somit eine Zollunion mit gemeinsamem Außentarif außer Frage stand, wurde eine Assoziierung dieser Staaten mit der EWG versucht. Im Rahmen der OEEC wurden auf Vorschlag Großbritanniens (21.7.56) die Integrationsmöglichkeiten analysiert. Die Untersuchungen gipfelten 1957 in der Ausschusseinsetzung des OEEC-Ministerrates, der Vertragsentwürfe für eine europäische Freihandelszone und deren Assoziierung an die EWG entwickeln sollte. Im Rahmen dieser Verhandlungen kam es zu Kontroversen zwischen dem EWG-Block und Großbritannien. Im Februar 1959 erklärte Schweden in einem Weißbuch die Verhandlungen praktisch für vorläufig gescheitert und machte dafür die EWG-Staaten verantwortlich. Um weiteren Schaden für die Nichtmitglieder der EWG zu vermeiden, sollte nunmehr außerhalb der EWG die Initiative ergriffen werden.¹⁾ Schweden lud im Mai 1959 Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal und die Schweiz zu einer entsprechenden Konferenz ein.

Nach weiteren Verhandlungen der sieben Länder wurde im Juni 1959 der Plan für die Errichtung einer Europäischen Freihandelszone ausgearbeitet; der Vertragstext wurde bis zum 4.1.1960 unterzeichnet und trat mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde inkraft.

Die "kleine" Freihandelszone war geschaffen, nachdem eine "große" Freihandelszone mit der EWG im Rahmen der OEEC 1957/58 nicht zustandegekommen war. Sie wurde aber nur "als Vorbereitung und Stimulus für eine spätere Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EWG"²⁾ gesehen, da die angestreb-

1) Vgl. SCHWARZ, Bernhard, a.a.O., S. 27 f.

2) ECKENSTEIN, Ch.: Die Ursprünge der Europäischen Freihandels-Assoziation, in: Europa im Umbruch, 2. Aufl., Basel 1963, S. 65

te langfristige Lösung ein einziger europäischer Markt sein mußte.

Im Übereinkommen zur Errichtung der EFTA (kurz EFTA-Übereinkommen) legen die Signatarmächte der Freihandelszone in Art. 2 folgende Ziele fest:

- a) Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit unter Vollbeschäftigung, Produktivitätssteigerung, finanzieller Stabilität und steter Verbesserung des Lebensstandards,
- b) Handel zwischen den Mitgliedsstaaten unter gerechten Wettbewerbsbedingungen,
- c) Beitrag zur Entwicklung und Ausweitung des Welthandels bei fortschreitender Liberalisierung.

Die Ziele der beiden europäischen Wirtschaftsblöcke waren in vieler Hinsicht ähnlich.¹⁾ Es gab jedoch entsprechend den bereits skizzierten Unterschieden in der politischen Interessenlage entscheidende Differenzen.

Waren innerhalb der Präferenzzone EWG alle Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen abzubauen, so wurde im EFTA-Übereinkommen an der vollen Autonomie der Einzelstaaten bezüglich des Handels mit Drittländern festgehalten. Weiter wurden die Agrar-²⁾ und Fischereibereiche³⁾ aus den Verhandlungen ausgeklammert, d.h. für Länder wie Dänemark und Portugal (Landwirtschaft) und Norwegen, Schweden und Portugal (Fischerei) waren auch weite Teile des Handels innerhalb der EFTA von den Vorteilen der Freihandelszone ausgeklammert.

Der institutionelle Aufbau ist gegenüber der EWG einfach. Es gibt nur ein Organ, den Rat.⁴⁾ Jedes Mitgliedsland entsendet einen Vertreter und verfügt unabhängig von Wirtschaftspotential und Einwohnerzahl über eine Stimme.⁵⁾ Die Ratsbeschlüsse müssen einstimmig oder mit absoluter Mehrheit gefaßt werden;⁶⁾ für Ratsbeschlüsse von größerer Be-

1) Daher war auch die Fusionsbestrebung seit Beginn der Integrationsbewegung völlig normal.

2) Art. 21 ff EFTA-Übereinkommen

3) Art. 26 ff EFTA-Übereinkommen

4) Art. 32 EFTA-Übereinkommen

deutung, Wirkung und Tragweite für die Zone ist jedoch Einstimmung notwendig. Der Rat kann nach Art. 32 Abs. 4 EFTA-Übereinkommen für die Mitgliedsstaaten verbindliche Beschlüsse und/oder Empfehlungen aussprechen. Weiter überwacht der Rat die Anwendung und Durchführung des Vertrages und ist gleichzeitig Beschwerde- und Konsultationsorgan, und schließlich kann der Rat sich "Organe, Komitees oder andere Ausschüsse"¹⁾ schaffen, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind.²⁾

Die weitläufigen Formulierungen der einzelnen Artikel, die eine großzügige Auslegung zulassen, und die hohe Aktions- und Verantwortungskonzentration auf das einzige Organ machen den vorläufigen Charakter des EFTA-Übereinkommens deutlich. Das Provisorium sollte durch eine noch zu findende Form der Integration mit der EWG abgelöst werden.³⁾

2. Errichtung der Freihandelszone

Ähnlich dem Verfahren der EWG wurde der Abbau der Binnenzölle in einem Plan festgelegt. Die Zollfreiheit innerhalb der Freihandelszone sollte, um keine Wettbewerbsnachteile zu haben, mit dem zeitlichen Zollfreiheit-Zeitpunkt der EWG zusammenfallen. Norwegen⁴⁾ und Portugal⁵⁾ bekamen aufgrund der gesonderten Wirtschaftslage über diesen Zeitraum hinaus Ausnahmeregelungen zugebilligt.⁶⁾

5) v.S. 25: Art. 32 Abs. 2 EFTA; demnach hat auch Großbritannien mit einer Einwohnerzahl von über 55 Mill. und einem Anteil an der Gesamteinwohnerzahl der EFTA von 58 % nur eine Stimme.

6) v.S. 25: Art. 32 Abs. 5

1) Art. 32 Abs. 3 EFTA-Übereinkommen

2) So hat der Rat ein Generalsekretariat (Sitz in Genf) und einige ständige Ausschüsse eingesetzt.

3) Vgl. ECKENSTEIN, Ch., a.a.O., S. 69

4) Art. 2o EFTA-Übereinkommen, Beschluß-Nr. 14/63 des Rates vom 27.5.1963, in: EFTA-Bulletin 1963, Nr. 7, S. 1o

5) Anhang zum EFTA-Übereinkommen

6) Portugal bekam zum Teil Präferenzen bis 198o

Der Zollabbau war in der EFTA wie folgt geplant:

Tabelle 3: Geplanter Zollabbau EFTA¹⁾

<u>Zeitpunkt</u>	<u>Abbau i.v.H.</u>
1.7.1960	20
1.1.1962	10
1.7.1963	10
1.1.1965	10
1.1.1966	10
1.1.1967	10
1.1.1968	10
1.1.1969	10
1.1.1970	10

Der verwirklichte Zollabbau innerhalb der EFTA wurde bedingt durch den positiven Wirtschaftsverlauf und die Signalwirkung der EWG-Zollsenkungen beschleunigt.

Seit dem 1.1.1967 (noch vor dem Abschluß des Zollabbaus der EWG) gab es keine Zölle mehr in der Freihandelszone EFTA. Die verwirklichte Entwicklung verlief wie folgt:

Tabelle 4: Verwirklichter Zollabbau EFTA²⁾

<u>Zeitpunkt</u>	<u>Abbau in v.H.</u>
1.7.1960	20
1.7.1961	10
1.3.1962	10
31.10.1962	10
31.12.1963	10
31.12.1964	10
31.12.1965	10
31.12.1966	20

1) Vgl. KRÄMER, Hans R.: EWG und EFTA, a.a.O., S. 46

2) Vgl. ebenda, S. 47; HERRIGER, Manfred, a.a.O., S. 69

3. Stellung der Papierindustrie im EFTA-Übereinkommen

Ähnlich dem Rom-Vertrag der EWG gibt es in der Stockholmer Konvention keine besondere Berücksichtigung für bestimmte Industriezweige und Branchen. Im Art. 2o des EFTA-Übereinkommens werden jedoch Ausnahmeregelungen für Schwierigkeiten in bestimmten Wirtschaftszweigen genannt und ermöglicht. Im Gegensatz zur EWG befinden sich die Papierindustrien der EFTA-Staaten auf dem Papiermarkt in sehr unterschiedlichen Produktions-, Standort- und Ertrags-situationen. Österreich, Schweden, Norwegen und das assoziierte Finnland sind Großerzeuger und Exportländer auf dem Papiersektor. Ihnen stehen Großbritannien, die Schweiz, Portugal und Dänemark gegenüber, die zwar z.T. erhebliche Papierproduktionen besitzen, jedoch zur Bedarfsdeckung mehr oder weniger hohe Importquoten benötigen.

Wenn die unterschiedliche Ausgangssituation der einzelnen EFTA-Mitgliedsstaaten auf dem Papiermarkt trotzdem in der Stockholmer Konvention nicht berücksichtigt wurde, so müssen politische Gründe (vor allem von seiten der Großproduzenten Skandinaviens und Österreichs) vorhanden gewesen sein, denn die Papierindustrien Englands¹⁾ und der Schweiz²⁾ haben z.B. auf die Gefahr der Einbeziehung der Papierindustrie in die Freihandelszone EFTA ausdrücklich hingewiesen.

"Aus zwingenden staatspolitischen und kriegswirtschaftlichen Erwägungen heraus kann für die Schweiz ein Beitritt zur Freihandelszone nur infrage kommen, wenn ihr die Möglichkeit belassen wird, die zur Erhaltung einer voll leistungsfähigen Papierindustrie notwendigen Maßnahmen zu treffen, sei es durch Beibehaltung der im neuen Zolltarif vor-

1) Vgl. Papierwirtschaft und Integration, a.a.O., S. 127 f.

2) Vgl. BOLLHALTER, Arno: Der schweizerische Papiermarkt in der wirtschaftlichen Integration Europas, Diss., Tübingen 1959, S. 142 ff.

gesehenen Zollsätze , sei es durch Einführung von Einfuhrbeschränkungen."¹⁾ Ähnlich lauteten die Memoranden der britischen Papierindustrie, die einen Wettbewerb mit der skandinavischen und österreichischen Papierindustrie (bedingt durch die unterschiedliche Ausgangssituation) ausschloß. Aufgrund dieser Erwägungen forderte die britische Papierindustrie u.a. einen angemessenen Schutz und befürwortete in diesem Sinne die Festlegung von Importkontingenten für die Erzeugnisse der Papierindustrie.²⁾

Daher wurden verschiedene Vermutungen über das Fehlen entsprechender Maßnahmen in der verabschiedeten Stockholmer EFTA-Konvention angestellt. Es wurde zum Beispiel erwähnt, daß von der Anerkennung der spezifischen Interessen der Papierexportländer deren Beitritt zur EFTA abhängig gemacht wurde. Weiter wurde unterstellt, daß eine sich anbahnende EWG-Erweiterung durch EFTA-Staaten den Konkurrenzdruck dann auf den größeren europäischen Papiermarkt verteilen würde.³⁾

4. Assoziierung Finnlands

Finnlands Position auf dem europäischen Papiermarkt fordert, dessen Verhältnis zur EFTA gesondert zu nennen.

Seine wirtschaftliche und politische Lage machte es Finnland unmöglich, die EFTA mitzugründen oder ihr später als Vollmitglied beizutreten.⁴⁾ Nach Art. 41 EFTA-Vertrag⁵⁾ war jedoch auch eine Assoziierung bei weitgehender Wahrung der

1) Eingabe des Verbandesschweizerischer Papier- und Papierstoff-Fabrikanten an den Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins betreffend Gemeinsamer Markt und Freihandelszone, Zürich 1957, S. 6

2) Vgl. Papierwirtschaft und Integration, a.a.O., S. 127 ff.

3) Vgl. BOLLHALTER, Arno, a.a.O., S. 142

4) Finnisch-Russisches Verhältnis nach dem 2. Weltkrieg.

5) Art. 41 Abs. 2 lautet: "Der Rat kann über ein Übereinkommen zwischen den Mitgliedsstaaten und einem anderen Staat ... verhandeln, das eine Assoziierung mit jenen gegenseitigen Rechten und Pflichten, jenem gemeinsamen Vor-

neutralen Interessen Finnlands erlaubt. Die entsprechende Aufnahme wurde vom EFTA-Ministerrat 1961 beschlossen, das entsprechende Abkommen (nach 1961) in Helsinki unterzeichnet.¹⁾

Die Besonderheit dieses Verfahrens liegt darin, daß Finnland nicht EFTA-Mitglied in irgendeiner Form wurde, sondern daß - genau genommen - eine weitere Freihandelszone geschaffen wurde, die parallel zur eigentlichen EFTA besteht. Diese Zone verfügt auch über eine eigene Institution, den Gemeinsamen Rat. Eine individuelle (dreimonatige) Kündigungsfrist für alle acht Partnerstaaten wurde dabei festgelegt.

Bis auf wenige Ausnahmen wurde der Zollabbau des EFTA-Planes auch für diese Zone mit Finnland zugrunde gelegt.

Die Bedeutung der Assoziierung Finnlands für die europäische Papierwirtschaft liegt generell in der Teilnahme Finnlands am Zollabbau und der damit verbesserten Ausgangslage gegenüber den Papierindustrien Europas. Das führte speziell für die Papierimportländer innerhalb der EFTA zu einer weiteren Wettbewerbsverschlechterung ihrer einheimischen Branchen.

D. Weitere Integrationsentwicklung in Westeuropa

"Nachdem die EWG-Zollunion 1967 vorzeitig verwirklicht war, war mit der Anwendung des EWG-Vertrages allein kein neuer Antrieb für die Wirtschaftsintegration mehr zu erreichen. Der Vertrag hatte den Mitgliedsstaaten ihre Souveränität in der Wirtschaftspolitik gelassen."²⁾ Nach den diversen

Forts. d.Fußn. 5) v. S. 29: gehen und jenen besonderen Verfahren hergestellt, die für angemessen erachtet werden. Solche Übereinkommen ... treten in Kraft, sofern sie von allen Mitgliedsstaaten angenommen werden."

1) Vgl. KRÄMER, Hans R., a.a.O., S. 22

2) HELLMANN, Rainer: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Dokumentation. Baden-Baden 1972, S. 13

politischen Krisen zwischen 1963 - 1968 um die europäischen Institutionen und die EWG-Erweiterung war 1969 (Ende der zwölfjährigen Übergangszeit) "ein Jahr der Zäsur für die EWG."¹⁾ Auf der Haager Gipfelkonferenz wurden die Weichen für die weitere gemeinsame Politik der Mitgliedsstaaten gestellt: es wurde 1. der Ausbau zur Wirtschafts- und Währungsunion und 2. die Erweiterung der Gemeinschaft beschlossen.

Zu 1. Im Kommuniqué wurde in Ziffer 8 vereinbart, "die Möglichkeit der Errichtung eines europäischen Reservefonds prüfen zu lassen, zu dem eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik hinführen müßte."²⁾ In einer Entschließung (22.3.71) bekundeten der Rat und die Mitgliedsstaaten "ihren politischen Willen, eine Wirtschafts- und Währungsunion nach einem am 1.1.1971 beginnenden Stufenplan zu schaffen. Die Gemeinschaft wird am Ende dieses Prozesses eine Zone bilden, in der sich der Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr frei vollzieht; sie wird einen selbständigen Währungsraum im Rahmen des internationalen Systems bilden und auf wirtschaftlichem und monetärem Gebiet die Befugnisse und Verantwortung besitzen, die ihren Organen die Verwaltung der Union ermöglichen."³⁾ Der Stufenplan sieht dafür eine Zeit von insgesamt 10 Jahren vor.⁴⁾

Zu 2. In Ziffer 4 des o.a. Kommuniqués wurden die Nachbarstaaten der Gemeinschaft zum Beitritt aufgefordert "gemäß den in den Römischen Verträgen vorgesehenen Modalitäten ..., (um) den Gemeinschaften zu Dimensionen zu verhelfen, die mehr und mehr dem heutigen Stand der Wirtschaft und der Technologie entsprechen."

1) HELLMANN, Rainer, a.a.O., S. 15

2) Kommuniqué ..., a.a.O., S. 529

3) EG-Kommission: 5. Gesamtbericht 1971, a.a.O., S. 153 f.

4) HELLMANN, Rainer, a.a.O., S. 38

Darüber hinaus wurden auch die Staaten, die der Gemeinschaft nicht beitreten wollten oder konnten, aufgefordert, besondere Bindungen mit der EWG einzugehen.

Schon 1967 hatten Großbritannien (10.5.67), Dänemark und Irland (11.5.67) und Norwegen (21.7.1967) entsprechende Beitrittsgesuche beim Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften eingebracht. Die EWG-Kommission machte in einer ersten Stellungnahme geltend, daß "neue Mitgliedsländer wie das Vereinigte Königreich, Irland, Dänemark und Norwegen, die in ihrem politischen und wirtschaftlichen Aufbau und Entwicklungsstand den Gemeinschaftsländern stark ähneln, die Gemeinschaft durch ihren Beitritt stärken und ihr die Möglichkeit zu neuen Fortschritten geben könnte, sofern sie die Bestimmungen der Verträge und das Folgerecht akzeptieren."¹⁾ Im Juni 1970 legten die beitrittswilligen Länder ihre Haltung zu den Verhandlungen dar. Nach langwierigen Konferenzen konnte am 22.1.1972 in Brüssel "die feierliche Unterzeichnung der Schlußakte der Verhandlungskonferenz mit beitrittswilligen Ländern"²⁾ vollzogen werden. Die Beitrittsverträge sind inzwischen mit einer Ausnahme³⁾ von den einzelnen nationalen Parlamenten ratifiziert worden. Diese Länder werden am 1.1.1973 Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften.

Für die somit notwendig gewordenen Zollveränderungen mit den drei Ländern wurde die folgende (auch für den Papierhandel gültige) Zeitfolge festgelegt:

Tabelle 5: Zollabbau innerhalb der erweiterten Gemeinschaft⁴⁾

Zeit	Abbau in v.H. des Zolltarifs	Beispiel bei 12 % Ausgangszoll
1.1.1973	-	12,0
1.4.1973	20	9,6
1.1.1974	20	7,2
1.1.1975	20	4,8
1.1.1976	20	2,4
1.1.1977	20	0,0

1) EG-Kommission: 5. Gesamtbericht 1971, a.a.O., S. 11

2) Ebenda, S. 67

3) Da in einer Volksabstimmung am 24./25. September 1972

Die Belange der Papierindustrie wurden dahingehend berücksichtigt, daß Zollkontingente für bestimmte Qualitäten eingeräumt wurden. Schutzmaßnahmen für die Papierindustrie der Gemeinschaften wurden nicht ergriffen.

Mit den nicht beitrittswilligen Ländern der Rest-EFTA wurden entsprechend dem Haager Kommuniqué¹⁾ ebenfalls Verhandlungen aufgenommen.²⁾ Im Laufe der Verhandlungen wurde 1972 eine weitere europäische Freihandelszone konzipiert, die dem "Zweck eines unbeschränkten Warenaustausches im europäischen Raum"³⁾ dienen soll. Für diese Freihandelszone wurde generell eine Übergangszeit von fünf Jahren festgelegt.

Der besonderen Situation der Papierindustrie innerhalb der EWG (einschließlich der neuen Partnerstaaten Großbritannien, Dänemark und Irland) gegenüber den großen Papierexportländern der Rest-EFTA wurde durch eine zwölfjährige Übergangszeit Rechnung getragen, d.h. für die Papierindustrie (wie auch für einige andere Branchen) tritt der europäische Freihandel mit den Rest-EFTA-Staaten erst 1984 in Kraft.

Der Zollabbau mit diesen Ländern sieht für die EWG-Papierwirtschaft folgende Zeitabstufung vor:

-
- Forts. d.Fußn. 3) v. S. 32: in Norwegen der Beitritt zur EWG mehrheitlich (53,9 % der Wahlberechtigten) abgelehnt wurde, zog die norwegische Regierung die Zusage zurück und wird nun versuchen, mithilfe einer Freihandelsregelung ihr Verhältnis zur EWG zu normalisieren.
- 4) v.S.32: AENGENEYNDT, Robert: Zum Abschluß der Verhandlungen mit den EFTA-Neutralen, in: APR Nr. 41, 1972, S. 1451
- 1) Vgl. Ziffer 14 Haager Kommuniqué, a.a.O.
- 2) Schweiz (3.12.1971), Schweden (4.12.1971), Österreich (5.12.1971), Finnland (12.12.1971), Portugal (17.12.1971) und Island (18.12.1971)
Die Verhandlungen wurden am 22. Juli 1972 zum Abschluß gebracht.
- 3) WULF, V.: Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, in: APR Nr. 6, 1972, S. 213

Tabelle 6: Zollabbau mit Rest-EFTA¹⁾ bei 12 % Ausgangszoll

Zeitpunkt	Kern-EWG gegen- über Rest-EFTA	Beitritts- staaten - Rest-EFTA	Rest-EFTA ge- genüber EWG in %
1.1.1973	12	0	100
1.4.1973	11,5	0	95
1.1.1974	11	3	90
1.1.1975	10,5	4,5	85
1.1.1976	10	6	80
1.7.1977	8	8	65
1.1.1979	6	6	50
1.1.1980	6	6	50
1.1.1981	4	4	35
1.1.1982	4	4	35
1.1.1983	2	2	20
1.1.1984	0	0	0

Die Beitrittsstaaten der EG bauen somit gegenüber der Rest-EFTA bis 1977 noch einmal Zollschränken auf, um sie dann als erweiterte EG bis zum 1.1.1984 abzubauen.

Ferner ist für die Zolltarifpositionen des Papierhandels (Kapitel 48) die Errichtung sog. mengenmäßiger Richtplafonds für sensible Erzeugnisse vorgesehen.²⁾ Diese Plafonds gelten für die Papierexportländer Finnland, Österreich und Schweden. Unter Zugrundelegung des Einfuhrmittels 1968-1971 werden Richtsätze für die Importmengen festgesetzt. Die Plafonds werden jährlich um 5 % heraufgesetzt.³⁾

Zu den sensiblen Erzeugnissen zählen die meisten Massenspapiere, die aus Skandinavien eingeführt werden (so z.B. holzfreie und holzhaltige Druck- und Schreibpapiere, Kraftliner, Kraftsack- und andere Kraftpapiere⁴⁾). Durch diese Plafondierung soll ein "unkontrolliertes und allzu starkes Eindringen von Papier, Pappe und Papierwaren aus den Rest-EFTA-Ländern, vor allem Schweden, Finnland und

1) AENGENEYNDT, Robert: Zum Abschluß..., a.a.O., S.1452

2) Vgl. WULF, V., a.a.O., S. 213; AENGENEYNDT, Robert: Zum Abschluß ..., a.a.O., S. 1452

3) Mit der 5 %igen Steigerung soll dem Verbrauchszuwachs der langfristigen FAO-Prognose Rechnung getragen werden.

4) Vgl. AENGENEYNDT, Robert: Zum Abschluß ..., a.a.O., S. 1452

Österreich, in den Markt der Gemeinschaft"¹⁾ verhindert werden. Bei einer 75 %igen Ausnutzung der Plafonds ist eine Konsultationsstufe vorgesehen, die Revisionsmöglichkeiten der Verfahrens- und Bemessungsrichtlinien zuläßt. Das Plafondsystem ist nach Ansicht der EWG-Papierindustrie als eine Art Marktbarometer gedacht.²⁾

Die oben skizzierte Lösung für die europäische Papierindustrie bietet nach Aussage der EWG-Kommission allen Industrien eine *faire* Chance, "sich mit angemessenen Anteilen an der Deckung des wachsenden Papierverbrauchs Europas zu beteiligen. Damit wären den Papierindustrien in der EG zugleich normale Entwicklungsmöglichkeiten geboten."³⁾

1) WULF, V., a.a.O., S. 213

2) Vgl. SCHMITT, Christoph: Die EWG und Finnland, in: APR Nr. 22, 1972, S. 818

3) APR-Extrablatt 27/72 vom 5.7.1972

III. Außenhandel als Wirtschaftsfaktor

=====

A. Definition und Funktion des Außenhandels

"In der Bedarfsdeckung, d.h. im Bereitstellen und Verwenden von Mitteln für die Bedürfnisbefriedigung, finden alle ... (ökonomischen) Handlungen ihren letzten Sinn."¹⁾ Güterproduktion und -distribution dienen diesem Zweck.²⁾ Der Handel übernimmt die Verteilungsfunktion zwischen Herstellung und Verbrauch. Dieser funktionale Handelsbegriff umfaßt somit den institutionalen Handel (Dienstleistungsbetrieb) als auch den Absatzbereich der Produktionsbetriebe.³⁾

Handel ist jedoch nicht auf den Verteilungsprozeß innerhalb einer Volkswirtschaft beschränkt. Der grenzüberschreitende Güterverkehr hat eine lange Tradition, da der Austausch von Waren und anderen wirtschaftlichen Werten zwischen Völkern, Stämmen und Sippen so alt ist "wie der Zusammenschluß zu derartigen Sozialgebilden selbst."⁴⁾

Die Abgrenzung des Außenhandelsbegriffs von dem der Außenwirtschaft ist in Theorie und Praxis nicht immer einheitlich.⁵⁾ Es gibt definitorische Unter- bzw. Überordnungen der beiden Begriffe und synonyme Sprachregelungen. So wird z.B. vielfach "unter dem Eindruck der Traditionen der Begriff Außenhandel als Oberbegriff verwendet".⁶⁾ Zunehmend mit den wachsenden zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen über den reinen Handelsbereich hinaus wird der Außenhandel aber als Teil der Außenwirtschaft gesehen.

1) KOSIOL, Erich: Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, Hamburg 1966, S. 11

2) Vgl. BEHRENS, Karl Chr.: Kurze Einführung in die Handelsbetriebslehre, Stuttgart 1966, S. 7

3) Vgl. ebenda

4) BEHRENS, Karl Chr.: Betriebslehre des Aussenhandels, Essen 1957, S. 17

5) Ebenda, S. 13; ferner vgl. auch: ULLMER, Walter und SCHMIDT, Hans A.: Verkehrslehre des Außenhandels, Bad Homburg v.d.H./Berlin/Zürich, 3. durchgesehene Aufl. 1964, S. 7; OBERPARLEITER, Karl: Außenhandel (betriebswirtschaftlich), in: HWB Band I, a.a.O., Sp. 341 ff.; MEISSNER, Hans Günther: Außenwirtschaft, Stuttgart 1970, S. 8

6) MEISSNER, Hans G., ebenda, S. 7

Während unter Außenwirtschaft somit die Summe aller Wirtschaftsbemühungen zwischen autonomen Staaten verstanden wird,¹⁾ bezeichnet der Handel den Austausch von Gütern und Dienstleistungen über die Landesgrenzen hinweg,²⁾ wobei der Außenhandel "nicht nur die von 'Dienstleistungsbetrieben des Handels' durchgeführten Ein- und Verkäufe im Auslande, sondern darüber hinaus auch die Im- und Exporte der Sachleistungsbetriebe (Produktions-, Gewinnungs- und Veredlungsbetriebe) und die Tätigkeit anderer Dienstleistungsbetriebe"³⁾ umfaßt.

Aufgabe des institutionalisierten Außenhandels ist es, den "Inlandsmarkt mit den Märkten in aller Welt zu verknüpfen",⁴⁾ dabei ergeben sich gegenüber dem Binnenhandel Unterschiede, die durch Währungskursdifferenzen, Zollkontrollen, besondere Versicherungs- und Finanzierungsprobleme, Transport und Lagerbesonderheiten und nicht zuletzt auch durch rechtliche, soziale und kulturelle Unterschiede in den politischen Systemen⁵⁾ bedingt sind.

Der Außenhandel wird entsprechend der jeweiligen spezifischen Funktion in Export, Import und Transitverkehr unterteilt.⁶⁾ Letzterer schließt dabei meist einen Veredelungsprozeß ein, d.h. Waren werden während des Transits im Inland be- oder verarbeitet.⁷⁾ Diese Dreiteilung des grenzüberschreitenden Handels findet ihren Niederschlag in der Außenhandelsstatistik, die dabei den Export nach Käufer- und Verbraucherstaaten und den Import nach Verkäufer-

-
- 1) Vgl. HABERLER, Gottfried: Außenhandel. (Theorie), in: HdSW Bd. I, a.a.O., S. 457 ff.; MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 7
 - 2) Vgl. BEHRENS, Karl Chr.: Aussenhandel ..., a.a.O., S. 17; ULLMER, Walter und SCHMIDT, Hans A., a.a.O., S. 7, HABERLER, Gottfried, a.a.O., S. 457
 - 3) BEHRENS, Karl Chr.: Aussenhandel, a.a.O., S. 13
 - 4) Ebenda, S. 15
 - 5) Vgl. MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 8
 - 6) Ebenda, S. 31; OBERPARLEITER, Karl, a.a.O., S. 341; BEHRENS, Karl Chr.: Aussenhandel ..., a.a.O., S. 14
 - 7) Vgl. LOHMANN, Martin: Wandlungen in den Betriebs- und Finanzierungsformen des deutschen Außenhandels. Jena 1938, S. 57 ff.

und Ursprungsstaaten noch einmal unterteilt.¹⁾

B. Erscheinungsformen des Außenhandels (Typologie)

1. Allgemeine Bemerkungen

MEISSNER²⁾ findet einen typologischen Ansatz der betriebswirtschaftlichen Außenwirtschaftstheorie. "Es handelt sich bei der Typenbildung um eine Differenzierung und Abgrenzung charakteristischer Merkmale um die Unterscheidung beherrschender Funktions- und Risiko-Zusammenhänge."³⁾ Im Rahmen dieses Ansatzes werden fünf Typen genannt, die nach den Kriterien der Absatzwege,⁴⁾ des Produktes,⁵⁾ der Fristigkeit, der Region und der Außenpolitik gebildet werden. Diese Typologie kann durch ein weiteres Kriterium, die Finanzierung, ergänzt werden, da diesem Fragenkomplex im Außenhandel mit seinen spezifischen Besonderheiten sogar zentrale Bedeutung zukommt.

2. Länge des Außenhandelsweges

Die Länge des Weges in der Handelskette kann unterschiedlich sein und läßt generell zwei Formen erkennen, den direkten und den indirekten Außenhandel. Beim traditionellen

1) Die Differenz zwischen den Ländergruppen bei Import und export ist dann der Transithandel. Das Land des Vertragspartners ist somit nicht in allen Fällen Verbraucher bzw. Hersteller.

2) Vgl. MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 22

3) Ebenda

4) Der Begriff des Absatzweges bei MEISSNER in diesem Zusammenhang erscheint nicht eindeutig, da hierunter i.d.R. mit Absatz nur die Exportseite des Außenhandels verstanden wird, die Länge der Handelskette ist aber auf der Importseite genauso variabel, auch hier gibt es direkten und indirekten Außenhandel.

5) Als Synonym für Ware und Dienstleistungen. (MEISSNER vernachlässigt die Dienstleistungen völlig).

indirekten Außenhandel ist zwischen Produzent und Abnehmer ein Nur-Außenhändler¹⁾ zwischengeschaltet, der die charakteristischen Außenhandelsfunktionen und -risiken übernimmt.²⁾ HENZLER³⁾ unterscheidet dabei unter Berücksichtigung der Funktionslehre SEYFFERTs⁴⁾ verschiedene Partialfunktionen, die im konkreten Außenhandelsgeschäft jeweils mit unterschiedlicher Gewichtung Bedeutung erlangen.⁵⁾ Diese Funktionen sind teilweise von den Warenproduzenten übernommen worden, da die Kapitalkreditkraft, Informationsmöglichkeiten und technische Fachkenntnisse den produzierenden Großunternehmen und multinationalen Konzernen Kostenvorteile gegenüber den meist. mittelständischen Außenhandelsbetrieben einräumen. Darüber hinaus ist der institutionelle Außenhandel mit seinen beschränkten technischen Beratungsmöglichkeiten bei den komplizierten Produktionsverfahren und dem oft notwendigen Aufbau- und Instandsetzungskundendienst in der Regel benachteiligt. Ein verstärkter Trend vom indirekten zum direkten Außenhandel (zumindest in den Industrieländern) ist daher erkennbar.⁶⁾ Der indirekte Außenhandel unterliegt einem Schrumpfungsprozeß; nur Branchen- und/oder Länderspezialisten mit besonderen Markt- und Personenkenntnissen haben noch eine Zukunft. Die Außenhandelsfunktionen werden dem Nur-Außenhandel oft nur noch bei schwierigen Devisenverhältnissen und unübersichtlichen Handelsmärkten etwa im Rahmen von Geschäften mit Ostblock- oder Entwicklungsländern überlassen.⁷⁾ Eine Sonderstellung

1) Vgl. BEHRENS, Karl Chr., Außenhandel ..., a.a.O., S. 21

2) Vgl. MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 22 f.

3) Vgl. HENZLER, Reinhold: Betriebswirtschaftslehre des Außenhandels, Teil I, Hamburg 1962, S. 49

4) Vgl. SEYFFERT, Rudolf: Wirtschaftslehre des Handels, 3. Aufl., Köln und Opladen 1957, S. 9 ff.

5) Diese Teilfunktionen sind: Transport-, Lager-, Vordispositions-, Preisausgleichs-, Kredit-, Qualitäts-, Quantitäts-, Sortiments-, Markterschließungs-, Interessenswahrungs- und Beratungsfunktion. Vgl. HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 49 ff.; SEYFFERT, Rudolf, a.a.O., S. 9 ff.; MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 17 ff.

6) Vgl. BEHRENS, Karl Chr., Außenhandel ..., a.a.O., S. 23 f.; WOERNER, Joachim: Verkaufen im Ausland. Praxis und Grundlagen des Außenhandels. Düsseldorf/Wien 1971, S. 28ff.

7) "So weit dies der Fall ist, kann sich der selbständige Außenhändler - wie der selbständige Einzelhändler über die Kleinpreisgeschäfte - mit Recht darüber beschweren,

hat der Außenhändler noch bei Gegenseitigkeitsgeschäften;¹⁾ hier findet der Außenhandel im Rahmen eines Warentausches statt (üblich beim Handel mit osteuropäischen Staatshandelsländern).

3. Einteilung nach Warengruppen

Bei einer Unterscheidung des Außenhandels nach Waren- und Dienstleistungen ist für den größeren Teil, die Warengruppen, eine weitere Einteilung nach der Konsumnähe in Rohstoff, Zwischen- und Fertigprodukt notwendig.²⁾

Ferner ist eine Unterscheidung nach Konsum- und Investitionsgütern möglich, wobei als letzte Stufe des Investitionsgüterhandels, der Handel mit kompletten Anlagen und/oder Fabriken anzusehen ist.

Der Außenhandel der Industrieländer zeigt eine Verlagerung des Warentausches von Konsumgütern gegen Rohstoffe zum Tausch von Investitionsgütern gegen Rohstoffe und Konsumgüter. "Der Investitionsgüterhandel bildet den harten Kern der Weltwirtschaft, sowohl im Hinblick auf die Exporte wie auch für die Importe."³⁾ Dieser Teil des Außenhandels kann so auch als Rückgrat für Industrieländer wie die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden. Der allgemeine Welthandel mit Konsumgütern hat an Bedeutung verloren; es kommt jedoch für diesen Teil des Außenhandels zu einem verstärkten Warenaustausch innerhalb von Freihandelszonen und Wirtschaftsgemeinschaften.⁴⁾ Der Trend zum Investitionsgüterhandel läuft parallel mit dem zum direkten Außenhandel.⁵⁾

Forts. d.Fußn. 7) v. S. 39: daß ihm die mit besonderen Verkaufsrisiken belasteten Waren zum Verkauf überlassen bleiben." BEHRENS, Karl Chr., Aussenhandel..., a.a.O., S. 24

1) MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 23

2) Diese Einteilung ist im Außenhandel der zu untersuchenden Branche notwendig. Zur Verbrauchsreife-Ordnung eines Produktes vgl. KRUSCHWITZ, Lutz: Eigenerzeugung oder Beschaffung? Eigenverwendung oder Absatz? Berlin 1971, S. 10 f. und 21 ff.

3) MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 23 f.

4) Ebenda, S. 24

Der Branchen- oder Warenspezialist¹⁾ hat im Außenhandel durch seine intensiven und besonderen Markt- und Warenkenntnisse gegenüber den allgemeinen Exporthäusern große Vorteile. So wird auch der überwiegende Teil des Papierhandels im grenzüberschreitenden Verkehr - soweit indirekter Handel- über Branchenspezialisten abgewickelt.

4. Regionale Unterscheidung

Eine weitere Einteilung des Außenhandels ist nach regionalen Ein- und Ausfuhr Gesichtspunkten möglich. Diese Aufgliederung stellt "die klassische Organisation traditioneller Außenhandelsfirmen dar."²⁾ Eine solche Spezialisierung war historisch bedingt und früher, als generelle Informations- und Kommunikationsnetze nicht oder nur sehr lückenhaft funktionierten, notwendig gewesen. Heute wird dieser ländermäßigen oder kontinentalen Spezialisierung keine so große Bedeutung mehr beigemessen. Es hat sich aber eine andere Art der Differenzierung nach regionalen Gesichtspunkten herauskristallisiert: die Aufgabenteilung des Außenhandels nach Industrie- und Entwicklungsländern und eine Spezialisierung nach Wirtschaftsblöcken. So hat sich entsprechend den unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen z.B. in der Europäischen Gemeinschaft und der kleinen Freihandelszone ein spezieller EFTA- und ein EWG-Handel entwickelt.

Eine Sonderstellung hält ferner der Osthandel, ein "Handel sui generis",³⁾ der jedoch auch die These unterstützt, daß sich der traditionelle Länderspezialist zum Wirt-

5) v. S. 40: Vgl. BEHRENS, Karl Chr., Außenhandel ..., a.a.O. S. 23 ff.

1) Der direkte Außenhandel gehört in seiner produktbezogenen Spezialisierung ebenfalls in diese Kategorie.

2) MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 24

3) SCHMITT, Mathias: Osthandel auf neuen Wegen, Hamburg 1968, S. 13; vgl. hierzu STANDKE, Klaus-Heinrich: Der Handel mit dem Osten. 2. Aufl. Baden-Baden 1972; LANGE-PROLLIUS, Horst: Ostwesthandel für die 70er Jahre, Bad Harzburg 1971

schaftsblockexperten entwickelt. Für den direkten Außenhandel ist eine Konzentration auf ein bestimmtes Land oft aus Kapazitätsgründen sowieso nicht möglich.

5. Zeitliche Unterscheidung

Eine Einteilung des Außenhandels nach Zeitdauer der Geschäftsabwicklung ist nach der klassischen Fristigkeitsunterscheidung in lang-, mittel- und kurzfristig möglich.¹⁾ Durch die langen Transportwege, Zollschränken und Zwischenlagerungen sind dem Außenhandelsgeschäft schon generell längere Abwicklungszeiten eigen. Damit entstanden besondere Probleme der Finanzierung und Risikoverteilung, die durch mögliche Währungsschwankungen und das unterschiedliche politische Risiko noch vielschichtiger werden.

Mit der Verlagerung der Außenhandelsschwerpunkte vom Konsumgüter- zum Investitionsgüterhandel hat eine weitere Verschiebung der allgemeinen Fristen bei der Außenhandelsabwicklung stattgefunden.

6. Außenhandelsfinanzierung

Der Außenhandel läßt sich entsprechend seiner Finanzierung in Herstellerfinanzierungs- und Bestellerfinanzierungsgeschäfte einteilen.

Bei der Herstellerfinanzierung übernimmt der Produzent die eigentliche Bankiersfunktion, die Finanzierung des Außenhandelsgeschäfts. Es werden hierbei in der Regel staatliche und/oder privatwirtschaftliche Finanzierungs-

1) Vgl. hierzu SCHÄFER, Erich: Die Unternehmung, 6. Aufl., Köln-Opladen 1966, S. 154; MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 25 f.

institutionen eingeschaltet,¹⁾ da das Finanzierungsvolumen oft die Kapitalmittel der Einzelunternehmen überschreitet. Die Exportkredite werden aber abgesichert durch staatliche Ausfuhrgarantien und -bürgschaften, die für die BRD z.B. in der Hermes Kreditversicherungs-AG konzentriert werden. Allerdings wurden in der Nachkriegszeit nur "durchschnittlich 9,1 % der deutschen Ausfuhren durch die staatliche Exportkreditsicherung abgedeckt".²⁾ Die durch den Wandel vom Konsum- zum Investitionsgüterhandel zwangsläufig erhöhten Finanzierungsansprüche bei längeren Abwicklungszeiten sind weitere Gründe für das anzahl- und umsatzmäßige Schrumpfen der traditionellen Handelshäuser im indirekten Außenhandel.

Die Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte mit Hilfe der Besteller- oder Verwenderfinanzierung ist der Normalfall. Der Außenhandel übernimmt hier nicht die Bankiersfunktion. Da aber dann zumindest beim Außenhandel mit kapitalschwachen Ländern³⁾ und Firmen der Wirtschaftsgüteraustausch kaum entwicklungsfähig sein würde, hat man nationale und internationale Sonderinstitutionen der Kapitalhilfe eingerichtet.

Weiter unterteilt sich der Außenhandel in seiner Finanzierung in eine dokumentäre und eine nicht-dokumentäre Form. Da bei der nicht-dokumentären ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen den Vertragspartnern und -ländern notwen-

1) Nationale Quellen: Hausbanken, Spezialinstitute (AKA, KfW) Kapitalhilfe des Bundes an Entwicklungsländer, ERP-Sondervermögen, Anleihen
Internationale Quellen: ausländische Banken, multilateral verwendbare Auslandshilfe anderer Länder, Weltbank-Gruppe, EWG-Entwicklungsfonds, Europäische Investitionsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank. Vgl. FESKE, Johannes: Außenhandelsfinanzierung - Problematik und Stand. In: Exportpolitik der Unternehmung, herausgegeben von Herbert Jacob. Wiesbaden 1969, S. 47

2) Ebenda, S. 45

3) z.B. Entwicklungsländer

dig ist,¹⁾ kann die dokumentäre Außenhandelsfinanzierung (Dokumenteninkasso und Dokumentenakkreditiv)²⁾ als normal angesehen werden. Im ersten Fall wird der Käufer und im zweiten Fall der Verkäufer stärker geschützt. "Das Fehlen eines einheitlichen internationalen Kauf- und Vertragsrechtes hat zu dieser Spezialentwicklung geführt, die für Verkäufer und Käufer zugleich das größtmögliche Maß an Sicherheit bei der Abwicklung von Außenhandelsgeschäften gewährleistet."³⁾

7. Politische Risiken

Das Exportrisiko bei schwierigen Außenhandelsgeschäften wird vermindert oder eliminiert durch eine Garantiebürgerschaft der staatlichen Institutionen, mit deren Hilfe dann eine Finanzierung und Abwicklung gesichert werden kann. Der Staat geht aber nicht für alle Unternehmen und Länder diese Bürgerschaft ein; die BRD z.B. nur dann, wenn sie mit dem begünstigten Bezieherland diplomatische Beziehungen unterhält.

Insoweit teilt die allgemeine Außenpolitik den Außenhandel in zwei Risikogruppen ein und kennzeichnet den politischen Einfluß auf Richtung und Umfang des internationalen Warenaustausches.⁴⁾

1) Das ist i.d.R. nur bei ganz engen Wirtschaftsverbindungen mit schon beinahe binnenwirtschaftlichem Charakter möglich.

2) UNGER, Fritz: Außenhandelsfinanzierung, Frankfurt/Main 1963, S. 17 ff. und 27 ff.

3) MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 41

4) Vgl. MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 41

C. Wettbewerbsverzerrungen im Außenhandel

Seit Außenhandel zwischen Staaten möglich ist, gibt es Wettbewerbsverzerrungen, die sich in der Periode eines Übergewichtigen Exportdenkens handelspolitisch in Einfuhrbeschränkungen und besonderen Exportförderungen niederschlagen.¹⁾ Im Rahmen des GATT werden internationale Wirtschaftsbeziehungen ohne dirigistische, einzelstaatliche Beschränkungen und der freie Welthandel gefordert.²⁾ Es ist auch durch verschiedene Initiativen³⁾ gelungen, künstliche Wettbewerbsverzerrungen weltweit zu vermindern: Zölle konnten gesenkt, Kontingente und die verschiedensten Diskriminierungen in zahlreichen Fällen beseitigt werden.⁴⁾ Trotzdem gibt es heute noch Wettbewerbsverzerrungen, die sich hemmend oder fördernd auf den internationalen Handel auswirken. Die Probleme der Außenhandelspolitik wurden noch komplizierter durch die Überlagerung der supranationalen Handelspolitik in den europäischen Freihandelszonen EWG und EFTA.

In einem Wirtschaftssystem frei von Diskriminierungen muß sich auch der internationale Handel frei von Marktstörun-

-
- 1) Die Handelspolitik ist somit "nach einem antagonistischen System angelegt; sie betreibt Handelsförderung, und sie erläßt zur gleichen Zeit Handelshemmnisse". MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 76
 - 2) Die wesentlichen Grundsatzbestimmungen des GATT-Abkommens betreffen Meistbegünstigung, Beseitigung der Kontingente, Ermäßigung und Bindung der Zölle und die Nichtdiskriminierung. Vgl. LIEBICH, Ferdinand, a.a.O., S. 19 ff.
 - 3) "Bisher sind sechs große Zollrunden abgehalten worden: 1947 in Genf, 1949 in Annecy (Frankreich), 1951 in Torquay (Großbritannien), 1956 in Genf, 1960/61 in Genf (Dillon-Runde) und 1964-1967 in Genf (Kennedy-Runde). Auf diesen Konferenzen wurden Zollsenkungen und Zollbindungen ausgehandelt, die allen Vertragsparteien zugute kommen." SACHS, Rudolf: Grundriß der Außenwirtschaft, Wiesbaden 1971, S. 188
Mit einer weiteren GATT-Runde ist laut DAHRENDORF (EG-Kommission) zu rechnen, vgl.: Das demokratische Defizit der Gemeinschaft ist nicht länger mehr zu ertragen. In: Wirtschaftswoche Nr. 41 v. 13.10.1972, S. 12 ff.
 - 4) Vgl. SCHWARZ, Bernhard, a.a.O., S. 15

gen entwickeln können. Außenhandelsförderung ist nur möglich, wenn eine solche Förderung mit dem marktmechanistischen Wirtschaftssystem vereinbar ist.¹⁾ Eine besondere Rolle bei der erlaubten Außenhandelsförderung spielt in allen Industriestaaten die staatliche Unterstützung des Informationswesens²⁾ als klassisches Instrument.³⁾

Außenhandel durch Dumping,⁴⁾ also durch eine Art der Subventionierung bestimmter Außenhandelsgüter, ist heute international nicht erlaubt.⁵⁾ Das Bemühen, die Handelshemmnisse zu beseitigen, findet in den sog. "technischen Artikeln" V bis X des GATT-Statuts seinen Niederschlag.⁶⁾ Ferner schränkt Art. XVI die den Außenhandel oft störenden Subventionen ein; da Ziffer 4 des Artikels XVI jedoch die Wirksamkeit der Subventionseinschränkung für industrielle Erzeugnisse außer kraft setzt, haben sich die 14 industriellen "Schlüsselnationen"⁷⁾ des GATT in zwei "Stillhalte-Deklarationen" vom 19.11.1960 und vom 5.3.1964 auf eine Einschränkung der Subventionen auch für diese Waren geeinigt und sich zur gegenseitigen Kontrolle verpflichtet. So wurde ein weiterer Schritt zum wirklich freien Welthandel unternommen.⁸⁾

1) MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 77

2) Vgl. MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 77; SACHS, Rudolf, a.a.O., S. 34 f.

3) In der BRD die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen in Köln, eine nachgeordnete Dienststelle des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen. Vgl. KASULKE, Winfried: Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Bonn 1971

4) Zwischen Inlandspreis und Exportpreis wird künstlich ein Unterschied geschaffen.

5) Art. VI Allgem. Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.1.1947, insbes. Abkommen von Genf vom 30.6.1967 über die Durchführung von Art. VI des GATT-Statuts (Anti-dumping-Kodex); WIDMER, Max: Dumping und dumpingähnliche Tatbestände im Außenhandel. Zürich/St.Gallen 1961, S.18ff.

6) LIEBICH, Ferdinand, a.a.O., S. 32

7) Schlüsselnationen sind Belgien, Dänemark, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und die USA.

8) Vgl. LIEBICH, Ferdinand, a.a.O., S. 95 Fußnote 1

Aber trotz des weitgehenden Abbaus der Handelshemmnisse in Form von Zöllen und Kontingenten werden dem Außenhandel auch heute noch oft Schwierigkeiten bereitet, die von besonderen "tierärztlichen Vorschriften über Verschiffungsvorschriften (Flaggendiskriminierung), die Verzollungstechnik ... bis hin zur diskriminierenden Behandlung von Ausländern (Arbeitsverbot für ausländische Geschäftsleute, Meldevorschriften etc.)"¹⁾ reichen. Dieser Mißbrauch läuft den Liberalisierungsbestrebungen des Welthandels zuwider. So wurde anläßlich der 20-jährigen Tätigkeit des GATT in der 24. Vollversammlung 1967 beschlossen, "eine Bestandsaufnahme aller nichtzolltarifischer Handelshindernisse mit dem Ziele, weitere Maßnahmen in die Wege zu leiten"²⁾, vorzunehmen. Der Katalog ist inzwischen erstellt; Maßnahmen zur Beseitigung der Handelshindernisse wurden jedoch noch nicht beschlossen, da durch die unterschiedlichsten Hinderungsarten und -auswüchse vermutlich zur Zeit eine generelle und praktikable Lösung mit Kontroll-, Schieds- und Bestrafungsmaßnahmen noch nicht möglich ist.

D. Einfluß der Wirtschaftsintegration auf den Außenhandel

1. mit Partnerländern

Eine Wirtschaftsintegration bisher autonomer Staaten zu einem supranationalen Markt wirkt sich auf den Wirtschaftsprozess und -ablauf durch qualitative und quantitative Veränderungen der Güter- und Dienstleistungsströme aus, da die Industriestandorte, die Wirtschafts- und Handelszentren, die Rohstoff- und Absatzmärkte der einzelnen Partnerstaaten andere Funktionen und Stellenwerte bekommen; das bringt Veränderungen für den grenzüberschreitenden Handel, den Außenhandel, zwangsläufig mit sich.³⁾

1) MEISSNER, Hans G., a.a.O., S. 77

2) LIEBICH, Ferdinand, a.a.O., S. 35

3) Der zwischenstaatliche Handel innerhalb einer Wirtschaftsgemeinschaft kann dabei solange als Außenhandel bezeichnet werden, wie die beteiligten Einzelstaaten noch autonome Politik machen.

Die Wirkung einer Zollunion führt im Außenhandel zu Ausweitung, Schrumpfung und/oder Verlagerung einzelner Außenhandelssparten. Diese unterschiedlichen, z.T. diametralen Auswirkungen machen eine Unterscheidung und gesonderte Untersuchung des Außenhandels nach Partnerstaaten innerhalb eines Unionsmarktes und nach Drittstaaten außerhalb des Unionsmarktes notwendig.¹⁾

Verbunden mit der EWG-Marktintegration war der Zollabbau innerhalb der Gemeinschaft und die Abschaffung weiterer Handelshemmnisse wie Ausfuhrförderungen, Einfuhrkontingente und Subventionen, die den freien Handelsverkehr störten. Durch den Abbau dieser Hemmnisse wird der Unionsmarkt belegt, da wettbewerbsfähige Güter unlimitiert zwischen den Partnerländern im- und exportiert werden können. Der Wettbewerb auf den Binnenmärkten wird intensiviert.²⁾ Es findet eine Substitution der Inlandsproduktion durch Importe statt.³⁾ Neue Nachfrage/Angebots-Relationen entstehen.⁴⁾

Es werden Waren- und Dienstleistungen, die bisher mit Drittländern gehandelt wurden, auf dem nun kostengünstigen Binnenmarkt abgesetzt bzw. gekauft. Ferner bedingt die durch den Freihandel induzierte Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards⁵⁾ eine weitere Steigerung des grenzüberschreitenden Verkehrs innerhalb des Unionsmarktes.⁶⁾

Die erhöhte Markttransparenz, die besseren Handelskontakte, die vereinfachten Waren- und Währungstauschverfahren beleben den Außenhandel zwischen den Partnern und ziehen wei-

1) Vgl. HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 123 ff.

2) Vgl. ERDMANN, Paul, ROGGE, Peter: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer. Basel/Tübingen 1960, S. 38 ff.

3) Vgl. HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 124

4) Vgl. SCHWARZ, Bernhard, a.a.O., S. 66 ff.

5) Vgl. Art. 2 EWG-Vertrag; Art. 2 EFTA-Übereinkommen

6) Vgl. KÖNG, Emil, a.a.O., S. 275

teren Handel von den Drittländern auf Partnerländer ab. Dabei unterliegen die Außenhandelsbetriebe einem zweifachen Druck: Zum einen nimmt ihnen die Vereinfachung des Handelsverkehrs und die erhöhte Markttransparenz traditionelle Außenhandelsfunktionen ab und fördert den direkten Außenhandel; zum anderen erwachsen ihnen in den herkömmlichen Binnengroßhändlern neue Konkurrenten.¹⁾ "Binnen- und Außenhandel verwischen sich (also), was weitgehend auch mit der Tatsache zusammenhängt, daß das gesamte Gebiet der EWG"²⁾ allmählich zu einem großen Markt, einem Binnenmarkt zusammenwächst.

Zusammenfassend läßt sich für einen integrierten Markt sagen, daß das Warenangebot größer wird, neue Warenarten induzieren neue Nachfrage.³⁾ Infolge der großen Angebots- und Nachfragerelationen ist eine höhere Preisstabilität zu erwarten, denn Preissprünge, die Spekulationen begünstigen und so Handel und Industrie in ihrer Wirtschaft erschweren, hängen in ihrem Ausmaß von der Größe des Marktes ab. Sie sind wahrscheinlicher, je kleiner das Wirtschaftsgebiet ist.⁴⁾

Der gemeinsame Markt läßt das Angebot reichhaltiger, billiger und störungsfreier werden, die Nachfrage kann qualitativ und quantitativ besser befriedigt werden. Dieser Nutzungszuwachs, der allen Wirtschaftssubjekten zugute kommt, macht das wirtschaftliche Ziel einer Integration möglich, "die nachhaltige Steigerung des Lebensstandards der wirtschaftenden Menschen."⁵⁾

1) HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 130

2) Handelsblatt-Gespräch mit Helmut Classen, Vizepräsident der Hamburger Handelskammer vom 8.11.1971, S. 12

3) BALBACH, Günter: Europäische Wirtschaftsintegration. Diss., Mannheim 1956, S. 71 ff.

4) WEBER, Adolf: Weltwirtschaft, 4. Aufl. 1950, S. 352

5) BALBACH, Günter, a.a.O., S. 77

2. mit Drittländern

"Zwischen dem Import aus den Partnerländern und dem Import aus den Drittländern besteht eine Wechselbeziehung"¹⁾ der-gestalt, daß sich die Intensivierung der Marktversorgung auf dem Unionsmarkt negativ auf die Importquoten mit Drittländern auswirkt. Je nach Umfang des Abbaus von Subventionen, Zöllen und Einfuhrbeschränkungen zwischen den Partnerländern kann der Import aus Drittländern zurückge-hen, soweit es sich um reproduzierbare und/oder substituierbare Güter handelt.²⁾ "Wenn den blockinternen Partnern Privilegien im Handelsverkehr eingeräumt werden, wirken sie sich zwangsläufig zu ungunsten der übrigen aus. Die Diskriminierung ist mit anderen Worten so etwas wie die Zwillingschwester der regional begrenzten Integration."³⁾

Der Abbau von bilateral gemachten Präferenzen mit Dritt-ländern macht es letzteren noch schwerer, in den Unions-markt zu exportieren. Rationalisierung von Produktion und Vertriebsnetz können jedoch die Wettbewerbsnachteile für Drittländer ausgleichen. Hier entsteht vielleicht für den Importeur im indirekten Außenhandel eine neue Funktion, indem er jeweils marktnah, warenspezifisch und problem-gerecht mit Werbung, Kundendienst etc. agiert.⁴⁾

Die Importauswirkungen für Drittländer werden jedoch im-mer von der Höhe der Außenzollschranken des gemeinsamen Marktes und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Liegt der gemeinsame Außenzoll unter dem früheren einzel-staatlichen Zoll, so wird der Importhandel belebt. Im um-gekehrten Fall kommt es zu einer Einschränkung, die (oft) mit entsprechenden projektionistischen Gegenmaßnahmen der Drittländer beantwortet wird.⁵⁾ Es ist jedoch durchaus mög-

1) HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 131

2) Lediglich Güter, die durch Naturgegebenheiten, Klima, Bodenbeschaffenheit etc. standortfixiert sind, müssen unabhängig von Zollschranken importiert werden.

3) KÜNG, Emil, a.a.O., S. 267

4) Darüber hinaus können ggf. Zweigwerke oder Direktinve-stitionen getätigt werden. Vgl. SEIFERT, Hubertus: Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Köln-Opladen 1967, S. 66 ff.

5) Etwa in Form einer eigenen Freihandelszone der Drittländer.

lich, daß der durch die Wirtschaftsintegration induzierte erhöhte Lebensstandard einen Mehrbedarf an Waren- und Dienstleistungen bewirkt, der in der Gemeinschaft nicht befriedigt werden kann oder daß die Nachfrage nach Gütern aus Drittländern durch Exklusivwerbung trotz erhöhter Zölle resp. Preise ansteigt.¹⁾

Die Exportseite des Außenhandels eines gemeinsamen Marktes erfährt eine Wettbewerbsverbesserung; jedoch werden sich die Exportchancen in der Regel nur insoweit real verbessern, wie nicht auf der anderen Seite Importe aus den gleichen Drittländern diskriminiert werden.

Für den Außenhandel mit Drittländern hat eine Wirtschaftsintegration disintegrierenden Charakter. "Integrierende Märkte tragen protektionistische Züge und drängen bei sonst gleichen Verhältnissen zu einem Ersatz von Importen von Drittländern durch Bezüge aus Partnerländern. Das Entsprechende gilt für den Export"²⁾. Es kommt zu einer zweifachen Außenhandelsumlenkung durch die Teilintegration verschiedener Staaten eines Wirtschaftssystems:

1. Der Außenhandel geht von den Drittländern zu den Partnerländern über und führt zu einer Handelsintensivierung.
2. Die Drittländer schränken ihre Handelsbeziehungen zum Unionsmarkt zugunsten anderer Drittländer ein.³⁾

Der Handelsumlenkungseffekt ist abhängig vom Zollniveau, der Warenbesonderheit und -exklusivität, dem Warenpreis⁴⁾ und den Transportkosten.⁵⁾ "Wenn die Zollersparnis gerin-

1) Vgl. KÜNG, Emil, a.a.O., S. 275

2) HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 134

3) Im Extremfall kommt es zwischen diesen Drittländern zu einem weiteren Unionsmarkt oder eine Freihandelszone (EFTA-Gründung).

4) Bei hochwertigen Waren tritt oft die Preis- gegenüber der Qualitätskonkurrenz in den Hintergrund; die Zollhöhe wird dann zweitrangig.

5) PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 172

ger ist als die Transportkostenerhöhung, wird die Integration keine Umlagerung hervorrufen."¹⁾ Darüber hinaus hat der Außenhandel die Möglichkeit, mit Hilfe von Marktforschungsinstituten, Außenhandelskammern, Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Vertriebs-, Instandsetzungs- und Beratungsnetzen die Nachteile im Handel mit Drittländern zu mildern oder gar aufzufangen.

Das GATT geht davon aus, daß eine Handelsausweitung zwischen Partnerstaaten durch die Beseitigung von Zöllen und Handelsschranken in einem Unionsmarkt "zwangsläufig auch Drittstaaten zugute kommt."²⁾ Während das GATT generell "der Ausweitung oder Neubildung von geschlossenen Präferenzräumen ablehnend gegenübersteht, sieht es eine grundsätzliche Ausnahme von der Meistbegünstigungsklausel für die Gründung von Zollunionen und Freihandelszonen vor (Artikel XXIV Absätze 4 bis 10 GATT)".³⁾

E. Bedeutung und Struktur des BRD-Außenhandels

Der Welthandel erreichte 1971 2.488 Mrd. DM.⁴⁾ Stellt man das Außenhandelsvolumen der BRD 1971 mit 256 Mrd. DM dagegen, so wird die westdeutsche Rolle im Welthandel ersichtlich: Die Bundesrepublik Deutschland liegt an zweiter Stelle (hinter den USA) mit einem Welthandelsanteil von etwa 11,2 % beim Export und 9,4 % beim Import.

1) HENZLER, Reinhold, a.a.O., S. 135

2) LIEBICH, Ferdinand, a.a.O., S. 23

3) Ebenda, S. 22 f. Der Grundsatz der Meistbegünstigungsklausel wurde im Art. 1 des GATT-Abkommens festgelegt.

4) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1972. Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart und Mainz 1972, S. 70 bzw. S. 71

Tabelle 7a. Einfuhr der wichtigsten Länder¹⁾

Land	1968 Mrd.DM	1971 Mrd.DM	1971 in % an Gesamteinfuhr
USA	132	159	12,5
BRD	81	120	9,4
Großbritannien	76	84	6,6
Frankreich	56	73	5,7
Japan	52	69	5,4
Italien	41	56	4,4
Niederlande	37	54	4,2
Kanada	46	54	4,2
Sowjetunion	38	45	3,6
Belgien/Lux.	33	43	3,4
Schweden	20	25	1,9
Schweiz	18	25	2,0

Tabelle 7b. Ausfuhr der wichtigsten Länder

Land	1968 Mrd.DM	1971 Mrd.DM	1971 in % an Gesamtausfuhr
USA	136	152	12,5
BRD	100	136	11,2
Japan	52	84	6,9
Großbritannien	59	78	6,4
Frankreich	51	71	5,9
Kanada	50	61	5,0
Italien	41	53	4,3
Sowjetunion	43	50	4,1
Niederlande	33	48	4,0
Belgien/Lux.	33	42	3,5
Schweden	20	26	2,2
Schweiz	16	20	1,7

Die Bedeutung des Außenhandels für die ganze Volkswirtschaft der BRD²⁾ mit ihren vielschichtigen Auswirkungen wird noch klarer, wenn man das Gesamtvolumen der Außenwirtschaft in der Zahlungsbilanz (rund 374 Mrd.DM 1971)³⁾ zum Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen) mit rund 756 Mrd.DM⁴⁾ ins Verhältnis setzt; es ergibt sich eine Integrationsrate von 49,5 %, d.h. die außenwirtschaftlichen Aktionsdaten der BRD haben eine Größenordnung in Höhe des halben Sozialprodukts.

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch 1972 u. 1971, a.a.O., S. 70 bzw. 71

2) Die Expansion der Ausfuhr wird auch ersichtlich bei der Betrachtung USA-BRD: Die BRD führte 1971 soviel wie die USA vor vier Jahren aus. Der Abstand zu den USA nimmt ständig ab. (Vgl. Tab. 7 b)

3) Vgl. Statistisches Jahrbuch 1972, S. 528

4) Vgl. ebenda, S. 414

Eine regionale Untersuchung der westdeutschen Außenhandelsentwicklung der letzten fünf Jahre zeigt die Handelschwerpunkte nach wirtschaftlichen Großräumen oder Wirtschaftsblöcken:

Tabelle 8: Einfuhrstatistik und Ausfuhrstatistik der BRD¹⁾

	Einfuhr ^{in Mrd. DM} (Herkunftsländer) ²⁾		Ausfuhr (Verbrauchsländer) ²⁾	
	1967	1971	1967	1971
EWG	28	56	32	55
EFTA	11	17	21	30
USA/Kanada	10	14	9	15
restl.				
Industriel.	5	9	9	14
Ostblock	3	5	4	6
Entwicklungsländer	14	19	12	16

Beim Vergleich der beiden Statistiken fällt der schnelle Anstieg der Außenhandelsbeziehungen mit der EWG auf.³⁾

Auch die Werte des Außenhandels mit den EFTA-Staaten steigen schneller als die der anderen drei Wirtschaftsblöcke. Die BRD wickelte 1971 etwa 60 % des Importes und 63 % des Exportes mit den west- und nordeuropäischen Handelspartnern aus EWG und EFTA ab.

Eine Untersuchung der Handelsgüterstruktur zeigt, daß 1971 über 55 % der Ausfuhrpalette von der Investitionsgüterindustrie bestritten wurde, während nur etwa 23 % dieser Güterkategorie dem Einfuhrsortiment zugerechnet werden können; hier zeigt sich der große wirtschaftliche Kombinationsprozeß, der in der westdeutschen Wirtschaft abgewickelt wird.

1) Vgl. Statistische Jahrbücher 1971 und 1972, a.a.O., S. 298 bzw. 304

2) Herkunftsländer müssen dabei nicht unbedingt Verkaufsländer und Verbrauchsländer nicht unbedingt Einkaufsländer sein.

3) Vgl. MAILLET, Pierre u.a.: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Ausbau. Schriftenreihe Europäische Gemeinschaft, Baden-Baden 1972, S. 22 ff.

Die wichtigsten Einfuhrpositionen der westdeutschen Industriestatistik (Warenverzeichnis 1971) sind dabei:

Tabelle 9a: Warenstruktur Einfuhr BRD 1971¹⁾

Warenbenennung	Mrd.DM	% der Gesamteinfuhr
Land-, Forst-, Jagd- u. Fischereiwirtschaft	15,6	13,0
Bekleidung/Textil	10,6	8,9
Ernährungsmittelerzeug.	10,3	8,5
Chem. Erzeugnisse	9,2	7,6
Erdöl, Erdgas	8,2	6,8
Maschinenbau	7,0	5,8
Kraftfahrzeuge	6,1	5,1
NE-Metalle/Halbzeug	6,0	5,0
Elektrotechnik	6,0	5,0
Eisen/Stahl	5,5	4,5
Mineralölerzeugnisse	3,5	2,9
Papier, Pappe, Zellstoff		
Holzschliff	2,9	2,4

Auf der Einfuhrseite ist schon unter den zwölf größten Positionen die westdeutsche Papierwirtschaft vertreten. Diese Einfuhrabhängigkeit wird im Rahmen der Untersuchung eine besondere Rolle spielen.²⁾

Tabelle 9b: Warenstruktur BRD-Ausfuhr 1971³⁾

Warenbenennung	Mrd.DM	% der Gesamtausfuhr
Maschinenbauerzeug.	26,2	19,3
Kraftfahrzeuge	20,5	15,1
Chem. Erzeugnisse	18,4	13,5
Elektrotechnik	12,9	9,5
Eisen/Stahl	7,2	5,3
Bekleidung/Textil	6,3	4,7
Eisen/Blech/Metallwaren	5,8	4,2
Nahrungsmittelerzeugn.	4,0	2,9
Feinmechanik/Optik	2,9	2,2
NE-Metalle/Halbzeug	2,5	1,9
Kohlen/Koks	2,6	1,9
Büromasch./EDV	2,6	1,9

Der Vergleich zeigt, daß der Handelsaustausch stark intensiviert ist, d.h. die gleichen Warenpositionen befinden sich bei einer Industrienation wie der BRD sowohl beim Export wie auch beim Import an hervorragender Stelle. Eine

1) Vgl. Stat. Jahrbuch 1972, a.a.O., S. 299

2) Vgl. Kapitel IV B 2

3) Vgl. Stat. Jahrbuch 1972, a.a.O., S. 300

Ähnliche Beobachtung läßt sich bei der einzelstaatlichen Betrachtung der Außenhandelsströme machen. Die wichtigsten Handelspartner der BRD sind auf der Export- und Importseite die gleichen, nämlich Westeuropa und die USA. Ihnen folgen dann die restlichen Industrie- und Entwicklungsländer.

Tabelle 10 a: Die wichtigsten Länder der BRD-Einfuhr¹⁾

Herstellerland	Mrd.DM	% der Gesamteinfuhr	
	1971	1971	1967
Frankreich	15,9	13,3	12,1
Niederlande	15,8	13,1	10,4
Italien	12,7	10,6	9,2
USA	12,4	10,3	12,2
Belgien/Luxemburg	11,6	9,7	7,7
Großbritannien	4,4	3,7	4,2
Schweiz	3,5	2,9	3,0
Schweden	3,1	2,6	3,1
Japan	2,5	2,1	1,3
Österreich	2,5	2,0	2,1
Libyen	2,3	1,9	2,0
Dänemark	1,6	1,3	1,7
Norwegen	1,6	1,3	1,4
Kanada	1,5	1,2	1,3
Spanien	1,3	1,1	1,0
Sowjetunion	1,3	1,1	1,6

Hier fällt wieder sofort die exponierte Stellung der EWG-Partnerländer auf, die die USA ständig zurückdrängen. Ähnlich ist die Situation auf der Exportseite.

Tabelle 10 b: Die wichtigsten Länder der BRD-Ausfuhr²⁾

Verbrauchsland	Mrd.DM	% der Gesamtausfuhr	
	1971	1971	1967
Frankreich	17,0	12,5	11,5
Niederlande	14,5	10,7	9,9
USA	13,1	9,7	9,0
Belgien/Luxemburg	11,6	8,5	7,4
Italien	11,5	8,4	7,9
Schweiz	8,1	5,9	5,8
Österreich	6,4	4,7	4,7
Großbritannien	5,4	4,0	4,0
Schweden	4,6	3,4	4,1
Dänemark	2,9	2,1	2,7
Jugoslawien	2,5	1,9	1,3
Spanien	2,0	1,5	2,0
Südafrika	2,0	1,5	1,4
Norwegen	1,9	1,4	1,7
Japan	1,8	1,3	1,5
Griechenland	1,6	1,2	1,0
Sowjetunion	1,6	1,2	0,9

1) Vgl. Stat. Jahrbuch 1972 u. 1971, a.a.O., S. 301 bzw. 307

Aus den Tabellen wird der Rangwert der Integration der westeuropäischen Industrienationen erkennbar; die UdSSR als beherrschender Faktor im Ostblock liegt im Außenhandel mit der BRD 1971 mit einem Handelsanteil von 1,1 % (Import) und 1,2 % (Export) an der 16. bzw. 17. Stelle.

Bei den überseeischen Entwicklungsländern befindet sich 1971 kein Staat, dessen Handelsvolumen mit der BRD 1 % des Außenhandels der BRD ausmacht.¹⁾

Die wirtschaftliche Situation der BRD ist geprägt von großer Außenhandelsabhängigkeit. Seine wichtigsten Partnerstaaten sind im Export- und Importhandel die gleichen, nämlich die Industriestaaten, die Mitgliedsländer der EWG, der EFTA und die USA. Eine genaue Betrachtung der Warenstruktur des BRD-Außenhandels zeigt ferner "das Ausmaß der Durchdringung von Produktions- und Lieferstrukturen, die zum Merkmal des Gemeinsamen Europäischen Marktes geworden ist. Diese Tendenz bestimmt heute jedoch allgemein den Handelsaustausch zwischen den Industrienationen."²⁾

2) v. S. 56: Vgl. Stat. Jahrbuch 1972 u. 1971, a.a.O., S. 302 bzw. 308

1) Wenn man davon ausgeht, daß Südafrika und Libyen (Erdöllieferant) keine Entwicklungsländer im engeren Wortsinne sind. Vgl. hierzu: KÜHN, Arthur: Entwicklungsländer, in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hrsg.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1966, Sp. 371 ff.

2) MEISSNER, Hans Günther, a.a.O., S. 13

IV. Struktur der europäischen Papierindustrie

=====

A. Deutsche Papierindustrie

1. Historische Entwicklung

Die neuere Entwicklung der deutschen Papierindustrie wurde nachhaltig von den Folgen des zweiten Weltkrieges beeinflusst.¹⁾ Im Jahre 1938 hatte das Deutsche Reich einen Anteil von 12,4 % an der Weltproduktion auf dem Papiersektor. Die Rohstoffeinfuhr war mit ca. 3,3 % relativ gering. Als Kriegsfolge wurde nach 1945 die BRD zu einem Papier-, Roh- und Halbstoffimportland. Gemessen an den Erzeugnismengen von 1936 lagen 57 % der Zellstoff- und Holzschliffherzeugung und 53 % der Papier- und Pappenerzeugung in Ost- und/oder Mitteldeutschland.²⁾ Diese Halbierung der Kapazitäten brachte starke Engpässe für bestimmte Sortenqualitäten mit sich, die schwerpunktartig im Osten hergestellt wurden.³⁾

Bevor eine Neuorientierung der verbliebenen Produktionskapazitäten, verbunden mit entsprechenden Produktionsausweitungen, für die westdeutsche Papierindustrie möglich war, konnte die ausländische Papierindustrie Marktanteile gewinnen. Ferner wurde die schwierige Anpassung der dezierten westdeutschen Papierindustrie an die steigenden Papierbedarfsmengen durch veränderte Nachfragestrukturen innerhalb der Sorten, Qualitäten und Flächengewichte erschwert.

Die Papierindustrie der BRD war nach 1945 nicht mehr in der Lage, den nationalen Papierbedarf zu decken. Die Importmenge ist seither zwar sortenmäßig starken Schwankungen un-

-
- 1) Vgl. FISCHER, Emil: 100 Jahre deutsche Papierindustrie. Ein wirtschaftlich-historischer Rückblick, in: WfP 1970, Nr. 7, S. 306 ff.
 - 2) Vgl. ENDRES, Walter: Zellstoff-, Holzstoff-, Papier- und Pappenerzeugung, in: HdSW, Bd. 8 1962, S. 184 ff.
 - 3) Vgl. GREFERMANN, Klaus: Zellstoff- und Papierindustrie, 2. völlig neu bearbeitete Auflage Berlin/München 1971, S. 41; WICK, Hans Helmut: Strukturwandlungen der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie in den sowjetisch

terlegen, sie stieg seit über 20 Jahren aber beinahe ständig.¹⁾ 1971 wurden somit 63,3 % des mengenmäßigen Bedarfs nur noch knapp zwei Drittel der benötigten Menge in der BRD selbst erzeugt.²⁾ Es dürfte auch "in Zukunft eher mit einer Fortsetzung des langfristigen Trends, zumindest mit einer dem wachsenden Papierverbrauch proportionalen Importentwicklung zu rechnen sein."³⁾

2. Produktionsbedingte Besonderheiten der Branche

a) Kostenstruktur

Das Kostenniveau eines Betriebes wird nach GUTENBERG⁴⁾ allgemein von drei Hauptdeterminanten gekennzeichnet:

1. Die Faktorqualität, also die Güte der Produktionsfaktoren Arbeit, Werkstoff und Produktionsmittel.
2. Die Kostenstruktur ist außerdem stark abhängig "von den Faktorpreisen, also den Betriebsmittelpreisen, den Werkstoffpreisen und den Arbeitsentgelten."⁵⁾
3. Neben diesen Kostendeterminanten treten die Faktorproportionen als dritte Hauptgröße, d.h. alle Faktoreinsätze müssen in einem optimalen Verhältnis zueinander stehen, um eine Minimalkostenkombination zu erreichen. Die unabhängige Variable ist dabei die Beschäftigung, die sich in Faktorproportionsveränderungen ausdrückt.

Auch Veränderungen der Betriebsgröße und Fertigungsprogramme lösen Variationen in den Faktorqualitäten und -proportionen aus. So kann grundsätzlich festgehalten werden, daß sich alle "Änderungen im Kostenniveau eines Betriebes auf

Forts. d.Fußn. 3) v.S. 58: besetzten und polnisch verwalteten Gebieten Deutschlands. Diss., Bonn 1970, S. 6 ff.

1) Lediglich 1966 und 1970 sind (konjunkturbedingt) gewisse Einbrüche im Trend zu erkennen.

2) Vgl. Papier 1971, ein Leistungsbericht, Hrsg. VDP Verband Deutsche Papierfabriken (im folgenden zitiert als VDP-Leistungsbericht), Bonn 1972, S. 51

3) VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 52

4) Vgl. im folgenden GUTENBERG, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 1. Bd.: Die Produktion. 14.Aufl. Berlin-Heidelberg-New York 1968, S. 326 ff.

Änderungen in den Faktorqualitäten, den Faktorproportionen und Faktorpreisen zurückführen lassen. Bleiben sie konstant, dann kann sich das Kostenniveau eines Betriebes nicht ändern."¹⁾

Die Kostenstruktur jedes Betriebes weist beim Vergleich unterschiedliche Größen auf, da die oben genannten Kostendeterminanten in praxi nie gleich sind. Untersuchungen haben jedoch gezeigt, daß sich innerhalb einzelner Branchen spezifische Kostenstrukturen, also eine branchentypische Kostenverteilung und -entstehung, erkennen lassen.²⁾ Solche Kostenstrukturverläufe sind ein wichtiges Instrument zum innerbetrieblichen Vergleich. Sie sind aber auch ein wichtiges Hilfsmittel zur Charakterisierung eines Industriezweiges.

In der westdeutschen Papierindustrie wurden in den letzten Jahren zwei Kostenverteilungen veröffentlicht. Die Ergebnisdifferenzen liegen in der unterschiedlichen Abgrenzung der Bestimmungsfaktoren und vor allem in der unterschiedlichen Menge des Basismaterials. Unabhängig von diesen Mängeln lassen sich jedoch einige - zumindest für die BRD - branchenbedingte Kostengrößen markieren.

Die neuere Kostenaufgliederung für die Papierindustrie wurde 1971 erstellt. GREIL und BAUER kommen dabei zu folgender, für die Branche charakteristische Kostenverteilung:

5) v.S. 59: GUTENBERG, Erich, a.a.O., S. 334

1) Ebenda, S. 335

2) Vgl. BUDDENBERG, Hans, a.a.O., Sp. 2259 ff.; KRAMER, Klaus: Der zwischenbetriebliche Vergleich in der Papier- und Pappenindustrie - Grundlagen, Organisation und Formen, Diss., Frankfurt/Main 1961, S. 113 ff.

Tabelle 11: Kostenverteilung in der Papierindustrie in v.H.¹⁾

Kostenart	in v.H.
Materialkosten	48
Personalkosten	17
Abschreibung und Zinsen	15
Energiekosten	4
Reparaturkosten	4
Packmaterialkosten	2
Bespannungskosten 2)	2
Sonstige Kosten: Frachten, Steuern, Versicherung, Abgaben etc.	8
Gesamtproduktionskosten	100
=====	=====

Der weitaus größte Anteil der Produktionskosten fällt somit auf den Posten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Zusammen mit den Personalkosten und dem Kapitalsdienst werden hier bereits 80 % der gesamten Herstellkosten erfaßt.³⁾ Die Materialkosten und die Personal- und Kapitalkosten mit ihrem erkennbaren Substitutionsverhältnis werden entsprechend ihrer branchentypischen Bedeutung gesondert behandelt. Jedoch auch innerhalb der restlichen Kostenarten lassen sich kostenstrukturelle Besonderheiten und Entwicklungstendenzen erkennen.

Die Papierindustrie der BRD muß als energieintensiv bezeichnet werden, denn 4,9 % (1970) des Gesamtverbrauchs der westdeutschen Industrie müssen diesem Industriezweig zugerechnet werden.⁴⁾ Das ist entsprechend der sonstigen Stellung der Branche ein überaus hoher Anteil am Energieverbrauch.

- 1) Vgl. GREIL, K.H. und BAUER, Ch.: Die Kosten der Papiererzeugung, in: WfP, Nr. 2, 1971, S. 59 ff.; Die 2. Untersuchung wurde 1967 vom VDP veröffentlicht: PASSAUER, Gerd und NEUMANN, Joachim: Das Kostenbild der Zellstoff- und Papierindustrie, in: APR Nr. 28, 1967, S. 948 ff.
- 2) Unter Bespannung werden die Filze und Siebe verstanden, die zur Papierfabrikation benötigt werden und dabei einer steten Abnutzung unterliegen.
- 3) Vgl. FELDMANN, Heinz: Die Wettbewerbs- und Produktionssituation der westdeutschen Papierindustrie in der EWG, in: Industrie und EWG, Tübingen 1970, S. 57 f.
- 4) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 32 ff.

Im Gegensatz zu anderen Industriezweigen verfügt diese Branche dafür aber auch über eine überdurchschnittliche Eigenstromerzeugung.¹⁾ 1970 wurden 79 % des Stromverbrauchs der Branche in eigenen Anlagen produziert.²⁾ Hiermit wird eine relativ hohe Unabhängigkeit von der Stromkostenentwicklung erzielt. Diese Tatsache ist auch der Grund für die große Empfindlichkeit bei Preisveränderungen der konventionellen Energieträger (Kohle, Heizöl und Erdgas); außerdem machen die Frachtkosten für die Energieträger einen Teil der Transportkostenempfindlichkeit dieses Industriezweiges aus. "Die Papierindustrie rechnet häufig mit der Faustformel, daß zur Produktion einer Tonne Papier eine Energie notwendig ist, die gerade einer Tonne Steinkohle entspricht."³⁾

Die Substitution in der allgemeinen Industrie von Kohle auf Heizöl und Erdgas trifft auf die Branche im besonderen Maße zu. Frachtkosten, bessere Energieausnutzung, größere Rationalisierungsmöglichkeiten sowie Personalkosten und Lagerkostensparnisse beschleunigen den Trend zum Heizöl.⁴⁾ 1970 hatte das Heizöl einen Energieträgeranteil in der Branche von 43,2 % erreicht.⁵⁾ Die hohe Heizölsteuer und die letzten Heizölpreissteigerungen sind aber auch Gründe die zur sich weiter anbahnenden Substitution zum Erdgas.⁶⁾

-
- 1) Diese Besonderheit liegt in erster Linie in der produktionsbedingten Notwendigkeit begründet, Strom und Heißdampf zu gebrauchen. Da Wärmedampf in der Regel nicht käuflich ist, muß er praktisch in allen Betrieben der Branche selbst hergestellt werden. Aus Wirtschaftlichkeits-erwägungen bietet sich daher eine angeschlossene eigene Strom-Heißdampf-Erzeugung an.
 - 2) VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 35
 - 3) GRÖNDAHL, Uwe: Die Wettbewerbsposition der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie in einer europäischen Integration. Diss., Kiel 1963, S. 41. Vgl. auch FRICK, Gustav A.: Die Schweizerische Papierfabrikation. Diss., Bern 1923, S. 83
 - 4) Damit fällt ein Standortvorteil für ein großes Zentrum der westdeutschen Papierindustrie am Rande des Kohlenreviers mit dem Schwerpunkt bei Düren weg. Vgl. hierzu: BIRKHAHN, Bruno: Die Standortverschiebungen in der papiererzeugenden Industrie Europas. Diss., Kiel 1935, S. 70 ff.
 - 5) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 36
 - 6) Die BRD hat die im Vergleich zu den Wettbewerbsländern höchsten Heizölsteuersätze. Vgl. VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 35

So hat in den letzten Jahren der Erdgaseinsatz als Energieträger für die Papierindustrie eine überproportionale Steigerung erfahren. (1971 = 7,3 % Anteil gegenüber 0,3 % 1969)¹⁾ Der Einsatz von russischem Erdgas ab 1973 wird durch das vergrößerte Angebot und die bessere Gasbezugsverteilung eine weitere schnelle Steigerung möglich machen.

Die Veränderungen auf dem Energiesektor werden die Entwicklung der Papierindustrie nachhaltig beeinflussen, denn 1970 betrug der Energiekostenanteil der Branche gemessen am Umsatzvolumen bereits 8,0 %.²⁾

b. Rohstoffsituation

Originärer Rohstoff der Papierindustrie ist das Faserholz,³⁾ dabei handelt es sich in der BRD in erster Linie um Nadelholz 1971=76,3 % (5,8 Mill. rm.o.R. vorwiegend Tanne und Fichte).⁴⁾ Insgesamt wurden 1971 ca. 7,6 Mill. rm o.R. Holz in dieser Branche verbraucht.⁵⁾

Die westdeutsche Papierindustrie mußte sich angesichts der Rohstoffmangelsituation in den letzten Jahren neue bzw. andere Faserholzquellen erschließen. Durch neue Halbstoffaufbereitungsverfahren (insbesondere bei der Zellstoffherstellung) konnten preiswerte Industrie-Resthölzer eingesetzt werden. So veränderte sich beispielsweise die Nadelholzqualität der Sulfitzellstofferzeugung in den letzten

1) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 55; VDP-Leistungsbericht 1969 und 1971, a.a.O., S. 34

2) VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 36

3) Die Jahrespflanzen (Stroh, Gräser etc.) werden hier vernachlässigt, da sie für die Papierindustrie der BRD z.Z. nur eine untergeordnete Rolle spielen.

4) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 21

5) Ebenda; bei den Laubhölzern wird vorwiegend Buche und Pappel verwandt.

Jahren erheblich: Wurden 1960 noch 1,85 Mill. rm o.R. (68 % des Gesamtverbrauchs) reguläres Nadelholz verwandt, so waren es 1971 bei gestiegenem Gesamtverbrauch nur noch 0,36 Mill. rm o.R. Das entspricht einem Anteil von nur noch ca. 13 % des gesamten Nadelholzverbrauchs für die Zellstoffherzeugung im Jahre 1971. Der Rest, nämlich 2,5 Mill. rm o.R. Nadelholz, wurde aus "sonstigen Sortimenten", d.h. zu ca. 90 % aus Industrie-Resthölzern, zugeführt.¹⁾

Der Rohstoff Faserholz wird je nach Verwendungszweck in einer Zwischenstufe, den Halbstoffen Zellstoff oder Holzschliff,²⁾ verarbeitet, bevor der eigentliche Papierherstellungsprozeß beginnen kann. Etwa drei Viertel des Faserholzverbrauchs der Branche wird für die Zellstoffherstellung benötigt; der Rest wird zur Holzschliffverarbeitung gebraucht. In der BRD muß jedoch bereits ein Teil des Faserholzes zur Halbstoffherzeugung eingeführt werden.³⁾

Skandinavien und die Ostblockländer (vor allem die UdSSR, Polen und die Tschechoslowakei) sind die Hauptlieferanten.

Der zweite wichtige Rohstoff ist das Altpapier,⁴⁾ das in der westdeutschen Papierindustrie zunehmend als Surrogat für die klassischen Halbstoffe Zellstoff und Holzschliff verwandt wird. Die hohen Importquoten an Faserholz und Zellstoff mit der damit verbundenen Abhängigkeit haben die Branche gezwungen, im verstärkten Maße Einsatzmöglichkeiten für diesen Rohstoff zu finden.⁵⁾ Die BRD liegt 1971 - was den Altpapiereinsatz betrifft - an der Spitze der Industrienationen. Die stürmische Entwicklung des Altpapiers

1) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 49 f.; VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 21

2) Bei Zellstoff wird in einem chem. Verfahren das Lignin durch Reagenzien ausgeschieden. Beim Holzschliff werden Rundhölzer mechanisch auf Schleifsteinen unter Druck zerkleinert.

3) 17,3 % des Verbrauchs wurden 1970 eingeführt. Vgl. VDP-Leistungsbericht 1970, S. 20

4) Unter Altpapier werden dabei in erster Linie Industrieabfälle der papierverarbeitenden Branchen und erst sekundär die Papierabfälle der Privathaushalte verstanden.

5) Diese Entwicklung wird angesichts der Bestrebungen zur Umweltschutzverbesserung begrüßt.

zum adäquaten Rohstoff wurde über die Mangelsituation hinaus noch forciert durch günstige Preisdifferenzen zum Zellstoff. Der Aufbereitungsprozeß ist zumindest für mittlere und untere Papier- und Kartonqualitäten nicht schwieriger, da die Fasern im früheren Produktionsprozeß schon bearbeitet wurden. 1971 betrug so der Altpapieranteil am gesamten Faserstoffverbrauch 49,3 % (oder 43,4 % des Gesamtrohstoffeinsatzes - einschl. Füll- und Leimstoffe).¹⁾

Der hohe Altpapieranteil kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß für bestimmte Sorten (meist bessere Qualitäten) die klassischen Halbstoffe der Papierherstellung Zellstoff und Holzschliff notwendig sind. Die Entwicklung auf dem Zellstoffmarkt der BRD ist 1971 so weit, daß Sulfatzellstoff²⁾ nicht mehr hergestellt, sondern ausschließlich eingeführt wird. Die Sulfit-Zellstoffproduktion wird weitergeführt und hat sich in den letzten zehn Jahren bei einem Eigenproduktionsanteil von 77,7 % (1971) festigen können.³⁾ Faßt man jedoch beide Zellstoffsorten zusammen, so hat sich der Importanteil der westdeutschen Papierindustrie an Zellstoffen ständig erhöht und liegt 1971 bei 68,6 %.⁴⁾ In den letzten Jahren hat sich der Zellstoffverbrauch bei etwa gleichbleibendem Anteil (30 % der Faserstoffe) vom Sulfit- zum Sulfatzellstoff gewandelt, der in der BRD aus den verschiedensten Gründen⁵⁾ nicht mehr hergestellt wird: Hatte der Sulfatzellstoff 1960 einen Anteil von 36,4 % am Gesamtzellstoffverbrauch, so betrug dieser Anteil 1971 bereits 62,2 %.⁶⁾ Diese Verschiebung ist hauptsächlich auf neue Sortimentqualitäten bei der Produktion in der BRD zurückzuführen.

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 19 und 27

2) Sulfatzellstoff wird mit Hilfe des Natriumsulfid bzw. als Natronzellstoff mit Hilfe des Ätznatron hergestellt, während Sulfitzellstoff auf der Basis von Schwefelsäureanhydriden hergestellt wird.

3) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 20 u. 38. Zellstoff wird 1971 nur noch in 11 Betrieben hergestellt. Die meisten davon verarbeiten den Halbstoff allerdings gleich zu Papier und Pappe weiter, so daß von einer Zellstoffindustrie im selbständigen Sinne kaum noch gesprochen werden kann.

4) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 39

5) Neben den Rohstoffschwierigkeiten als weiterer Grund die Auflagen zur Vermeidung von Belästigungen (Wasser, Luft).

In der Holzschliffindustrie gibt es noch 36 Betriebe. Jedoch wird auch hier - von einigen Familienbetrieben abgesehen - eine Kombination mit der Weiterverarbeitung vorgenommen. Der Importanteil von 6,1 % des Verbrauchs für 1971 ist im Gegensatz zu den Zellstoffzahlen als gering anzusehen.¹⁾

Die Besonderheit der Rohstoffsituation ist somit gekennzeichnet von einer starken Abhängigkeit vom Ausland auf dem Zellstoffsektor; diese Situation geht beim Sulfatzellstoff, der ständig Zuwachsraten aufweist, so weit, daß die westdeutsche Papierindustrie 100 % ihres Bedarfs importieren muß. Für die restliche Rohstoffversorgung muß noch einmal ein Fünftel als Faserholz eingeführt werden, ferner sind auch bei Altpapier und Holzschliff die Importe höher als Exporte. Die Roh- und Halbstoffbilanz im Außenhandel der BRD ist negativ. Der Trend zum Rohstoff- bzw. Halbstoffimport ist auf allen Sektoren langfristig und bisher mehr oder weniger ungebrochen. Der vermehrte Einsatz des Altpapiers hat diese Entwicklung verlangsamen, bisher aber noch nicht verhindern oder stoppen können.²⁾

c. Anlagenintensität

Der Anlagebedarf hängt vom technologischen Fertigungsprozeß ab. Letzterer vollzieht sich in der Papierindustrie in Form eines kontinuierlich fließenden Arbeitsablaufes,³⁾ dessen Verfahren KALVERAM⁴⁾ als typische Zwangslauffertigung bezeichnet. Mittelpunkt des Produktionsprozesses ist dabei die Papiermaschine, von deren Arbeit "die Gesamtlei-

Forts. d.Fußn. 5) v.S. 65: Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 47 f.

6) v.S. 65: Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 37; GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 46 f.

1) 1971 wurden 98,6 % des Holzschliffverbrauchs in den Papierfabriken selbst hergestellt. Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 42

2) Vgl. VDP-Leistungsberichte 1960-1971, a.a.O.; GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 46 ff.

3) GUTENBERG spricht in diesem Zusammenhang von Fließgütern. Vgl. GUTENBERG, Erich, a.a.O., S. 105 f.

4) Vgl. KLAVERAM, Wilhelm: Industriebetriebslehre, 7. Aufl. 1960, S. 58

stung des Betriebes abhängt. Sie ist das dominierende Aggregat der Papierfabrikation. Alle anderen Betriebs-
teile werden in ihrer Leistungsfähigkeit auf die Papier-
maschine abgestellt."¹⁾

Die Zwangslauffertigung beinhaltet Anlagenintensität.²⁾
Aus hohen Anlageinvestitionen bzw. -kosten folgert die
Forderung nach hoher Kapazitätsausnutzung, da erst bei
hohem Beschäftigungsgrad ein günstiger Stückkostenver-
lauf erfolgt. Auf Konjunkturschwankungen, die in der Re-
gel zu Nachfrageveränderungen führen, reagiert die Papier-
industrie somit relativ empfindlich. Bei starkem Konjunkt-
turrücklauf mit Absatzminderung ergibt sich durch die
schlechte Ausnutzung der Aggregate erhöhte Gefahr, wäh-
rend bei günstiger Absatzentwicklung in der Prosperitäts-
phase unter Umständen große Degressionsgewinne (Stück-
kostenkurvenverlauf) entstehen können. Die Anlageninten-
sität setzt somit einen kostengünstigen Produktionspro-
zeß, hohe Losgrößen und gleichmäßigen Fertigungsverlauf
voraus.³⁾

Die Entwicklung der Anlagendimensionen läßt sich an fol-
genden Beispielen demonstrieren. Mitte der fünfziger Jah-
re beliefen sich die Anschaffungskosten für eine Papier-
maschine (mit einer Produktion von 110 - 120 Tagestonnen)
auf 7-8 Mill. DM.⁴⁾ In den letzten Jahren haben infolge
des Trends zu Großaggregaten und dem damit verbundenen
hohen Kapitalbedarf nur noch wenige Unternehmen der Bran-
che Neuinvestitionen vorgenommen. So liefen 1968 "im Be-

-
- 1) LOHSE, Eberhard: Prämienlohnsysteme - Formen und An-
wendungsmöglichkeiten in der Zellstoff- und Papierin-
dustrie. Diss. Darmstadt 1956, S. 47
 - 2) Unternehmen mit Zwangslauffertigung "sind äußerst an-
lagebedingte, haben meist hohen Strom- und
Kraftverbrauch und bleiben nur bei voller und ständiger
Ausnutzung ihrer Kapazität konkurrenzfähig." KALVERAM,
Wilhelm, a.a.O., S. 59
 - 3) Zum Problemkreis Kostendegression vgl. HAPPEL, Hans
Walter: Kostendegression durch verbesserte Ausnutzung
dargestellt am Beispiel der Papierindustrie. Diss.,
Köln 1964
 - 4) Vgl. LOHSE, Eberhard, a.a.O., S. 64

reich des Zeitungsdruckpapiers zwei Investitionsprojekte in einer Größenordnung von insgesamt 175 Mill.DM an."¹⁾ Auf dem Holzfrei-Papiersektor²⁾ haben drei inzwischen realisierte Investitionen einen Kapitalbedarf von über 200 Mill.DM erfordert.³⁾

Die Anlagenintensität und die Größenordnung der Investitionsobjekte werfen technische und betriebswirtschaftliche Probleme in neuen Dimensionen auf. So hat z.B. die erste "Stockstädter Papiermaschine" der Aschaffenburg Zella-Stoffwerke AG Anfang der sechziger Jahre das Unternehmen in eine schwere Krise geführt, die erst in einem jahrelangen Existenzkampf gemeistert werden konnte.⁴⁾ Diese Anlage hatte "zunächst zweistellige Millionenverluste (ca. 21 Mill.DM) gebracht."⁵⁾ Die Anlauf- und Einrichtungszeiten bis zu einer reibungslosen Produktion können bis zu fünf Jahre betragen.⁶⁾

Auch hier liegt ein Indiz für die relative Schwerfälligkeit der Branche bei Konjunkturveränderungen und Kapazitätsanpassungen. Die hohen Investitionskosten für moderne Ersatzbeschaffungen werden von den meist mittelständischen Familienunternehmen gescheut bzw. sprengen sie den Rahmen der

1) GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 57

2) Holzfrieie Papiere werden aus Zellstoff, also chemisch aufgeschlossenem Holz, hergestellt, während bei holzhaltigen Papieren je nach Qualität auch mechanisch aufbereitetes Holz (Holzschliff) verwandt wird.

3) GEBHARDT, A.: Zellstoff- und papiererzeugende Industrie - Technische Veränderungen und ihre ökonomischen Auswirkungen. Ifo-Institut, München 1968 (als Manuskript gedruckt)

4) Volkswirt Nr. 49 v. 8.12.1967, S. 2724

5) Ebenda Nr. 44 v. 3.11.1967, S. 2419

6) Vgl. GRÜNDAHL, Uwe, a.a.O., S. 38

Finanzierungsmöglichkeiten. So arbeiten in Skandinavien, Großbritannien und Japan noch alte Maschinen aus dem vorigen Jahrhundert mit geringer Maschinenbreite. "In Frankreich stammt etwa die Hälfte der Papiermaschinen noch aus der Zeit vor 1915."¹⁾ Auch die BRD hat infolge Kapitalmangels nach 1945 noch alte, ausrangierte Maschinen aus fortschrittlichen Ländern (Schweiz, Belgien, Niederlande) wieder aufgestellt.²⁾

Neuerdings zeigt sich jedoch in der BRD lt. Ifo-Investitionstest ein Anstieg der Ersatzbeschaffung, der aber teilweise erst durch die verstärkte Konzentrationsentwicklung in der Branche möglich wurde. Dabei entsteht eine Wechselbeziehung zwischen den Kapitalkosten und Zinsen auf der einen Seite und den Personalkosten auf der anderen Seite: Moderne Großaggregate der Branche mindern die Lohnkosten, erhöhen aber gleichzeitig die Kapitalkosten.³⁾

Der Investitionstrend führt speziell im Papiermaschinenbau zu Aggregaten mit größerer Maschinenbreite, höherer Geschwindigkeit (beides beinhaltet Produktionssteigerung), stärkerer Automatisierung (Rationalisierung) bei möglichst breitem Sortenspektrum (hohe betriebstechnische Sortimentselastizität).

Diese Flexibilität wird durch eine verhältnismäßig ungünstige Kostensituation erkaufte, da elastische Betriebsmittelkombinationen unwirtschaftlicher als spezialisierte Kombinationen arbeiten, denn in der Regel brauchen (auf die Leistungseinheit umgerechnet) Mehrzweckaggregate wegen ihres ungünstigen technischen Wirkungsgrades zumindest einen höheren Kosten- und Zeitaufwand als Spezialmaschinen.⁴⁾

Der Kostenvorteil der spezialisierten Maschinen geht aber

1) GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 61

2) GEBHARDT, A., a.a.O.

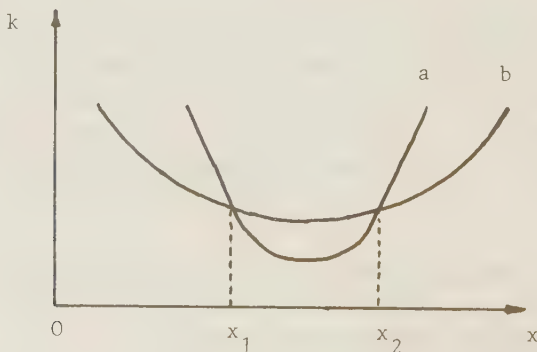
3) GREIL, K.H. und BAUER, Chr., a.a.O., S. 59

4) Vgl. GUTENBERG, Erich, a.a.O., S. 83 ff.

durch hohe Betriebskosten bei nicht voller Kapazitätsausnutzung verloren. Die westdeutsche Papierindustrie (in ihrer überwiegenden Mehrheit) ist aufgrund der Angebots-Nachfragesituation nicht in der Lage, umbauunfähige Einzweckmaschinen, d.h. Spezialmaschinen, für eine Sorte zu fahren.¹⁾ Die Massenfertigung oder auch nur die Sortenfertigung in umfangreichen Losgrößen ist in der BRD die Ausnahme. Bei der üblichen Sortenfertigung entstehen durch Umstellung der Aggregate (insbesondere der Papiermaschine) Kostennachteile (Warte-, Stillstand-, Überfahrkosten, Ausschuß etc.). Die geringen Losgrößen müssen durch das große Qualitäts- und Flächengewichtsspektrum in Kauf genommen werden. Die Zersplitterung des Bedarfs in eine große Sortenanzahl zwingt die Anbieter zu einer eigenen breiten Sortimentspalette, zu umbau- bzw. umstellungsfähigen Maschinen.

Das Dilemma zwischen der marktnotwendigen Elastizität und den kostenbedingten Vorteilen der Spezialmaschinen wird durch die Tatsache gemildert, daß die Vorteile für Spezialanlagen nur bei optimalem Beschäftigungsgrad innerhalb eines relativ kleinen Produktionsintervalls voll zum Tragen kommen. Außerhalb dieses Optimums entstehen überproportionale Kostensteigerungen. In Anlehnung an GUTENBERG²⁾ werden diese Kostenverläufe wie folgt dargestellt:

Abbildung 1:



a ist der Stückkostenkurvenverlauf für eine Spezialmaschine, b für eine Mehrzweckanlage. Nur innerhalb des Produktionsintervalles x_1 und x_2 arbeitet das Aggregat a günstiger; außerhalb dieses Punktes bietet die Anlage b Kostenvorteile. Die Vorteile der Anlage a wären für die Papierindustrie nur realisierbar bei einer weitgehenden Massenproduktion, d.h. einer starken Einengung der Sortimentspalette. Diese Folgerung würde aber nicht der absatzpolitischen Marktsituation der Branche in der BRD entsprechen. Die westdeutsche Papierindustrie ist z.Z. zu einer relativ hohen betriebstechnischen Elastizität gezwungen und trägt dieser Situation auch in ihrer Investitionspolitik Rechnung.¹⁾

3. Stellung der Branche in der BRD-Wirtschaft

Die Untersuchung eines Industriezweiges kann in einer (mehr oder weniger offenen) Volkswirtschaft nicht losgelöst von der Gesamtwirtschaft des jeweiligen Landes, den entsprechenden internationalen Beziehungen und den Verflechtungen vorgenommen werden. Die Bedeutung der Branche im gesamtwirtschaftlichen Rahmen charakterisiert Umfang und Einfluß des Industriesektors; sie hängt aber auch von den Vor- und Nachstufen, den artverwandten Partnern ab.²⁾

1969 arbeiteten in 285 Firmen der Papierindustrie³⁾ mit 331 Betrieben 68 701 Personen,⁴⁾ das entspricht etwa 0,8 %

1) v.S. 70: Reine Massenfertigung gibt es in der BRD nur bei der Zeitungspapierherstellung und der Produktion einiger Spezialpapiere. Hier läßt dann die Homogenität der Gutsqualitäten und Nachfrage günstige Produktionsmittelkombinationen zu.

2) v.S. 70: GUTENBERG, Erich, a.a.O., S. 84

1) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 61

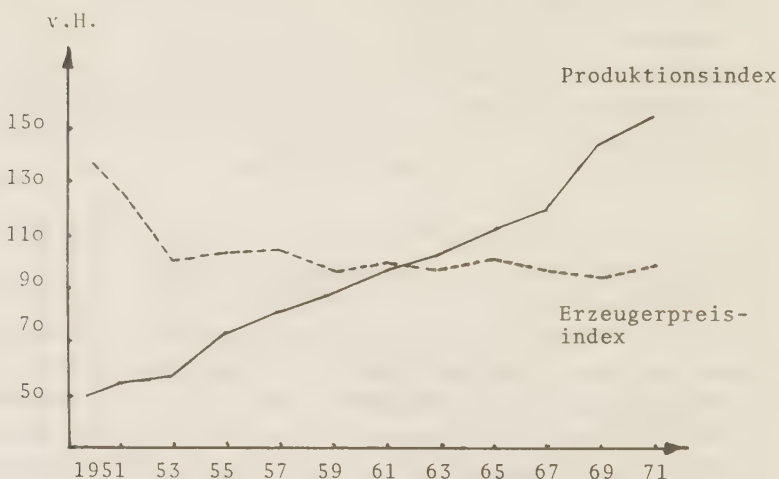
2) Dazu gehören z.B. Papierverarbeitung, Druckereiindustrie etc.

3) Unter diesem Begriff wird die Zellstoff- und Holzschliffindustrie ebenfalls subsumiert.

4) Vgl. Leistungsbericht 1969, a.a.O., S. 7 und 13

der Gesamtbeschäftigtenzahl der westdeutschen Industrie (Durchschnitt 1969 8.578 Mill.).¹⁾ Auf die Branche fallen dabei mit 4.608 Mrd.DM rund 0,9 % des Gesamtumsatzes der BRD-Industrie. Der Produktionsindex steigt dabei kontinuierlich und relativ gleichmäßig, während der Erzeugerpreisindex seit Jahren stagniert.

Abbildung 2: Produktions- und Erzeugerpreisindex 1962 = 100²⁾



Die Branche hat von 1960 bis 1970 einen geringeren Wachstumszuwachs als die Gesamtindustrie gehabt. Der Wachstumsverlauf war außerdem diskontinuierlich; die Jahreswachstumsraten schwankten zwischen 1,5 % für 1962 und 11,3 % für 1968. Obwohl das Branchenwachstum im Durchschnitt nur ca. 80 % der Gesamtindustrie erreichte, lag es damit doch über dem der Industriegruppe in den Fünfziger Jahren.³⁾ Charakterisierend für die Papierindustrie in den letzten 20 Jahren war eine abnehmende Beschäftigten- und Firmenzahl bei ständig steigendem Umsatz.

1) Vgl. Stat. Jahrbuch 1972, a.a.O., S. 194

2) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., Anhang (Zahlenreihen)

3) Vgl. GREFFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 39 ff.

Tabelle 12: Kennzahlen der Papierindustrie¹⁾

Jahr	Beschäftigte in 1000	Betriebe	Umsatz in Mrd DM
1951	60,9	348	2,664
1954	66,1	380	2,430
1957	75,0	396	3,020
1960	77,1	394	3,385
1963	75,6	388	3,426
1966	71,7	366	3,907
1969	68,7	331	4,608
1971	66,5	325	5,016

Die Ursache für diese Entwicklung liegt in einem Konzentrationsbestreben und Rationalisierungsdenken, das durch die besondere Situation des Industriezweiges, dem ausländischen Konkurrenzdruck auf allen Ebenen, hervorgerufen und beschleunigt wurde.²⁾

So liegen auch die Investitionsquote (Investitionen in v.H. des Umsatzes) und die Investitionsintensität je Beschäftigten in der Papierindustrie höher als in der Gesamtindustrie.³⁾ Die hohe Investitionstätigkeit der Industrie-Gruppe, die bis 1967 weitgehend Rationalisierungsmaßnahmen beinhaltete, setzte sich 1969 zu 71 % aus Erweiterungsinvestitionen⁴⁾ zusammen und verschärfte die Strukturkrise der Industrie-Gruppe 1970/71: sektorale Überkapazitäten, deren Auswirkungen durch die binnenwirtschaftliche Konjunktursituation (1970-1972) noch verstärkt wurden.

-
- 1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O. (Anhang Zahlenreihen)
 - 2) Die ausländischen Zulieferer für Roh- und Halbstoffe treten oft gleichzeitig auch als Konkurrenten auf dem Fertigproduktmarkt auf.
 - 3) Vgl. KRENGEL, Rolf und Mitarbeiter: Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in: DIW, Statistische Kennziffern, 7. Folge 1958-1966, Berlin 1967, S. 62 und 99; SCHRÖDER, Roland: Zellstoff- und Papierindustrie, Berlin/München 1964, S. 12
 - 4) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 58 f.

1. Regionale Verteilung der westdeutschen Papierindustrie

Die regionale Verteilung der westdeutschen Papierindustrie weist ganz bestimmte Ballungsgebiete auf. Die erkennbaren Konzentrationsschwerpunkte weisen auf bestimmte Standortvorteile hin. Dabei ist anzumerken, daß diese Standorte und Zentren aus den Gegebenheiten der letzten zwei Jahrhunderte im Spannungsfeld zwischen Absatz- und Beschaffungsmarkt gewachsen sind.¹⁾

THOSS²⁾ hat in einer kritischen Standortuntersuchung der Branche versucht nachzuweisen, daß diese Verteilung den veränderten Verhältnissen nach dem zweiten Weltkrieg mit seinem einschneidenden Strukturwandel und der starken Kapazitätsverminderung kaum noch Rechnung trägt. Diese Untersuchung ist von ENDRES³⁾ relativiert worden; es bahnt sich jedoch bei Neugründungen eine gewisse Standortverschiebung an.

Traditionelles Zentrum der westdeutschen Papierindustrie ist Nordrhein-Westfalen mit dem Ballungsgebiet Düren-Hagen, wo 3/10 der Industrie beheimatet sind.⁴⁾ Das zweite Konzentrationsgebiet liegt in Baden-Württemberg (Schwarzwald). In diesen beiden Zentren arbeiteten 1967 bereits 57,1 % aller Beschäftigten der Branche. Die Beschäftigtendichte des Industriezweiges liegt hier doppelt so hoch wie im Durchschnitt der BRD. Addiert man die bayrische Papierindustrie noch hinzu, so kommt man auf etwa 80 % der Beschäftigten des gesamten Industriesektors. Gleichzeitig wird ersichtlich, daß der gesamte Norden der Bundesrepublik nur wenig papiererzeugende Betriebe aufweist.⁵⁾ Erst in jüngster Zeit wurden hier in Berücksichtigung der veränderten Situation einige neue Anlagen errichtet bzw. alte Kapazitäten ausgebaut.

1) BIRKHAHN, Bruno, a.a.O., S. 35 ff.

2) THOSS, Rainer: Die Standorte der Westdeutschen Papierindustrie. Köln und Opladen 1964

3) ENDRES, Walter, in: ZfbF 1966, S. 86 f.

4) Vgl. hierzu WfP 1968 Nr. 22, S. 813

5) Eine ähnliche Regionalverteilung ist in der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie (bei einer stärkeren Kon-

5. Die BRD-Papierindustrie im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die EWG-Papierindustrie stellte 1970 knapp ein Achtel (11,8 %) der Weltpapierproduktion.¹⁾ Es wurden in der Gemeinschaft 15,4 Mill. t Papier und Pappe erzeugt bei einem Eigenverbrauch innerhalb der EWG von 18,8 Mill. t.²⁾

Diese Jahresproduktion wurde in 1181 Betrieben (plus 170 Betriebe der Zellstoff- und Holzstofferzeugung) mit ca. 176.000 Beschäftigten erreicht. Daraus ergibt sich für die BRD ein Anteil von ca. 36 % der Produktion bei einer Beschäftigtenquote von 40 %.

Die BRD ist somit das führende Erzeugerland auf dem Papiersektor innerhalb der Gemeinschaft, gefolgt von Frankreich (27 % Produktion) und Italien (22 %).

Die besondere Stellung der westdeutschen Papierindustrie ist aber auch gekennzeichnet durch den höchsten Papier- und Pappenimport. So wurde 1970 etwa die Hälfte der Papiereinfuhr in die Gemeinschaft in der BRD abgesetzt.

Aber auch alle anderen Mitgliedsstaaten können mit ihren Kapazitäten weder den eigenen Bedarf noch wenigstens sektoral das Erzeugungs- und Verbrauchsdefizit der Gemeinschaft abdecken.

So kennzeichnet - wenn auch zum Teil anders gelagert und gewichtet - das Dilemma der westdeutschen Papierindustrie die Situation der gesamten Industriegruppe innerhalb der Gemeinschaft.

Forts. d.Fußn. 5) v. S. 74: zentration auf Berlin(West)) zu beobachten. Vgl. hierzu APR Nr. 31, 1972, S. 1134

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 64

2) Dazu kommen noch 4,9 Mill. t Zellstoff und Holzschliff aus der Vorstufe.

6. Papierverbrauch und Entwicklungstendenzen

In verschiedenen Untersuchungen zum Papierverbrauch wird ein enger Zusammenhang zwischen ihm und dem Lebensstandard innerhalb einer Volkswirtschaft unterstellt.¹⁾ Häufig wird sogar der Papierkonsum als Maß des Lebensstandards überhaupt, als Gradmesser für das kulturelle und zivilisatorische Niveau eines Staates herangezogen.

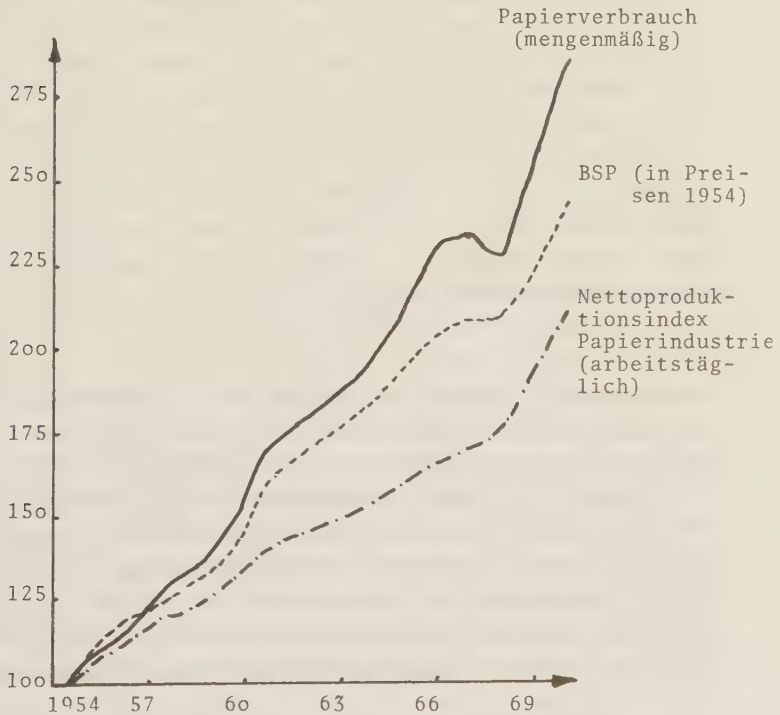
Der Begriff Lebensstandard ist dabei aber wenig praktikabel, da es bisher noch schwierig ist, quantifizierbare Aussagen zu machen, die den Lebensstandard exakt charakterisieren.²⁾ Indexzahlen für Teilbereiche (Verkehrs-, Fernseh- oder Radiodichte, Energieverbrauch etc.) sind zwar vorhanden, doch besteht das Problem der Gewichtung der einzelnen Kennziffern bei der Erstellung des Gesamtindex. Erst eine Vielzahl solcher Einzeldaten würde eine umfassende Kennzahl über den Lebensstandard ausmachen.

Verschiedene Vorschläge, mit Hilfe von Rangordnungszahlen oder Häufigkeitsverteilungen zwischen bestimmten Staaten bei verschiedenen ausgewählten Produkten zu einem Lebensstandard-Index zu kommen, haben durch das Gewichtungsproblem noch keine allgemeingültige Lösung erfahren.³⁾ In Ermangelung eines vergleichbaren Lebensstandardindex wird daher in der Literatur oft das Bruttosozialprodukt (Gross National Product) BSP als quantifizierbares Maß verwandt.

-
- 1) Vgl. hierzu: HEIN, Werner: Beziehungen zwischen Lebensstandard und Verbrauch von Papier- und anderen Holzprodukten. Dargelegt an Beispielen ausgewählter Länder. Diss., Hamburg 1970. FAO: European Timber Trends and Prospects 1950-1980, Genf 1969; GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 20 ff.
- 2) BENNET, M.K.: International Disparities in Consumption Levels, in: The American Economic Review 1951, Nr. 41, S. 632 ff.; BECKERMAN, Wilfred und BACON, Robert: International comparisons of income levels a suggested new measure, in: The Economic Journal, London 1966, Nr. 76, S. 519; DREWNOWSKI, Jan und SCOTT, W.: The level of living, Hrsg. United Nations Research Institute for Social Development, Report Nr. 4, Genf 1966; DREWNOWSKI, Jan: Social Indicators and Welfare Measurement. Remarks on Methodology, in: The Journal of Development Studies 1971/72, Nr. 8, S. 77 ff.
- 3) HEIN, Werner, a.a.O., S. 13 ff.

Bei einer Gegenüberstellung von BSP und Papierverbrauch läßt sich eine starke Korrelation auch bei Ländern mit verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen erkennen. So verlief beispielsweise die Entwicklung in der BRD wie folgt:

Abbildung 3: Wachstumsvergleich BSP - Papierverbrauch
in der BRD ¹⁾



HEIN hat in einer ex-post-Analyse nachgewiesen, daß der Papier- und Pappeverbrauch pro Kopf bei einer ausgewählten Anzahl Länder²⁾ "im Zeitraum 1958 - 1967 mit dem Faktor 1,6 (arithm. Mittel d. Verfassers) stärker als das

1) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 24

2) BRD, USA, Schweden, Frankreich, Italien, Schweiz und Großbritannien

reale BSP pro Jahr gestiegen"¹⁾ war. Dabei ergaben sich für Länder mit hohem BSP-Zuwachs und niedrigem anfänglichem Verbrauchsniveau die höchste Papierkonsumrate, d.h. der Verbrauchszuwachs schwächt sich bei hohem Papierkonsumniveau ab. Es kommt allmählich zu einer Verbrauchsausgleichung zwischen den Ländern mit geringem und denen mit großem Papierverbrauch. So hat sich der Abstand der BRD zu den USA nach dem Krieg ständig verringert.²⁾ Dieser Trend wird von Finnland und Schweden durchbrochen; hier war in den letzten Jahren bei schon hohem Niveau ein weiterer starker Verbrauchszuwachs zu verzeichnen.³⁾ Auch die USA haben nach einer Stagnationsphase zwischen 1955 und 1960 wieder einen stärkeren Aufwärtstrend. Daraus resultiert, daß es für den generellen Papierverbrauch bei hohem Konsumniveau zwar eine Abschwächung der Zuwachsraten gibt, eine Sättigungsgrenze zeichnet sich aber weder in den amerikanischen noch in den westeuropäischen Ländern mit Spitzenverbrauchsdaten ab.⁴⁾

Diese Daten schließen aber nicht aus, daß sich innerhalb einzelner Sortengruppen atypische Trendeinbrüche ergeben. Es ist vielmehr so, daß die einzelnen Sortenentwicklungen vom Gesamttrend starke Abweichungen zeigen. "Während der Papierverbrauch insgesamt eine engere Übereinstimmung mit dem BSP ergibt, da er sich aus den einzelnen unterschiedlichen Entwicklungen zusammensetzt, weichen die Sortengruppen oft auffallend voneinander ab und damit auch in Beziehung zum Bruttosozialprodukt. Diese Entwicklungen differenzieren darüber hinaus bei den verschiedenen Sortengruppen in den einzelnen Ländern."⁵⁾ Die Differenzen in den Verbrauchstendenzen zwischen Sorten und Ländern in Abhängigkeit der entsprechenden BSP lassen HEIN zu dem Schluß kom-

1) HEIN, Werner, a.a.O., S. 111

2) 1958 erreichte der Pro-Kopf-Verbrauch der BRD nur 30 % des USA-Wertes, 1968 waren es bereits 47 %.

3) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 23; HEIN, Werner, a.a.O., S. 116 ff.

4) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 67; HEIN, Werner, a.a.O., S. 117. Vgl. auch OSARA, N.A.: Die Papierindustrie in den Siebziger Jahren, in: EFTA-Bulletin 1970, Nr. 3, S. 14 ff.

5) HEIN, Werner, a.a.O., S. 203

men, daß das BSP als alleinige Erklärung der Unterschiede nicht ausreicht. Neben der BSP-Kennziffer müssen landesspezifische Ursachen (Lebensgewohnheiten, Verbraucherverhalten) berücksichtigt werden.

Eine Betrachtung des Konjunkturverlaufs (vgl. Abb. 2) mit Hilfe von BSP-Daten und Papierverbrauch in der BRD zeigt eine empfindliche Reagibilität des Papierverbrauchs auf den Wirtschaftsverlauf. Die Aufschwungsphasen um 1955, 1960, 1964 und 1968 zeigen hohe Expansionsraten, während die Depressionen um 1958, 1963 und 1966 geringere Zuwachsraten brachten.¹⁾ Die Rezession 1967 zeigte sogar einen Rückgang.²⁾ Die Konjunktorempfindlichkeit des westdeutschen Papierverbrauchs läßt sich besonders gut in den Jahren 1967 und 1968 zeigen. Der durchschnittliche Verbrauchszuwachs in diesen Jahren betrug 7 %, die Einzeljahre jedoch -3,5 (1967) und 17,5 (1968).³⁾ Dabei reagieren die einzelnen Sorten sehr unterschiedlich. "In der Rezession wird offensichtlich vor allem am Papier und hier wiederum zuerst an Verpackungspapieren gespart."⁴⁾ Dieser Rückgang auf dem Verpackungssektor ist auf Rationalisierungsmaßnahmen der Abnehmerindustrie und auf Absatzstagnation oder -rückgang der Konsumgüterindustrie zurückzuführen. Der Absatzrückgang bei industriellen Abnehmern, die oft eingeschränkte Werbung und erhöhte Substitution in andere Materialien führen zu dieser Abschwächung des Verbrauchszuwachses. Fällt diese allgemeine Rezession mit Strukturveränderungen einzelner Sortengruppen zusammen, ist der Verbrauchsrückgang besonders gravierend.

Unter Berücksichtigung der engen Korrelation zwischen BSP und Papierverbrauch wurde vom Ifo-Institut eine Vorausrech-

-
- 1) Vgl. AENGENEYNDT, Robert: Konjunktorempfindlicher Papierverbrauch, in: APR 1971, Nr. 28, S. 1162 f.
 - 2) Dieser Aufwärtstrend der Zuwachsraten wurde hier seit 1952 erstmals unterbrochen.
 - 3) Vgl. AENGENEYNDT, Robert: Die Zellstoff- und Papierindustrie im Jahr 1973, in: APR 1969, Nr. 36, S. 1224 und Nr. 41, S. 1426
 - 4) HEIN, Werner, a.a.O., S. 76

nung bis 1980 für den Papierverbrauch der BRD mit Hilfe eines linearen Ansatzes durchgeführt. Dabei "errechnet sich ein künftiger Papierverbrauch (für 1980 d. Verf.) von 12,5 Millionen t, was bei einer Bevölkerung von 64,5 Millionen Einwohner einem Pro-Kopf-Verbrauch von 194 kg entspricht."¹⁾

VDP hatte 1969 aufgrund eigener Berechnungen (unter Zugrundelegung der OECD- und FAO-Vorausschätzungen²⁾ für Westeuropa) für die BRD bis 1973 Prognosen angestellt, die darin enden, daß 1973 8,7 und 1975 9,6 Mill. t Papier und Papp verarbeitet werden³⁾ gegenüber 7,6 Mill. t für 1971. D.h. bei Berücksichtigung der Importquote eine Eigenproduktion für 1973 von 6,8 Mill. t (gegenüber 5,5 Mill. t für 1970).

Tabelle 13: Vorausschätzung der Verbrauchsstruktur für
Papier und Papp⁴⁾

Sorte	Anteil am mengenmäßigen Gesamtverbrauch in %		Verbrauchs- zuwachs von 1968 bis 1980 in %
	1968	1980	
Zeitungsdruckpapier	12,5	11-13	86
Sonstige graph. Papiere	30,5	30-32	91
Verpackungspapiere und -pappen	50,0	45-48	76
Sonstige Papiere und Pappen	7,0	9-10	167
Papier und Papp insgesamt	100	100	88

Unter Zugrundelegung der Daten in der FAO-Studie⁵⁾ sollte eine Verdoppelung des Bedarfs zwischen 1960 - 1975 bei ei-

- 1) GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 67; vgl. hierzu auch OLLMANN, Heinrich: Der Holzverbrauch der BRD, Prognose der Entwicklung bis 1980. In: Mitteilungen der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Nr. 84, Hamburg 1971, S. 44
- 2) Vgl. FISCHER, Emil: Wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklungstendenzen der Papierindustrie, in: Jahrbuch der Papier- und Zellstoffindustrie 1970/71, Darmstadt 1970, S. 35
- 3) Vgl. AENGENEYNDT, Robert: Die Papier- und Zellstoffindustrie..., a.a.O., S. 1224
- 4) GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 70

ner durchschnittlichen Verbrauchszuwachsrates von 5,2 % zwischen 1965 und 1975 folgen. Für die Papierindustrie der BRD - wie auch für die anderen westeuropäischen Partnerindustrien - ist diese Prognoseentwicklung inzwischen weitgehend eingetreten : Der BRD-Papierverbrauch ist zwischen 1960 und 1970 um ca. 75 % gestiegen. Die neue Rechnung des Ifo-Institutes zeigt für die BRD einen Verbrauchszuwachs von 1968 bis 1980 um weitere 88 %.¹⁾

Kann die westdeutsche Papierindustrie ihre Selbstversorgungsrate bei ca. zwei Dritteln des Gesamtbedarfs halten, so ist es auch bei konjunkturellen Schwankungen und Strukturkrisen gerechtfertigt, daß die Papierindustrie sich langfristig "nach wie vor als Wachstumsindustrie empfindet."²⁾

7. Substitutionswettbewerb_Papier_und_Pappe

Die oben ausgeführten Vorausschätzungen des Entwicklungstrends der Papierindustrie und des Papierverbrauchs unterliegen unter Umständen einer Korrektur durch den Substitutionskampf mit anderen Materialien, vor allem dem Kunststoff. Dieser Prozeß vollzieht sich für diese Branche sehr unterschiedlich, zum Teil passiv und zum Teil aktiv. So wird zur Zeit auf dem Verpackungssektor das Papier vom Kunststoff teilweise verdrängt, zum anderen werden aber auf dem gleichen Gebiet herkömmliche Materialien wie Holz, Glas und Textilien vom Papier abgelöst: Während Wellpappe und Kartonagen das Holz, Kraftpapiersäcke den traditionellen Jutesack und die verschiedensten Papierverpackungen Glas und Blech verdrängen, verliert die Branche auf dem Gebiet der Weichpackung Terrain an die Kunststoffindustrie.

5) v.S. 80: FAO: World demand for paper to 1975, Rom 1960

1) Vgl. Tab. 13 und OLLMANN, Heinrich, a.a.O., S. 44 f.

2) FISCHER, Emil: Wirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S. 36

Betrug 1960 der Kunststoffanteil bei Säcken, Tüten und Beuteln insgesamt erst 6 % der Gesamtproduktion, so waren es 10 Jahre danach schon 25 %. Dabei nahm die entsprechende Papiererzeugung auf diesem Sektor nur um gut ein Drittel (36 %) zu, während sich die Kunststoffverpackungsproduktion versechsfachte.¹⁾

Tabelle 14: Entwicklung der Verpackungsmaterialien (erfaßte Brutto-Produktionswerte in Mill. DM)²⁾

	Papier Pappe	Metall	Kunststoff	Glas	Holz	Sonstige
1955	1599	826	150	250	213	81
1970	5333	2436	2385	1016	291	64

Ähnlich stürmisch verläuft der Substitutionsprozeß bei transparenten Verpackungspapieren (Pergamyn, Pergamentersatz) zugunsten von Kunststoff- und Zellglasfolien. Der Rückgang der Papierindustrie auf dem Verpackungssektor wird noch weitergehen, aber mit Hilfe von Veredlungen, neuen Anwendungsmöglichkeiten abflachen.³⁾

In den USA, die oft als Vorreiter der Konsumgewohnheiten für Westeuropa gelten, haben sich Papier- und Pappenanteile auf dem Packsektor z.B. zwischen 1954 und 1963 gehalten, obwohl etwa 54 % des Papier- und Pappeverbrauchs der Kunststoffkonkurrenz unterliegen. Die Kunststoffpackmittel hatten 1965 in den USA und Großbritannien erst 10 % der Gesamtpackstoffe erreicht.⁴⁾

- 1) Vgl. FISCHER, Emil: Papier und Pappe im Substitutionswettbewerb in der BRD, in: WfP Nr. 3, 1971, S. 105 f.
- 2) Vgl. ROCKSTROH, Otto: Die wirtschaftliche Bedeutung der Verpackung, in: Handbuch der industriellen Verpackung, a.a.O., S. 39
- 3) Der Gesamtaufwand für Verpackung wird in der BRD (1971) auf etwa 22-25 Mrd. DM geschätzt. Vgl. ROCKSTROH, Otto, a.a.O., S. 38.
- 4) Vgl. HEIN, Werner, a.a.O., S. 140 f.

Die westdeutsche Sonderstellung mit einem höheren Kunststoffanteil (1968 = 14,4 %) ¹⁾ liegt im Leistungsstand, der Konzentration der chemischen bzw. Kunststoffindustrie und den Besonderheiten der deutschen Papierindustrie begründet.

Ein weiterer, für die Papierindustrie passiv verlaufender Substitutionsprozeß findet bei verschiedenen Spezialpappen statt: Radiorückwand-, Karosserie-, Koffer- und Matrizenpappen weichen dem Kunststoff.

Der Rückgang auf den genannten Gebieten wird kompensiert durch neue Anwendungsmöglichkeiten, deren Ausmaß und Eigen-
dynamik bisher kaum zu übersehen ist. ²⁾

Die Ablösung herkömmlicher Textilien im Hausgebrauch durch kurzlebige Papiererzeugnisse wie Servietten, Taschentücher, Tischtücher, Wischtücher, Hygiene und andere Haushalts-
papiere wie Staubsaugerbeutel, Kaffeefilter etc. zeichnet sich ab. Ferner erobert das Papier Teilmärkte bei Bett-
wäsche- und Bekleidungstextilien. Krankenhaus- und Hotel-
wäsche, Berufskleidung, im gewissen Umfang auch Unterwäsche
und Oberbekleidung eröffnen neue Möglichkeiten für die
"nonwovens" der Papierindustrie.

So kann der Substitutionskampf Kunststoff - Papier, ³⁾ der
zweifelsohne für die Papierindustrie Marktverluste bein-
haltet, durch neue Märkte ausgeglichen werden. Allein die
Erprobung dieser neuen Anwendungsgebiete dürfte mengen-
mäßig den Verlust der oben genannten Märkte übertreffen. ⁴⁾

1) Handelsblatt 1969, Nr. 91, S. 8

2) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 22; FISCHER, Emil:
Substitutionswettbewerb, a.a.O., S. 105

3) Dabei ist zu berücksichtigen, daß Kunststoff im Gegen-
satz zum Papier Probleme bei der Abfallbeseitigung auf-
wirft. "Die leichtere Beseitigung des Papiers im Ver-
gleich zu Plastik, Glas und Metall ist bei dem ständig
wachsenden Verpackungsanfall ein wichtiger Faktor."
HEIN, Werner, a.a.O., S. 144

4) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 22 f.

Darüber hinaus ergeben sich weitere Anwendungsgebiete für die Branche in der Kombination von Papier und Kunststoff: Es werden z.B. Kunststoffbeschichtungen für aroma- und/oder wasserdichte Verpackungen (Milchtüten) sowie abwaschbare Tapeten verwandte.

"Bei der Kombination Papier/Kunststoff wird durch die Addition der guten Eigenschaften der einzelnen Verbundstoffe eine Qualitätsmaximierung zu erreichen versucht."¹⁾

B. Wettbewerbssituation in der Papierwirtschaft Westeuropas

Die Wettbewerbssituation der Papierindustrie in Westeuropa war in den letzten zehn Jahren Gegenstand verschiedener Untersuchungen.²⁾ Dabei haben sich für die einzelnen Länder sehr unterschiedliche Wettbewerbspositionen ergeben. Den nationalen Branchen innerhalb der EWG wird dabei weitgehend - mit graduellen Unterschieden - eine ähnliche Ausgangslage zugestanden. "Die Struktur der Papierindustrie innerhalb der EWG ist ungünstiger als in den Drittländern."³⁾ Hierunter sind in erster Linie Norwegen, Schweden, Finnland, Österreich und die überseeischen Staaten Kanada und USA zu verstehen, für deren Wettbewerbsvorteile es verschiedene Erklärungen gibt.⁴⁾

Die hohen Rohstoffreserven der skandinavischen Wälder, die Möglichkeit der Wassernutzung für Transport (Flößen) und ggfs. Energieversorgung geben den nordischen Staaten natür-

1) HEIN, Werner, a.a.O., S. 143

2) GRÖNDAHL, Uwe, a.a.O.; Papierwirtschaft und Integration, a.a.O.; BLAISSE, P.A. und andere: Bericht zur Sanierung der EWG-Papierindustrie, Den Haag 1967; RAMSER, Hans und Mitarbeiter: Die Wettbewerbsverhältnisse in der Zellstoff- und Papierindustrie westeuropäischer Länder, Prognos AG, Basel 1965

3) BLAISSE, P.A., a.a.O., S. 9

4) Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie e.V.: Der nordische Wettbewerb auf dem deutschen Papiermarkt, Bonn 1962

liche Standortvorteile und günstige Produktionsvoraussetzungen. Diese werden noch zusätzlich verbessert durch den hohen Selbstversorgungsgrad der skandinavischen Papierindustrie, die bis zu drei Viertel des Holzbedarfs aus eigenen Wäldern gedeckt werden kann.¹⁾ Die Betriebe liegen im Rohstoffreservoir. Die Papierindustrien der Gemeinschaft hingegen müssen den Rohstoff (Holz) sowie die Halbstoffe (Zellstoff und Holzschliff) teilweise einführen. Durch die relativ kleinen Entfernungen zwischen Wald und Produktionsstätte (kein Import) entstehen der skandinavischen Papierindustrie außerdem noch geringere Transportkosten.

So wurden 1967 14,4 Mill. rm Holz verschiedener Qualitäten als Rohstoff innerhalb der EWG-Branchen benötigt, von denen aber nur "ungefähr 78 % aus den Wäldern der Gemeinschaft stammen."²⁾ Der EWG-Bedarf an Holzschliff wurde 1969 zu ca. 86 %, der Zellstoffverbrauch nur zu 38 % aus dem eigenen Aufkommen der Gemeinschaft gedeckt. Die Rohstoffsituation macht ersichtlich, warum die nordischen Staaten als Holz- und Halbstofflieferanten benötigt werden. Da die gleichen Staaten aber auch im verstärkten Maße als Papier- und Pappehersteller auf dem europäischen Markt auftreten, ergeben sich für diese Länder schon an der Materialbasis Vorteile, die sich für die EWG-Konkurrenten schwerwiegend auswirken, denn Roh- bzw. Halbstoffanteile machen etwa die Hälfte der Kosten für das Fertigerzeugnis Papier aus.³⁾ Durch die günstige Rohstoffkonstellation bedingt, bietet sich für die nordische Papierindustrie eine Integration mit den Vorstufen der Halbstofferzeugung an. Es fällt nämlich die für den Transport notwendige Zwischentrocknung der Halbstoffe weg. Dieses Einsparen von Trocknung und Wiederauflösung bei der Papierherstellung bedeutet einen Kostenvorteil bis zu 17 % des Halbstoffpreises.⁴⁾

1) RAMSER, Hans, a.a.O., S. 104 ff. und 121 f.

2) EWG-Kommission: Industrie und Markt für Papierhalbstoffe aus Holz in der Gemeinschaft, Studienreihe Industrie, Nr. 5, 1970, S. 9

3) Vgl. GREIL, K.H. und BAUER, Ch., a.a.O., S. 59 ff.

4) BLAISSE, P.A., a.a.O., S. 8

So sind z.B. in Norwegen 24 von 45, in Schweden 45 von 75, in Finnland 22 von 35 und in Kanada 48 von 88 Papierfabriken hinsichtlich des Produktionsprozesses Zellstoff/Holzschliff/Papier voll integriert.¹⁾ Bei einer Gewichtung nach Produktionsausstoß liegt der Selbstversorgungsgrad der Papierbranchen durch integrierte Produktion in Schweden bei 81 %, in Finnland bei 94 % und in Österreich bei 89 %, während die EWG-Länder Frankreich nur über 42 % und Italien über 32 % integrierte Produktion verfügen. Holland stellt überhaupt keinen Zellstoff her (Holzschliffselbstversorgung 42 %). Der Anteil der integrierten Produktion in der BRD von 40 % beinhaltet in der Vorstufe nur Sulfitzellstoff und Holzschliff. Eine noch schlechtere Ausgangslage hat Großbritannien mit nur 9 %.²⁾ Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Versorgungsgrade das arithmetische Mittel aus Zellstoff- und Holzschliffaufkommen sind. Das Versorgungsdefizit für den wert- und mengenmäßig interessanteren Zellstoffsektor ist in allen Staaten der Gemeinschaft sehr viel höher.

"Auf Grund der besonderen Produktionsverhältnisse in der Papierindustrie, der hohen Beschäftigungsdegression, den günstigsten Produktionsbedingungen an der Kapazitätsgrenze und der Tatsache, daß die größte Betriebseinheit auch am kostengünstigsten arbeitet",³⁾ spielt die Kapazitätsauslage bei einer Wettbewerbsbetrachtung eine erhebliche Rolle.

So produzierten 1964 von den 1273 Papierherstellern der EWG über 1000 weniger als 10.000 jato. Die durchschnittliche EWG-Kapazität betrug nur etwa 10.000 jatos je Unternehmen gegenüber z.B. 53.000 jatos in Skandinavien und 120.000 jatos in Kanada.⁴⁾

1) Vgl. BLAISSE, P.A., a.a.O., S. 8

2) Vgl. RAMSER, Hans, a.a.O., S. 30 f.

3) FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 58

4) Vgl. BLAISSE, P.A., a.a.O., S. 10 und Anlage 3; FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 57 ff.

1970 hatte sich das Kapazitätsverhältnis wie folgt zwischen EWG und EFTA verändert:¹⁾

Tabelle 15: Produktionsverhältnisse EWG - EFTA 1970

<u>Halbstoffe</u>	EWG	EFTA
Betriebe	170	276
Produktion in 1000 t.	5.041	18.752
Durchschnittliche		
Produktion je Betrieb	29.600	68.000
<u>Papier und Pappe</u>		
Betriebe	1.181	537
Produktion in 1000 t	5.421	17.125
Produktion durchschnittliche je Betrieb	13.000	31.900
<u>Gesamtproduktion</u>		
Betriebe	1.351	813
Produktion in 1000 t	20.462	35.877
Beschäftigte	176.359	237.795
Durchschnittl. Produktion je Beschäftig.	116 jatos	151 jatos
Durchschnittl. Beschäftigtenzahl je Betrieb	130	290

Die durchschnittliche Kapazitätsauslage je Betrieb war auf dem Gebiet des Halbstoffsektors 1970 somit im EFTA-Raum etwa zweieinhalbmal so groß wie in der EWG, während die Produktionsstätten bei der Papier- und Pappeherstellung noch einmal doppelt so groß (bei entsprechend hohen Beschäftigungszahlen je Betrieb) dimensioniert waren.²⁾

Die natürlichen Standortvorteile, die daraus resultierenden besseren Kostensituationen und Kapazitätsstrukturen der skandinavischen Papierindustrie und die hohe Einfuhrabhängigkeit der meisten Kontinentalstaaten auf dem Roh-

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1972, a.a.O., S. 66

2) Berücksichtigt man die Wettbewerbssituation der Papierimportländer der EFTA (Großbritannien, Dänemark, Schweiz und Portugal), die weitgehend den EWG-Branchen ähnlich ist, so wird die Vorrangstellung der Exportländer noch deutlicher.

und Halbstoffmarkt geben den europäischen Papierherstellern unterschiedliche Ausgangslagen für einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb.

Dieses Ungleichgewicht wird noch durch "künstliche" Wettbewerbsverzerrungen verschlechtert. So gibt es in der BRD und den EWG-Staaten keine Ausnahmeregelung für die Papierindustrie hinsichtlich der Abwasseraufbereitung, d.h. analog den ständig steigenden staatlichen Auflagen für Abwasserreinigung und Luftreinerhaltung steigen die Umweltkosten. Die Aufwendungen der Feldmühle AG, des größten Papierunternehmens auf dem europäischen Kontinent, beliefen sich zur Lärm-, Luft- und Wasserreinhaltung in den letzten fünf Jahren auf etwa 55 Mill. DM.¹⁾ Dagegen können die Papierhersteller in Skandinavien und Nordamerika entsprechend den Bevölkerungs- und Industrialisierungsverhältnissen z.Z. noch größtenteils das Abwasser ungeklärt ins Meer fließen lassen.²⁾ Außerdem gibt es in einer Reihe von EFTA-Staaten Ausnahmeregelungen bei "gesamtwirtschaftlichem Interesse" (Schweden) oder "zum Zwecke der Industrialisierung" (Finnland).³⁾

Weiter erhalten die Branchen des nordischen Raumes staatliche Strukturhilfen und Investitionskredite.⁴⁾ Die Wettbewerbsverhältnisse werden aber gänzlich undurchsichtig durch die kartellähnliche Verflechtung weiter Teile der Branche in Österreich und Skandinavien. Während in Österreich und Finnland das gesamte Papieraufkommen über Kartelle abgewickelt wird (Österreichische Papierverkaufsgesellschaft mbH und Verein finnischer Papierhersteller), gibt es in Schweden "eine große Anzahl verschiedener Kartelle jeweils für einzelne Sorten."⁵⁾ Diese Kartelle (Preis- und Kondi-

1) Vgl. APR-Extrablatt 31/1972 vom 5.8.1972

2) Vgl. FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 58; Das Papier Nr. 3, 1972, S. 148

3) Vgl. RAMSER, Hans, a.a.O., S. 24 f.

4) In Schweden z.B. wurde der Kreditbetrag für 1967 mit 1,5 bis 2,2 Mrd. DM beziffert. Vgl. FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 58

5) RAMSER, Hans, a.a.O., S. 53; "Der am stärksten kartellierte Sektor ist die Papier- und Zellstoffindustrie, in der etwa die Hälfte aller Märkte kartelliert ist. Die Effizienz der inländischen Kartelle wird durch die internationalen Heimatschutzkartelle noch verstärkt." ZENK, Gün-

tionskartelle) haben die Aufgabe der Steuerung von Produktions- und Investitionstätigkeit und erfüllen oft gleichzeitig Verkaufsfunktionen. "Zwischen den nationalen Kartellen Finnlands und Schwedens existieren Vereinbarungen zum Schutz der jeweiligen Heimatmärkte. Auf den Auslandsmärkten arbeiteten die Papierhersteller aus Schweden, Finnland und Norwegen in den sogenannten SCAN-Organisationen zusammen. Diese Organisationen stellen Exportkartelle dar und umfassen im Prinzip alle Hersteller und sämtliche Sorten. Zwischen den SCAN-Organisationen und den jeweiligen Kartellen auf dem Inlandsmarkt besteht naturgemäß eine enge Zusammenarbeit."¹⁾

Die oben genannten Kriterien machen den nordeuropäischen Raum besonders attraktiv für die gesamteuropäische Papierindustrie. Das eingeschränkte Niederlassungsrecht in Skandinavien läßt jedoch ein Ausweichen in diese kostengünstige Region nicht zu. So dürfen Waldbesitz und Wasserwerke überhaupt nicht erworben werden. Kauf, Errichtung oder Beteiligung an bzw. von Papierfabriken unterliegt Beschränkungen.²⁾ Erreicht die "Beteiligungsquote von Ausländern an einer schwedischen Gesellschaft 20 % ..., dann wird die Gesellschaft zur 'gefährlichen' juristischen Person und unterliegt besonders strengen Bestimmungen."³⁾ Dabei ist die Ausländerbeteiligung am Management auf maximal ein Drittel der Sitze beschränkt. Ähnliche Bestimmungen gibt es in Finnland.

Aber nicht nur außerhalb der EWG gibt es Wettbewerbsverzerrungen. Frankreich und Italien erheben z.T. steuerliche Abgaben⁴⁾ auf Importe und/oder den Verbrauch von Papier und Pappe. Diese Gelder kommen dann der Industrie in Form von Subventionen oder Prämien zu.⁵⁾ So wurden z.B. in Frankreich mit dem Erlaß vom 29.12.1969 die steuerähnlichen Abgaben zwar um 50 % gesenkt, sie hatten danach aber immer noch

Forts.d.Fußn. 5) v.S. 88: ter: Konzentrationspolitik in Schweden. Schriften zur Konzentrationsforschung. Hrsg. Helmut Arndt, Tübingen 1971, S. 94

1) RAMSER, Hans, a.a.O., S. 53

2) Vgl. FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 58; GRÖNDAHL, Uwe, a.a.O., S. 85 ff.

3) RAMSER, Hans, a.a.O., S. 55; GRÖNDAHL, Uwe, a.a.O., S. 86

4) in Frankreich *taxe parafiscale*

5) Vgl. FELDMANN, Heinz, a.a.O., S.58; GRÖNDAHL, Uwe, a.a.O., S. 220

einen Abgabesatz von 0,8 % auf den Gesamtverbrauch von Papier und Pappe. Der Prämiensatz betrug so noch 4 % bei verkauften und 2,2 % bei integrierten Halbstoffen. Frankreich versucht, mit Hilfe dieser Subventionspolitik wenigstens einen Teil der Halbstoffindustrie wettbewerbsfähig zu erhalten bzw. zu machen. Ferner werden für den Zeitungspapiersektor Beihilfen aus dem Haushalt bereitgestellt, die sich allein, ohne Berücksichtigung des taxe parafiscale, mit 7 % auf den Preis des Produktes auswirken.¹⁾

Die steuerähnlichen Abgaben auf den Verbrauch von Papier und Pappe in Frankreich werden (mit dem Dekret vom 11.4.1969) rückwirkend ab 1.1.1969 folgendermaßen aufgeteilt:²⁾

75 % der Mittel zur Zahlung der Produktionsprämie

16 % zur Wiederaufforstung und Forschung im Rahmen des Fonds Forestier Nationale

9 % für Forschungsarbeiten der Papierindustrie

Zu diesen innergemeinschaftlichen Wettbewerbsverzerrungen³⁾ kommen noch Unterschiede in der Besteuerung. Als Beispiel sei die Besteuerung des schweren Heizöls genannt, das schon 1970 mit einem Anteil von 43,4 %⁴⁾ der wichtigste Energieträger der Branche war. In der BRD wurde 1970 die Tonne Heizöl mit 25,-- DM versteuert, "gegenüber nur 16,-- DM in Italien und weniger in den anderen EWG-Ländern."⁵⁾

Außerdem haben sich die Wettbewerbsverhältnisse innerhalb der EWG in den letzten fünf Jahren durch die einzelstaatliche Wirtschafts- und Währungspolitik unterschiedlich entwickelt. So haben seit der Rezession 1966/67 die währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Absicherungsge-
setz, DM-Aufwertung, weitere Freigabe des Wechselkurses, Neu-
festsetzung der Paritäten) und die ausländischen oft korres-

1) Vgl. EWG-Kommission: Industrie und Markt..., a.a.O., S.34

2) Vgl. ebenda, S. 45

3) So dürfen die franz. Feinpapierhersteller laut EWG-Beschluß bis zum 31.3.1975 kartellieren. Vgl. Handelsblatt vom 15.8.1972

4) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 36

5) FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 60

pondierenden Abwertungen die Angebotsrelationen der ausländischen Anbieter auf dem westdeutschen Papiermarkt ständig verbessert. Die Wettbewerbsmöglichkeiten für die heimische Industriegruppe wurden laufend negativ beeinflusst. "Die Währungs-Vorteile der ausländischen Anbieter liegen zwischen 10 und 37 % in dieser Zeit. Das sind Margen, die es ohne weiteres erlauben, jeden Inlandspreis zu unterlaufen und auch ohne weiteres einen Zoll von 12 % zu überspringen, wobei mit 10 % Währungsvorteil an der untersten Grenze Belgien, Holland und Österreich liegen; Schweden, Norwegen, Italien und Kanada haben einen Währungsvorteil von 13 %, Großbritannien von 25 %, USA von 20 %, Frankreich von 21 % und Finnland von 37 %".¹⁾ Wenn sich diese Währungsvorteile langfristig auch durch die internationale Anpassung der Kostenentwicklung und durch die oft sehr inflationistisch angelegten Wirtschaftsentwicklungen der Partnerstaaten ausgleichen, so ergeben sich doch wenigstens vorübergehend aus dieser einzelstaatlichen Wirtschaftspolitik binnenwirtschaftliche Störfaktoren.

Die oben aufgezeigten Beispiele zeigen, daß es in Westeuropa auf dem Markt der Papierwirtschaft - auch innerhalb der EWG - noch erhebliche Störungen und Wettbewerbsverzerrungen gibt.

Wenn auch eine Gewichtung der Verzerrungen nicht möglich ist, so "ist aber unschwer zu erkennen, daß die Zellstoff- und Papierindustrie der EWG-Länder per Saldo erhebliche 'künstliche' Nachteile in ihren Wettbewerbsbedingungen gegenüber der Industrie der EFTA-Länder hinnehmen muß."²⁾ Und das über die günstige Ausgangslage hinaus, die ein Teil der EFTA-Staaten (Skandinavien und Österreich) durch die natürlichen Gegebenheiten hat. Eine Wettbewerbsbetrachtung der west-

-
- 1) PASSAUER, Gerd: Vortrag, gehalten auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes Norddeutscher Papierfabriken in Timmendorf am 19.5.1972. Vgl. auch PASSAUER, Gerd: Lagebericht, in WfP Nr. 11/12 1972, S. 476 f.
- 2) RAMSER, Hans, a.a.O., S. 35; vgl. hierzu auch GRÖNDAHL, Uwe, a.a.O., S. 220

deutschen Papierindustrie im Rahmen der Gemeinschaft zeigt ebenfalls noch Disharmonie,¹⁾ d.h. "die Industrie der BRD innerhalb der EWG (ist) zudem überdurchschnittlich benachteiligt."²⁾

C. Westeuropäischer Papiermarkt im Vergleich

1. Westeuropa und COMECON

Die im COMECON zusammengeschlossenen Ostblockländer stellen ihrer politischen Ideologie entsprechend (nach außen) eine abgeschlossene Gruppe dar.³⁾ Sie schöpfen ihre Rechtfertigung aus der Konzeption "vom totalen Wettbewerb der beiden entgegengesetzten Sozialsysteme. Die maximale Zuwachsrates an Produktion im RGW ist die Voraussetzung für den Wettbewerb und den erhofften Sieg über den Kapitalismus."⁴⁾ Als mittlere Ziele werden auf der Grundlage der koordinierten Volkswirtschaftspläne in Art. 1 des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die Beschleunigung des wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes, die Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes, die kontinuierliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und die ständige Wohlstandsverbesserung genannt.⁵⁾ Voraussetzung dafür ist zunächst eine Phase der Selbstisolierung, da aufgrund der währungspolitischen Sonderheiten und der Niveauunterschiede zum westlichen Industrialisierungsgrad der Außenhandel mit dem westlichen (kapitalistischen) Wirtschaftssystem eingeschränkt werden muß. Das bedeutet zwangsläufig einen hohen Selbstversorgungsgrad der kommunistischen Gemeinschaft auf möglichst vielen Wirtschaftssektoren.

1) FELDMANN, Heinz, a.a.O., S. 60

2) RAMSER, Hans, a.a.O., S. 35

3) Vgl. zu den folgenden Ausführungen RIBI, Rolf: Das COMECON. Diss., St. Gallen 1970, S. 47 ff.

4) USCHAKOW, Alexander: Der Ostmarkt im COMECON, Baden-Baden 1972, S. 26

5) Vgl. Gesetzblatt der DDR Teil I 1960, S. 283

Diese weitgehende Isolierung ist auch auf dem Papiersektor zu erkennen.¹⁾ Die Ostblockländer sind in ihrer Papierversorgung in erster Linie auf ihre eigenen Rohstoffquellen und die entsprechenden Halbstoff- und Fertigproduktkapazitäten angewiesen. Der Außenhandel dieses Wirtschaftsblocks mit der Papierwirtschaft der westlichen Welt ist relativ gering. Er dürfte auch in absehbarer Zeit nicht nennenswert steigen.²⁾

Die Kapitalintensität beim Ausbau der Kapazitäten birgt für die osteuropäischen Papierindustrien große Schwierigkeiten in sich. Trotzdem ist es in den letzten 20 Jahren zu einer Verdreifachung der Papier- und Pappeproduktion (einschl. Zeitungspapier) gekommen.

Die nationalen Produktionsentwicklungen innerhalb des RGW verlaufen sehr unterschiedlich. Die Papierindustrie der DDR liegt bei den Zuwachsraten am Schluß des Ländervergleichs, ist aber 1969 nach der Sowjetunion immer noch der zweitgrößte Papier- und Pappeproduzent. Interessant dabei ist die schnelle Steigerungsrate Polens. Hier halfen die günstigen Rohstoffkonstellationen und die teilweise vorhandenen Anlagekapazitäten aus der Zeit vor 1945³⁾ der Entwicklung.

1) Vgl. FISCHER, Emil: Wirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S. 26

2) Ebenda

3) 1936 fielen 39,9 % der deutschen Zellstoffproduktion auf Ostdeutschland, davon allein 19,8 % auf Ostpreußen. 1938 waren ferner in den jetzt polnischen Gebieten ca. 18 % der gesamtdeutschen Papierproduktion konzentriert. Vgl. GLEITZE, Bruno: Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschlands, Berlin 1956, S. 79 und 207

Tabelle 16: Produktionsentwicklung im Gebiet des RGW
in 1000 jato (ohne Pappe)¹⁾

	1950	1955	1960	1965	1969
Bulgarien	25	43	54	85	192
DDR	321	422	542	644	704
Polen	278	376	504	638	702
Rumänien	86	109	140	144	398
Tschechoslowakei	291	346	443	519	598
UdSSR	1180	1848	2334	3231	4046
Ungarn	64	79	106	132	208

Unabhängig von der Produktion entwickelte sich der Verbrauchszuwachs der einzelnen Länder sehr unterschiedlich. Der Pro-Kopf-Verbrauch der einzelnen Staaten wird vom VDP für 1970 wie folgt angegeben:

Tabelle 17: Pro-Kopf-Verbrauch Papier und Pappe RGW 1970²⁾

DDR	72,6 kg	Polen	33,0 kg
UdSSR	58,0 kg	UdSSR	27,0 kg
Ungarn	45,6 kg	Rumänien	23,2 kg
Bulgarien	33,0 kg	(Albanien) ³⁾	5,0 kg

Vergleich:

RGW-Länder : 30,8 kg/pro Einwohner
EWG-Länder : 99,7 kg/pro Einwohner
EFTA-Länder: 123,9 kg/pro Einwohner

Der Zahlenvergleich der Wirtschaftsblöcke zeigt das sehr unterschiedliche Verbrauchsniveau. Der Pro-Kopf-Verbrauch ist in der EWG dreimal so hoch und in den EFTA-Staaten sogar viermal so groß wie in der RGW-Region.

Die Notwendigkeit einer besseren Papier- und Pappeversorgung hat in den Ostblockstaaten zu einer stärkeren Beachtung der Branche in den Volkswirtschaftsplänen geführt.⁴⁾ So soll die Papierproduktion der UdSSR beispielsweise bis 1975 um 30 % auf 5,5 Mill.jato gesteigert werden. Noch höher werden die ge-

1) Vgl. Stat. Jahrbuch der DDR, 1971, S. 45

2) Vgl. VDP-Mitteilungen, 25. Jahrgang 1972, Nr. 1, S. 11 f

3) Albanien ist seit dem ideologischen Bruch mit der UdSSR nicht mehr Mitglied des COMECON. Vgl. RIBI, Rolf, a.a.O., S. 63 f.

4) Vgl. FISCHER, Emil: Aus der Zellstoff- und Papierindustrie der Sowjetunion, in: WfP 1972, Nr. 21, S. 956

forderten Pappeproduktionssteigerungen mit ca. 80 % für den gleichen Zeitraum angegeben.¹⁾ Diese starke Intensivierung, die über den Zuwachsraten der westlichen Welt liegt,²⁾ läuft parallel mit einem schnellen Ausbau der Zellstoffkapazitäten. Hier soll bis 1975 eine 70 %ige Steigerung erfolgen. Ferner kommt es zwischen den einzelnen COMECON-Ländern zu einer engeren Zusammenarbeit bei der Markt- und Rohstoffversorgung. So bauen die nichtsowjetischen COMECON-Länder in Sibirien eine Zellstoffabrik (500.000 jato) zur Deckung des eigenen nationalen Halbstoffbedarfs.³⁾

Die gesamten Anstrengungen im RGW-Bereich auf dem Papier- und Pappesektor werden aber auch zukünftig in erster Linie zur eigenen Marktversorgung getätigt; entsprechend den relativ niedrigen derzeitigen Verbrauchsquoten ist mit einem überproportionalen Bedarfszuwachs zu rechnen. Zu größeren Papier- und Pappexporten aus dem RGW-Gebiet wird es vorläufig jedoch kaum kommen. Diese Länder sind schon heute bei einigen Spezialsorten, aber auch bei Massenqualitäten auf Importe aus Japan und Westeuropa angewiesen. Die Lieferländer sind dabei aus politischen, geographischen, aber auch aus kostenmäßigen Gesichtspunkten in erster Linie die nord-europäischen Länder. Hier spielt Finnland eine besondere Rolle. Bedingt durch seine neutrale Position versucht es z.Z., neben der Assoziierung mit der "EWG der neun Staaten" ein ähnliches Arrangement mit dem RGW zu erreichen.⁴⁾

-
- 1) Vgl. VDP-Mitteilungen, 24. Jahrg. 1971, Nr. 5/6, S. 24
 - 2) Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Maschinen und Ausrüstungen für die Neuinvestitionen größtenteils aus Finnland importiert werden; vgl. WfP 1972 Nr. 2, S. 73 und Das Papier 1972, Heft 4, S. 259
 - 3) Vgl. WfP 1972, Nr. 8, S. 283
 - 4) Der finnische Außenminister Sorsa erklärte auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale am 28.6.1972, "sein Land würde neben einem Arrangement mit der EWG auch einen Wirtschaftsvertrag mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe des Ostblocks (COMECON) suchen." Der Tagesspiegel Berlin Nr. 8143 vom 29.6.1972, S. 6

Es muß abgewartet werden, inwieweit die Ostblockländer ihren relativ hohen Selbstversorgungsgrad innerhalb ihrer Gemeinschaft bei den zu erwartenden Bedarfssteigerungen halten können. Darüber hinaus wird zu beobachten sein, inwieweit im Rahmen der sich zur Zeit abzeichnenden politischen Entspannung zwischen Ost und West die EWG-Staaten und hier insbesondere die BRD mit ihren günstigen Entfernungsspannen (zu einigen COMECON-Ländern) neue Märkte in Osteuropa finden. Der Osthandel wird aber von entsprechenden Kompensationslieferungen nach Westeuropa abhängen.¹⁾ Die langfristig angespannte Rohstoffsituation Westeuropas, die großen Holzreserven und der forcierte Ausbau der Halbstoffkapazitäten des Ostblocks können dabei als gute Voraussetzungen hinsichtlich der Realisierung eines ausgeprägten papierwirtschaftlichen Ost-Westhandels angesehen werden.

Letztlich werden diese möglichen Entwicklungen aber von außerökonomischen Bestimmungsgrößen im Rahmen der politischen "Großwetterlandschaft" nachhaltig beeinflusst und entschieden werden.

2. Exkurs: Papierindustrie in der DDR

Die unmittelbaren Kriegsschäden "der Zellstoff- und Papierindustrie waren in Mitteldeutschland nicht von so großem Ausmaß wie in West- und teilweise in Ostdeutschland."²⁾ Die Demontage von 34 Betrieben der Branche mit den modernsten Anlagen brachte nach 1945 erst einmal eine Produktionsminderung bei Papier und Pappe von etwa 50 %, bei Zellstoff von 23 % und bei Holzschliff um 48 % gegenüber der Vorkriegskapazität.³⁾

1) BREMEIER, Eberhard: Westdeutsche Industrieanlagen-Exporte in die Sowjetunion - Entscheidungsrahmen und Entscheidung. Diss., FU Berlin 1971, S. 210 ff.

2) WICK, Hans Helmut, a.a.O., S. 23

3) TESKE, G.: Aufgabe der Zellstoff- und Papierindustrie in der DDR, in: Zellstoff und Papier, Berlin Ost 1957, Heft 4, S. 125 f.

So war die mitteldeutsche Papierindustrie zunächst von einer hohen Anlagenüberalterung gekennzeichnet.¹⁾ Der extensive Holzeinschlag in Ost- und Mitteldeutschland von 1933 bis 1950 brachte für die DDR als früheres Holzrohstoffreservoir Veränderungen mit sich. Es wurden erst seit 1950 wieder systematische Aufforstungsarbeiten unternommen. Die Rohstoffengpässe müssen jetzt ebenfalls durch Importe gelöst werden. Darüber hinaus wurden Versuche mit Torf, Besenginster, Schilf und Kartoffelkraut zur Abwendung des Rohstoffmankos unternommen. Die Zellstoffherstellung konnte zwischen 1950 bis 1970 verdoppelt werden, während die Papiererzeugung in ihrer Steigerungsrate darüber liegt. Innerhalb der Papierindustrie fallen die höchsten Zuwachsraten dem Verpackungssektor zu.

Tabelle 18: Produktionsvergleich DDR - BRD Papierindustrie
in 1000 t²⁾

		DDR		BRD	
		1950	1970	1950	1970
<u>Zellstoff</u>	Prod.	226,1	406,7	498,0	745,0
	Einfuhr	54,8 ³⁾	139,3	239,0	1473,0
<u>Papier u.</u> <u>Pappe</u>	Prod.	491,7	1236,8	1565,0	5517,0
	Einfuhr	41,5 ³⁾	241,4	89,0	2734,7
	Ausfuhr	40,6 ³⁾	63,3	54,0	607,9

Der innerdeutsche Vergleich zeigt, daß die Papierindustrie in den beiden Teilstaaten eine hohe Steigerungsrate hat. Auf dem Sektor Zellstoff hat die DDR einen relativ größeren Zuwachs; absolut gesehen ist die Zellstoffindustrie der DDR aber auch 1970 noch hinter der Ausgangssituation der BRD von 1950 geblieben. Während sich die Zellstoffimporte in der BRD seit 1950 versechsfacht hat, stieg der Zellstoffimport der DDR nur um etwa 150 %.

1) Vgl. WICK, Hans Helmut, a.a.O., S. 20 und 23 f.

2) Vgl. Stat. Jahrbuch DDR 1971, S. 118 u.S. 308 ff.;
VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 7

3) DDR-Zahlen von 1960

Anders verläuft der Industrievergleich auf dem Hauptsektor Papier und Pappe. Während die Papierindustrie der BRD seit 1950 um mehr als 250 % gestiegen ist, liegt die Zuwachsrate der DDR bei 150 %. Im Vergleich der produzierten deutschen Gesamttonnage fallen auf die Papierindustrie im DDR-Gebiet nur etwa 20 % oder ein Fünftel der Papier- und Pappenproduktion. Die DDR versucht, der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Produktion und Verbrauch, die sich in den schnell steigenden Importzahlen (Tab. 18) zeigt, durch gezielte Ausbauintensivierung der Branche entgegenzuwirken.¹⁾

Es wird sich zeigen, inwieweit die mitteldeutsche Papierindustrie im Rahmen der Spezialisierung und Arbeitsteilung innerhalb der RWG-Länder ihre Position behaupten kann. Lag der Selbstversorgungsgrad der DDR 1950 beinahe bei 100 %, so betrug er 1970 etwa 87 %, d.h. ein Siebtel des Papierverbrauchs wurde (bei Berücksichtigung des eigenen Exportes) durch Einfuhren gedeckt.²⁾

Die Situation in der DDR zeigt auf dem Papiersektor - nur in anderen Dimensionen - ähnliche Entwicklungstendenzen wie die westdeutsche Papierindustrie.

D. Papierindustrie im Weltvergleich und ihre Entwicklungstendenzen

Der Abschnitt über die Entwicklungsmöglichkeiten der Papierindustrie einzelner Länder und Wirtschaftsblöcke soll abgeschlossen werden durch eine Betrachtung der Weltentwicklung auf dem Papier- und Pappesektor. So läßt sich am besten Bedeutung und Stellenwert der europäischen und deutschen Papierindustrie aufzeigen.

-
- 1) Vgl. FISCHER, Emil: Die mitteldeutsche Papierindustrie im Lichte der Statistik. In: WfP 1966, Nr. 21, S. 807 f.; FISCHER, Emil: Wirtschaftliche Bedeutung..., a.a.O., S. 27
2) Stat. Jahrbuch der DDR 1971 und eigene Berechnungen

Tabelle 19: Papier- und Pappenproduktion der wichtigsten Industrieländer der Welt 1970¹⁾

Land	Produktion in Mill.t	Land	Produktion in Mill. t
USA	45,186	Frankreich	4,134
Japan	12,973	Italien	3,451
Kanada	11,137	Niederlande	1,559
Sowjetunion	6,704	Norwegen	1,421
BRD	5,505	DDR	1,158
Großbritannien	4,903	Brasilien	1,085
Schweden	4,358	Australien	1,036
Finnland	4,260	Österreich	1,017

Vergleich:

EWG insgesamt	15,421
EFTA insgesamt	17,125
Welt insgesamt	129,687

Tabelle 19 zeigt, daß beinahe die Hälfte der Weltproduktion an Papier und Pappe auf dem nordamerikanischen Subkontinent hergestellt wird. Der zweite große Konzentrationsraum ist Westeuropa mit EWG und EFTA, die knapp 26 % der Weltproduktion auf sich vereinigen; d.h. auf diese beiden Großräume kommen etwa drei Viertel der Weltproduktion. Weitere 8 % entfallen auf Japan, das sich in den letzten Jahren in der absoluten Tonnage an allen westeuropäischen papierproduzierenden Ländern vorbeigeschoben hat und auf Platz zwei hinter den USA und vor Kanada steht. Weitere 9 % der Weltpapierproduktion entfielen (1967) auf die COMECON-Länder. Diese vier Wirtschaftsregionen, die auch weitgehend die Industrieländer der Welt repräsentieren, produzieren 91 % der Gesamtproduktion an Papier und Pappe. Die unterentwickelten Länder verfügen über keine oder nur unzureichende eigene Produktionskapazitäten. So gab es in Afrika 1967 nur in 14 von 40 selbständigen Ländern Papierfabriken. Die afrikanische Gesamtproduktion wiederum wurde jedoch zu zwei Drittel von der Südafrikanischen Union getätigt.²⁾

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1972, a.a.O., S. 64

2) Vgl. FISCHER, Emil: Papierindustrie in Entwicklungsländern, in: Papier Report 1970/71, a.a.O., S. 3

Tabelle 20: Papierproduktion und -verbrauch nach Erdteilen
(1967) in Mill. t¹⁾

<u>Erdteil</u>	<u>Produktion</u> <u>1967</u>	<u>Verbrauch</u> <u>1967</u>
Europa (mit UdSSR)	37,253	36,666
Nordamerika	51,905	49,459
Mittel- u. Südamerika	2,901	4,241
Australien/Ozeanien	1,221	1,495
Afrika	0,729	1,370
<u>Asien</u>	<u>13,786</u>	<u>14,837</u>
Welt	107,795	108,068

Eine Gegenüberstellung der Verbrauchszahlen der einzelnen Länder zeigt, daß die gleichen Wirtschaftsregionen mit ausgeprägt starker Papierproduktion auch gleichzeitig den größten Papierbedarf haben. Auf diese Regionen entfallen etwa 88 % des Konsums, so daß die Überkapazitäten für die restliche Welt relativ gering sind. Da das Eigenaufkommen der Entwicklungsländer an Papier und Pappe, wie gezeigt wurde, fast unbedeutend ist, kommt es bei weltweiter Betrachtung zu einer sehr unterschiedlichen Papierversorgung. Weitere Gründe für die hohen Konsumdifferenzen sind im unterschiedlichen Bruttosozialprodukt, Industrialisierungsgrad, den Kultur- und Bildungsniveauunterschieden, den Landeseigenheiten etc. begründet.²⁾

Anhand einiger charakteristischer Regionen sollen der Verbrauchszuwachs und die hohen (verbleibenden) Differenzen zwischen einzelnen Ländern und Wirtschaftsregionen gezeigt werden.

1) FISCHER, Emil: Weltpapierstatistik, a.a.O., S. 6 ff.

2) Vgl. Kapitel IV A 6

Tabelle 21: Pro-Kopf-Verbrauchsentwicklung Papier und Pappe
1950-1970 (Industrieländer)¹⁾

Land	in kg 1970	in kg 1950	Position 1950
USA	251,6	173,2	1
Schweden	195,8	64,2	5
Kanada	180,5	113,2	2
Finnland	165,5	41,0	11
Schweiz	154,0	47,0	10
Niederlande	138,0	49,1	9
Dänemark	137,0	55,4	7
Großbritannien	129,0	60,7	6
BRD	125,0	32,2	14
Japan	121,6	10,4	21
Norwegen	120,0	50,8	8
Australien	119,1	103,9	4
Neuseeland	114,4	108,8	3
Belgien/Lux.	108,8	40,4	12
Island	97,7	38,2	13
Frankreich	94,3	28,4	16
Österreich	79,7	25,9	18
Irland	78,0	29,0	15
DDR	72,6	28,0	17
Italien	66,1	10,8	20
Puerto Rico	65,3	.2)	-
Israel	58,0	2,4	22
Tschechoslowakei	58,0	23,5	19
Bahamas	51,0	.2)	-
Weltdurchschnitt:	36,2	18,0	
=====			

Diese Länder haben bis 1970 immerhin eine Verbrauchsquote von 50 kg je Einwohner und Jahr erreicht.

Ihnen stehen jedoch insgesamt 4/5 aller Länder der Welt gegenüber, die sich mit einer Quote unter 5 kg begnügen müssen.³⁾

Da sich bei der kontinuierlichen, statistischen Beobachtung dieser Länder Schwierigkeiten ergeben, können nur Vergleichszahlen aus 1967 für die folgende Tabelle 22 herangezogen werden.

- 1) FISCHER, Emil, Weltpapierstatistik, a.a.O., S. 18 ff.;
VDP-Mitteilungen 1/1972 vom 25.2.1972, S. 11 ff.
2) Verbrauch lag 1950 unter 1 kg pro Kopf der Bevölkerung.
3) VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 65

Tabelle 22: Pro-Kopf-Verbrauch Papier und Pappe einiger
Entwicklungsländer 1967¹⁾

Land	kg	Land	kg
<u>Europa</u>		<u>Asien</u>	
Portugal	20,2	Afghanistan	0,1
Rumänien	18,1	Laos	0,4
Türkei	7,2	Indonesien	0,6
Albanien	5,5	Jemen	0,9
<u>Amerika</u>		<u>Afrika</u>	
Guatemala	6,0	Obervolta	0,1
Paraguay	2,9	Mali	0,1
Bolivien	2,1	Tschad	0,2
Haiti	0,6	Mauritanien	0,2

Die Tabellen 21 und 22 zeigen den enormen Unterschied zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Geht man davon aus, daß die sogenannten unterentwickelten Länder kontinuierlich steigende Zuwachsraten haben,²⁾ die Industriestaaten aber bei zwar langsamer werdendem Zuwachs auch noch nicht die Sättigungsgrenze erreicht haben, so wird ersichtlich, welche Anstrengungen gemacht werden müssen, die zukünftige Papierversorgung zu gewährleisten.

Der Außenhandel mit Papier, Pappe und Papierwaren, aber auch mit ganzen Industrieanlagen der Branche - vor allem in die Länder der "Dritten Welt" - wird entsprechend den Wachstums-erwartungen steigen.

Die FAO rechnet für den Zeitraum 1969 bis 1985 mit einem Verbrauchswachstum um 132 % (1969: 123 Mill. t, 1985: 285 Mill. t).³⁾ Die Zukunft der internationalen Papierindustrie wird sich dabei an den Rohstoffquellen orientieren müssen; hier werden die Engpaßprobleme auftreten.⁴⁾ Diese

-
- 1) Vgl. FISCHER, Emil: Welpapierstatistik, a.a.O., S. 18 ff.
 - 2) FAO rechnet mit einem Ansteigen der Verbrauchsquote der Entwicklungsländer bis 1985 um 2 % (auf insgesamt 12 % des Weltverbrauchs); vgl. VDP-Leistungsbericht 1970, a.a.O., S. 64 ff.
 - 3) Ebenda
 - 4) Vgl. FAO Advisory Committee on Pulp and Paper, 13. Sitzungsperiode 15. und 16.5.1972: Die gegenwärtigen und künftigen Aussichten für Papier-Markt-Zellstoff (Deutsche Übersetzung S. 7 und 19 ff.)

Industriegruppe ist - trotz Substitutionskampf mit dem Kunststoff - weltweit als Wachstumsbranche, als zukunfts-
gewisse Industrie, anzusehen.¹⁾

1) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 21 ff.

V. Integrationswirkungen auf die deutsche Papierindustrie

A. Primäre Integrationseinflüsse

Die wirtschaftliche Integration verschiedener Teilmärkte zu einer Gemeinschaft bringt für die agierenden Wettbewerbs- teilnehmer Marktveränderungen mit sich. Diese Veränderungen unterscheiden sich in der Zeitfolge. Es gibt Wirkungen, die unverzüglich vom Akt des Marktzusammenschlusses herrühren. Dabei handelt es sich in erster Linie um Abschwächungen der Handelshemmnisse bzw. -schränken, um zollpolitische Veränderungen. Der Abbau der Zölle verändert das Preisniveau des grenzüberschreitenden Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft unmittelbar und je nach gewählter Prozedur sofort oder in ausgehandelten Stufen. Gleichzeitig werden ohne Einflußnahme der Einzelunternehmen oder Branchen Außenzölle aufgebaut.

Die zweite primäre Integrationswirkung beinhaltet eine Verschiebung der Angebots- und Nachfragerelationen. Diese wird durch die neuen Marktkonstellationen in der Gemeinschaft begründet. Der Wegfall der Zollschränken vergrößert den Nachfragemarkt bei gleichzeitiger Veränderung der Angebotskapazitäten.

Der stufenweise Abbau der Binnenzölle innerhalb der Gemeinschaft hatte zur Folge, daß sich für den deutschen Papierverbraucher die Einkaufspreise der EWG-Partner in Höhe der jeweiligen Zollnivellierung senkten. Hier entstand ein Wettbewerbsvorteil für die EWG-Partner gegenüber den inländischen Produzenten, denn die BRD war zu Beginn der Integrationsphase zusammen mit den Benelux-Ländern ein "Niedrigzolland".

Tabelle 23: Zollausgangsniveau der EWG-Staaten 1958 in %¹⁾

Produkt	Benelux	Frankreich	BRD	Italien
Nahrungsmittel Getränke, Tabak	10	20/25	15	20 (Weizen 30)
Rohstoffe	75 % zollfrei Rest 6	45 % zollfrei Rest 5-7	60 % zollfrei Rest 3-4	alles zoll- frei bis auf wenige Waren
Halbfabrikate	5-7	15	8-10	15
Fertigprodukte	10-15	20	15	20-25 ²⁾

Die in der Tab. 23 angegebenen Daten sind lediglich das arithmetische Mittel der Waren ohne wert- und mengenmäßige Berücksichtigung der einzelnen Warengruppen. Die Tabelle ist jedoch als Hilfsmittel bei der Würdigung der Aufnahme-situation dienlich. Bei den Rohstoffen hatte Frankreich den kleinsten Anteil an zollfreien Gütern und belegte den Rest mit relativ hohen Zollsätzen. Es hatte gewisse Präferenzen für Güter aus eigenen überseeischen Gebieten.

Auch die Halbfabrikate waren in Frankreich (und Italien) mit einem erheblich höheren Zollsatz belegt.

Berücksichtigt man den generellen Trend der einzelnen Län-der, die heimische Industrie zu schützen und die eigenen Halb- und Fertigprodukte durch höhere Zölle abzusichern, so lag die BRD an letzter Stelle der EWG-Länder.

Dieser hohe Liberalisierungsgrad der westdeutschen Wirt-schaftspolitik spiegelt sich auch in der Ausgangssituation der Papierindustrie vor der Integration 1958 wider. Da die Zolltarife für die einzelnen Waren und Warengruppen unter-schiedlich waren, soll die Wettbewerbsposition der deutschen

1) Vgl. EWG-Kommission: Bericht über die wirtschaftliche Lage in den Ländern der Gemeinschaft, Brüssel 1958, S. 108

2) Zollfrei sind nur die Ausrüstungsgüter für Süditalien.

Papierindustrie nur an einem Beispiel demonstriert werden. Der Zolltarif für Druck- und Schreibpapier (aus Tarifnummer 4801) betrug am 1.1.1957 in Frankreich 25 %, in Italien 18 %, in den Benelux-Staaten 15 % und in der BRD 14 %. Der binnenwirtschaftliche Zollabbau für diese Warengruppe entwickelte sich wie folgt:

Tabelle 24: Beispiel für Binnenzollabbau EWG-Papierwirtschaft¹⁾

Land	1.1.1957	1.7.1960	1.7.1964	1.7.1968
Frankreich	25,0	20,0	10,0	0
Italien	18,0	14,2	7,2	0
Benelux	15,0	12,0	6,0	0
BRD	14,0	10,0	2,8	0

Wie Tabelle 24 zeigt, lag Frankreich für diese Tarifposition anfangs etwa 80 % über dem Zoll der BRD. Im Rahmen des stufenweisen Abbaus lagen 1964 in Frankreich noch 10 % gegenüber 2,8 % Zoll in der BRD auf diesen Produkten. Während somit EWG-Konkurrenten der westdeutschen Papierindustrie beim Verkauf auf dem deutschen Markt nur noch etwa 3 % Zoll überwinden mußten, bezahlten die westdeutschen Hersteller beim Verkauf auf dem französischen Markt beispielsweise noch dreimal so hohe - nämlich 10 %-Zölle. Diese Situation, die größtenteils durch die hohen Ausgangszölle Frankreichs bedingt waren, brachten der französischen Papierindustrie die Möglichkeit, sich langfristig auf die integrationsbedingten, neuen Wettbewerbsverhältnisse einzustellen. Wenn man davon ausgeht, daß Zollabbau die Einstandspreise für ausländische Waren günstig beeinflußt, so mußten zumindest für die Übergangszeit auf dem westdeutschen Papiermarkt durch die Niedrigzollausgangslage und den schnellen konsequenten Zollabbau der BRD Vorteile für die EWG-Partner entstehen. Diese Zollabbaufolge mußte sich für die westdeutsche Papierindustrie vorübergehend verkaufshemmend auswirken. Die Märkte der EWG-Partner waren noch relativ lange durch hohe Zölle

1) Auskunft beim VDP, Bonn; vgl. RAMSER, Hans, a.a.O., S. 99

geschützt. Erst nach Beendigung der Übergangsphase waren hier etwa gleiche Wettbewerbsbedingungen vorhanden.

Bei der Schaffung des gemeinsamen Außenzollsatzes wurde ebenfalls stufenweise vorgegangen. Hier verliefen Ausgang und Ablauf wie folgt:

Tabelle 25: Beispiel für Aufbau des Gemeinsamen Zolltarifs
(Papierwirtschaft)¹⁾

Land	1.1.1957	1.7.1960	1.7.1964	1.7.1968
Frankreich	25,0	25,0	18,6	14,4
Benelux	15,0	15,0	15,0	14,4
Italien	18,0	18,0	18,0	14,4
BRD	14,0	10,0	14,4	14,4

Tab. 25 zeigt auch hier wieder, daß Frankreich und abgeschwächt Italien während der Übergangszeit noch lange Hochzollländer blieben. Sie konnten somit ihre Papierindustrie auch vom Preisdruck außerhalb der EWG abschirmen. Nach Inkrafttreten des Gemeinsamen Zolltarifs (1.7.1968) für alle EWG-Staaten wurde eine relativ gleiche Ausgangssituation für alle Partnerländer geschaffen. Die Papierindustrie der BRD hatte bei der Durchführung des Gemeinsamen Außenzolls insoweit einen Vorteil, als sich der Außentarif während der Zeit kaum änderte.

Während in der BRD der Außenzoll auf dem Weg zum Gemeinsamen Zolltarif weitgehend gleich blieb, zwischen 1958 und 1962 sogar erhöht werden konnte,²⁾ mußten die anderen Partnerstaaten ihre Hochzollpolitik aufgeben und gerieten damit zunehmend unter den Preisdruck der Konkurrenzländer der EFTA. Durch Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle und Handelshemmnisse kam es zu einer Marktausweitung bei exportorientierten Branchen und Unternehmen, da die Preise in Höhe der Zollsenkung fielen. Die Angebots/Nachfragerelation veränderte sich in Richtung auf den nun eventuell günstiger anbietenden

1) Zolltarif für Druck- und Schreibpapiere aus 4801; Auskunft VDP, Bonn

2) Die Anhebung war als Folge der 4. konjunkturpolitischen Zollsenkung aus 1957 notwendig geworden.

den Marktteilnehmer. Für den Unternehmer im früheren Hochzolland wirkte sich der Zollabbau langfristig absatzhemmend aus. Diese Entwicklung wurde nur durch entsprechende Preisermäßigung und/oder Qualitätswettbewerb aufgehalten, wenn der gleiche Marktanteil behauptet werden sollte. Anderenfalls mußte es zwangsläufig zu einer Nichtauslastung der bestehenden Anlagekapazitäten kommen.

Da die deutsche Papierindustrie als Niedrigzolland auf dem eigenen Markt durch den schnellen Zollabbau zusätzliche EWG-Konkurrenz bekam, selbst aber durch den langsamen Abbau der Partnerländer nur schleppend auf deren Märkte ausweichen konnte, mußten schon während der Übergangsphase zum Gemeinsamen Markt Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen getroffen werden, die die Wettbewerbsposition langfristig absicherten. Diese notwendigen Anpassungen, oft als sekundäre Integrationseinflüsse bezeichnet, werden im folgenden Abschnitt untersucht.

B. Sekundäre Integrationseinflüsse

1. Standortverschiebungen

Mit BEHRENS soll als Standort für eine Unternehmung der Ort verstanden werden, an dem "die größte Spanne zwischen Ertrag und Aufwand bezogen auf das eingesetzte Kapital"¹⁾ vorhanden ist. Ein Standort ist somit um so günstiger, je besser (optimal) Gütereinsatz und -absatz gewährleistet wird. Die sich ständig verändernden Marktverhältnisse in einer dynamischen Volkswirtschaft lassen keine Festschreibung einmal erkannter Standortvorteile zu. Das gilt besonders bei Marktausweitungen infolge Wirtschaftsintegration.

Die Beziehungen der einzelnen Unternehmungen zu ihren Ein-

1) BEHRENS, Karl Christian: Allgemeine Standortbestimmungslehre. Opladen, 2. Aufl. 1971, S. 44

und Verkaufsmärkten, zu ihren Arbeits- und Kapitalpotentialen unterliegen einem Wandel. Dabei können Unternehmen durch die Integration und die damit verbundenen Abbauprozesse von Handelshemmnissen große Standortvorteile erhalten oder als Folge der verschlechterten Standortposition in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen.

Erste Standortverschiebungen und -neuorientierungen seit der Begründung der EWG sind auch in der westdeutschen Papierindustrie zu erkennen. Es ist hierbei z.Z. noch schwierig, die auslösenden Faktoren klar zu definieren. Eine Erklärung wird erschwert durch Firmenkäufe und -verkäufe und die Schwerpunktverlagerung innerhalb der Betriebseinheiten in den Großunternehmen. Die großen Papierbetriebe der BRD mit ihren verstreuten Zweigwerken haben diesen veränderten Marktverhältnissen durch gezielte Investitionen Rechnung getragen und u.U. Zweigwerke mit peripherer Standortlage stillgelegt.¹⁾ Ferner werden bei Neugründungen, die allerdings sehr selten sind, Werke gebaut, die schon die neuen Marktverhältnisse einer vergrößerten Wirtschaftsunion standortmäßig berücksichtigen.²⁾

Es muß jedoch eingeräumt werden, daß infolge der starken Immobilität der Branche größere Standortverschiebungen noch nicht ersichtlich sind; d.h. aber auch, daß heute nicht immer dort produziert wird, wo die niedrigsten Selbstkosten anfallen. Dieses Auseinanderfallen von theoretisch-optimaler und praktisch-verwirklichter Standortwahl ist in der historischen Entwicklung der Branche begründet.³⁾

Eine Standortuntersuchung von THOSS⁴⁾ für die Papierindustrie der BRD hatte ergeben, daß eine stete Verlagerung der Produktionsstätten nach Norddeutschland folgen sollte. Die west-

1) Der Unilever-Konzern legte z.B. innerhalb seiner 4-P-Gruppe Werk Seltmanns/Allgäu still. Vgl. Handelsblatt 21.3.72, S. 9; Haindl Papier GmbH legte Werk Hegge/Allgäu still; vgl. Handelsblatt v. 12.2.72 und Europa Carton AG stellte die Papierproduktion im Werk Alling ein. Vgl. APR 1972, Nr. 23, S. 868

2) 1964 wurde in Dörpen/Emsland die Nordland Papier GmbH & Co. KG gegründet.

3) Vgl. BIRKHAHN, Bruno, a.a.O., S. 35 ff.

4) Vgl. THOSS, Rainer: Die Standorte der Westdeutschen Papier-

deutsche Papierindustrie steht dieser Analyse nach wie vor kritisch gegenüber, zumal die Marktverhältnisse der Wirtschaftsunion und deren weitere Vergrößerung nicht berücksichtigt wurden.¹⁾

Die Industriezweige einer Volkswirtschaft unterliegen ständig passiven Standortveränderungen; das gilt insbesondere bei wirtschaftlichen Integrationsbewegungen mit Marktgrößenverschiebungen. Die Papierindustrie wirkt dieser Entwicklung aktiv entgegen durch die verschiedensten betriebswirtschaftlichen Maßnahmen (Rationalisierung, Spezialisierung, Fusionierung etc.), ohne jedoch bisher verstärkt zur Standortverlagerung als letzte Konsequenz zu greifen.

Als Grund hierfür wird u.a. die derzeit geringe Transparenz des Marktes genannt, die nicht zuletzt ihren Ursprung in den sich seit 1958 ständig verändernden Marktverhältnissen hat. Nach der Errichtung der 9-Staaten-Gemeinschaft und der vollen Assoziierung der Rest-EFTA werden hier entsprechende Marktuntersuchungen notwendig sein, damit den langfristig wahrscheinlichen Standortverlagerungen Rechnung getragen werden kann.

2. Qualitätsveränderungen und Spezialisierung

Geht man davon aus, daß eine wirtschaftliche Integration auf die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen soll, so ist die Intensivierung der Arbeitsteilung die Grundlage dafür. Im Rahmen dieser quantitativen und qualitativen Umverteilung der internationalen Arbeitskapazitäten werden die einzelnen Betriebe und Industriezweige kostenungsünstige Produkte vernachlässigen und kostengünstige Produktionszweige ausbauen und nachhaltig fördern. Einer

Forts. d.Fußn. 4) v.S. 109: industrie, Köln und Opladen 1964
1) THOSS verwendet für seine Analyse Material bis 1955.

solchen Beschränkung auf die günstigen Erzeugnisse innerhalb einer Unternehmung sind aber oft - selbst bei eventuell vorhandener fertigungstechnischer Elastizität - aus absatzpolitischen Gesichtspunkten enge Grenzen gesetzt. Entsprechend der verbreiteten Kundenmentalität, ein vollständiges Sortiment zu verlangen, vermindert die Sortiments-einschränkung die akquisitorische Potenz¹⁾ eines Unternehmens.

Außerdem werden die Anlagen dann nicht genügend ausgenutzt. Dieses Argument wiegt um so schwerer, als bei einer Beschränkung auf bestimmte Produkte der optimale Produktionsfaktoreinsatz in der Regel auch große Ausstoßmengen beinhaltet. Für diese ist aber zumindest heute und in den meisten Fällen kein Markt da.

Auch für die Papierindustrie kam es zu einer Sortimentsverschiebung, deren Einflußgrößen jedoch nicht nur in der Integrationsauswirkung begründet sind. Der ausländische Konkurrenzdruck (EFTA, USA und Kanada) und ein gewisser Verbraucherwandel verstärkten den Spezialisierungstrend und schwächten ihn gleichzeitig teilweise ab. Es kam zu einer gegenläufigen Bedarfsentwicklung innerhalb der verschiedenen Papierqualitäten.²⁾ Die Hauptsortengruppen³⁾ veränderten sich in ihrer absoluten und anteilmäßigen Zusammensetzung in den letzten 10 Jahren wie folgt:

1) Vgl. HILL, Wilhelm: Betriebswirtschaftliche Maßnahmen des Klein- und Mittelbetriebes gegenüber den Auswirkungen der Integration. Zürich 1961, S. 16

2) Aussage des VDP, Bonn

3) Da es in der Branche etwa 700 verschiedene Sorten gibt, werden aus Praktikabilitätsgründen nur die sechs Hauptsortengruppen der Untersuchung unterzogen.

Tabelle 26: Sortimentsverteilung (Produktion) in der westdeutschen Papierindustrie¹⁾

Hauptsortengruppe	1962		1966		1971	
	Mill.t	v.H.	Mill.t	v.H.	Mill.t	v.H.
Graphische Papiere	1,42	39,4	1,81	41,5	2,41	43,8
Verpackungspapiere	1,04	29,0	1,16	26,8	1,48	26,9
Verpackungspappen	0,74	20,5	0,87	20,0	1,01	18,4
Hygiene-Papiere	0,14	3,9	0,22	5,1	0,27	4,9
Techn. u. Spezialpapiere u.-pappen	0,26	7,2	0,28	6,6	0,33	6,0
Insgesamt	3,60	100	4,34	100	5,50	100

Der anteilige Zuwachs der Produktion von graphischen Papieren in den letzten 10 Jahren kann als Symptom für eine Intensivierung der Produktion hochwertiger Erzeugnisse bezeichnet werden. Allerdings kommt es innerhalb der einzelnen Hauptsortengruppen ebenfalls zu Substitutionsprozessen, die meist auch mit einer Qualitätsverbesserung verbunden sind. Der anteilige Rückgang der Verpackungsmaterialien an der Gesamtproduktion kann auch als Indiz für einen Trend zum hochwertigen Produkt angesehen werden. Diese Gruppe erlebt zur Zeit ebenfalls eine Umstrukturierung. Da hier jedoch besonders konjunkturempfindliche Reaktionen beobachtet werden, ist noch keine grundsätzliche Entwicklungsrichtung zu erkennen. Obwohl die Produktionstonnage noch absolut steigt, ist es in den letzten drei Jahren zu einer Verbrauchsstagnation in der BRD gekommen.²⁾

Auch die Hauptsortengruppe Technische und Spezialpapiere und -pappen zeigt kleinere Zuwachsraten. Hier stehen dem proportionalen bis überproportionalen Zuwachs auf dem Teilsektor Papier Einbußen bei Pappen gegenüber. Die Gruppe Technische und Spezialpappen unterliegt zur Zeit einem starken Substitutionsprozeß mit dem Kunststoff.³⁾

1) Vgl. VDP-Leistungsberichte 1964, 1966 und 1971, a.a.O., S. 38, 39 bzw. 46

2) Seit 1969 stagniert der Verbrauch an Verpackungsmaterialien und liegt bei ca. 3,7 Mill. jato.

3) Vgl. Abschnitt IV A 7

Innerhalb der Papierindustrie der BRD gibt es derzeit Spezialisierungs- und Sortimentsverschiebungen zu besseren Qualitäten. Diese Verbesserungen haben u.a. ihren Ursprung in der Integrationsbewegung und Marktvergrößerung. Verbraucherverhalten und Einkommensverbesserungen als Integrationsfolge, aber auch andere Aspekte wirken bei diesem Trend zumindest kumulativ.

3. Konzentrationsbestrebungen

a) National

"Die wirtschaftliche Konzentration ist eine notwendige Begleiterscheinung des Wohlstandes. Ihr ist der hohe Lebensstandard der Bevölkerung in modernen Industriestaaten zu verdanken",¹⁾ dabei soll unter Konzentration die Zunahme der Verfügungsmacht über Produktionsmittel durch einzelne Personen und Gruppen verstanden werden.²⁾ Konzentration ist technisch-, risiko-, markt- oder machtbefordert.³⁾ Sie tritt in verschiedenen Formen zwischen Kooperation und Fusion auf. ARNDT sieht drei Richtungen der Konzentration: horizontal, vertikal und diagonal.⁴⁾ Alle drei Arten sind in der westdeutschen Papierindustrie zu erkennen. Die wirtschaftliche Konzentration ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Vorteile überwiegen, d.h. letztlich, wenn sich dadurch Möglichkeiten der Rationalisierung und Intensivierung der Forschung, der Produktion und/oder des Absatzapparates eröffnen und so zu Produktverbesserungen und Preissenkungen führen.

1) ARNDT, Helmut: Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft, Pfullingen 1966, S. 7

2) LENEL, Hans Otto: Ursachen der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse. Tübingen 1962, S. 2

3) ARNDT, Helmut, a.a.O., S. 13 ff.

4) Bei horizontaler Konzentration werden Betriebe der gleichen Produktionsstufe vereint. Bei vertikaler Konzentration werden die vor- und nachgelagerten Stufen und bei diagonalen Konzentration unabhängig von der Produktion Betriebe aufgekauft und vereinigt. Bei der vertikalen Konzentration wird auch von Betriebsintegration gesprochen. Vgl. ARNDT, Helmut, a.a.O., S. 11 ff.

Zwischen der Größe eines nationalen Marktes und der Größe der in ihm agierenden Unternehmen bestehen Abhängigkeiten, da Handelshemmnisse bei internationaler Marktbegehung die Absatzmöglichkeiten einschränken.¹⁾ Große Märkte lassen erfahrungsgemäß große Betriebsdimensionen zu. Bei einer Markterweiterung durch die Herabsetzung und/oder langfristige Abschaffung der Handelshemmnisse und Zölle, bei zunehmender wirtschaftspolitischer Harmonisierung, werden die Unternehmen versuchen, entsprechend den neuen Absatzräumen größere Marktanteile durch Kapazitätsausweitung zu bekommen. Größere Produktionsmengen lassen unter Umständen kostengünstigere Produktionsverfahren und Absatzmethoden zu.²⁾

"Der Einsatz von Produktionstechniken und Absatzmengen, die erst mit größerer Produktion wirtschaftlich sind, führen zu Kostenvorteilen: Leistungsstarke Unternehmen, die in der Lage sind, integrationsbedingte Marktausweitungen unter Einsatz entsprechender Mittel auszunutzen, werden ihren Anteil am Absatzpotential zu Lasten der Leistungsschwächeren ausweiten."³⁾

Für andere Unternehmen ergibt sich aus eventuell ungünstigen Integrationsauswirkungen der Zwang zur Kooperation, um durch einen betrieblichen Zusammenschluß eine höhere Leistungseffizienz zu erzielen. Somit ist eine Konsequenz der Wirtschaftsintegration ganzer Volkswirtschaften die Unternehmensintegration, die Tendenz zur Konzentration, zum Großbetrieb.⁴⁾

Die steigende Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse in der BRD generell, aber auch in der Papierindustrie, seit 1958 bestätigen diesen Trend. Diese Branche ist gekennzeichnet durch einen anhaltenden Trend zur Konzentration und zum größ-

1) Vgl. HENZLER, Reinhold: Die Marktunion. Eine betriebswirtschaftliche Wende. Köln und Opladen 1958, S. 32 f.

2) Eine Kapazitätsvergrößerung ohne Verbesserung der Produktionsverfahren bringt noch nicht zwingend Stückkostenminderung. Vgl. VINER, Jacob: The Customs Union Issue. London 1950, S. 41

3) SCHWARZ, Bernhard, a.a.O., S. 75

4) Vgl. HENZLER, Reinhold: Die Marktunion, a.a.O., S. 32 f.

ßeren Betrieb.¹⁾ So haben sich die Produktionsanteile der großen Betriebe zwischen 1960 und 1971 um über 60 % erhöht.

Tabelle 27: Produktionskonzentration nach Betriebsgröße²⁾

Produktionsklassen in Jahrestonnage	Zahl der Betriebe		Anteil an der Erzeugung in %	
	1960	1971	1961	1971
0 - 5 000	163	96	8,0	3,2
5 000 - 10 000	40	32	8,3	4,2
10 000 - 20 000	50	35	20,4	9,0
20 000 - 50 000	21	29	20,0	16,8
50 000 - 100 000	6	13	12,4	16,2
über 100 000	5	11	30,9	50,5
Gesamtzahl	285	216	100	100

Eine genauere Untersuchung der Betriebsgrößenentwicklung zeigt, daß sich die Anzahl der Produktionsstätten bis 20.000 jato um 90 Einheiten verringert hat, während sich die Betriebsanzahl mit über 50.000 jato von 11 auf 24 mehr als verdoppelt hat, d.h. 1971 haben 11 von 216 Betrieben bereits 50,6 % der Gesamtproduktion gebracht.

Der absolute Rückgang um 69 Betriebe in 12 Jahren vollzog sich fast ausschließlich in den unteren Betriebsgrößengruppen. Es waren davon vorwiegend Handpappenhersteller betroffen.³⁾ Die Existenz der kleineren Betriebe wird somit durch die Gesetze des vergrößerten Marktes immer mehr bedroht; es sei denn, es werden Marktnischen für besondere Spezialpapiere und -pappen entdeckt und konsequent ausgenutzt.⁴⁾

Daneben wurden unwirtschaftliche Betriebsstätten stillgelegt,⁵⁾ um mit größeren Betriebseinheiten bessere Stückkostenverläufe erwirtschaften zu können. Diese Konzentrationsbewegung innerhalb der westdeutschen Papierindustrie wird durch die derzeitige Konjunktur- und Wettbewerbssitua-

1) Die Frage der optimalen Betriebsgröße ist dabei noch nicht beantwortet.

2) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1960 und 1971, a.a.O., S. 10 bzw. 15

3) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 43

4) Vgl. KRUK, Max: Massenpapiere unter Druck, in: FAZ v. 23.8.1972, S. 17

5) Von Januar 1971 bis Mai 1972 wurden in der BRD 23 Betriebe

tion noch verstärkt. Die Opfer dieser außergewöhnlichen Entwicklung sind neben den schon genannten Handpappenherstellern in erster Linie kleine und mittlere Produktionseinheiten aus den Sektoren Verpackung und graphische Papiere.¹⁾

Die horizontale Konzentration in der Branche geht dabei so vor sich, daß die großen Unternehmen kleine Betriebe aufkaufen und in ihre Produktionsprogramme eingliedern oder unrentable Kapazitäten ganz abbauen.

Ein Zusammenschluß besonderer Art kam 1970 zustande, als die beiden Publikums-gesellschaften Aschaffenburg Zellstoffwerke AG und die Zellstofffabrik Waldhof AG fusionierten. Das Fusionsergebnis waren die Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, die jetzt nur knapp nach der Feldmühle AG, die zweite Position auf dem westdeutschen Markt innehaben. 1970 waren in diesem Unternehmen 67 % der Papierzellstoffproduktion, 60 % der Chemiezellstoffproduktion und etwa 12 % der Papiererzeugung der BRD konzentriert.²⁾ Diese Fusion - mindestens seit 1964 geplant - war notwendig, "da nur durch die Verschmelzung eine Unternehmensgröße erreicht werden konnte, die es ermöglichte, die Großinvestitionen zu finanzieren und deren Risiko zu tragen."³⁾

1972 gehen wieder Fusionsgerüchte in der Branche um.⁴⁾ "Unter dem Eindruck des harten Jahres sind drei große süddeutsche Papier-Unternehmen offenbar jetzt bereit, sich zunächst zu einer engeren Kooperation zusammenzufinden, der später möglicherweise eine Fusion folgen könnte."⁵⁾ Die drei Firmen⁶⁾ würden einen jährlichen Umsatz von knapp einer Milliarde DM zusammenbringen.

Forts. d.Fußn. 5) v.S. 115: mit insgesamt 49 Papiermaschinen stillgelegt. Vgl. PASSAUER, Gerd, Lagebericht Jahreshauptversammlung, a.a.O.,

1) Vgl. WfP 11/12 (1972), S. 477

2) Vgl. Das Papier 1971, Nr. 9, S. 55o f.

3) Hoffnungen auf "Aschwald", in: Der Volkswirt Nr. 29, 1969, S. 53

4) Vgl. APR-Extrablatt (1972), Nr. 14

5) BOSSENECKER, Herrmann: Ein Papier-Riese wird geklebt, in: Die Zeit (1972), Nr. 20, S. 38

6) Haendl Papier GmbH., Augsburg; MD Papierfabriken Heinrich

Die Ankäufe von Klein- und Mittelunternehmen durch Großunternehmen, das Fusionieren mittelgroßer und großer Betriebe und das Stillegen ganzer Werke und Betriebseinheiten kennzeichnet die horizontale Konzentrationsbewegung der gesamten Branche in der BRD. Dabei wird das Ziel verfolgt, in der westdeutschen Papierindustrie durch die Schaffung von zukunftsweisenden Größenordnungen eine langfristige Marktposition zu sichern. Diese Bewegung zu großen und verbesserten Produktionseinheiten wurde durch die westeuropäische Wirtschaftsintegration und Marktvergrößerung forciert.¹⁾

Neben dieser horizontalen Konzentration kommt es aber auch zunehmend zu einer Integration der vor- und nachgelagerten Stufen, der Holzschliff- und Zellstoffherstellung mit der Papiererzeugung bzw. der Papierherstellung mit der Papierverarbeitung; dabei führt die derzeitige Entwicklung verstärkt in die Veredlung und Verarbeitung.²⁾ So hatten die Zellstofffabrik Waldhof AG und die Aschaffenburg Zellaufbereitung AG, die heute fusioniert Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG firmieren,³⁾ ursprünglich Marktzellstoff für externe Papierfabriken produziert. Hier lag ihr traditionelles Betätigungsfeld. Insbesondere die Kriegseinflüsse (1939-1945) und die Nachkriegssituation (Rohstoffversorgung weitgehend aus dem Ausland) machten es für beide Unternehmen erforderlich, selbst eine mehrstufige Produktion aufzunehmen. "Zellwald legte dabei das Schwergewicht auf die dritte Stufe, die Papierverarbeitung, die heute bereits mehr als die Hälfte des Umsatzes bestreitet. Aschzell baute zunächst die zweite Produktionsstufe, die Papiererzeugung, aus."⁴⁾ Diese ver-

Forts. d.Fußn. 6) v. S. 116: Nicolaus GmbH Dachau bei München; E. Holzmann & Cie AG, Weißenbachfabrik/Murgtal

1) Vgl. STEINER, Julia, in: APR-Gespräch mit Dr. Hans Gorsler, APR 1972 Nr. 15 und 21, S. 567 f. und 793 ff.

2) Vgl. Das Papier, 1971, Nr. 9, S. 549

3) Der Wandel in der Papierindustrie wird auch bei dieser Fusion symbolisch deutlich in der Firmenumbenennung durch den Austausch der Begriffe Zellstoff und Papier.

4) Hoffnung auf "Aschwald", in: Der Volkswirt, a.a.O., S. 53, 1969

tikale Ausdehnung des Produktionsprogramms in erster Linie in Richtung auf die Papierverarbeitenden Industriezweige wird auch deutlich bei der Analyse der Produktionsprogramme großer Unternehmen.¹⁾

Auf die ganze Branche bezogen ist die Integration der dritten Stufe in die eigentlichen papiererzeugenden Unternehmen je nach Hauptsortengruppen jedoch unterschiedlich weit fortgeschritten.

Tabelle 28: Produktionsintegration in der westdeutschen
Papierindustrie²⁾

Hauptsortengruppen:	1968 ³⁾	1969	1970	1971
Graphische Papiere	0,8	0,8	0,9	1,1
Papier für Verpackung	25,8	28,8	31,2	30,2
Pappe für Verpackung	16,7	17,3	17,7	18,0
Hygienische Papiere	77,1	85,2	89,5	89,4
Technische und Spezialpapiere und -pappen	3,1	4,1	3,0	1,2
Papier und Pappe insg.	14,8	16,6	17,0	17,1
=====				

Der geringe Integrationsgrad zur dritten Stufe bei den graphischen Papieren liegt in der Eigenheit des nachfolgenden Marktes (Zeitungen, Zeitschriften, Druckereien etc.) begründet, denn "der hohe Anteil der Direktabnehmer dieser Papiere beruht vor allem auf dem für Pressepapiere typischen, unmittelbaren Verlagsgeschäft."⁴⁾ Anders sieht es auf dem Verpackungssektor aus, wo die Integration mit der Verarbeitung eine wachsende Rolle spielt. Die hygienischen Papiere werden zunehmend unmittelbar in den Betrieben verarbeitet. Nur ein

- 1) So betrug der Integrationsgrad der PWA beispielsweise bei
 Papierzellstoff mehr als 71 %
 Hygienische Papiere etwa 64 %
 Papiere für Wellpappen-
 erzeugung etwa 54 %.

Hier ist somit der Integrationsprozeß durch alle drei Produktionsstufen besonders weit fortgeschritten. Vgl. PWA-Jahresbericht, in: Das Papier, 1971, Nr. 9, S. 551 f.

- 2) Vgl. VDP-Leistungsberichte 1968-1971, a.a.O.
 3) Eine weitere Rückverfolgung der Entwicklung erscheint wegen div. Umstellungen der Basis-Statistiken wenig sinnvoll.
 4) VDP-Leistungsbericht 1970, S. 49

relativ geringer Anteil wird noch als Rohpapier auf den Markt gebracht. Auf diesem Sektor ist die Weiterverarbeitung mit 9/10 der Gesamtproduktion am weitesten fortgeschritten.

Der geringe Anteil der Verarbeitung in der Gruppe Technische und Spezialpapiere und -pappen liegt in der Natur der Produkte begründet. Die große Streuung der Anwendungsgebiete läßt hier eine weitergreifende Integration zur Zeit noch nicht zu.

Die Expansion der Branche in Richtung auf die Verarbeitung geht aber nicht nur durch echte Integration, d.h. direkte Ausweitung der Produktionsphase, vor sich. "Die Angliederung der 3. Stufe scheint sich in der Bundesrepublik vielmehr in Form von Beteiligungen an papierverarbeitenden Unternehmen zu vollziehen."¹⁾ Die Geschäftsberichte der großen Unternehmen zeigen diesen Trend. So weist z.B. PWA Beteiligungen an verschiedenen papier- und pappeverarbeitenden Betrieben auf.²⁾ Hannover Papier hat zwei Tochterfirmen³⁾ in der Verarbeitung und auch das größte Unternehmen, die Feldmühle AG, weist neben Aufkäufen zur horizontalen Konzentration⁴⁾ verstärkt Interesse in der Papier- und Pappweiterverarbeitung auf.⁵⁾ Die Feldmühle AG sieht gerade in der Veredlungspro-

1) GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 44 f.

2) Nonn Papierverarbeitung GmbH vorm. Wilhelm Nonn Nachf. GmbH, Hoven; Aupura GmbH, Mannheim; AZ-Kunststoff-GmbH, Reddenfelden; Feinwellpappen- und Kartonagenfabrik Mattnee, Koch & Co. GmbH, Berlin-Spandau; Gerhard Kaiser Buchdruckerei und Verlag GmbH, Essen; Glock-Papier GmbH, Mannheim; Norpa, Norddeutsche Papierverarbeitung GmbH, Hamburg; Vereinigte Papierwarenfabrik GmbH, München. Vgl. BIRKNER-Europa 1972 Handbuch der Hersteller und Verarbeiter von Zellstoff, Papier und Pappe, Hamburg 1972, S. 163

3) LANDRE GmbH, Gronau (Papierverarbeitung); Papierverarbeitung Sachsa GmbH, Wieda/Harz

4) So kamen in den letzten Jahren die Papierfabrik Baienfurt GmbH, Baienfurt, und die Papierfabrik Wildbad GmbH, Wildbad, als Produktionsstätten für Papier zur Feldmühle AG

5) Die Großdruckerei Woeller KG, Kriftel/Taunus und Opacher GmbH, München werden als 100 %ige Beteiligungen auf diesem Sektor im Bericht der Feldmühle AG für das Geschäftsjahr 1970 ausgewiesen.

duktion der westdeutschen Papierindustrie eine durchaus lohnende Beschäftigung, die ihre Stellung als Wachstumsindustrie untermauert.¹⁾

Aber auch die papierverarbeitende Industrie selbst dringt im Rahmen vertikaler Integration in die Papiererzeugung vor. Die Melitta-Gruppe in Minden, der Schmalenbach-Lubeca-Konzern, Braunschweig, die 4-P-Gruppe (Unilever, Kempten), die Hakle-Gruppe, Mainz und die Henkelgruppe in Monheim als traditionelle Papier- und Pappenverarbeiter, können als Beispiele genannt werden, die heute einen großen Teil ihrer Rohpapiere und -pappen selbst herstellen.

b) International

Die Marktvergrößerung durch die EWG-Gemeinschaft hat wettbewerbs- und fertigungstechnisch bedingt zu einer Konzentration geführt. Diese Entwicklung hat entsprechend der neuen Aktionsdimensionen nicht mehr an nationalen Grenzen halt gemacht; es ist vielmehr verstärkt eine betriebliche Wirtschaftskommunikation auf internationaler Ebene zu beobachten. Die großen richtungsweisenden Unternehmen haben mehr oder weniger intensiv eine Marktausweitung im EWG-Raum, aber auch darüber hinaus in der EFTA und in Amerika betrieben und Beteiligungen an ausländischen Unternehmen gekauft.²⁾

Auf der anderen Seite haben ausländische Papier- und/oder Zellstoffhersteller Beteiligungen an deutschen Unternehmen der Branche erworben³⁾ oder sind mit eigenen Betrieben (gekauft oder neu gegründet) auf den deutschen Markt gekommen.⁴⁾

-
- 1) Vgl. "Tiefer Ertragseinbruch bei Flicktöchtern", in: Die Welt v. 29.7.1971
 - 2) Feldmühle AG in Schweden, Kanada, Belgien, Frankreich und Niederlande; PWA in Belgien; Haindl GmbH in Schweden und Kanada
 - 3) Svenska Cellulosa AB (SCA) Sundsvall/Schweden ist an PWA maßgeblich beteiligt (über 25 %) (1966); Norrlands Skogsälgare Cellulosa AB/Schweden ist an Hannover Papier mit 53 % beteiligt (1971); Fiskeby AB, Norrköpping/Schweden hat Herkules GmbH, Beckum übernommen (1972)
 - 4) Europa Carton AG (USA); Zellwatte GmbH (USA); Nordland GmbH & Co KG, Dörpen (Finnland)

Als Beispiel für eine multinationale Unternehmenskonzeption sei hier die 4-P-Gruppe (Unilever) genannt. Diese Gruppe mit ihrem derzeitigen Sitz in Kempten/Allgäu hat inzwischen mit acht Firmen in der BRD, Frankreich, Italien und den Niederlanden der vergrößerten EWG-Konzeption Rechnung getragen.¹⁾ Ähnliche Wege geht die Feldmühle AG mit ihren diversen Auslandstöchtern, deren Kapazitäten mit 754 000 t 1971 die inländische Produktion (700 000 t) erstmals übertroffen hatten.²⁾

Der wachsende europäische Markt beeinflußt die Konzentration innerhalb der westdeutschen Papierindustrie und damit "die marktkonformere Verbreiterung der Unternehmensbasis."³⁾ Der Wettbewerb in einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft bei gleichzeitigem generellem Zollabbau führte zwangsläufig zu dieser Entwicklung und wird an den nationalstaatlichen Grenzen nicht mehr stoppen. PWA betonte bei der Grundsteinlegung eines neuen Werkes in Belgien, daß "neue wettbewerbsfähige Produktionen für die wachsenden Marktbedürfnisse nicht mehr ausschließlich auf nationalen Märkten aufgebaut werden können."⁴⁾

Der Zwang zu großen Produktionseinheiten wird diese Entwicklung beschleunigen⁵⁾ unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit von der Kooperation bis hin zur Fusion. Dabei ergibt sich zunächst einmal eine gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmen mit internationalen Kapitalverflechtungen. PWA und Hannover Papier zum Beispiel stellen den "know-how"-Austausch mit ihren skandinavischen Partnern ganz bewußt als Begründung der ausländischen Beteiligung neben die Rohstoffsicherung in den Vordergrund.⁶⁾

1) Vgl. "4-P-Gruppe wuchs langsamer", in: Handelsblatt v. 29.9.1971

2) Vgl. APR-Extrablatt 31 vom 5.8.1972

3) STEINER, Julia: APR-Gespräch mit Dr. Anton Ernstberger, in: APR 1972, Nr. 10, S. 398

4) "PWA erweitert Produktionsbasis in der EWG", in: APR 1972, Nr. 24/25, S. 1023

5) Vgl. GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 44

6) Vgl. APR-Extrablatt 5, 1972; APR 1972, Nr. 10, S. 398; "PWA sieht sich in einer Welt von 'Monopolen'", in: FAZ v. 21.9.1971

Es wächst aber auch zwischen nicht verbundenen Unternehmen das Verständnis zur Zusammenarbeit. "Die Firmen MD Papierfabriken Heinrich Nicolaus GmbH und Haindl Papier GmbH haben in den letzten Monaten im Wege der Kooperation im Sortenbereich der maschinengestrichenen Formatpapiere eine mit den beteiligten Abnehmern abgestimmte Zusammenführung der Fertigung vorgenommen."¹⁾ Als zweites Beispiel für diese kooperative Bewegung sei das sektorale Zusammenarbeiten der Herzberger Papierfabrik Ludwig Osthusenrich KG, Herzberg/Harz und der PWA-Tochter Natronzellstoff- und Papierfabriken AG, Oker/Harz auf dem Gebiet der Papiersackproduktion genannt.²⁾ Darüber hinaus kommt es auch auf internationaler Ebene zur verstärkten Zusammenarbeit. So wurde beispielsweise 1971 von der Feldmühle AG und der Stora Kopparbergs Bergslag AB, Schweden die gemeinsame Tochter Feldmühle und Stora GmbH & Co. KG, Düsseldorf, gegründet, die den Vertrieb von Zeitungsdruckpapier übernommen hat.³⁾

Die Kooperationsbereitschaft wird jetzt besonders durch die Fusionserfolge der PWA beschleunigt werden. Hier konnten zwar in der Strukturkrise der Branche "rote Zahlen" auch nicht vermieden werden, es wurde aber der Grundstock für ein langfristiges und nachhaltiges Wachstum gelegt. Branchenkenner sind der Meinung, daß die beiden Vorläuferunternehmen der PWA getrennt 1971 nicht überlebt hätten.⁴⁾

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich seit Beginn der EWG die westdeutsche Papierindustrie verändert hat. Gehen auch verschiedene Auswirkungen auf Währungs- und Konjunkturphänomene zurück, so konnte doch der Einfluß der Markterweiterung auf Struktur und Entwicklung der Branche gezeigt werden.

Weitere wesentliche Strukturveränderungen sind nicht von der EWG-Erweiterung auf 9 Partnerstaaten zu erwarten, da die

1) APR-Extrablatt 1972, Nr. 14

2) APR-Extrablatt 1971, Nr. 42

3) Feldmühle Jahresbericht 1970, in: Das Papier 1971, Nr. 9, S. 550

4) Persönliche Auskünfte

Branchen Dänemarks, Großbritanniens und Irlands ähnliche Strukturen aufweisen oder für die weitere Entwicklung ohne großen Einfluß sind. Die weitere Entwicklung der Branche hängt aber von den Beziehungen der großen Exportländer Schweden, Finnland, Kanada und den USA zur Europäischen Gemeinschaft ab. Ein vorübergehender "Schutz" der einheimischen Industrie vor den Produkten dieser später teilweise assoziierten Länder mit der Maßgabe der langfristigen Anpassung, der EWG-Branche an die veränderte Marktsituation, ist lebensnotwendig.¹⁾ Diese branchenbedingte Forderung wurde in der Abschlußverhandlung zur großen europäischen Handelszone im Juli 1972 in Brüssel entsprechend berücksichtigt.²⁾

Die Auswirkungen der EWG haben die sektorale Außenhandelsentwicklung der Papierindustrie im größten Erzeuger- und Verbraucherland der EWG, der BRD, verändert. Der Außenhandel unterliegt voraussichtlich auch weiter - entsprechend der fortschreitenden Wirtschaftsintegration in Europa - einem Wandel. Diese quantitative und qualitative Entwicklung seit 1958 wird im folgenden analysiert.

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 6

2) Vgl. S. 30 ff.

VI. Auswirkungen des EWG-Zusammenschlusses auf den Papier-
=====

Außenhandel der BRD
=====

A. Entwicklung des westdeutschen Papierhandels innerhalb
der EWG

1. Außenhandelsentwicklung allgemein

Kritiker der EWG¹⁾ fürchteten, daß der wieder funktionierende Welthandel nach dem II. Weltkrieg durch die Schaffung der EWG-Zollunion gestört bzw. unterbrochen werden würde. Andere Wissenschaftler glaubten, daß "die Bildung größerer Wirtschaftsgebiete ... die großräumige Vorstufe eines verstärkten internationalen Wirtschaftsverkehrs sein (könnte), obwohl sie die wirtschaftlichen Wettbewerbs- und Tauschbedingungen wesentlich verändert."²⁾ Nach Meade läßt eine Zollunion analog zum Freihandel eine Vergrößerung des allgemeinen Wohlstandes durch Handelsausweitung und bessere Kapazitätsauslastung erwarten.³⁾ Die Wirkung einer Zollunion auf den Welthandel würde dabei immer von der trade creation oder trade diversion abhängen.⁴⁾ Von den Kritikern generell wird jedoch konzediert, daß innerhalb des Präferenzraumes die handelschaffenden Effekte dominieren würden. Die Vertreter der allgemeinen Liberalisierung durch Verstärkung und Ausbau des klassischen Freihandels stellten daher die handelablenkenden Wirkungen einer Zollunion auf die Drittländer in den Vordergrund ihrer Kritik.⁵⁾

Da eine solche Liberalisierung mit den wirtschaftspolitischen und politischen Zielvorstellungen verschiedener europäischer

1) Vgl. RÖPKE, Wilhelm, a.a.O., S. 500; HABERLER, Gottfried, Weltwirtschaftliche Integration Europas, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, a.a.O., S. 529

2) MONTANER, Antonio: Außenhandelspolitik, in: Die Verwaltung 1954, Heft 59, S. 20

3) MEADE, James: Probleme der Wirtschaftsunion souveräner Staaten, in: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen 1955, S. 135

4) VINER, Jacob, a.a.O., S. 44

5) HABERLER, Gottfried, a.a.O., S. 529

Staaten kollidierte, kam es 1957 nur zu der kleinen Lösung von Rom,¹⁾ deren Vertragspartner aber den festen Willen bekundeten, ein generelles Zusammenwirken der europäischen Staaten zu schaffen²⁾ und "zur harmonischen Entwicklung des Welthandels ... beizutragen".³⁾ Damit war der Weg für eine europäische und weltweite Liberalisierung auf lange Sicht nicht verschlossen. Nach PREDÖHL war nur "auf dem Wege über eine regionale Ordnung zu einer globalen Ordnung der Weltwirtschaft" zu kommen.⁴⁾

Die EWG-Erweiterung und die diversen Liberalisierungsmaßnahmen der GATT-Runden sind durch Erfolg und Existenz der Kern-EWG gefördert worden und unterstreichen so PREDÖHLs oben gemachte Aussage.

Die Handelsausweitung innerhalb der Union hing in erster Linie von der Beschaffenheit des Marktes ab. Die Möglichkeiten der Arbeitsteilung waren um so größer, je geringer die ökonomischen Entfernungen zwischen den Einzelstaaten wurden, d.h. daß für die aneinandergrenzenden Staaten des europäischen Industriekerns⁵⁾ Frankreich, BRD und Benelux-Staaten die Voraussetzungen für eine binnenwirtschaftliche Handelschaffung besonders gut waren, während Italien mit seiner peripheren Lage gewisse Nachteile hatte.⁶⁾

Nach VINER ist der Nutzen einer Zollunion dabei um so größer, je mehr die Produktionsstrukturen und Kapazitätseinheiten der integrierenden Volkswirtschaften miteinander übereinstimmen.⁷⁾ Die Kernstaaten der EWG weisen große Ähnlich-

1) Vgl. Kapitel II

2) Vgl. Präambel zum EWG-Vertrag

3) PREDÖHL, Andreas: Das Ende der Weltwirtschaftskrise, Reinbek bei Hamburg, 1962, S. 128

4) Art. 110 EWG

5) Vgl. PREDÖHL, Andreas: Weltwirtschaftskrise, a.a.O., S. 81

6) Vgl. BALASSA, Bela: The Theory of Economic Integration, London 1962, S. 42

7) Vgl. VINER, Jacob, a.a.O., S. 51

keiten der Produktions- und Verbrauchsstrukturen mit einer gewissen Abschwächung gegenüber Italien auf. Diese Affinität der Ausgangslage galt weitgehend auch für die einzelstaatlichen Papierwirtschaften der Gemeinschaft.

2. Ausfuhrentwicklung

Die quantitative Untersuchung der Außenhandelsentwicklung der westdeutschen Papierindustrie hat verschiedene Fehlerquellen, die größtenteils in der zeitweisen Publizitätsscheu der entsprechenden Unternehmen und Verbände begründet waren; dazu kommen noch verschiedentlich vorgenommene Umstellungen des statistischen Basismaterials. Aus praktischen Gründen werden daher nur die sechs Hauptsortengruppen untersucht. Eine umfassende Analyse der etwa 700 Einzelsorten würde den Rahmen der Arbeit sprengen und wenig aussagefähig sein. Es werden aber besonders verlaufende Entwicklungen einzelner Sorten berücksichtigt.

Die schnelle Ausfuhrsteigerung der Branche zeigt seit 1958 zunächst die dynamische Entwicklung:

Tabelle 29: Ausfuhr und Erzeugung der BRD-Papierindustrie in 1000t ¹⁾

Jahr	Ausfuhr	Erzeugung	Ausfuhr in % der Produktion
1952	25	1.695	1,5
1954	55	2.301	2,4
1956	86	2.687	3,2
1958	70	2.919	2,4
1960	105	3.434	3,1
1962	119	3.609	3,3
1964	166	4.024	4,1
1966	213	4.143	5,1
1968	364	4.741	7,7
1970	607	5.517	11,0
1971	735	5.579	13,2

1) VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O. Anhang (Zahlenreihen), eigene Berechnungen

Nach einer Anfangsphase der Konsolidierung um 1958 mit relativ geringen Steigerungsraten wurden die Ausfuhrmengen immer größer und der Exportanteil Papier und Pappe an der Erzeugung in der BRD stieg. Besonders auffallend ist, daß eine erneute Beschleunigung der Wachstumsraten in den Jahren nach 1966/67 liegt, die ihren Höhepunkt in der Verdoppelung des Exportes zwischen 1968 und 1971 findet. Als Grund für diese Entwicklung sind die damaligen Konjunkturverhältnisse zu nennen, die eine "Flucht" in den Export brachte; vor allem aber wirkte sich die Beendigung der Übergangsphase der EWG aus. Der Gemeinsame Zolltarif war errichtet, die Binnenzölle in der Gemeinschaft verschwunden.

Dieser schnelle Zuwachs der Ausfuhr war gekoppelt mit einer Richtungsänderung der Exportströme. Wurden 1953 noch 41 % der Ausfuhr nach Übersee exportiert, so waren es 1971 nur noch 8,9 %, d.h. neun Zehntel der westdeutschen Papier- und Pappeausfuhr blieben in Europa.¹⁾ Dabei tritt als Empfänger dieser Exportwaren im zunehmendem Maße die EWG mit ihren Partnerstaaten auf. 1971 wurden mit 70,8 % beinahe drei Viertel des westdeutschen Exports der Branche in der Gemeinschaft abgesetzt. Der mengenmäßige Anteil der EWG-Staaten an der westdeutschen Ausfuhr hat sich somit seit 1958 (34 %) mehr als verdoppelt. Die Gemeinschaft ist zum wichtigsten Handelspartner des westdeutschen Papierexports geworden.

Die Ausweitung der Exportströme zu den einzelnen Partnerstaaten verlief dabei sehr unterschiedlich. Die höchsten Zuwachsraten erzielte dabei die Ausfuhr nach Frankreich und in die Niederlande, die 1971 mengenmäßig etwa 72 % des westdeutschen Papier- und Pappeexports in die EWG aufnahmen. Eine Mittelstellung hatten Belgien/Luxemburg (17 %), während in Italien nur etwa 11 % der mengenmäßigen Ausfuhr abgesetzt wurden.

1) VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 56

Bei einer wertmäßigen Betrachtung wird ersichtlich, daß der DM-Wert der exportierten Ware hinter der Mengenquote zurückbleibt. Dem mengenmäßigen EWG-Anteil (70,8) an der westdeutschen Gesamtausfuhr standen 1971 nur 60,6 % des wertmäßigen Anteils gegenüber. Der Grund für dieses Auseinanderfallen der Quoten ist in der Qualitätenauswahl der ausländischen EWG-Verbraucher zu finden. Die drei großen Abnehmerstaaten der westdeutschen Papier- und Pappeindustrie innerhalb der EWG Frankreich, Niederlande und Belgien/Luxemburg führen aus der BRD in erster Linie Massenspapiere, also graphische Papiere, Verpackungspapiere und -pappen ein. Dieser langfristig zu beobachtende Trend wird nur von Italien unterbrochen, dessen Papierwirtschaft aus der BRD verhältnismäßig viel hochwertige Technische und Spezialpapiere einführt; daher liegt der Wertbetrag der westdeutschen Ausfuhr nach Italien über dem der Menge. Die Ausfuhr nach Italien hebt sich sowohl quantitativ als auch qualitativ von der übrigen Entwicklung in den westdeutschen Außenhandelsbeziehungen zu den EWG-Partnerstaaten ab, obwohl auch hier ein Anpassungsprozeß zu erkennen ist.

Tabelle 30: BRD-Gesamtausfuhrentwicklung in die EWG
(Papierwirtschaft)¹⁾

	Ausfuhr 1964		Ausfuhr 1971	
	1000 t	in % d.Ausf. in EWG	1000 t	in % d.Ausf. in EWG
Belgien/Lux.	11,8	14,5	89,0	17,2
Frankreich	29,6	36,6	213,6	41,0
Niederlande	33,9	41,8	163,9	31,4
Italien	5,8	7,1	54,0	10,4
Insgesamt	81,1	100	520,5	100
=====				

Im folgenden soll nun versucht werden, die Ausdehnung des Exportes in den einzelnen Hauptsortengruppen zu kennzeichnen.

1) Vgl. VDP-Leistungsberichte 1965 und 1971, a.a.O., S. 43 bzw. 60

Der Untersuchung liegen als Basismaterial die Ausfuhrmengen und -werte von 1964 bis 1971 zugrunde.

Tabelle 31: Ausfuhrentwicklung nach Hauptsortengruppen¹⁾

Hauptsorten- gruppen	1964		1968		1971	
	1000 t Mill. DM		1000 t Mill. DM		1000 t Mill. DM	
Graphische Papiere	69,3	98,3	205,7	249,4	430,3	469,9
Verpackungs- papiere	27,5	33,5	58,7	57,4	88,4	76,4
Verpackungs- pappen	22,9	20,0	43,4	31,2	117,7	100,3
Hygiene-Papiere	2,3	4,0	8,3	13,1	24,8	52,0
Techn. u. Spe- zialpapiere	17,3	59,4	19,8	65,2	40,0	114,4
Techn. u. Spe- zialpappen	26,3	22,0	27,7	25,6	34,2	49,0
Insgesamt	165,6	237,2	363,6	441,9	735,4	862,0
=====						

Den größten Anteil an der westdeutschen Ausfuhr hat mengen- und wertmäßig nun schon traditionell die Sparte graphische Papiere mit 58,5 % (1971). In diesem Sektor stiegen die Zuwachsraten in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Die Exporterfolge beruhen hier, außer auf den traditionellen Spezialitäten, insbesondere auf holzhaltigen und holzfreien Druck- und Schreibpapieren und gestrichenen Sorten. Überproportional stieg auch die Ausfuhr der Hygienepapiere und Verpackungspappen und -kartons (vor allem gestrichen und mehrlagig), während der Verpackungspapierexport zwar auch stieg, aber in seinem Zuwachs hinter den Wachstumsraten der oben genannten Hauptsorten zurückblieb. Diese Entwicklung ist zum einen im Eigenverbrauch der westdeutschen Volkswirtschaft, zum anderen auch in der Produktionssteigerung der entsprechenden ausländischen Produktionskapazitäten begründet.

1) Die Daten der folgenden Außenhandelsanalyse sind vom Verfasser weitgehend dem statistischen Material des VDP (Bonn) entnommen und für die einzelnen Aussagen und Tabellen aufbereitet worden. Der Verfasser dankt dem Verband für die Möglichkeit der Untersuchung durch das Bereitstellen der Detaildaten.

Zum Teil gegenläufige Tendenzen innerhalb der einzelnen Sparten in den Hauptsortengruppen Technische und Spezialpapiere und -pappen verhinderten eine entsprechende Ausweitung der Ausfuhr.

Die westdeutsche Ausfuhrverteilung der Hauptsortengruppen auf die einzelnen EWG-Partnerstaaten zeigte 1971 folgendes Bild:

Tabelle 32: Sortenmäßige Verteilung der BRD-Papierexporte in die EWG

Land	Graph.Papiere		Verpackungs- papiere		Verpackungs- pappen	
	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%
Belgien/Lux.	59	18,7	12	17,0	10	11,1
Frankreich	130	41,3	23	32,6	44	49,1
Italien	35	11,1	3	4,2	10	11,3
Niederlande	91	28,9	33	46,2	25	27,7
Insgesamt	315	100	71	100	89	100
=====						
Land	Hygiene Pa- piere		Techn.u.Spez. Techn.u.Spez. papiere pappen			
	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%
Belgien/Lux.	3	14,1	4	23,8	1	15,1
Frankreich	7	36,9	7	38,4	2	22,3
Italien	3	13,7	2	13,4	1	9,8
Niederlande	7	35,3	4	24,4	4	52,8
Insgesamt	20	100	17	100	8	100
=====						

Bei der sektoralen Untersuchung bestätigt sich die Aussage, daß die Niederlande und Frankreich auch in allen einzelnen Hauptsortengruppen anteilsmäßig stark dominieren. Besonders auffällig verlaufen die Entwicklungen in einigen Gruppen. So geht die Hälfte der Ausfuhr in der Hauptsortengruppe Pappe und Karton für Verpackungszwecke innerhalb des westdeutschen EWG-Exportes direkt nach Frankreich; bei Papier für Verpackungszwecke ist der Anteil für die Niederlande besonders gravierend mit 46,2 %. Die Niederlande sind darüber hinaus auch noch der weitaus größte Abnehmer in der EWG für westdeutsche

Technische und Spezialpappen mit beinahe 53 %. Die beiden Nachbarländer Frankreich und die Niederlande haben mit einigen graduellen Unterschieden in allen Hauptsortengruppen die höchsten Einfuhrquoten aus der westdeutschen Papierindustrie. Sie sind somit die stärksten Partner der hiesigen Papierindustrie innerhalb der EWG geworden.

Es ist aber auch in den letzten Jahren eine verstärkte Exportbewegung nach Italien zu beobachten. Die anfänglich geringe Ausfuhr der Papierindustrie nach Italien resultierte aus der geographischen Randlage. Nach Veränderung der historischen Verbrauchs- und Produktionsstrukturen in Italien und dem Wegfall der Binnenzölle hat der Export in diesem Raum starke Zuwachsraten aufzuweisen und gleicht sich immer mehr dem allgemeinen Trend der übrigen Gemeinschaftsländer an (vgl. Auch Tabelle 3o).

3. Exkurs: Zellstoffausfuhrentwicklung

Die Ausfuhr von Papierzellstoff setzt sich teilweise von der Entwicklung bei Papier und Pappe innerhalb der EWG ab. Obwohl auch hier zwischen 1961 und 1970 beinahe eine Verdreifachung des mengenmäßigen Binnenhandels zu erkennen ist, geht diese Entwicklung in erster Linie auf Belgien und Frankreich zurück. Die BRD hat in den letzten zehn Jahren ihre Ausfuhrquote nicht halten können. Der Rückgang des westdeutschen Zellstoffexports ist begründet im Strukturwandel der einheimischen Halbstoffproduktion.

Der Integrationseffekt läßt sich aber auch hier generell erkennen, da der - in seiner absoluten Höhe zwar relativ unbedeutende - Zellstoffexport der EWG-Staaten (einschl. der BRD) in den europäischen Binnenmarkt erheblich gestiegen ist (von 65 auf 73 %).

Tabelle 33: Zellstoff-Export der EWG-Staaten

Lieferland	in die EWG in 1000 t			EWG-Anteil der Gesamtausfuhr in %		
	1961	1966	1970	1961	1966	1970
BRD	43	33	38	69	85	93
Belgien/Lux.	3	48	95	91	86	99
Frankreich	38	71	78	60	59	51
Niederlande	.	.	7	.	.	78
Italien	.	1	2	.	68	50
insgesamt	84	153	220	65	70	73
=====						

Das gilt insbesondere für Belgien/Luxemburg und die BRD, die 1970 beinahe ihre gesamte Zellstoffausfuhr mit den EWG-Partnern tätigten (93 und 99 %). Die Sonderstellung Frankreichs mit einer relativ hohen Ausfuhrquote in Drittländer resultiert aus dem intensiven Handel mit Entwicklungsländern des ehemaligen französischen Kolonialreiches.

4. Einfuhrentwicklung

a) Bedeutung der Einfuhr für die westdeutsche Papierindustrie

Die Einfuhrentwicklung der westdeutschen Papierwirtschaft unterscheidet sich wesentlich von der der Ausfuhr. Während die Exporte der Branche bei ständigen Zuwachsraten 1971 wieder das Vorkriegsniveau mit 13 % der Erzeugungsmenge erreichen konnten,¹⁾ verlief die Einfuhrentwicklung nach dem 2. Weltkrieg genau umgekehrt. Bedingt durch die Kriegsfolgeentwicklung war die westdeutsche Papierindustrie nach 1950 nicht mehr in der Lage, auch nur annähernd die Eigenbedarfsdeckung wahrzunehmen. Die Einfuhrquote stieg mit gewissen meist konjunkturbedingten Schwankungen kontinuierlich und er-

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 4

reichte 1971 mit 2,812 Mill. t Papier und Pappe 36,7 % des Gesamtverbrauchs der BRD.

Tabelle 34: Einfuhr- und Verbrauchsentwicklung westdeutsche
Papierwirtschaft¹⁾

Jahr	Verbrauch in Mill. t	Einfuhr in Mill. t	Einfuhranteil am Verbrauch in v.H.
1951	1.843	0,117	6,3
1953	2,179	0,253	11,6
1955	2,857	0,412	14,4
1957	3,346	0,577	17,2
1959	3,843	0,810	21,1
1961	4,592	1,175	25,3
1963	5,025	1,424	28,0
1965	5,791	1,929	33,3
1967	5,679	1,743	30,7
1969	7,483	2,782	36,6
1971	7,656	2,812	36,7

Dieser stetige Importzuwachs verlief in den einzelnen Hauptsortengruppen unterschiedlich intensiv. Jedoch liegt der Schwerpunkt der Importmengen bei Massenprodukten wie graphische Papiere und Papier und Pappe für Verpackungszwecke, "die zusammen 97,2 v.H. der Gesamteinfuhr (1971) ausmachten."²⁾

Die Gesamteinfuhrverteilung auf die einzelnen Hauptsortengruppen hat sich zwischen 1958 und 1971 wie folgt verändert:

Tabelle 35: Sortenmäßige Einfuhrverteilung

Hauptsortengruppe	Einfuhr in 1000 t		v.H. der Gesamteinfuhr	
	1958	1971	1958	1971
Graph. Papiere	290	1340	43,9	47,8
Papier f. Verpackungszwecke	277	1126	41,9	40,1
Pappe und Karton f. Verpackungszwecke	86	266	13,0	9,3
Hygienische Papiere	4	32	0,6	1,1
Techn.u. Spez.papiere	3	42	0,4	1,5
Techn.u. Spez.pappen	1	6	0,2	0,2
Insgesamt	661	2812	100	100
=====				

1) VDP-Leistungsbericht 1971, Anhang (Zahlenreihen); eigene Berechnungen

2) Ebenda, S. 51

Wie die Sortimentszusammensetzung zeigt, konnte sich in dieser Zeit der Anteil Graphische Papiere um rund 4,0 % verstärken, während die Verpackungsmaterialien anteilmäßig zurückgingen. Die übrige Differenz kam in erster Linie den Hygienepapieren und den Technischen und Spezialpapieren zugute. Die Tab. 35 relativiert aber auch den Zuwachs bei den drei unteren Hauptsortengruppen und zeigt die dominierende Stellung der Graphischen Papiere und Verpackungspapiere und -papen bei der Qualitätsverteilung der westdeutschen Papierimporte insgesamt.

Ebenso wechselten die Lieferländer für den westdeutschen Papiermarkt. Dabei haben traditionell Skandinavien und Nordamerika durch ihre Rohstoff- und Produktionsvorteile eine Sonderstellung. Die Einfuhr an Papier und Pappe in die BRD wird in erster Linie von 10 Ländern aufgebracht, die zusammen etwa 98 % der Gesamteinfuhr darstellen.

Diese wichtigsten Papierexportländer für den westdeutschen Markt sind:

Tabelle 36: Die 10 wichtigsten Papierexportländer für die BRD (1971)¹⁾

Lieferland	1000 l	in % der Gesamteinfuhr
Finnland	661,3	23,6
Schweden	630,8	22,4
USA	382,7	13,6
Niederlande	265,7	9,4
Norwegen	213,0	7,6
Österreich	197,5	7,0
Frankreich	170,6	6,1
Belgien/Luxemburg	86,2	3,1
Italien	82,9	2,9
Kanada	57,2	2,0
Zwischensumme	2.747,9	97,7
sonst. Länder	64,4	2,3
Gesamtimport	2.812,3	100
=====	=====	=====

1) Vgl. VDP Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 54, eigene Berechnungen

Nach dieser Gesamtbetrachtung soll nun das Binnenaustausch-verhältnis der BRD-Papierwirtschaft mit den EWG-Partnerin-dustriegruppen importmäßig untersucht werden.

b) Niederlande

Die Niederlande haben in der westdeutschen Ausfuhrentwick-lung eine Spitzenstellung (vgl. Tab. 30 und 32). Ähnlich ist es auch bei der Einfuhr 1971 liegen die Niederlande nach Finnland, Schweden und den USA auf Platz vier der mengen-mäßigen Einfuhrquoten. Die niederländische Papierindustrie ist somit der größte Partner der westdeutschen Papierwirt-schaft innerhalb der EWG geworden. Die Importmengen haben sich in den ersten dreizehn Jahren der EWG mehr als verdop-pelt. Während jedoch 1958 etwa 70 % der westdeutschen Papier- und Pappeeinfuhr innerhalb der EWG aus den Niederlanden kommt, waren es 1970 nur noch etwa 46 %. Daraus ist zu er-kennen, daß die anderen Partnerstaaten (vor allem Frank-reich) im Laufe der Integrationsphase ihre Einfuhranteile in die BRD zu Lasten der Niederlande erheblich steigern konnten.

Tabelle 37: Lieferland Niederlande Einfuhrmengen in 1000 t

<u>Hauptsortengruppen</u>	<u>1958</u>	<u>1961</u>	<u>1964</u>	<u>1967</u>	<u>1970</u>
Graph. Papiere	21,5	31,9	64,3	85,9	89,0
Papier für Verpak-kungszwecke	17,8	14,0	29,5	79,2	95,1
Pappe für Verpak-kungszwecke	40,1	44,4	50,5	29,1	70,2
Hygienepapiere	0,1	0,1	3,6	7,7	16,2
Techn.u.Spez.Papiere	.	.	.	.	4,5
Techn.u.Spez.Pappe	0,1	0,3	0,5	0,5	0,7
Insgesamt	79,6	90,7	148,4	202,4	275,7
=====					

Eine genauere Sortenbetrachtung zeigt, daß sich auch die Qualitätszusammensetzung innerhalb der ständig steigenden Einfuhrmenge stark gewandelt hat. Während 1958 mehr als die Hälfte der Einfuhr aus den Niederlanden Pappen für Verpackungszwecke beinhalten, sind 1970 die größten Mengenanteile bei Verpackungspapieren und Graphischen Papieren zu erkennen. Diese drei Hauptsortengruppen machen den weitaus größten Anteil der westdeutschen Importe aus den Niederlanden aus. Es ist jedoch auch eine überproportionale Steigerung der anderen Gruppen - vor allem bei Hygienepapieren und einigen Spezialsorten - zu beobachten.

Bei den Graphischen Papieren haben sich besonders stark die maschinengestrichenen Druckpapiere und daneben noch die holzfreien Druck- und Lochkartenpapiere entwickelt. Bei den Verpackungspapieren führt die westdeutsche Papierwirtschaft besonders Lochkartenkraftpapiere und einfache Verpackungspapierqualitäten (Stroh- und Altpapierbasis) ein. Auf dem Sektor Karton und Pappe für Verpackungszwecke gibt es keine Schwerpunkte, sieht man von der Sonderstellung der Niederlande auf dem Gebiet der Stroh-pappe ab. Bei Hygienepapieren exportierten die Niederlande verstärkt Tissue-Papier und Rollenkrepp in die BRD.

c) Belgien/Luxemburg

Die belgischen Exporte in die BRD machten zu Beginn der EWG den zweiten Platz innerhalb der Gemeinschaft aus, ohne jedoch die starke Position der Niederlande zu gefährden (Einfuhrmengen 1958 aus Belgien 18.400 t, Niederlande 79.800 t). Im Laufe der Integration nahmen die belgischen Exporte in die BRD stark zu. Die belgische Papierindustrie konnte ihre Ausfuhr in die BRD verfünffachen. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr aus der EWG schwankt ständig. 1970 konnte er leicht erhöht werden (20 %), während er 1971 wieder sank (14,2 %) und unter das Niveau von 1958 (16,2 %) fiel.

Tabelle 38: Lieferland Belgien/Luxemburg

Einfuhrmengen in 1000 t nach Sorten

Hauptsortengruppen	1958	1961	1964	1967	1970	1971
Graph. Papiere	2,9	13,2	20,4	37,7	84,2	58,6
Papier f. Verpackungs- zwecke	13,1	8,9	11,8	15,7	16,4	16,1
Pappe f. Verpackungs- zwecke	0,2	0,6	2,8	4,1	4,4	2,6
Hygienepapiere	.	.	0,1	2,2	8,4	5,6
Techn.u.Spez.Papiere	1,7	2,0	1,9	3,6	3,7	3,1
Techn.u.Spez.Pappen	0,5	.	.	0,3	0,4	0,1
Einfuhrmenge insges.	18,4	24,8	37,0	63,6	117,5	86,1
=====						

Besonders auffallend sind bei den belgischen Exporten auf dem westdeutschen Markt die hohen Steigerungsraten auf dem Sektor Graphische Papiere (ca. 71 % der Gesamteinfuhr 1970). Den größten Anteil stellten hier die holzhaltigen Druckpapiere. Größere Mengenanteile fallen noch auf maschinengestrichene Druck- und LWC-Papiere.¹⁾ Der Sektor Verpackungspapiere stagnierte mengenmäßig zwischen 1958 und 1970 weitgehend und verlor so an Bedeutung. Überdurchschnittlich sind noch die Zuwachsraten bei Hygienepapieren, ohne jedoch die dominierende Rolle der Graphischen Papiere beeinflussen zu können.

Belgien hielt 1971 die achte Position auf dem deutschen Importmarkt und lag innerhalb der EWG-Partnerstaaten auf Platz drei. Es fiel somit gegenüber 1958 jeweils um einen Platz zurück, den die französische Papierindustrie einnahm, die eine noch stärkere Außenhandelsentwicklung und spezielle Zuwendung zum westdeutschen Markt erfuhr.

1) LWC = Light Weight Coated (geringer Strich (ca. 20 g/qm) auf leichten Papieren (ca. 40 g/qm))

d) Frankreich

1958 wurden 14.757 t Papier und Pappe in die BRD geliefert, 1971 waren es 170.645 t, d.h. es wurde 1971 12 mal soviel Papier und Pappe aus Frankreich importiert als vor 13 Jahren. Die französische Papierindustrie konnte ihre Position auf dem westdeutschen Markt gegenüber den anderen Partnern Belgien/Luxemburg und den Niederlanden stark ausbauen. Mehr als 28 % des deutschen Imports aus der Gemeinschaft kommen 1971 aus Frankreich, während es 1958 nur etwa 13 % waren. Die Importe aus Frankreich haben sich seit 1964 alle drei Jahre in etwa verdoppelt. Diese schnelle Entwicklung hat ihren Ursprung in den damals sinkenden Binnenzöllen bzw. dem freien Warenaustausch seit 1968.

Die Wachstumsraten waren in den einzelnen Hauptsortengruppen unterschiedlich ausgeprägt. Die größten Einfuhrmengen entfallen auch hier auf den Sektor Graphische Papiere, der 1971 etwa 45 % der Gesamteinfuhr aus Frankreich ausmacht. Die wichtigsten Sorten sind dabei maschinengestrichene Druckpapiere und holzfreie Schreib- und Druckpapiere. Ähnlich stark war der Anstieg auf dem Sektor Verpackungspapiere; hier liefert Frankreich besonders gebleichte Kraftpack-, Kraftliner- und Halbzellstoffpapiere auf den westdeutschen Markt. Die Entwicklung bei den schweren Verpackungsmaterialien (Pappe und Karton) verlief wesentlich ruhiger. Eine Vergrößerung der französischen Ausfuhr in die BRD auf dem Sektor Hygienische Papiere fand auch nicht statt, während eine relativ große Steigerung auf dem Sektor Technische und Spezialpapiere erzielt werden konnte. Es handelt sich hierbei in erster Linie um nicht baryt. Fotorohpapiere und Kohlerohpapiere.

Tabelle 39: Lieferland Frankreich

Einfuhrmengen in 1000 t nach Sorten

Hauptsortengruppen	1958	1961	1964	1967	1970	1971
Graphische Papiere	4,5	19,2	18,0	32,1	60,5	76,1
Papier f. Verpackungs- zwecke	4,4	14,0	12,0	24,1	39,2	62,8
Pappe f. Verpackungs- zwecke	5,3	3,4	1,9	4,7	13,7	19,4
Hygienepapiere	. 1)	0,2	.	0,4	0,9	1,7
Techn.u.Spez.Papiere	0,6	0,7	1,9	2,2	9,3	9,1
Techn.u.Spez.Pappen	.	0,3	0,5	0,6	1,2	1,6
Einfuhrmengen insges.	14,8	37,8	34,3	64,1	124,8	170,7

Die französische Papierindustrie ist 1971 nach den Niederlanden innerhalb der Gemeinschaft der zweitgrößte Lieferant der westdeutschen Branche. Ähnlich der holländischen Exporte in die BRD ist hier ein relativ gleichmäßiges Wachsen beinahe aller Hauptsortengruppen entsprechend dem Bedarf zu erkennen. Es gibt keine ausgesprochene Spezialitätenbildung bei den Importen aus diesen beiden Ländern.

e) Italien

Die wohl "rasanteste" Außenhandelsentwicklung seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft machte die italienische Papierindustrie durch. Wurden 1958 359 t Papier und Pappe auf dem westdeutschen Markt abgesetzt, so waren es 1971 schon 82 894 t. 1958 lag Italien mit seiner Exportmenge für den deutschen Markt an letzter Stelle der europäischen Länder. 1971 hatte es mit Platz 9 eine Position unter den 10 größten Papier- und Pappellieferländern (vgl. Tab. 36) der BRD erreicht.

1) Das Zeichen . kennzeichnet Positionen, in denen nur geringfügige Mengen transferiert werden, die prozentual keinen Ausschlag geben.

Tabelle 40: Lieferland Italien

<u>Einfuhrmengen in 1000 t nach Sorten</u>						
<u>Hauptsortengruppen</u>	<u>1958</u>	<u>1961</u>	<u>1964</u>	<u>1967</u>	<u>1970</u>	<u>1971</u>
Graphische Papiere	0,1	0,4	7,5	25,6	52,8	66,2
Papier f. Verpackungszwecke	0,1	0,8	2,3	4,0	8,9	12,8
Pappe f. Verpackungszwecke	.	.	0,3	1,5	3,3	2,4
Hygienepapiere	.	.	.	.	2,1	0,4
Techn.u.Spez.Papiere	0,1	0,1	0,2	.	0,8	0,8
Techn.u.Spez.Pappen	.	.	.	0,3	0,2	0,2
Einfuhrmengen insges.	0,3	1,3	10,3	31,4	68,1	82,8
=====						

Die Importe aus Italien haben mengenmäßig beinahe zu denen aus Belgien/Luxemburg aufgeschlossen. Der Anteil der beiden Staaten an der westdeutschen Papier- und Pappeeinfuhr aus der Gemeinschaft betrug 1971 14,2 % (Belgien/Luxemburg) und 13,7 % (Italien) gegenüber 16,2 % und 0,3 % im Jahr 1958.

In der Qualitätenzusammensetzung gibt es wie bei der Einfuhr aus Belgien/Luxemburg Schwerpunkte bei den Graphischen Papieren. Diese Hauptsortengruppe stellte 1971 etwa 80 % der gesamten Einfuhr aus Italien. Die größten Mengen fallen dabei auch hier auf die maschinengestrichenen und holzfreien Druckpapiere und LWC-Papiere. Die italienische Papierindustrie konnte sich so innerhalb der Gemeinschaft eine durchaus vergleichbare Marktposition in der westdeutschen Papierwirtschaft verschaffen, denn die Importanteile der vier Partnerstaaten bei dieser Hauptsortengruppe verteilen sich wie folgt:

Tabelle 41: BRD-Einfuhrmenge Graphische Papiere aus der Gemeinschaft 1971

<u>Lieferland</u>	<u>1000 t</u>	<u>v.H. der Gesamteinfuhr</u>
Belgien/Luxemburg	58,6	20,4
Frankreich	76,1	26,5
Italien	66,2	23,1
Niederlande	86,1	30,0
Insgesamt	287,0	100
=====		

Eine derartig gleiche Verteilung gibt es bei den anderen Hauptsortengruppen nicht.

5. Gesamtentwicklung

Tab. 36 zeigte, daß sich alle EWG-Partnerstaaten unter den neun größten Lieferanten des westdeutschen Importhandels befinden. Trotzdem ist es im Gegensatz zur Ausfuhrseite hier nur zu einer mittelmäßigen Einfuhrbelebung aus den EWG-Ländern gekommen. Die westdeutsche Papierindustrie importierte 1958 13,1 % ihrer Gesamteinfuhrmenge aus den Gemeinschaftsstaaten. Bis 1971 stieg dieser Anteil auf 21,6 %, d.h. die größten Liefermengen kommen nach wie vor aus Skandinavien und Nordamerika auf den deutschen Markt.

Die größte Bedarfsdeckung auf dem europäischen Binnenmarkt erzielt die BRD bei den drei Hauptsortengruppen Technische und Spezialpapiere und -pappen sowie Hygienepapiere, die aber im Verhältnis zur mengenmäßigen Gesamteinfuhr kaum ins Gewicht fallen.

Tabelle 42: Deckung der westdeutschen Papierimporte nach
Sorten (1971)

Hauptsortengruppe	Gesamtimport in 1000 t	Import aus EWG in 1000 t	Anteil der Importe aus EWG in v.H.
Graphische Papiere	1.340	287	21
Papier f. Verpackungs- zwecke	1.126	179	16
Pappe f. Verpackungs- zwecke	266	91	34
Hygienepapiere	32	21	66
Techn. u. Spez. Papiere	42	24	57
Techn. u. Spez. Pappen	6	3	50
Insgesamt	2.812	605	21,6
=====	=====	=====	=====

Die Importe der einzelnen Länder haben sich stark verlagert. Die Vormachtstellung der niederländischen Papierindustrie auf dem westdeutschen Markt wurde abgebaut und brachte vor allem Frankreich und Italien höhere Anteile, während die belgische Industrie mehr oder weniger nur ihren Anteil halten konnte.

Tabelle 43: Verteilung der westdeutschen Papiereinfuhr
aus der Gemeinschaft

Lieferland	1958 in v.H.	1971 in v.H.
Belgien/Luxemburg	16,2	14,2
Niederlande	70,4	43,9
Frankreich	13,1	28,2
Italien	0,3	13,7
Insgesamt	100	100
=====		

Die obige Zusammenstellung zeigt eine Ausgleichsentwicklung innerhalb der westdeutschen Importe aus der Gemeinschaft, die besonders durch die starke Belebung des französischen und italienischen Außenhandels hervorgerufen wurde. Seit Bestehen der EWG nahm der prozentuale Anteil der deutschen Papierimporte aus der Gemeinschaft ständig zu. Diese Entwicklung wurde in beinahe allen Ländern besonders intensiviert durch den völligen Zollabbau ab 1968. Die Wirtschaftsintegration hatte somit auch einen Einfluß auf die Einfuhrentwicklung. Sie hat zu einer teilweisen Umverteilung der Warenströme geführt und den binnenwirtschaftlichen Verkehr auch auf der Importseite gestärkt, ohne jedoch die Vorrangstellung der großen Exportländer außerhalb der Gemeinschaft empfindlich stören zu können. Die Importentwicklung verlief in den einzelnen Hauptsortengruppen - wie gezeigt werden konnte - unterschiedlich.

Aus dem EWG-Raum wurden in erster Linie wertmäßig höher ein-

zugruppierende Qualitäten aus allen Hauptsortengruppen eingeführt, da der Durchschnittswert je Tonne Papier und Pappe hier mit einer Ausnahme höher liegt als bei den Importwaren aus Drittländern.

Tabelle 44: Durchschnittlicher Preis je Tonne importiertes
Papier in DM (1971)

Hauptsortengruppen	Import aus EWG	Import aus sonst.Ländern
Graph.Papiere	1108,57	609,51
Papier f.Verpackung- zwecke	846,37	579,62
Pappe f.Verpackungs- zwecke	550,58	694,15
Hygienepapier	1542,92	1496,41
Techn.u.Spez.Papier	1953,60	1750,92
Techn.u.Spez.Pappen	1825,29	1369,62
Gesamtdurchschnitt je t	999,62	614,02
=====	=====	=====

Diese Entwicklung kann als weitere Bestätigung dafür angesehen werden, daß die Massenpapiere und preiswerten Qualitäten meist importiert werden, während die sogenannten "besseren" Sorten in erster Linie im eigenen Land bzw. aus der EWG eingeführt werden, d.h. aber auch, daß auf dem Gebiet der Spezialitäten, welche bisher immer eine starke Domäne der eigenen Papierindustrie waren, nun auch zunehmend Konkurrenz aus der EWG auftritt.¹⁾

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1970, S. 53 f.

B. Entwicklung des deutschen Papierhandels mit Drittländern

1. Ausfuhrentwicklung

PREDÖHL nennt als größten Nachteil der EWG ihre Beschränkung auf die sechs Länder, denn jede Zollunion bringt neben Aufschließungseffekten auch Abschließungseffekte, d.h. daß "sie durch Freihandel innerhalb eines größeren Bereichs und die dadurch verbesserte Arbeitsteilung zu einer Vergrößerung des Sozialprodukts, durch die gemeinsame Zollgrenze nach außen und die dadurch verschlechterte Arbeitsteilung aber zu einer Verkleinerung des Sozialprodukts führt. Die Abschließungseffekte sind um so größer, je höher die Zollmauer und je kleiner das Gebiet der Zollunion ist, zumal wenn die Zollgrenze auch noch Länder mit substitutiver Produktion ausschließt."¹⁾

Diskriminierungseffekte der Wirtschaftsintegration innerhalb der EWG gegenüber den (vor allem europäischen) Drittländern sind nicht abstreitbar. Es ist zu einer Handelsumlenkung gekommen, die sich zunächst einmal einfach handelsverzerrend und -hemmend auf die weltweite Außenhandelsentwicklung auswirken mußte. Es hat sich aber gleichzeitig auch gezeigt, daß der Zusammenschluß von Volkswirtschaften eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums mit sich bringt.²⁾ Die Beschleunigung hat die Integrationsauswirkung auf die Drittländer weniger negativ gestaltet als anfangs vermutet wurde, sie hat offenbart, daß "die Handelsverzerrungen, die der Diskriminierungseffekt schafft, teilweise kompensiert und vielleicht sogar überkompensiert werden, weil das Realeinkommen und die Nachfrage nach Importgütern rascher zunimmt, als es ohne den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Fall wäre."³⁾

Im folgenden soll nun versucht werden, die Auswirkung der europäischen Wirtschaftsintegration auf den EWG-Außenhandel mit Drittländern zu kennzeichnen; dabei wird wieder die west-

1) PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft, a.a.O., S. 233

2) Vgl. ERDMANN, Paul, ROGGE, Peter: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer, Basel-Tübingen S. 38 ff.

3) KÜNG, Emil, a.a.O., S. 275

deutsche Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt.

Bei der Untersuchung der Ausfuhrentwicklung mit Drittländern kann in drei Ländergruppen eingeteilt werden: EFTA-Länder, COMECON-Länder und Übersee-Länder.

a) EFTA-Länder

Entsprechend der hohen Eigenproduktion der EFTA an Papier und Pappe sind der Ausfuhr der EWG und damit auch der westdeutschen Papierindustrie in diesem Raum enge Grenzen gesetzt. Lediglich Großbritannien, dessen Versorgungsbilanz der westdeutschen ähnlich ist, die Schweiz und vielleicht Dänemark kommen als Abnehmer größerer Dimensionen infrage, während Skandinavien und Österreich nur hochwertige Spezialitäten aus der BRD einführen. Portugal hat entsprechend seiner geringen Produktions- und Verbrauchsmengen keinen nennenswerten Außenhandel.

Die potentiellen Absatzgebiete der westdeutschen Papierindustrie in der EFTA werden aber in erster Linie von den großen Exportländern der Freihandelszone beliefert, so daß auch in diese oben genannten Staaten keine außergewöhnlichen Exporte der EWG gelangen konnten. Die eigenen Partnerstaaten der EFTA hatten neben den bekannten Produktionsvorteilen hier noch die Zollvergünstigungen der eigenen Freihandelszone im Preiswettbewerb.

Tabelle 45: BRD-Papierausfuhr in die EFTA 1960 - 1971

<u>Jahr</u>	<u>1000 t</u>	<u>% der Gesamtausfuhr</u>
1960	40,9	39,1
1963	48,4	34,7
1966	52,8	24,9
1969	71,3	14,8
1971	94,2	12,8

Tabelle 45 zeigt, daß sich die Ausfuhr der westdeutschen Branche in die EFTA-Staaten zwischen 1960 und 1971 mehr als verdoppeln konnte. Es wird aber auch ersichtlich, daß die Ausfuhr in diese Staaten anteilmäßig zurückging und 1971 nur noch 12,8 % der gesamten westdeutschen Papierausfuhr darstellt. Der wertmäßige Anteil liegt für den gleichen Zeitraum mit 16,0 % um 3,2 % höher und zeigt auch hier wieder die hohe Qualitätsnote der einheimischen Ausfuhr.

Die Besonderheiten der nationalen Papierindustrie in der EFTA haben der westdeutschen Branche unterschiedliche Marktanteile zukommen lassen. So verteilte sich beispielsweise die Papierausfuhr der BRD in die EFTA 1971 wie folgt:

Tabelle 46: Papier- und Pappeausfuhr BRD in die EFTA-Länder (1971)¹⁾

<u>Bezieherland</u>	<u>1000 t</u>	<u>Mill.DM</u>
Dänemark	13,0	16,5
Finnland	0,8	2,4
Großbritannien	25,9	36,9
Norwegen	4,5	6,0
Österreich	14,4	24,4
Portugal	1,1	2,3
Schweden	17,2	19,1
Schweiz	17,3	30,0
EFTA insgesamt	94,2	137,6
=====		

Beim Mengen-Wert-Vergleich fallen vor allem die hohen Differenzen bei Finnland, Österreich, Schweiz und Portugal auf. Hier werden hochwertige Qualitäten der westdeutschen Papierausfuhr besonders ersichtlich.

Der neue EWG-Partner Großbritannien führte (1971) sowohl mengen- als auch wertmäßig die höchsten Anteile (etwa 27 %) innerhalb der westdeutschen Ausfuhr in die EFTA ein. Mittlere

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 60

Positionen nehmen die Schweiz, Schweden, Dänemark und Österreich ein, während die restlichen Staaten ohne größere Bedeutung für die westdeutsche Papier- und Pappeausfuhr sind.

Die Entwicklung mit den einzelnen EFTA-Staaten verlief in den letzten Jahren sehr unterschiedlich. Während einige Länder relativ konstante Warenmengen aus der BRD einführten, setzte bei einigen Ländern (vor allem seit 1968) eine Belebung der Einfuhr aus der BRD ein.

Besonders augenscheinlich ist die Entwicklung der Ausfuhr wieder bei Großbritannien, die sich in den letzten sechs Jahren sowohl mengen- als auch wertmäßig mehr als verdreifachen konnte. Hier wird nach dem Beitritt zur EWG am 1.1.1973 eine weitere schnelle Außenhandelsentwicklung durch den kontinuierlichen Zollabbau möglich sein. Die britische Papierindustrie ist schon heute der größte Handelspartner des westdeutschen Papierexportes außerhalb der Gemeinschaft. Innerhalb der Freihandelszone verbesserte sich der westdeutsche Export nach Großbritannien (zwischen 1966 und 1971) mengenmäßig von Platz fünf auf Platz eins und wertmäßig von Platz drei auf Platz eins. Auch die Ausfuhrquoten in die Schweiz und nach Österreich wachsen jetzt. Diese Entwicklung wurde durch besondere geographische Bedingungen, beide Länder grenzen direkt an die BRD, und den Zollabbau durch die GATT-Runden gefördert.

Auch bei der qualitätsmäßigen Betrachtung fällt die britische Position innerhalb der EFTA auf:

Tabelle 47: BRD-Ausfuhr in die EFTA nach Hauptsortengruppen
1971 in 1000 t

Hauptsortengruppen	Dänemark	Finnland	Großbri- tannien	Norwe- gen
Graph. Papiere	6,1	0,4	16,2	1,6
Verpack.Papiere	1,2	.	2,5	0,2
Karton u.Pappe f. Verpackungszwecke	0,5	0,1	1,4	0,3
Hygienepapiere	0,1	.	0,4	0,1
Techn.u.Spez.Papiere	0,3	0,2	4,3	0,1
Techn.u.Spez.Pappen	4,8	0,1	1,1	2,2
Summe	13,0	0,8	25,9	4,5
=====				

Hauptsortengruppen	Öster- reich	Portu- gal	Schweden	Schweiz	Summe
Graph. Papiere	8,0	0,2	11,1	6,9	50,5
Verpack.Papiere	1,9	0,2	0,3	1,9	8,2
Karton u.Pappe f. Verpackungszwecke	1,1	0,3	0,7	1,4	5,8
Hygienepapiere	1,1	.	0,1	0,6	2,4
Techn.u.Spez.Papiere	0,9	.	0,3	3,1	9,2
Techn.u.Spez.Pappen	1,4	0,3	4,7	3,4	18,0
Summe	14,4	1,0	17,2	17,3	94,1
=====					

Im Rahmen der Ausfuhr nach Großbritannien ist eine Angleichung an die Sortenverteilung mit den anderen EWG-Partnerstaaten zu erkennen, d.h. es kommt zu einer Schwerpunktsituation auf dem Sektor Graphische Papiere. Hier werden schon 63 % der Ausfuhr abgewickelt. Darüber hinaus werden relativ viel Technische und Spezialpapiere nach England exportiert, während Verpackungsmaterialien und Hygienepapiere eine untergeordnete Rolle spielen.

Sieht man von der besonderen Situation Großbritanniens ab, so hat der westdeutsche Papierexport eine besondere Position

auf dem Gebiet der Hauptsortengruppe Technische und Spezialpappen. In diesen Raum gehen mehr als 50 % der gesamten Ausfuhr dieser Sparte. Besonders hohe Mengenanteile haben die skandinavischen Länder und die Schweiz. Es handelt sich dabei in erster Linie um Filz- und Wollfilzpappen, letztere machen etwa 81 % der Ausfuhr dieser Hauptsortengruppe aus.

b) Ostblock (COMECON)

Auch die Ausfuhr in die COMECON-Staaten¹⁾ konnte in den letzten Jahren mengenmäßig erhöht werden. Diese Entwicklung unterliegt aber relativ großen Schwankungen, die in erster Linie in der Unregelmäßigkeit der Geschäftsbeziehungen begründet sind. Die COMECON-Länder importieren ihren Papier- und Pappebedarf, soweit er nicht im eigenen Staatenbund gedeckt werden kann, vor allem aus Skandinavien, insbesondere Finnland, da hier aufgrund der Handelsabkommen besonders günstige Bedingungen vorliegen. Aus der Bundesrepublik werden neben einigen Spezialitäten nur Ausgleichs- und Spitzenmengen geordert. Die größten Mengenanteile gehen dabei in die UdSSR und nach Ungarn, während Bulgarien nur unbedeutende Mengen importiert. Der Preis-Mengenvergleich zeigt aber wieder, daß die Länder Rumänien, Bulgarien und die UdSSR qualitativ hochstehende Spezialsorten beziehen, während Polen, Ungarn und die CSSR eher Massensorten kaufen.

Tabelle 48: Ausfuhr BRD nach COMECON-Ländern 1970

Bezieherland	1000 t	Mill.DM
Bulgarien	0,9	2,1
Polen	5,4	4,5
Rumänien	3,3	4,6
CSSR	4,1	3,2
Ungarn	9,7	8,8
UdSSR	10,8	14,9
COMECON insgesamt ¹⁾	34,3	38,1
=====		

1) Die DDR ist durch die Sonderstellung des Interzonenhandels nicht berücksichtigt.

Die Entwicklung verlief in den letzten Jahren wie folgt:

Tabelle 49: BRD-Ausfuhrentwicklung COMECON in 1966 - 1971

Jahr	1000 t	Mill.DM
1966	7,0	13,7
1968	7,5	14,8
1970	34,3	38,1
1971	25,9	34,7

Die Ausfuhr in den Ostblockraum machte 1970 einen großen Sprung nach vorn und steigerte sich gegenüber 1968 um 282 %; diese Entwicklung, die 1971 nicht fortgesetzt werden konnte, zeigt jedoch langfristige Absatzmöglichkeiten für die westdeutsche Papierindustrie auf.

c) Übersee

Die Ausfuhr nach Übersee hat für die westdeutsche Papierindustrie durch die Schwerpunktverlagerung in die EWG und den weiteren europäischen Raum zwangsläufig an Bedeutung verloren. Der Anteil der Ausfuhr nach Übersee sank seit 1952 ständig und bewegt sich seit 1967 unter zehn Prozent der Gesamtausfuhr. Ähnlich der Ausfuhrentwicklung in die Ostblockstaaten, konnten aber die Ausfuhrmengen erheblich gesteigert werden. D.h. zwischen 1952 und 1971 konnte die Ausfuhr mengenmäßig versechsfacht werden.

Tabelle 50: BRD-Ausfuhrentwicklung nach Übersee 1952-1971

Jahr	1000 t	Anteil in % der Gesamtausfuhr
1952	10,2	40,7
1958	12,0	17,1
1962	17,4	14,6
1964	20,8	12,5
1966	23,5	11,0
1968	29,8	8,2
1969	36,7	7,5
1970	60,4	9,9
1971	65,5	8,9

Auch bei der sortenmäßigen Untersuchung fällt die hohe Qualität auf. Es handelt sich um Produkte aller Hauptsortengruppen. Ein eindeutiger Schwerpunkt liegt dabei aber bei der Sparte Technische und Spezialpapiere.¹⁾

Die wichtigsten Partner auf der Ausfuhrseite waren 1970 in Afrika die Südafrikanische Union (8.497 t; 12,3 Mill. DM), Nigeria (3.742 t; 4,6 Mill. DM), Kongo Kinshasa (1.420 t; 2,1 Mill. DM), Ghana (1.429 t; 1,5 Mill. DM) und Algerien (911 t; 1,3 Mill. DM). Alle anderen Länder führten aus der BRD Papier und Pappe im Werte von unter einer Million DM ein. Der Anteil der zuerst aufgeführten Länder an der Gesamtausfuhr nach Afrika macht etwa 82 % aus.

Nach Amerika gingen 1970 19.682 t Papier im Wert von 37 Mill. DM, davon nach Brasilien 8.151 t (12,3 Mill. DM), nach Venezuela 3.852 t (3,5 Mill. DM), in die USA 3.179 t (10,3 Mill. DM) und nach Argentinien 1.690 t (3,8 Mill. DM). Weitere Mengen im Wert über eine Million DM gingen nach Mexiko (444 t = 1,8 Mill. DM) und Chile (365 t = 1,1 Mill. DM). Diese sechs Länder führten 90 % der mengenmäßigen Ausfuhr der BRD nach Amerika ein.

Nach Asien gingen 2,6 % der westdeutschen Papier- und Pappeausfuhr. Den größten Anteil führte Japan mit beinahe 4.000 t (14,9 Mill. DM) ein. Danach folgten Malaysia 3.404 t (3,2 Mill. DM), Iran 1.896 t (2,7 Mill. DM), VR China 1.600 t (1,0 Mill. DM), Indien 1.067 t (3,0 Mill. DM), Hong Kong 474 t (1,1 Mill. DM) und Israel 394 t (1,1 Mill. DM). Diese sieben Länder machten 81 % der mengenmäßigen und 83 % der wertmäßigen Ausfuhr nach Asien aus.

Von den 5.200 t (8,1 Mill. DM) Papier und Pappe, die nach Australien und Ozeanien geliefert wurden, betrug der mengen-

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 58

und wertmäßige Anteil des Bundesstaates Australien etwa 94 %.

Die Abhängigkeit des Außenhandels vom Entwicklungsstand wird beim westdeutschen Überseehandel der Branche deutlich, denn nur mit den überseeischen Industrieländern und einigen relativ weit entwickelten Staaten der Dritten Welt kam es 1970 zu nennenswerten Handelsgeschäften.

Die westdeutsche Papierausfuhr entwickelte sich in den letzten sechs Jahren nach Erdteilen aufgeteilt wie folgt:

Tabelle 51: BRD-Ausfuhr nach Erdteilen 1966 - 1971 in 1000 t

Jahr	Afrika	Amerika	Asien	Australien	Übersee insges.	Europa	Ausfuhr insges.
1966	7,9	7,6	4,5	3,4	23,4	189,2	212,6
1968	9,7	9,0	7,1	4,0	29,8	333,8	363,6
1970	19,5	19,7	15,9	5,2	60,3	546,9	607,2
1971	18,5	25,0	17,4	4,6	65,5	669,9	735,4

Die Ausfuhr der westdeutschen Papierindustrie hat sich zwischen 1968 und 1971 mehr als verdoppelt. Diese Steigerung ist bei der mengenmäßigen Aufteilung nach Erdteilen mit der Ausnahme Australien überall zu erkennen. Nach einer durch die Wirtschaftsintegration initiierte Umverteilung der Ausfuhr auf den europäischen Wirtschaftsraum mit dem Schwerpunkt der EWG verändern sich die Marktanteile der westdeutschen Papierindustrie auf dem internationalen Markt nur sehr unwesentlich, und die kontinuierlich steigende Ausfuhrquote der Branche verteilt sich jetzt beinahe mit konstantem Schlüssel auf die weltweiten Wirtschaftsgebiete.

Untersucht man die Qualitätsortierung der westdeutschen Ausfuhr, so fällt der überdurchschnittliche Anteil der Hauptsortengruppen Technische und Spezialpapiere und -pappen auf.

Bei diesen Sorten hat die westdeutsche Papierindustrie nun schon traditionell eine hervorragende Position.¹⁾

2. Einfuhrentwicklung

a) Besondere Situation Zellstoff

Schon bei der Untersuchung der Importentwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß die Einfuhr für die westdeutsche Papierindustrie von weitaus größerer Bedeutung ist als die Situation auf der Ausfuhrseite, da sich die Einfuhr sowohl mengen- als auch wertmäßig in viel größeren Dimensionen bewegt. Die hohe Abhängigkeit der EWG, insbesondere der westdeutschen Papierindustrie von den Exportländern der EFTA wird schon bei der Halbstoffversorgung ersichtlich. 1953 wurden 36,9 % des Zellstoffverbrauchs importiert. Bis 1971 vergrößerte sich dieser Anteil auf 69,6 %, d.h. mehr als zwei Drittel der verbrauchten Zellstoffe wurden eingeführt.

So werden in der BRD Sulfatzellstoffe, deren Verbrauchsquote ständig steigt, nicht mehr hergestellt. Der Sulfatzellstoff machte 85 % (1971) der Gesamtzellstoffimportquote aus, während die Sulfitzellstoffe nur zu etwa 23 % importiert wurden. Innerhalb der Sortengruppen kam es dabei in erster Linie zu überproportionalen Steigerungen der besseren gebleichten Qualitäten. "Die starke Steigerung des Verbrauchs von Sulfatzellstoffen geht fast ausschließlich auf den verdreieinhalbfachten Verbrauch (1960-1969 d.Verf.) von gebleichten und angebleichten Qualitäten zurück, während der Einsatz von ungebleichtem Sulfatzellstoff stagnierte."²⁾ Ähnlich verläuft die Umstrukturierung beim Sulfitzellstoff.³⁾ Diese Entwick-

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 58

2) GREFERMANN, Klaus, a.a.O., S. 51

3) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, S. 38

lung findet ihre Erklärung vor allem in den gestiegenen Ansprüchen der Verbraucher und neuen Produktqualitäten.

Der Anteil der EFTA-Staaten an dieser Importentwicklung ist gravierend. Es kamen 1971 z.B. etwa 57 % des eingeführten Sulfatzellstoffes und 70 % des Sulfitzellstoffes aus dieser Freihandelszone (insgesamt werden knapp 60 % des Papierzellstoffes aus der EFTA eingeführt).¹⁾

Die wichtigsten Zellstoffimporte kommen aus folgenden Ländern:

Tabelle 52: Zellstoffimportentwicklung 1959-1971 nach Ländern
in 1000 t

Lieferland	Sulfatzellstoff		Sulfitzellstoff		Insgesamt	
	1959	1971	1959	1971	1959	1971
Schweden	189,1	424,3	76,7	59,2	265,8	483,5
Finnland	66,1	110,6	19,7	7,1	85,8	117,7
Österreich	4,0	1,5	24,5	1,7	28,5	3,2
Benelux	.	24,0	.	1,5	.	25,5
Frankreich	1,6	4,6	1,0	24,7	2,6	29,3
USA	57,1 ³⁾	97,2	2,7 ³⁾	8,7	59,8 ³⁾	105,9
Kanada		279,0		1,5		280,5
sonst. Länder	11,2	41,1	21,6	32,7	32,8	73,8
Insgesamt	329,1	982,3	146,2	137,1	475,3	1119,4

Aus der obigen Tabelle wird der bedarfs- und produktionsinduzierte Wandel von Sulfit- zum Sulfatzellstoff ersichtlich. In den 13 Jahren seit der Gründung der EWG verdreifachte sich die Sulfatzellstoffeinfuhr, während die Sulfiteinfuhr leicht rückläufig war. Bei der ländermäßigen Betrachtung wird aber auch die dominierende Position der nordischen EFTA-Staaten und Nordamerikas deutlich, die vor allem ihre Quoten auf

1) ohne Halbzellstoff (Zollposition 4701 20)

2) ohne Tarifpositionen 4701 20, 4701 91, 4701 95, 4701 99

3) Werte 1959 gelten für USA und Kanada zusammen.

dem Sulfatzellstoffsektor ausbauen konnten. Die Abhängigkeit der westdeutschen Papierindustrie von diesen großen Importländern wurde mit der Aufgabe der einheimischen Sulfatzellstoffherstellung noch verstärkt.

Tabelle 52 zeigt aber auch gewisse Wachstumsraten innerhalb der Gemeinschaft, die jedoch bei Berücksichtigung des Gesamtverbrauchs von 1.654.261 t Papierzellstoff (1971) relativiert werden. Dieses Mißverhalten zwischen Verbrauch und Erzeugung von Papierzellstoff ist in der gesamten EWG vorhanden. Kein Land der Gemeinschaft ist in der Lage, seinen Papierzellstoffbedarf auch nur annähernd selbst zu decken, so daß es generell zu einer mehr oder weniger starken Abhängigkeit von den traditionellen Zellstoffexportländern kommt,¹⁾ die im zunehmenden Maße aber auch gleichzeitig als Konkurrenten auf dem Papier- und Pappemarkt auftreten.

Tabelle 53: Einfuhrsituation Zellstoff 1970 in der EWG
(in 1000 t)²⁾

Bezieherland	Zellstoff- verbrauch	Einfuhr	% des Verbrauchs
BRD	1969	1485	75,4
Belgien/Lux.	382	304	79,6
Frankreich	1957	1231	62,8
Italien	1285	1175	91,3
Niederlande	582	591 ³⁾	100,0
Insgesamt	6175	4786	77,4
=====	=====	=====	=====

Die einzelnen EWG-Länder decken ihren Importbedarf in folgender Weise:

- 1) So wurden 1970 61,3 % der EWG-Zellstoffeinfuhr aus der EFTA und 33,9 % aus Nordamerika getätigt.
- 2) Trockenverhältnis (90 : 100)
- 3) Differenz kommt durch Lagerhaltung zustande.

Tabelle 54: Verteilung der Zellstoffzufuhr (EWG) nach Ländern (1000 t) im Jahre 1970¹⁾

Bezieherland	EWG	EFTA	Sonstige
BRD	62	898	525
Belgien/Lux.	16	177	111
Frankreich	48	857	326
Italien	55	626	496
Niederlande	49	374	168
Insgesamt	230	2932	1624
=====			

In der EWG-Halbstoffbilanz des Zellstoffs spiegelt sich die Situation der westdeutschen Papierindustrie wider. Die Zellstoffproduktion der Gemeinschaft wie auch der BRD liegt bei etwa 53 % der Einfuhrquote.

Die europäische Wirtschaftsintegration zur EWG hat diesen starken Einfuhranstieg auf dem Sektor Zellstoff nicht verhindern oder hemmen können. Wie die Tab. 52 zeigt, hat nur in sehr geringem Maße eine Umlenkung der Handelsströme stattgefunden. Auf diesem Sektor kann von einer Diskriminierung nicht gesprochen werden, da die Zollsätze weitgehend nicht ausgeschöpft wurden und Zollkontingente im erheblichen Ausmaß²⁾ eingerichtet wurden.

Bei der folgenden Untersuchung der Papierimporte aus Drittländern wird die Wettbewerbssituation auf dem wichtigsten Gebiet der Vorstufenproduktion zu berücksichtigen sein.

b) Papierimport aus EFTA-Ländern

Die wichtigsten Papierexporteure für die BRD in ihrer landesmäßigen Aufteilung wurden in Tab. 36 gezeigt. Dabei stehen für das Jahr 1971 an erster und zweiter Stelle Länder

1) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 72

2) So betrug das Zollkontingent der BRD für 1971 bei Sulfatzellstoffen 1,3 Mill. t. Vgl. Entwurf einer Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs (1968) Bundeszollblatt 1971 Nr. 64, S. 1500

der EFTA (Finnland und Schweden) und unter den zehn größten Exportländern für den westdeutschen Papiermarkt sind noch zwei weitere Staaten dieser Gemeinschaft (Österreich und Norwegen). Jedoch schon die beiden zuerst genannten Haupt-exportländer setzten 1971 mehr als 50 % der BRD-Einfuhrmenge ab. Der Anteil der EFTA-Staaten an der Papier- und Pappeeinfuhr in die westdeutsche Papierwirtschaft machte 1971 mengenmäßig 61,6 % (1,719 Mill. t) und wertmäßig 56 % (1,099 Mrd. DM) aus. Verfolgt man die Importentwicklung der westdeutschen Papierindustrie hinsichtlich der EFTA-Anteile, so wird die Bedeutung dieser Freihandelszone allgemein und die der nordischen Länder insbesondere, ersichtlich.

Tabelle 55: Entwicklung des Papierimports aus den EFTA-Ländern in die BRD

Jahr	Import aus der EFTA in 1000 t	Import insgesamt in 1000 t	EFTA-Anteil in v.H. der Gesamteinfuhr
1960	798	1067	74,8
1962	1055	1320	79,9
1964	1278	1664	76,7
1966	1363	1954	69,8
1968	1452	2296	63,2
1970	1703	2732	62,3
1971	1719	2812	61,6

Entsprechend dem großen Verbrauchszuwachs konnten die EFTA-Staaten ihre Ausfuhren in die BRD in den letzten 12 Jahren um etwa 116 % mengenmäßig erhöhen, ohne dabei allerdings ihren Importanteil gegenüber der gesamten Einfuhr halten zu können. Anteilsmäßig ging in den letzten 12 Jahren die Quote von 74,8 auf 61,5 % zurück. Die größten Importmengen innerhalb der EFTA kamen aus Finnland, Schweden, Norwegen und Österreich;¹⁾ die Entwicklung der Einfuhrmengen aus diesen vier Ländern verlief in diesem Zeitraum wie folgt:

1) Diese vier Länder werden nicht Mitglied der erweiterten EWG am 1.1.1973.

Tabelle 56: Entwicklung der Einfuhrmengen der wichtigsten
EFTA-Importländer in die BRD 1960 - 1971

Lieferland	Import in die	v.H. der Importe	
	BRD 1960 1000 t	aus EFTA	insgesamt
Finnland	297	37,2	27,8
Schweden	305	38,2	28,6
Österreich	117	14,7	11,0
Norwegen	71	8,9	6,6
Insgesamt	790	99,0	74,0
=====			
Lieferland	Import in die	v.H. der Importe	
	BRD 1971 1000 t	aus EFTA	insgesamt
Finnland	661	38,4	23,6
Schweden	631	36,7	22,5
Österreich	198	11,6	7,1
Norwegen	213	12,3	7,6
Insgesamt	1703	99,0	60,8
=====			

Diese vier Länder repräsentieren sowohl 1960 als auch 1971 99 % der mengenmäßigen Einfuhr aus der EFTA in die BRD. Sie stellen auch 1971 noch beinahe zwei Drittel der gesamten Einfuhr dar. Schweden und Finnland haben in dieser Zeit immer relativ gleichmäßig expandiert und sich in der Rangordnung auf Platz eins des öfteren abgelöst. Anders dagegen sieht es bei Norwegen und Österreich aus. Norwegen konnte die österreichischen Papierexporte in die BRD mengenmäßig überholen. Es verdreifachte seine Exporte in die BRD. Österreich entwickelte sich hier unterdurchschnittlich. (Steigerungsrate bei 70 %)

Eine Sortenbetrachtung zeigt, daß etwa 98 % der EFTA-Ausfuhr in die BRD (1971) den Massenpapieren der Hauptsorten-
gruppen Graphische Papiere und Verpackungspapiere und -pappen
zugerechnet werden muß.

Tabelle 57: Sortenmäßige Verteilung der EFTA-Exporte in
die BRD 1958-1971 in 1000 t

	<u>1958</u>				
	Finn- land	Norwe- gen	Öster- reich	Schweden	Rest-EFTA
Graphische Papiere	86	27	67	67	2
Verp.Papiere	84	10	14	105	3
Verp.Pappen	15	3	10	12	1
Hygienepapiere	.	.	1	1	1
Techn.u.Spez. Papiere	.	.	.	.	.
Techn.u.Spez. Pappen	.	.	.	.	.
Insgesamt	185	40	92	185	7
=====					
	<u>1971</u>				
Graphische Papiere	378	179	159	250	7
Verp.Papiere	195	32	26	318	2
Verp.Pappen	77	1	5	57	2
Hygienepapiere	6	.	1	3	1
Techn.u.Spez. Papiere	6	1	4	3	3
Techn.u.Spez. Pappen	.	.	2	.	.
Insgesamt	662	213	197	631	15
=====					

Wie Tab. 57 zeigt, stellt allein die Gruppe Graphische Papiere schon über 56 % der Importmenge aus den EFTA-Staaten dar. Bei dieser Hauptsortengruppe liegen auch die mengenmäßig großen Zuwachsraten.

Dabei spielt die Position Zeitungspapiere mit knapp 2/3 der Gesamtmenge (1971) die weitaus größte Rolle; hier gibt es auch Zollkontingente der EWG, deren größte Anteile der BRD zukommen.¹⁾

1) Gem. Verordnungsentwurf EWG-Kommission für 1972 zunächst ein Kontingent für Zeitungspapier in Höhe von 840.000 t. Vgl. Nachtrag zu den VDP-Mitteilungen 5/6 v. 15.12.1971, S. 2

Mit Ausnahme Schwedens (Verpackungspapiere) führt die Hauptsortengruppe Graphische Papiere in allen Ländern die mengenmäßige Rangordnung an. In der Hauptsortengruppe Papier für Verpackungszwecke haben die ungebleichten Kraftlinerpapiere,¹⁾ Halbzellstoffpapiere und verschiedene ungebleichte Kraft- und Kraftsackpapiere die höchsten Exportanteile. Bei allen genannten Sorten handelt es sich in erster Linie um Papiere auf Zellstoffbasis,²⁾ die entsprechend der Standortvorteile und günstigen Produktionsverhältnisse bei der Halbstoffgewinnung in Skandinavien besonders vorteilhaft hergestellt werden können.

Bei allen Hauptsortengruppen wird die Vorrangstellung der skandinavischen Papiererzeuger deutlich.

Die Einfuhr aus der Schweiz, Dänemark und Großbritannien ist unbedeutend geblieben, da hier durch hohen Eigenverbrauch und eigene Kapazitäts- und Rohstoffengpässe keine nennenswerten Warenüberschüsse der Branche für den Außenhandel zur Verfügung stehen. Diese drei Länder müssen selbst ihre Papierversorgung durch Importe ausgleichen. Sie ähneln somit in ihrer Versorgungsbilanz den sechs Staaten der Kern-EWG.

Aber auch Portugal mit seiner wenig entwickelten Produktions- und Verbrauchsstruktur kann seinen relativ geringen Bedarf von 266.000 t (1971) Papier und Pappe nicht selbst decken, da nur etwa 201.000 t im eigenen Lande produziert werden.

Im Rahmen der EWG-Einfuhr aus den EFTA-Staaten steht die westdeutsche Papierindustrie mit Abstand an erster Stelle. Auf sie kamen 1970 knapp 55 % der Gesamteinfuhr aus der Freihandelszone in die Gemeinschaft. Die einzelnen Länder der EWG führten zwischen 1960 und 1970 aus der EFTA folgende Papier- und Pappemengen ein:

1) bis zu 225 g/qm

2) vorwiegend Sulfatzellstoff

Tabelle 58: EWG-Papiereinfuhr nach Ländern aus der EFTA
1960 und 1970

	1960		1970		
	Einfuhr in v.H. d. (1000 t) Gesamt-einfuhr EWG u.EFTA		Einfuhr in v.H. d. (1000 t) Gesamt-einfuhr EWG u. EFTA	Wachs- d.Gesamt- tum 1960/70 in v.H.	
BRD	798	57,5	1703	54,6	113
Belgien/Lux.	146	10,5	261	8,4	79
Frankreich	139	10,0	569	18,3	309
Italien	96	6,9	141	4,5	47
Niederlande	210	15,1	441	14,2	110
Insgesamt	1389	100	3115	100	124
=====					

Den größten Importzuwachs aus der EFTA innerhalb der Gemeinschaft hat Frankreich, ohne jedoch die dominierende westdeutsche Stellung erreichen zu können. Die niederländische Importentwicklung aus der EFTA ist der westdeutschen sehr ähnlich, während Belgien/Luxemburg und Italien nur sehr unterdurchschnittliche Wachstumsraten haben. Die Papier- und Pappeinfuhr der Gemeinschaft aus der EFTA hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt. Sortenmäßig handelt es sich in erster Linie um die Hauptsortengruppen der Massenspapiere (Graphische und Verpackungspapiere). Die Importmengen werden dabei ähnlich der BRD-Situation aus den skandinavischen Staaten und Österreich geliefert.¹⁾ Die Anteile der EFTA-Staaten an den nationalen Importen der EWG-Länder sind seit 1960 bis auf Frankreich überall zurückgegangen, es kam zu einer gewissen Umleitung der Warenströme. Die EFTA-Staaten konnten aber trotzdem ihren Papier- und Pappeabsatz in der Gemeinschaft verdoppeln.

Die Wirtschaftsintegration der Kern-EWG hat sich somit auf die Handelsbeziehungen mit den EFTA-Staaten nur sehr bedingt handelshemmend ausgewirkt. Die Beschleunigung des wirtschaft-

1) So wurde in der BRD 1970 aus Finnland z.B. mehr Papier und Pappe (650 648 t) eingeführt als die gesamte westdeutsche Papierindustrie im gleichen Zeitraum ausfuhrte (607 167 t).

lichen Wachstums und des Papierverbrauchs hat die Diskriminierungseffekte der EWG mit ihrem Gemeinschaftszoll weitgehend kompensiert.

c) Ostblock-Staaten

Der Außenhandel mit dem Ostblockraum gestaltet sich sehr schwierig und nimmt nur sehr langsam zu.¹⁾ Jedoch zeigt sich auch hier in den letzten Jahren ein Intensivierungsansatz. Die Einfuhrentwicklung seit 1965 läßt diesen Trend erkennen, obwohl hier ähnlich der Ausfuhrsituation starke Schwankungen vorhanden sind, so daß ein endgültiger Schluß nicht möglich ist.²⁾ Auf jeden Fall sind die einzigen kontinuierlich wachsenden Einfuhren aus der UdSSR festzustellen, die 1971 beinahe die Hälfte der Papier- und Pappeexporte aus dem Ostblock in die BRD ausmachten.³⁾

Tabelle 59: Entwicklung der Papier- und Pappeinfuhr aus den COMECONländern in 1000 t

Land	1965	1967	1969	1971
UdSSR	.	0,2	8,4	17,9
Rumänien	2,1	4,1	18,1	10,6
CSSR	3,9	7,2	10,7	7,8
Polen	3,3	1,7	0,2	1,1
Ungarn	.	.	1,8	0,1
Insgesamt	9,3	13,2	39,2	37,5
=====				

Nennenswerte Einfuhrmengen kommen noch aus Jugoslawien (1971 7309 t); hierbei handelt es sich vorwiegend um Graphische Papiere. Aber auch der Handel mit Jugoslawien unterliegt größeren Lieferschwankungen.

Die sortenmäßige Verteilung der Einfuhr aus dem Ostblock zeigt Ähnlichkeiten mit den Exportländern der EFTA. Es werden vor allem preiswerte Massenspapiere in der westdeutschen Papierwirtschaft abgesetzt (Graphische und Verpackungspapiere);

1) Vgl. S. 149

die anderen Hauptsortengruppen fehlen weitgehend. Sie werden im Ostblock auch nicht in ausreichendem Maße produziert.

Tabelle 60: Sortenmäßige Verteilung der Einfuhr aus den COMECONstaaten in t (1971)

Hauptsortengruppe	UdSSR	Polen	CSSR	Ungarn	Rumänien
Graph. Papiere	888	20	5300	33	7806
Verpack.papiere	16994	1114	2040	16	2740
Verpack.pappe	-	-	478	-	20
Hygienepapiere	-	8	21	-	1
Insgesamt	17882	1142	7839	49	10567
=====	=====	=====	=====	=====	=====

Da den Produktionskapazitäten und Rohstoffreserven in Nord- und Westeuropa Grenzen gesetzt sind, ist im Ostblockhandel mit einer weiteren Belebung zu rechnen.¹⁾ Jedoch sind dieser Entwicklung auch Beschränkungen auferlegt: Neben den auf politischem Sektor liegenden Schwierigkeiten einer Ausweitung des Osthandels ist der schnelle Zuwachs des Eigenverbrauchs der COMECON-Staaten zu nennen.²⁾

d) Übersee

Betrachtet man die überseeischen Papierindustrien, so ist erkennbar, daß nur wenige Länger über größere Kapazitäten verfügen und somit als Exportländer infrage kommen könnten; die USA als Land mit den größten Produktionsstätten der Welt und

2) v. S. 163: So schwankten die Einfuhrzahlen aus Ungarn z.B. zwischen 1968 und 1971 wie folgt: 1968 21 t, 1969 1810 t, 1970 130 t und 1971 49 t.

3) v. S. 163: Die UdSSR hatten vor sieben Jahren noch keinen nennenswerten Ausfuhranteil in der BRD. 1971 liegt dieses Land auf Platz 11 der Papier- und Pappelieferländer für die BRD. Die UdSSR liegt damit vor westdeutschen Nachbarländern wie Dänemark, die Schweiz und die CSSR, mit denen traditionell jahrhundertelange Handelsbeziehungen bestehen.

1) Während der Ostblockanteil an der Papier- und Pappeinfuhr 1965 noch bei 0,5 % lag, kamen 1971 schon 1,3 % der Einfuhren aus diesem Gebiet (ohne DDR-Handel).

2) Die Verbrauchsentwicklung der UdSSR: pro Kopf der Bevölkerung: 1939 = 5,0 kg, 1963 = 17,0 kg und 1970 = 27,0 kg. Vgl. FISCHER, Emil, Weltpapierstatistik, a.a.O., S. 18 und VDP-Mitteilungen 1972, Nr. 1

Kanada mit seinen großen Rohstoffreserven. Daneben hat nur noch Japan in den letzten 20 Jahren (mit enormen Wachstumsraten)¹⁾ eine Papierindustrie aufbauen können, die weltweit exportfähig ist.

Tabelle 61: Überseeische Papierkapazitäten²⁾

Land	Produktion (Mill.t)		Verbrauch je Kopf Bevölkerung kg 1970
	1950	1970	
USA	22,1	45,2	251,6
Kanada	6,2	11,1	180,5
Japan	0,9	13,0	121,6
Brasilien	0,2	1,1	13,6
Australien	0,2	1,0	119,1
<u>Vergleich:</u>			
EWG	4,3	15,4	99,7
EFTA	4,7	17,1	123,9
UdSSR	1,5	6,7	27,0
BRD	1,6	5,5	125,0
DDR	0,5	1,2	72,6
Welt	43,7	129,7	36,2

Viele andere Länder verfügen zwar über Produktionsstätten, diese können aber nicht einmal den Eigenbedarf auch nur annähernd decken. Eine ganze Reihe von Entwicklungsländern hat überhaupt noch keine eigene Produktion aufbauen können.³⁾

So sind die großen und konkurrenzfähigen Anbieter aus Übersee auf dem europäischen und insbesondere westdeutschen Papiermarkt die USA mit einem Anteil von etwa 35 % der Weltproduk-

1) So hat sich Japan in den letzten 20 Jahren auf Platz 2 der Weltproduktionsliste vorschieben können. Vgl. Tab. 61

2) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 64

3) So wurde 1967 nur in 14 von insgesamt 40 selbständigen Staaten Afrikas Papier hergestellt. Vgl. FISCHER, Emil: Papierindustrie in den Entwicklungsländern, in: Papier Report 1970/71, a.a.O., S. 3

tion¹⁾ und Kanada. Für kleinere Handelsgeschäfte kommt noch Japan infrage, während alle anderen Länder keine oder nicht nennenswerte Mengen auf den europäischen Markt bringen.

Die Einfuhr der BRD aus diesen drei Ländern hat sich seit Bestehen der EWG sehr unterschiedlich entwickelt.

Tabelle 62: Entwicklung der westdeutschen Papiereinfuhr aus den USA und Kanada in 1000 t

Jahr	USA 1000 t	Kanada 1000 t
1958	25,2	2,8
1961	92,4	2,4
1964	134,8	10,0
1967	171,7	69,7
1969	326,4	98,0
1971	382,6	57,1

Bei der Betrachtung der Tab. 62 fällt sofort die dominierende Rolle der USA auf, die 1971 die dritte Position unter den 10 größten Papierlieferländern der BRD hatte. Auch Kanada gehört noch in diese Gruppe der "Großen Zehn".²⁾ Während jedoch die Importe aus Kanada wieder abnehmen, steigen die überseeischen Importe aus den USA ständig und schnell. Kein Land mit so hohen Einfuhrmengen in die BRD konnte seine Exporte auf dem westdeutschen Markt so schnell verdoppeln (1967-1969). Der Anteil Nordamerikas an der westdeutschen Einfuhrmenge hat sich zwischen 1965 und 1971 von 10,9 auf 15,6 % erhöht. Während die Einfuhr aus den EFTA-Ländern bei noch geringfügig steigenden Tonnagen³⁾ anteilmäßig abnimmt,

1) Der größte Papierhersteller der USA, die International Paper, produzierte 1970 Papier und Pappe im Werte von 1,841 Mrd. \$. Das ist mehr als die gesamte westdeutsche Industrie im Vergleichsjahr umsetzte (4,963 Mrd. DM). Vgl. APR 1972, Nr. 16, S. 596

2) Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 54 f., vgl. auch Tab. 36

3) Absolute Steigerungsraten Einfuhr 1971 gegenüber 1970 z.B. bei Finnland + 1,6 %, Schweden + 4,6 %, Norwegen - 15,1 %. Vgl. VDP-Leistungsbericht 1971, a.a.O., S. 54

können die nordamerikanischen (USA) Papier- und Pappeproduzenten immer noch neue Mengenanteile auf dem westdeutschen Markt gewinnen (Zuwachsrate 1971 gegenüber 1970 18,0 %). Die japanische Papierindustrie wirkt sich trotz der einmaligen Expansion und hervorragenden Position in der Weltrangliste auf dem europäischen Markt kaum aus; das liegt zum einen in der geographischen Lage und den damit verbundenen Transportkosten, zum anderen aber auch in den guten Absatzgebieten für japanische Papiere in der dritten Welt - vor allem in Südostasien - begründet.

Bei der sortenmäßigen Untersuchung der Einfuhren aus Übersee fällt auf, daß etwa 84 % der Importe aus den USA auf die Hauptsortengruppe Verpackungspapiere fallen. Wieder handelt es sich dabei um Massenpapiere auf Zellstoffbasis, dem ungebleichten Kraftliner bis 225 g/qm, der 99 % der Einfuhr dieser Hauptsortengruppe ausmacht. Neben dieser überragenden Position auf dem Sektor Verpackungspapiere werden aber auch alle anderen Hauptsortengruppen - wenn auch teilweise nur im geringfügigen Umfang - aus den USA eingeführt. (Vgl. Tab. 63)

Der Rückgang der Einfuhr aus Kanada liegt zum größten Teil in einer Umstrukturierung des Zeitungsdruckpapierbedarfs in der BRD. Einige große westdeutsche Papierimporteure kaufen ihre Zeitungsdruckpapiere jetzt vermehrt in Nordeuropa oder greifen auf die ausgebauten inländischen Kapazitäten zurück. Der Einfuhrbedarf an kanadischem Zeitungsdruckpapier hat nachgelassen.

Tabelle 63: Sortenmäßige Entwicklung der überseeischen Importe 1958-1971 in 1000 t

	USA		Kanada	
	1958	1971	1958	1971
Graph. Papiere	0,2	26,3	2,4	30,2
Verp. Papiere	24,2	323,3	0,4	26,4
Verp. Pappe	0,6	31,7	.	0,5
Sonst. Qualität.	0,2	1,3	.	.
Insgesamt	25,2	382,6	2,8	57,1
=====				

Trotz des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG und der hohen Transportkostennachteile konnten die USA und Kanada als die großen Papierhersteller der Welt ihre Ausfuhr in den westdeutschen Markt stark ausweiten und vor allem preiswerte Verpackungspapiere absetzen.

Die europäische Wirtschaftsintegration hat den Handel Nordamerikas auf dem Sektor Papier, Pappe und Zellstoff¹⁾ mit Westeuropa und insbesondere mit der BRD als größtem Produzent und Importeur der Gemeinschaft, nicht beeinflusst. Es ist zu einer überproportionalen Ausweitung der westdeutschen Importe aus den USA gekommen.

C. Einfluß der Integration auf den EWG-Handel der Papierwirtschaft

1. Binnenhandelsentwicklung der EWG als Gesamtheit

Voraussetzung für eine positive Integrationsentwicklung entsprechend den Zielen des EWG-Vertrages von Rom sind Volkswirtschaften mit ähnlichem Industrialisierungsgrad und Lebensstandard.²⁾ Das trifft für die Staaten der Kern-EWG weitgehend zu. Der Industriesektor, der Gegenstand der Untersuchung war, ist in allen Mitgliedsstaaten vertreten und stand vor ähnlichen Problemen: dem hohen Verbrauchszuwachs bei Produktions- und vor allem Rohstoffengpässen und der Konkurrenz der traditionellen Exportländer Skandinaviens und Nordamerikas.

Schon während des Zollabbaus innerhalb der Gemeinschaft kam es in der Papierwirtschaft zu einer starken Belebung des binnenwirtschaftlichen Handelsverkehrs, in dessen Verlauf die

1) Vgl. hierzu die Ausführungen auf S. 154 f.

2) Vgl. VINER, Jacob, a.a.O., S. 51

westdeutsche Papierindustrie und alle anderen nationalen Branchen ihre Exporte immer mehr in der Gemeinschaft absetzten. So gingen 1971 70,8 % der westdeutschen Gesamtausfuhr in die EWG. Dabei entwickelten sich besonders intensiv die Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden, die beide gemeinsam schon 1969 etwa 82 % der westdeutschen Papier- und Pappeausfuhr in die Gemeinschaft aufnahmen.

Entsprechend der besonderen geographischen Lage und produktions- und verbrauchsbedingten Ausgangslage entwickelte sich der Verkehr mit Italien langsam. Seit 1968 wird die italienische Papierwirtschaft aber immer stärker in die Gemeinschaft integriert.

Während sich beispielsweise die Gesamteinfuhr der EWG-Papierindustrie zwischen 1961 (2,305 Mill. t) und 1970 (5,629 Mill. t) nur gut verdoppelte, konnte sich der binnenwirtschaftliche Anteil von 0,414 Mill. t (1961) auf 1,544 Mill. t (1970) erhöhen: Der Steigerung der Gesamteinfuhr um 144 % steht ein Wachstum der binnenwirtschaftlichen Importe von 274 % gegenüber. Der Anteil der binnenwirtschaftlichen Einfuhr an der Gesamteinfuhr stieg in der EWG von 17,9 % auf 27,5 % zwischen 1961 und 1970.

Tabelle 64: Einfuhrentwicklung der EWG-Papierwirtschaft

Land	<u>1961 - 1970</u>		
	Gesamt- einfuhr i. 1000 t	<u>1961</u> Anteil aus der EWG in 1000 t	in % der Gesamt- einfuhr
BRD	1.175	154	13,1
Belgien/Lux.	310	121	39,1
Frankreich	244	24	9,9
Italien	239	30	12,5
Niederlande	337	85	25,2
Insgesamt	2.305	414	17,9
=====			

Land	1970	
	Gesamt-einfuhr i. 1000 t	Anteil aus der EWG in 1000 t in % der Gesamteinfuhr
BRD	2.732	586 21,5
Belgien/Lux.	642	307 48,0
Frankreich	1.042	292 28,0
Italien	375	62 16,5
Niederlande	838	297 35,2
Insgesamt	5.629	1.544 27,5
=====		

Die Einfuhrentwicklung innerhalb der EWG lag bei der Bundesrepublik und Belgien/Luxemburg etwa im EWG-Durchschnitt. Italien hatte einen geringeren Integrationszuwachs.¹⁾ Frankreich machte die größte Wendung zur Gemeinschaft mit einer Verzwölffachung der binnenwirtschaftlichen Einfuhr. Auch die niederländische Binneneinfuhr war überdurchschnittlich.

Frankreich machte aber auch gleichzeitig die größte Einfuhrentwicklung überhaupt durch: Während 1961 zwischen Erzeugung und Verbrauch nur ein Versorgungsdefizit von 80.500 t Papier und Pappe (Einfuhr 8,6 % des Verbrauchs) lag, waren es 1970 663.000 t (Defizit = 21,7 % des Verbrauchs).

Auch auf der Ausfuhrseite ist eine verstärkte Ausrichtung auf den Binnenmarkt zu erkennen. 1961 wurde gerade soviel binnenwirtschaftlich ausgetauscht, wie die Bundesrepublik 1970 allein in die EWG ausfuhrte. Während sich die Ausfuhr der EWG insgesamt zwischen 1961 und 1970 um knapp 200% erhöhte, vervierfachten sich beinahe die Ausfuhrmengen im zwischenstaatlichen Verkehr der Gemeinschaft.

1) Italien hat auf der Einfuhrseite außerdem auch die geringsten binnenwirtschaftlichen Anteile mit 16,5 % an der Gesamteinfuhr.

Tabelle 65: Ausfuhrentwicklung der EWG-Papierwirtschaft
1961-1970

Land	<u>1961</u>		
	Gesamtaus- fuhr in 1000 t	in 1000 t	Anteil in die EWG in % der Gesamt- ausfuhr
BRD	107	37	34,6
Belgien/Lux.	118	103	87,3
Frankreich	163	71	43,5
Italien	26	4	15,4
Niederlande	345	191	55,4
Insgesamt	759	406	53,5
=====			
	<u>1970</u>		
	Gesamtaus- fuhr in 1000 t	in 1000 t	Anteil in die EWG in % der Gesamt- ausfuhr
BRD	607	406	67,0
Belgien/Lux.	369	240	92,0
Frankreich	379	262	69,1
Italien	288	94	32,6
Niederlande	600	488	81,3
Insgesamt	2.243	1.590	70,4
=====			

Tab. 65 zeigt die unterschiedlichen Ausgangslagen und die Verstärkung der binnenwirtschaftlichen Handelsbeziehungen innerhalb der EWG im Verhältnis zur Gesamtausfuhr. Dabei konnten vor allem die Bundesrepublik Deutschland und Italien den Handelsaustausch mit der Gemeinschaft intensivieren.

Die höchsten binnenwirtschaftlichen Verflechtungsgrade hatten schon zu Beginn der EWG die Beneluxstaaten; diese Erscheinung war durch die frühe Kooperation dieser drei Länder vor der EWG-Gründung ausgelöst und innerhalb der EWG dann schnell weiter entwickelt worden. Belgien/Luxemburg und die Niederlande haben jetzt sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite den höchsten Integrationsgrad in der Gemeinschaft erreicht (vgl. hierzu die Tabellen 64 und 65). Es folgen dann die Länder Frankreich und Bundesrepublik Deutschland.

Diese beiden Länder mit den höchsten Produktions- und Verbrauchszahlen der Gemeinschaft haben erst innerhalb der EWG ihre Auslandsinteressen verstärkt auf die Wirtschaftsgemeinschaft umgelenkt.

Italien hat entsprechend der geographisch peripheren Lage und der gesonderten papierwirtschaftlichen Situation¹⁾ zwar die höchsten Zuwachsraten bei der Produktion, dem Verbrauch und der Außenhandelsentwicklung, es hatte aber auch gleichzeitig in der Versorgungsbilanz die geringsten Defizite (Einfuhr 1970 nur 10,6 % des Verbrauchs).

Tabelle 66: Produktions- und Verbrauchsentwicklung der
EWG-Länder in 1000 t 1959-1970

Land	1959		1970	
	Erzeugung	Verbrauch	Erzeugung	Verbrauch
EWG	8028	8890	15421	18807
BRD	3111	3834	5504	7629
Belgien/Lux.	378	512	773	1046
Frankreich	2336	2350	4134	4797
Italien	1263	1331	3451	3538
Niederlande	940	863	1559	1797

Die Produktion von Papier und Pappe hat sich zwischen 1961 und 1970 in der gesamten EWG knapp verdoppelt,²⁾ während in den gleichen 10 Jahren der Verbrauch noch höher stieg (112 %). Dem schnellen Verbrauchszuwachs folgten die Produktionsinvestitionen nicht in allen Ländern. Die belgische Papierindustrie konnte mit der Verbrauchsentwicklung Schritt halten. Die Branchen der Bundesrepublik und Frankreichs als Hauptproduzenten und -verbraucher blieben hinter dieser Entwicklung

- 1) Italien hatte den geringsten Papier- und Pappeverbrauch pro Kopf der Bevölkerung innerhalb der Gemeinschaft und somit auch die höchsten Zuwachsraten. Vgl. hierzu auch Kap. IV A 6.
- 2) Die Produktion in der Gemeinschaft stieg zwischen 1959 und 1970 um 92 %.

ebenso zurück wie die Niederlande. Nur Italien konnte trotz des überproportionalen Verbrauchszuwachses auch adäquate Produktionsmengen fertigen: Es kam hier fast zu einer Verdreifachung der Produktion seit Beginn der EWG.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Papierindustrie in allen Partnerstaaten der EWG erheblich gewachsen ist: 1970 wurden 165 % der Produktion von 1961 gefertigt. Der Verbrauch stieg in diesem Zeitraum noch schneller, nämlich um 173 %. Die Entwicklung war somit in der EWG schneller als beispielsweise in der EFTA.¹⁾ Jedoch wurden im Verlauf dieser Entwicklung alle Staaten der Gemeinschaft importabhängig.²⁾ Der Absatz der einzelnen nationalen Branchen innerhalb der Gemeinschaft hat sich beinahe vervierfacht. Die Wirtschaftsintegration der EWG hat zu einer Belebung des binnenwirtschaftlichen Handels und zu einem erhöhten Verbrauchswachstum in der Papierwirtschaft geführt.

2. Außenhandelsentwicklung der EWG mit Drittländern als Gesamtheit

Der Handel der EWG-Staaten mit Drittländern auf dem Papiermarkt hat anteilmäßig abgenommen. Trotzdem wird die binnenwirtschaftliche Situation der Gemeinschaft - ähnlich der nationalen der Bundesrepublik - immer noch weitgehend geprägt von diesen Drittländern, insbesondere den traditionellen Exportländern Skandinaviens und Nordamerikas. Der doppelte Konkurrenzdruck auf dem Halbstoff- und Fertigproduktmarkt durch die genannten Standort- und Produktionsvorteile macht die Besonderheit dieser Abhängigkeit aus. Allein die EFTA-Staaten exportierten mit 3,115 Mill. t Papier und Pappe 1970

1) EFTA-Produktion 156 % und Verbrauch 147 % !

2) 1959 hatten die Niederlande noch einen positiven Saldo in der Handelsbilanz auf dem Papier- und Pappesektor (vgl. Tab. 66).

über die Hälfte (56 %) der gesamten EWG-Einfuhr in die Gemeinschaft. Aus der EFTA kommen somit doppelt soviel Waren in die Gemeinschaft als im binnenwirtschaftlichen Handelsaustausch umgesetzt werden. Allein die Bundesrepublik führte aus dieser Freihandelszone noch mehr ein als in der Gemeinschaft untereinander gehandelt wurde. Die Einfuhr aus der EFTA in die Gemeinschaft hat sich zwischen 1961 und 1970 beinahe verdoppelt (193 %).

Tabelle 67: Papier- und Pappeinfuhr aus Drittländern
1961-1970

Land	Importe in 1000 t 1961		Importe in 1000 t 1970	
	aus EFTA	Sonstige	aus EFTA	Sonstige
BRD	910	111	1703	443
Belgien/Lux.	170	18	261	74
Frankreich	184	35	569	181
Italien	142	67	141	172
Niederlande	231	21	441	100
Insgesamt	1637	252	3115	970
=====				

Anders verlief die Einfuhrentwicklung mit den "sonstigen Ländern"; vor allem die außereuropäischen Exportländer USA und Kanada konnten ihren Absatz in der Gemeinschaft zwischen 1961 und 1970 vervierfachen.

Die EWG-Länder führen aus diesen Drittländern doppelt soviel Papier und Pappe ein wie von ihr mengenmäßig in den gleichen Raum ausgeführt werden.

Beim Vergleich der beiden relevanten Exportblöcke EFTA und Nordamerika fällt auf, daß der Anstieg der Importe aus dem fernerer Amerika viel schneller verlief als aus der europäischen EFTA. Diese Entwicklung war auch schon bei der gesonderten BRD-Analyse aufgefallen. Als Grund hierfür kann der sich abzeichnende eigene Engpaß der Rohstoff- und Produktions-

kapazitäten der nordeuropäischen Länder angeführt werden. Die EFTA ist aber immer noch der weitaus größte Handelspartner der einzelnen EWG-Staaten.¹⁾ Es muß jedoch festgehalten werden, daß die Anteile rückläufig sind²⁾ und z.Z. neben einer Intensivierung des binnenwirtschaftlichen Warenaustausches vor allem die Einfuhr aus überseeischen und teilweise aus osteuropäischen Ländern weiterentwickelt wird. Diese Ländergruppe konnte ihren Einfuhranteil an den Gesamtimporten der Gemeinschaft zwischen 1961 und 1970 von 11 auf 17,3 % erhöhen.

Auf der Ausfuhrseite sieht die Entwicklung ähnlich aus. Die Exporte der EWG in Drittländer wurden zu Beginn der EWG weitgehend geprägt von den Niederlanden, die beispielsweise 1961 knapp die Hälfte der Gesamtausfuhr der Gemeinschaft in Drittländer ausmachten. Die Niederlande führten dabei in erster Linie in die EFTA aus.³⁾ Die 1961 in der EFTA abgesetzten Waren der Gemeinschaft stammten zu 2/3 aus den Niederlanden. Durch die Handelsausweitung mit den Partnerstaaten ging die Ausfuhr der Niederlande in Drittländer insgesamt zurück. Die holländische Gesamtausfuhr in die EFTA betrug 1970 nur noch 43 % der Exporte von 1961. Diese Entwicklung ist in der Gemeinschaft einmalig, denn andere Partnerländer konnten ihren Absatz in der EFTA verdoppeln.

Dieses frühere niederländische Übergewicht führte zu einem leichten Rückgang der Gesamtexporte der Gemeinschaft in die Freihandelszone EFTA.

-
- 1) Als Ausnahme ist jedoch wieder die italienische Papierindustrie zu nennen. Italien ist das einzige Land mit stagnierenden Einfuhren aus der EFTA. Hier sind die Importe aus anderen Drittländern sogar höher.
 - 2) Einfuhranteil an den Gesamtimporten der Gemeinschaft sank zwischen 1961 und 1970 von 71 auf 56 %.
 - 3) Hauptabnehmer der niederländischen Papier- und Pappeindustrie ist dabei die britische Wirtschaft.

Tabelle 68: EWG-Papier- und Pappeausfuhr in Drittländer
1961-1970

Land	Exporte in 1000 t 1961		Exporte in 1000 t 1970	
	in EFTA	Sonstige	in EFTA	Sonstige
BRD	44	26	86	115
Belgien/Lux.	7	8	14	15
Frankreich	9	84	9	108
Italien	5	18	14	180
Niederlande	134	19	58	54
Insgesamt	199	155	181	472
=====				

War die Ausfuhrsituation der EWG-Papierwirtschaft in die EFTA von Stagnation gezeichnet, so konnten sich die Exporte in das übrige Europa (außer EWG und EFTA) und nach Übersee mehr als verdreifachen, d.h. der Anteil der Exporte in Drittländer außerhalb der EFTA nahm noch leicht zu. Bei den Exporten in sonstige Länder fällt der hohe Anteil Italiens und Frankreichs auf. Bei Frankreich liegen durch das frühere Kolonialreich besondere Wirtschaftsbeziehungen zu überseeischen Drittländern vor. So konnten auch in den zehn Jahren des Untersuchungszeitraumes die französischen Exporte in EFTA-Länder nicht gesteigert werden.

Italien machte aber wieder die größte und schnellste Entwicklung durch. Es hat in den letzten 10 Jahren seine Exporte in Drittländer verzehnfacht. Die italienische Papierindustrie ist der größte Exporteur der Gemeinschaft in Drittländer außerhalb der EFTA (1970). Diese Entwicklung ist zweifelsohne durch die geographische Sonderlage Italiens beeinflusst worden, die einen intensiveren Handelsaustausch mit dem Mittelmeerraum zwangsläufig fördert.

VII. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und Beleuchtung der Wettbewerbsposition der westdeutschen Papierindustrie in einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft

=====

Fünfzehn Jahre nach der Gründung der EWG hat das Schrifttum über allgemeine Integrationsfragen einen Umfang erreicht, der einen umfassenden Überblick kaum noch zuläßt. Aufgabe dieser Untersuchung war es daher nur, für einen industriellen Teilssektor der Gemeinschaft den Integrationsablauf mit weitgehend empirischen Daten aufzuzeichnen und ggf. die weitere Entwicklung auf der Grundlage der Bedarfsvoraussetzungen und der geplanten Integrationserweiterung und Intensivierung zu prognostizieren.

Das Situationsbild der EWG-Papierwirtschaft nach 15 Jahren Wirtschaftsintegration wurde stark durch die westdeutsche Papierindustrie beeinflusst. Die Bundesrepublik Deutschland stellt den weitaus größten Verbrauchermarkt für Papier und Pappe in Europa dar. Die westdeutsche Branche hat die größten Produktionskapazitäten, die höchste Papier- und Pappeproduktion in Europa; sie hat aber auch gleichzeitig den größten Einfuhrbedarf.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß der sechs Länder der Kern-EWG hat eine Umstrukturierung des Industriesektors eingeleitet. Es kam zu einer Veränderung der Produktpalette, daneben wurde eine unionsweite Kooperationsphase eingeleitet.¹⁾ Erste Ansätze von multinationalen Unternehmenskonzeptionen werden zwangsläufig durch den Trend zum Großbetrieb ersichtlich. Die Konzentrationsbewegung in der Branche überspringt nationale Grenzen.

Die EWG hat zweifelsohne eine Wachstumsphase in allen betei-

1) So werden die Interessen der Branche innerhalb der EWG in der CEPAC konzentriert und gewahrt.

ligten Ländern hinter sich. Obwohl noch nicht genau gesagt werden kann, "welchen Beitrag die Gemeinschaft dazu geleistet hat, ... wird allgemein anerkannt, daß dieser Beitrag bedeutend war und daß die Integration allen Mitgliedsstaaten genutzt hat."¹⁾

Überdurchschnittliches Wachstum in Produktion und Verbrauch konnte für die Papierindustrie der BRD und der gesamten EWG festgestellt werden. Der schnelle Verbraucherzuwachs wurde aber aus den verschiedensten genannten Gründen nicht voll auf dem binnenländischen Markt gedeckt. Die Krise der Branche 1968/71 hat ihren Ursprung in der laufenden Umstrukturierung und den tiefgreifenden Wettbewerbsnachteilen gegenüber den traditionellen Papierexportländern.

Die Europäische Gemeinschaft hat eine internationale Handelsausweitung eingeleitet und zu einer Umlenkung der Warenströme geführt. Es kam - wie erwartet -²⁾ zu einer Intensivierung des Binnenhandels. Diese Entwicklung spielte sich vor allem auch in der westdeutschen Papierwirtschaft ab. Die Handelsumlenkung, durch die EWG-Gründung induziert, von vielen Wirtschaftstheoretikern als Diskriminierung des freien Welthandels vorausgesagt, konnte weitgehend abgeschwächt werden. Bei noch immer absolut wachsenden Einfuhrmengen aus der EFTA nahm jedoch der Importanteil dieses Raumes an der Gesamteinfuhr der Gemeinschaft ab. Die Drittländer außerhalb der EFTA konnten dagegen ihre Handelsanteile überproportional ausweiten. Die Wirtschaftsintegration Westeuropas brachte der Papierindustrie der Gemeinschaft eine Intensivierung des Binnenhandels und die Umstrukturierung des Außenhandels mit Drittländern.

1) Europäische Gemeinschaften: Drittes Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik, in: AB1. der EG Nr. L 49 v. 1.3.1971, S. 8

2) Es läßt sich nachweisen, "daß der blockinterne Güteraus-tausch sowohl in der EWG wie in der EFTA im allgemeinen stärker expandierte, als der Verkehr zwischen den beiden Gruppen. Das ist indessen nur eine Selbstverständlichkeit." KÜNG, Emil, a.a.O., S. 277

Diese Entwicklung des europäischen Industriesektors stellt auch weitgehend das Spiegelbild der westdeutschen Situation dar. Die einzelnen Partnerstaaten konnten zwar in den Details oft unterschiedliche Erfolgsergebnisse erzielen, generell aber kam es zu einer Anpassung und Harmonisierung der nationalen Branche in der Gemeinschaft. Die größte Anpassungsbewegung machte dabei zweifelsohne die italienische Papierindustrie.

Der Beitritt der drei neuen EWG-Staaten am 1.1.1973 wird die Papierindustrie der Gemeinschaft stärken.¹⁾ Nach Ablauf der Übergangszeit 1977 wird der Handel mit diesen Ländern ähnlicher Verbrauchs- und Produktionsstruktur intensiviert werden. Vor allem die britische Branche (zweite Position in Produktion und Verbrauch in Europa) und Papierwirtschaft wird zu einem bevorzugten Handelspartner der kontinentalen Papierindustrie werden. Von diesen drei Mitgliedsländern werden keine Störungen der Konsolidierungsbewegung ausgehen. Es ist eher nach der Erweiterung des "Integrationsstorsos"²⁾ zu einer Abrundung des europäischen Industriekerns gekommen, da vor allem Großbritannien noch zu diesem Zentrum gehört.³⁾

Mit dem Brüsseler Freihandsabkommen, das nunmehr 14 Staaten umfaßt,⁴⁾ beginnt am 1.1.1973 gleichzeitig ein neues Kapitel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa. Diese Freihandelszone schließt mindestens drei große Papierexportländer (Schweden, Finnland, Österreich und evtl. Norwegen) ein. Dieser besonderen Situation wurde bei Vertragsschluß im Juli 1972 Rechnung getragen, indem eine verlängerte Übergangs- und Anpassungsregelung für diese Branche geschaffen wurde. Der bis 1984 fixierte Zollabbau mit den Richtplafonds

-
- 1) "Je größer eine Zollunion ist, desto ausgeprägter wird ihre handelsschaffende Wirkung sein." VINER, Jacob, a.a.O., S. 51
 - 2) Vgl. PREDÖHL, Andreas, Außenwirtschaft, a.a.O., S. 241
 - 3) Vgl. PREDÖHL, Andreas, Weltwirtschaftskrise, a.a.O., S. 137 u. 81
 - 4) Die Stellung Norwegens und Spaniens zur neuen Freihandelszone ist noch ungeklärt.

als Orientierungshilfen für Produktion, Verbrauch und Investition gewährleistet eine langfristige Konsolidierung der europäischen und nicht zuletzt der westdeutschen Papierindustrie.

Dabei wird es zu einer weiteren qualitativen und quantitativen Umstrukturierung des Handelsaustausches kommen. Die Papierindustrie der Gemeinschaft wird im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung dabei durchaus in der Lage sein, einen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Anteil an der notwendigen Papierversorgung Europas und der Welt zu leisten.¹⁾

Die von der EG-Kommission eingeleitete sektorale Industriepolitik für den Bereich Papier/Zellstoff wird die Wettbewerbsgrundlage der Branche verbessern und eine neue Harmonisierungsphase einleiten. 1971/72 wurden "die Weichen für eine der Verbrauchsentwicklung angepaßte normale Wachstumsentwicklung der Europäischen Zellstoff- und Papierindustrie"²⁾ gestellt.

Eine weitere Intensivierung des Handelsverkehrs zeichnet sich ab. Der Rangwert der westdeutschen Papierindustrie wird letztlich von der Entwicklung des Außenhandels abhängen.

1) Vgl. EG-Kommission: 5. Gesamtbericht 1972, a.a.O., S. 28

2) AENGENEYNDT, Robert: Zum Abschluß der Verhandlungen mit den EFTA-Neutralen, in: APR 1972, Nr. 41, S. 1453

Abkürzungsverzeichnis

APR	Allgemeine Papier-Rundschau
Aschzell	Aschaffenburg Zellaufbereitung Aktiengesellschaft
BSP	Bruttosozialprodukt
CEPAC	Confederation Européenne de l'Industrie des Pates, Papiers et Cartons
COMECON	Council for Mutual Economic Aid
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
HPV	Hauptverband der Papier-, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie e.V.
HWB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
PWA	Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
VDP	Verband Deutscher Papierfabriken e.V. - Vereini- gung der Papier-, Zellstoff- und Holzstoffer- zeugung, Bonn
WfP	Wochenblatt für Papierfabrikation
Zellwald	Zellstofffabrik Waldhof Aktiengesellschaft
ZfbF	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
Zbhf	Zeitschrift für handelswissenschaftliche For- schung

Literaturverzeichnis

=====

1. Selbständige Bücher und Schriften

- AFHELDT, Heike: Die Homogenität nationaler Binnenmärkte und die Heterogenität des Euromarktes. Diss., Hamburg 1967
- AMMOSER, Friedrich: Das Wettbewerbsverhalten der deutschen Tapetenindustrie und des Tapetenhandels im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt. Diss. TU Berlin 1966
- ARNDT, Helmut: Die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft. Pfullingen 1966
- BAER, Emil: Die Versorgung Deutschlands mit Zeitungsdruckpapier. Diss. Heidelberg 1929
- BALASSA, Bela: The Theory of Economic Integration. London 1962
- BALBACH, Günter: Europäische Wirtschaftsintegration. Diss. Mannheim 1956
- BEHRENS, Karl Christian: Betriebslehre des Aussenhandels, Essen 1957
- BEHRENS, Karl Christian: Der Standort der Handelsbetriebe. Der Standort der Betriebe. Hrsg.: Karl Christian Behrens. Band 2, Köln und Opladen 1965
- BEHRENS, Karl Christian: Kurze Einführung in die Handelsbetriebslehre. Stuttgart 1966
- BEHRENS, Karl Christian: Allgemeine Standortbestimmungslehre mit einem Anhang über Raumordnung. Der Standort der Betriebe in Industrie, Handel, Transport und Landwirtschaft. Band 1, Köln und Opladen 1961
- BIRKHANN, Bruno: Die Standortverschiebungen in der papiererzeugenden Industrie Europas. Diss. Kiel 1935
- BLAISSE, P.A. u.a.: Bericht zur Sanierung der EWG-Papierindustrie. Den Haag 1967
- BOLLHALTER, Arno: Der schweizerische Papiermarkt in der wirtschaftlichen Integration Europas. Diss. Tübingen 1959
- BREMEIER, Eberhard: Westdeutsche Industrieanlagen - Exporte in die Sowjetunion - Entscheidungsrahmen und Entscheidung. Diss. FU Berlin, 1971

- BROTZLER, C. und HORSTEN, G.: Kosten- und Leistungsrechnung in einem mehrstufigen Betrieb der Papierindustrie, Hrsg. vom RKW, Schriftenreihe: Rechnungswesen als Führungsinstrument. Frankfurt 1969
- BUBENZER, Gert: Der westdeutsche Holzmarkt. Preise und Monopolstellung der Forstwirtschaft. Diss. Köln 1961
- BÜCHNER, Richard: Unternehmung und Markt. Zürich 1956
- DOLLESCHALL, Fritz: Die europäische Wirtschaftsintegration (Problem der wirtschaftlichen Größenstruktur in der Forschung). Diss. Hochschule für Welthandel Wien 1969
- ERDMANN, Paul und ROGGE, Peter: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer. Basel/Tübingen 1960
- FRICK, Gustav A.: Die schweizerische Papierfabrikation. Diss. Bern 1923
- FRIEDLÄNDER, Ernst: Wie Europa begann. Köln 1965
- GEBHARDT, A.: Zellstoff- und papiererzeugende Industrie - Technische Veränderungen und ihre ökonomischen Auswirkungen. Ifo-Institut München 1968 (als Manuskript gedruckt)
- GINAT, Hartwig: Besondere Probleme der Absatzplanung in den Betrieben der Zeitungsdruckpapierindustrie. Diss. Köln 1959
- GEMPT, Olaf: Zukunftsperspektiven der europäischen Automobilindustrie - Zwang zu weiterer Konzentration? Wirtschaftspolitische Studien, Nr. 23. Hrsg. von Harald Jürgensen, Göttingen 1971
- GERMANN, Heinrich: Der Betriebsvergleich in der Papierindustrie. Diss. Wien 1942
- GLEITZE, Bruno: Ostdeutsche Wirtschaft, Industriestandorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschlands. Berlin 1956
- GÖTZ, Helmut: Die Papierindustrie der Tschechoslowakei. Diss. Frankfurt/M. 1929
- GREFERMANN, Klaus: Zellstoff- und Papiererzeugung. Hrsg. v. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. München, 2. völlig neu bearbeitete Auflage, Berlin-München 1971
- GROEBEN, Hans von der: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Motor der gesellschaftlichen und politischen Integration. Hrsg. vom Walter Eucken-Institut - Nr. 25, Tübingen 1970

- GRÖNDAHL, Uwe: Die Wettbewerbsposition der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie in einer europäischen Integration. Diss. Kiel 1963
- GRÜN, Götz Giselher: Die deutsche Zeitungsdruckpapier erzeugende Industrie. Diss. Zürich 1966
- GUTENBERG, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. I. Band: Die Produktion. 14. Auflage, Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York 1968
- GUTTMANN, Henry: Die Weltwirtschaft und ihre Rohstoffe. Berlin 1956
- HABERLER, Gottfried: Der internationale Handel. Berlin-Heidelberg-New York 1970
- HÄDLER, Christian: Die Versorgung der deutschen Tagespresse mit Zeitungsdruckpapier. Diss. Nürnberg 1961
- HALLSTEIN, Walter: Hauptprobleme des Beitritts von Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft. Reihe: Zum Dialog Nr. 20 1968
- HAPPEL, Hans Walter: Kostendegression durch verbesserte Ausnutzung - dargestellt am Beispiel der Papierindustrie. Diss. Köln 1954
- HELLMANN, Rainer: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Eine Dokumentation, Baden-Baden 1972
- HENKNER, Klaus: Quantifizierung von Wettbewerbs- und Struktureffekten in der Exportentwicklung ausgewählter Industrienationen 1954 bis 1967. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Beiträge zur Strukturpolitik, Heft 15, Berlin 1971
- HENZLER, Reinhold: Betriebswirtschaftslehre des Außenhandels. Teil I, Hamburg 1962
- HENZLER, Reinhold: Marktunion. Eine betriebswirtschaftliche Wende. Köln-Opladen 1958
- HERRIGER, Manfred: Die Importfunktion im industriellen Bereich der Schweiz. Zürich/St. Gallen 1972
- HILL, Wilhelm: Betriebswirtschaftliche Maßnahmen des Klein- und Mittelbetriebes gegenüber den Auswirkungen der Integration. Zürich 1961
- HOESCH, Klaus: Organisation und Tätigkeit der Kartelle in der deutschen papiererzeugenden Industrie. Diss. Frankfurt/Main 1941
- HUSSMANN, Heinrich: Über das Buch. Wiesbaden 1968

- JUNKERMANN, Fritz-W.: Marktkonstellationen und Absatzpolitik in der westdeutschen Papierindustrie. Diss. Köln 1965
- KALVERAM, Wilhelm: Industriebetriebslehre. 6. Aufl. Wiesbaden 1953
- KASULKE, Winfried: Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Bonn 1971
- KEIM, Karl: Das Papier. Zweite vollkommen neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 1956
- KEIM, Karl: Geschichtliche Entwicklung der Papierherstellung und der Rohstoffe. Schriftenreihe zur Berufsausbildung in der Papierindustrie. Heft 2. Heidelberg 1954
- KEIM, Karl: Die Papiermaschine, Entwicklung von der Erfindung bis zur heutigen Hochleistungsmaschine. Schriftenreihe zur Berufsausbildung in der Papierindustrie, Heft 6, Heidelberg 1954
- KELLENBERGER, Eduard: Außenhandel - Neue und alte Theorie. Bern 1966
- KLAPPROTH, Justus: Eine Erfindung, aus gedrucktem Papier wiederum neues Papier zu machen und die Druckfarbe völlig herauszuwaschen. Göttingen 1774
- KÖSTER, Herrmann: Der Einfluß der europäischen Integration auf die Entwicklung der Eisen-Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Diss. Freiburg/Schweiz 1966
- KOSIOL, Erich: Die Unternehmung als aktionspolitisches Zentrum. Essen 1966
- KRÄMER, Hans R.: EWG und EFTA, Entwicklung, Aufbau und Tätigkeit. Stuttgart 1968
- KRAMER, Klaus: Der zwischenbetriebliche Vergleich in der Papier- und Pappenindustrie - Grundlagen, Organisation und Formen. Diss. Frankfurt/Main 1961
- KRENGEL, Rolf und Mitarbeiter: Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Statistische Kennziffern, 7. Folge 1958-1966, Berlin 1967
- KREUTZ, Peter: Die mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung nach Art. 86 EWG-Vertrag. Köln-Berlin-Bonn-München 1971
- KRUSCHWITZ, Lutz: Eigenerzeugung oder Beschaffung? Eigenverwendung oder Absatz? Berlin 1971

- KUSCHEL, H.-D.: Das Außenwirtschaftsrecht der EWG. Köln 1971
- LANGEN, Eugen: Marktbeherrschung und ihr Mißbrauch nach Artikel 86 des EWG-Vertrages. Baden-Baden-Bonn 1959
- LANGE-PROLLIUS, Horst: Ostwesthandel für die 70er Jahre. Bad Harzburg 1971
- LENEL, Hans Otto: Ursache der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Verhältnisses. Tübingen 1962
- LIEBICH, Ferdinand: Das GATT als Zentrum der internationalen Handelspolitik. Baden-Baden 1971
- LOHMANN, Martin: Wandlungen in den Betriebs- und Finanzierungsformen des deutschen Außenhandels. Jena 1938
- LOHSE, Eberhard: Prämienlohnsysteme - Formen und Anwendungsmöglichkeiten in der Zellstoff- und Papierindustrie. Diss. Darmstadt 1956
- MAILLET, Pierre; HIPPE, Gerhard; KRIJNSE LOCKER, Hugo; SUNNEN, Robert: Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Aufbau. Baden-Baden 1972
- MAYER, Leopold, und STEURER, Rudolf: Die Selbstkostenrechnung in der Papier-, Zellstoff-, Holzstoff- und Pappenindustrie. Hrsg.: Vereinigung österreichischer Papier-, Zellstoff-, Holzstoff- und Pappen-Industrieller. Wiesbaden 1959
- MEISSNER, Hans Günther: Außenwirtschaft. Stuttgart 1970
- MERTENS, Dieter: Die Wandlungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960. Diss. Freie Universität Berlin 1964
- MÜLLER-DE AHNA, Heinz-Axel: Die Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Absatzpolitik der Deutschen Pharmazeutischen Industrie. Diss. TU Berlin 1970
- MÜLLER-HILLEBRAND, Veit: Bedarfsbündelorientierter Absatz der Konsumgüterindustrie. Diss. Erlangen-Nürnberg 1971
- MYRDAL, Gunnar: Internationale Wirtschaft. Berlin 1958
- NERRETER, Wilhelm: Der Import und Export. Heft 3 (Der Import) Berlin 1965
- auf der NÖLLENBURG, Wilhelm: Die finanzielle Struktur der Papier- und Zellstoffindustrie. Berlin 1954
- auf der NÖLLENBURG, Wilhelm: Weltgeschichte im Papier. Berlin 1959

- auf der NÖLLENBURG, Wilhelm: Kulturgeschichte der Schriftträger. Berlin 1960
- Papierwirtschaft und europäische Integration. Schriftenreihe des Ente Nazionale per la Cellulosa e per la Charta. Rom 1961 (deutsche Übersetzung)
- PATRINOS, Dimitrios: Die Assoziierung Griechenlands mit der EWG. Diss. Hamburg 1970
- PREDÖHL, Andreas: Außenwirtschaft. 2. völlig neu bearbeitete Auflage. Göttingen 1971
- PREDÖHL, Andreas: Probleme und Phasen der Kennedy-Runde. Hamburg 1966
- PREDÖHL, Andreas: Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft. Reinbek bei Hamburg 1962
- OTTO, Ernst: Die deutsche Industrie im gemeinsamen Markt. Schriftenreihe zum Handbuch für europäische Wirtschaft, Heft 3 a, Baden-Baden-Köln 1959
- RAMSER, Hans J. und Mitarbeiter: Die Wettbewerbsverhältnisse in der Zellstoff- und Papierindustrie westeuropäischer Länder. Prognos AG. Europäisches Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung. Basel 1965
- RAU, Reiner: Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1971
- REIM, Rudolf: Die Wirtschaftseinheit Europa. Eine Prüfung der Grundlagen. Diss. Hochschule für Welthandel Wien 1966
- REINERTSEN, Philip: Pulp and Paper Industries in Sweden and Canada. Diss. Chicago/Ill. 1958
- RENKER, Arnim: Das Buch vom Papier. Leipzig 1934
- REINMÖLLER, Manfred: Die chemische Industrie und der Chemieaußenhandel der Europäischen Gemeinschaft. Diss. Mainz 1968
- REUTER, Ute Karin: Erfahrungen mit staatlicher Kartellpolitik in Deutschland von 1900 bis 1964 unter besonderer Berücksichtigung der Zellstoffindustrie. Diss. St. Gallen 1966
- RIBI, Rolf: Das COMECON. Diss. St. Gallen 1970
- RICH, Stuart U.: Marketing of Forest Products: Text and Cases. New York/St.Louis/San Francisco/Düsseldorf/London/ Mexico/Panama/Sydney/Toronto, 1970

- ROLFE, Sydney E. und DAMM, Walter: Die multinationale Unternehmung in der Weltwirtschaft. Baden-Baden 1971
- SACHS, Rudolf: Grundriß der Außenwirtschaft. Wiesbaden 1971
- SALOMON, Elisabeth: Die Papierindustrie des Riesengebirges in ihrer standortmäßigen Bedingtheit. In: A. Weber: Über den Standort der Industrie II. Teil, Heft 5, Tübingen 1920
- SANNWALD, Rolf und STROHLER, Jacques: Wirtschaftliche Integration. Theoretische Voraussetzung und Folgen eines europäischen Zusammenschlusses. Basel-Tübingen 1956
- SEIFERT, Hubertus: Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Köln-Opladen 1967
- SEYFFERT, Rudolf: Wirtschaftslehre des Handels. 3. Auflage, Köln-Opladen 1957
- SIEGLER, Heinrich von: Dokumente der Europäischen Integration I. Bonn/Wien/Zürich 1961
- SCHÄFER, Erich: Die Unternehmung. 6. Aufl. Köln-Opladen 1966
- SCHAEFFER, Jacob Chr.: Versuche und Muster ohne alle Lumpen oder doch mit einem geringen Zusatz derselben Papier zu machen. Regensburg 1765
- SCHIEBUHR, Fritz: Die Verminderung der Selbstkosten in der deutschen Papierindustrie insbesondere durch rationelle Energiewirtschaft. Biberach-Riß 1926
- SCHINDLER, Peter: Delegation von Zuständigkeiten in der Europäischen Gemeinschaft. Baden-Baden 1972
- SCHMITT, Matthias: Osthandel auf neuen Wegen. Hamburg 1968
- SCHÖNPLUG, Fritz: Betriebswirtschaftslehre. Methoden und Hauptströmungen. 2. Aufl. Stuttgart 1954
- SCHRÖDER, Roland: Die Zellstoff- und Papiererzeugung. Schriftenreihe des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 11. Berlin-München 1964
- SCHRÖDER, Roland: Die Papierverarbeitung und Druckerei-Industrie. Schriftenreihe des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 12. Berlin-München 1965
- SCHWARZ, Bernhard: Betriebswirtschaftliche Probleme der wirtschaftlichen Integration. Meisenheim am Glan 1967
- STANDKE, Klaus-Heinrich: Der Handel mit dem Osten. 2. Aufl. Baden-Baden 1972

- STAUDT, Richard: Die Standortwahl der deutschen Papierindustrie in theoretischer und historischer Untersuchung. Diss. Berlin 1926
- STIESCH, Horst: Die Bedeutung der gemeinsamen Verkehrspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Entwicklung der Raumstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1971
- STOCK, Walter: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Eine integrationspolitische Perspektive. Berlin 1972
- THIEL, Eberhard: Der Einfluß der wirtschaftlichen Integration Europas auf die Entwicklungstendenzen eines Industriezweiges. Diss. Münster 1960
- THOSS, Rainer: Die Standorte der Westdeutschen Papierindustrie. - Ein Programmierungsmodell. Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Herausgegeben im Auftrag Franz Meyers von Leo Brandt. Nr. 1328. Köln und Opladen 1964
- ULLMER, Walter und SCHMITT, Hans: Verkehrslehre des Außenhandels. 3. durchgesehene Aufl. Bad Homburg v.d.H.-Berlin-Zürich 1964
- UNGER, Fritz: Außenhandelsfinanzierung. Frankfurt/Main 1963
- USCHAKOW, Alexander: Ostmark im COMECON. Baden-Baden 1972
- VINER, Jacob: The Customs Union Issue. London 1950
- VOIGT, Heinz: Handbuch der langfristigen Exportfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. 1971
- Vom Papier. Herausgegeben von der Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke Aktiengesellschaft, anlässlich des 75jährigen Bestehens am 27.8.1960. Düsseldorf 1960
- WEBER, Adolf: Weltwirtschaft. 4. Aufl. 1959
- WEISSENFELS, Karl: Die Standorte der papierverarbeitenden Industrie Deutschlands. Diss. Köln 1930
- WICK, Hans Helmut: Strukturwandlungen der deutschen Zellstoff- und Papierindustrie in den sowjetisch besetzten und polnisch verwalteten Gebieten Deutschlands. Diss. Bonn 1970
- WIDMER, Max: Dumping und dumpingähnliche Tatbestände im Außenhandel. Zürich/St. Gallen 1961

WOERNER, Joachim: Verkaufen im Ausland. Praxis und Grundlagen des Außenhandels. Düsseldorf/Wien 1971

ZENK, Günter: Konzentrationspolitik in Schweden. Diss. FU Berlin 1970

2. Sammelwerke und Beiträge aus Sammelwerken

Betriebswirtschaftliche Probleme des Exports. Hrsg. Forschungsstelle für den Handel an der Hochschule St. Gallen. Bern 1965

BUDDEBERG, Hans: Geschäftszweiguntersuchungen, in: HWB 3. Aufl., Band II 1958

Die Integration Europas am Beispiel der Wirtschaftsbeziehungen Schwedens, der Niederlande und Frankreich mit ihren Nachbarländern. Hrsg. v. Ernst Weigt. Nürnberg 1969

ECKENSTEIN, Ch.: Die Ursprünge der Europäischen Freihandels-Assoziation, in: Europa im Umbruch, 2. Aufl. Basel 1963

ENDRES, Walter: Zellstoff-, Holzstoff-, Papier- und Pappenerzeugung. In: HdSW, Band 8. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1964

EWG und EFTA in wissenschaftlicher Diskussion. Hrsg. Ernst Lagler. Berlin 1961

Export - Import - Spedition. Handbuch für Praxis und Technik des Außenhandels. Hrsg. von Heiko Ohling. Hamburg 1951

FELDMANN, Heinz: Die Wettbewerbs- und Produktionssituation der westdeutschen Papierindustrie in der EWG, in: Industrie und EWG. Hrsg. v. Thomas Richters. Tübingen 1970

FESKE, Johannes: Außenhandelsfinanzierung - Problematik und Stand, in: Exportpolitik der Unternehmung. Hrsg. v. Herbert Jacob. Wiesbaden 1964

HABERLER, Gottfried: Die wirtschaftliche Integration Europas, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt. Hrsg. v. Erwin von Beckerath u.a. Frankfurt/M. 1957

HABERLER, Gottfried: Außenhandel (Theorie), in: HdSW, 5. Aufl. Band I. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956

HALLSTEIN, Walter: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: HdSW, Band III. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961

HAMM, Walter: Wettbewerb oder Interventionen als Regulativ der Branchenstruktur, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Dieter Cassel u.a. Stuttgart 1972

HAMMEL, Werner: Cost-Benefit-Analyse für eine Papierfabrik, in: Voraussetzungen einer globalen Entwicklungspolitik und Beiträge zur Kosten- und Nutzenanalyse. Hrsg. v. Rudolf Meimberg. Berlin 1971

Integration durch Währungsunion? - Symposium Juni 1970.
Hrsg. von Herbert Giersch. Tübingen 1971

KÜHN, Arthur: Entwicklungsländer, in: Handwörterbuch der Raumforschung und Raumplanung. Hrsg. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Hannover 1966

KÜNG, Emil: Rückwirkungen der EWG auf die übrigen westeuropäischen Länder, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart. Hrsg. v. Erich Schneider. Berlin 1965

MARKERT, Kurt: Marktmacht und ihre Kontrolle, Monopole und Zusammenschlüsse, in: Fragen des europäischen Kartellrechts. Hamburg 1970

MEADE, James: Probleme der Wirtschaftsunion souveräner Staaten, in: Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung. Tübingen 1955

PREDÖHL, Andreas und JÜRGENSEN, Harald: Europäische Integration, in: HdSW Band III. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961

Probleme des Europäischen Rechts. Hrsg. Ernst von Caemmerer u.a. Frankfurt/M. 1966

OBERPARLEITER, Karl: Außenhandel (betriebswirtschaftlich), in: HWB, 3. Aufl. Band I. Stuttgart 1956

RÖPKE, Wilhelm: Integration und Desintegration in der internationalen Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt. Hrsg. v. Erwin von Beckerath u.a. Frankfurt/M 1957

ROCKSTROH, Otto: Die wirtschaftliche Bedeutung der Verpackung, in: Handbuch der industriellen Verpackung. Hrsg. v. Otto Rockstroh. München 1972

ROCKSTROH, Otto: Packstoff: Papier, Karton, Pappe, in: Handbuch der industriellen Verpackung. Hrsg. v. Otto Rockstroh, München 1972

3. Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen, Berichte

AENGENEYNDT, Robert: Die Zellstoff- und Papierindustrie im Jahr 1973, in: APR Nr. 36 und 41, 1969

AENGENEYNDT, Robert: Konjunktorempfindlicher Papierbereich, in: APR Nr. 28, 1971

AENGENEYNDT, Robert: Zum Abschluß der Verhandlungen mit den EFTA-Neutralen, in: APR Nr. 41, 1972

- BAUMGART, Egon: Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Heft 1/2, Berlin 1972
- BECK, Karl: Der Beschäftigungsgrad. Eine Untersuchung aus der Papierindustrie, in: Der praktische Betriebswirt. Jahrgang 22, Heft 4, Berlin 1942
- BECK, Karl: Kostenprogressionen in der Papierindustrie, in: Der praktische Betriebswirt. Jahrgang 18, Heft 4, Berlin 1938
- BECKERMANN, Winfred und BACON, Robert: International Comparisons of Income Levels, in: The Economic Journal, Nr. 76, London 1966
- BENNET, M.K.: International Disparities in Consumption Levels, in: The Economic American Review, Nr. 41, 1951
- BLUMSCHEIN, Max: Standortprobleme der Zellstoff- und Papierindustrie, in: APR, Nr. 13, 1958
- BOHLE, Hermann: London pokert um Termine, in: Die Zeit v. 3.7.1971, S. 23
- BOSENECKER, Herrmann: Ein Papier-Riese wird geklebt, in: Die Zeit 1972, Nr. 20
- CEPAC: Ses Statistiques Annuelles 1969, Brüssel 1969
- DREWNOWSKI, Jan: Social Indicators and Welfare Measurement, Remarks on Methodology, in: The Journal of Development Studies ... Nr. 8, 1971/72
- DREWNOWSKI, Jan und SCOTT, W.: The Level of Living. Hrsg. United Nations Research Institute for Social Development. Report Nr. 4, Genf 1966
- ELBWART, Wilm von: Papierherstellung in Norwegen, in: WfP Nr. 13, 1972
- EFTA: 10. Jahresbericht der europäischen Freihandelszone 1969/70. Genf 1970
- ENDRES, Walter: Buchbesprechung zu Thoss, Rainer: Die Standorte der Westdeutschen Papierindustrie, in: ZfbF, 18. Jahrgang (Neue Folge), Heft 1, 1966
- EWG: Drittes Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik, in: AB1 der EG L 99 vom 1.3.1971, Brüssel 1971
- EWG-Kommission: Bericht über die wirtschaftliche Lage in den Ländern der Gemeinschaft, Brüssel 1958

EWG-Kommission: Industrie und Markt für Papierhalbstoffe aus Holz in der Gemeinschaft, Studienreihe Industrie Nr. 5, Brüssel 1970

EWG-Kommission: Globale Wettbewerbsverzerrungen und ihre Auswirkungen auf den Gemeinsamen Markt. Reihe Wettbewerb - Rechtsangleichung Nr. 11. Brüssel 1971

FAO: World Demand for Paper to 1975. Rom 1960

FAO: Outlook for Pulp and Paper Consumption, Production and Trade to 1985. Hrsg. v. FAO Advisory Committee on Pulp and Paper. Rom 1972

FAO: Die gegenwärtigen und künftiger Aussichten für Papier-Marktzellstoff. Hrsg. FAO Advisory Committee on Pulp and Paper. Rom 1972 (Deutsche Übersetzung)

FISCHER, Emil: Vorbelastete europäische Integration, in: Der Volkswirt. Frankfurt/M. Nr. 9, 1959

FISCHER, Emil: Die mitteldeutsche Papierindustrie im Lichte der Statistik, in: WfP Nr. 21, 1966

FISCHER, Emil: Zukünftige Versorgung mit Papierhalbstoffen, in: WfP Nr. 9

FISCHER, Emil: Weltpapierstatistik, in: Papier Report 1970/71. Heusenstamm 1970

FISCHER, Emil: Papierindustrie in den Entwicklungsländern, in: Papier Report 1970/71. Heusenstamm 1970

FISCHER, Emil: 100 Jahre deutsche Papierindustrie. Ein wirtschaftlich-historischer Rückblick, in: WfP Nr. 7, 1970

FISCHER, Emil: Wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklungstendenzen der Papierindustrie, in: Jahrbuch der Papier- und Zellstoffindustrie 1970/71, Darmstadt 1970

FISCHER, Emil: Papier und Pappe im Substitutionswettbewerb in der BRD, in: WfP Nr. 3, 1971

FISCHER, Emil: Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Papier und Pappe, in: WfP Nr. 9, 1971

FISCHER, Emil: Starke Zunahme des Welt-Papierverbrauchs, in: WfP Nr. 15, 1971

FISCHER, Emil: Leistungsbericht Papier 1971, in: WfP Nr. 18, 1972

FISCHER, Emil: Aus der Zellstoff- und Papierindustrie der Sowjetunion, in: WfP Nr. 21, 1972

- FÖRSTNER, Karl: Die Aufstellung von Produktionsplänen bei der Papiererzeugung, in: Operations Research - Verfahren I, Hrsg. von Rudolf Henn. Meisenheim am Glan, 1963
- GREIL, K.H. und BAUER, Ch.: Die Kosten der Papiererzeugung, in: WfP Nr. 2, 1971
- GYLEK, Viktor: Gedanken zu einer Integration der europäischen Integration, in: APR Nr. 20, 1960
- HAINDL, Georg: Aktuelle Probleme der deutschen Papierindustrie, in: WfP Nr. 22, 1968
- HECHLER, Erwin: Zwanzig Jahre deutsche Papierindustrie: 1950-1970, in: Das Papier Nr. 5, 1972
- HÖGER, Ernst: Ist die Altpapieraufbereitung heute noch problematisch? In: APR Nr. 25/26, 1969
- HPV: Statistik 1970/1971 - Hrsg. vom Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie e.V., Frankfurt/M. 1971
- KOENIG, Franz: Entwicklungstendenzen in der Papierindustrie und im Altpapierbedarf, in: WfP Nr. 21, 1970
- KRUK, Max: Massenpapiere unter Druck, in: FAZ v. 23.8.1972, S. 17
- MEISSNER, Hans Günther: Der Beitrag der multinationalen Unternehmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft, in: Kyklos, internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Vol. XXV, Fasc. 3, 1972
- MONTANER, Antonio: Außenhandelspolitik, in: Die Verwaltung Nr. 59, 1954
- MÜLLER-HENNEBERG, Hans: Papierindustrie und Kartelle, in: WfP Nr. 19, 1971
- OECD: Produktivitätsmessung - Ein internationaler Vergleich, übersetzt und herausgegeben vom RKW e.V. Abt. Sozialwissenschaften. Frankfurt/M. 1971
- OLLMANN, Heinrich: Der Holzverbrauch der BRD, Prognose der Entwicklung bis 1980, in: Mitteilung der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Nr. 84, Hamburg 1971
- OSARA, N.A.: Die Papierindustrie in den Siebziger Jahren, in: EFTA-Bulletin Nr. 3, 1970
- PASSAUER, Gerd, und NEUMANN, Joachim: Das Kostenbild der Zellstoff- und Papierindustrie, in: APR Nr. 28, 1967

- PASSAUER, Gerd: Lagebericht, in: WfP Nr. 11/12, 1972
- POPPOVIC, Hans: Europas Papierwirtschaft in der Integration, in: Der Volkswirt. Frankfurt/M. Heft 5, 1959
- SCHMITT, Christoph: Die EWG und Finnland, in: APR Nr. 22, 1972
- SOSTMANN, R.: Erdgas, eine wirtschaftliche Energiequelle in der Papierindustrie? in: WfP Nr. 15, 1969
- Statistisches Bundesamt: Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1972, Wiesbaden 1971
- STEINER, Julia: APR-Gespräch mit Dr. Anton Ernstberger, in: APR Nr. 10, 1972
- STEINER, Julia: APR-Gespräch mit Dr. Hans Gorsler, in APR Nr. 15, 1972
- STROHMAYER, Hans: Papierindustrie unter Import- und Preisdruck, in: Der Volkswirt, Frankfurt/M. 1959
- TESKE, G.: Aufgabe der Zellstoff- und Papierindustrie in der DDR, in: Zellstoff und Papier, Berlin (Ost) Nr. 4, 1957
- Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie e.V.: Der nordische Wettbewerb auf dem deutschen Papiermarkt. Bonn 1962
- Verband schwedischer Zellstoff- und Papierfabriken: Die schwedische Papierindustrie und die Verhandlungen Schwedens mit der EWG, in: Information Nr. 1, Stockholm 1972
- WEDDING, Klaus: Der europäische Holzmarkt, in: WfP Nr. 5, 1966
- WULF, V.: Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, in: APR Nr. 6, 1972
- o.V.: Die Auswirkungen der EFTA-Zollsenkungen auf den Papierhandel, in: EFTA-Bulletin Nr. 1, 1968
- o.V.: Die Zahl der Beschäftigten in der Holzschiiff-, Zellstoff-, Papier und Pappe erzeugenden Industrie in den einzelnen Bundesländern, in: WfP Nr. 22, 1968
- o.V.: Hoffnungen auf "Aschzell", in: Der Volkswirt Nr. 29, 1969
- o.V.: Feldmühle AG. Jahresbericht 1970, in: Das Papier Nr. 9, 1971

- o.V.: Tiefer Ertragseinbruch bei Flicktöchtern, in: Die Welt v. 29.7.1971
- o.V.: Ein "erwogenes" Kartell für holzfreie Papiere, in: Handelsblatt vom 13.9.1971
- o.V.: Schwedens Sonderwünsche stoßen in Brüssel auf wenig Gegenliebe, in: Die Welt v. 4.8.1971, S. 10
- o.V.: Schlußstrich unter die Kennedy-Runde, in: Handelsblatt v. 7.2.1972
- o.V.: EG-Verhandlungsposition für Papier und Pappe, in: APR-Extrablatt Nr. 20, 1972
- o.V.: Freihandelszonen vergrößern Euro-Markt, in: Handelsblatt v. 21./22.7.1972, S. 4
- o.V.: Finnland zweitgrößter Kartonexporteur der Welt, in: APR Nr. 6, 1972
- o.V.: Finnland und die EWG, in: APR Nr. 19, 1972
- o.V.: Wachsende Papier- und Pappeimporte Großbritanniens, in: Das Papier Nr. 8, 1972
- o.V.: Die Modelle der Integrationstheoretiker, in: Wirtschaftswoche Nr. 42, 1972
- o.V. Schlußerklärung und Kommunique von Paris, in: Der Tagesspiegel, Berlin, v. 22.10.1972, S. 9
- o.V.: Jeder zweite Kanada-Dollar wird am Holz verdient, in: Handelsblatt vom 13./14.10.1972, S. 7
- o.V.: Die regionale Verteilung der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie, in: APR Nr. 31, 1972
- o.V.: EWG-Spezialisierungs-Kartell für Zigarettenpapier und andere Dünnpapiere, in: WfP Nr. 18, 1972
- o.V.: Zellstoffmarkt vor erneutem Wandel, in: APR Nr. 36, 1972
- o.V.: Die großen Industrieunternehmen der deutschen Papierwirtschaft, in: APR Nr. 36, 1972
- o.V.: Kunststoff kann der Wellpappe noch wenig anhaben, in: Handelsblatt v. 12.9.1972, S. 6
- o.V.: Unser Wasser - ein Problem, das Staat, Industrie und Bürger betrifft, in: APR Nr. 33, 1972
- o.V.: Norwegen an der Schwelle zur EWG, in: APR Nr. 13, 1972

- o.V.: UdSSR, in: WfP Nr. 2, S. 73
- o.V.: Schwedischer Zellstoff wieder stärker gefragt, in: APR Nr. 26, 1972
- o.V.: Das demokratische Defizit der Gemeinschaft ist nicht mehr lange zu ertragen, in: Wirtschaftswoche Nr. 41, 1972
- o.V.: PWA erweitert Produktionsbasis in der EWG, in: APR Nr. 24/25, 1972
- o.V.: COMECON-Länder bauen gemeinsam eine Zellstofffabrik in Sibirien, in: WfP Nr. 8, 1972
- o.V.: Der Volkswirt Nr. 49, 1967, S. 2724
- o.V.: Der Volkswirt Nr. 44, 1967, S. 2419
- o.V.: APR-Extrablatt 31 v. 5.8.1972
- o.V.: Handelsblatt v. 15.8.1972, S. 6
- o.V.: Der Tagesspiegel Berlin v. 29.6.1972, S. 6
- o.V.: Handelsblatt - Gespräch mit Helmut Classen, Vizepräsident der Hamburger Handelskammer, in: Handelsblatt v. 8.11.1971, S. 12

4. Zeitungen, Zeitschriften, Geschäftsberichte und andere Periodika

- Allgemeine Papier-Rundschau, Heusenstamm, Jahrgänge 1964-1972
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Reihe L Rechtsvorschriften (Ausgabe in deutscher Sprache), Brüssel, Jahrgänge 1969-1972
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Reihe C Mitteilungen und Bekanntmachungen (Ausgabe in deutscher Sprache), Brüssel, Jahrgänge 1969-1972
- BIRKNER-Europa: Handbuch der Hersteller und Verarbeiter von Zellstoff, Papier und Pappe, Hamburg 1972
- Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Hrsg.: Generalsekretariat der Kommission, 1.-5. Jahrgang, Brüssel 1968-1972
- Das Papier. Zeitschrift für die Erzeugung von Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe. Darmstadt 1966-1972

Die Welt, Unabhängige Tageszeitung für Deutschland,
Hamburg 1969-1972

Der Tagesspiegel, Berlin 1969-1972

Der Volkswirt, Frankfurt/M, Jahrgänge 1966-1970 (bis Nr.
39)

Europäische Dokumentation - Ein Überblick. Hrsg. Europä-
isches Parlament (Sekretariat), Luxemburg 1969-1971

Europäische Gemeinschaft, Hrsg.:EG-Kommission, General-
direktion Presse und Information, Bonn 1969-1972

EG-Kommission: Zweiter (Dritter, Vierter, Fünfter) Gesamt-
bericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften Brüssel-
Luxemburg 1969 (1970, 1971, 1972)

EWG-Kommission: Dritter (Vierter bis Zehnter) Gesamtbe-
richt über die Tätigkeit der Gemeinschaft, Brüssel
1960 (1961 bis 1967)

EFTA-Bulletin: Jahrgänge 7 bis 11, Genf

FAZ (Frankfurter Allgemeine - Zeitung für Deutschland),
Frankfurt/M. 1970-1972

Geschäftsberichte der Feldmühle AG, Düsseldorf 1960 bis
1971

Geschäftsberichte der Aschaffenburg Zellstoffwerke,
Aschaffenburg - Sitz Redenfelden 1961-1969

Geschäftsberichte der Zellstofffabrik Waldhof AG, Mannheim
1964-1969

Geschäftsberichte der Europa Carton Aktiengesellschaft,
Hamburg 1960-1970

Geschäftsberichte der Schmalenbach-Lubeca-Werke AG,
Braunschweig 1958-1970

Geschäftsberichte der Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG,
München 1970/71

Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung, Industriekurier,
Düsseldorf, 1969-1972

OECD: The Pulp and Paper Industry, 1966-1967, Paris 1967,
The Pulp and Paper Industry, 1967-1968, Paris 1968
The Pulp and Paper Industry, 1969-1970, Paris 1970
Paper and Board Consumption Patterns and Development
Trends, in the OECD Countries 1950-1967, Paris 1970

- Pulp and Paper International. Review Number 1969, Vol. 11,
No. 8, Brüssel 1969
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.
Hrsg.: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart
und Mainz 1968-1972
- Statistisches Jahrbuch 1971 für die Deutsche Demokratische
Republik, Berlin (Ost) 1971
- Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie e.V.:
Papier: Ein Leistungsbericht 1960-1966, Bonn 1961-
1967
- Treuhandstelle der Zellstoff- und Papierindustrie e.V.:
Die Zellstoff-, Holzstoff-, Papier- und Pappenindustrie
im Jahre 1958-1966, Bonn 1959-1967
- VDP-Mitteilungen Bonn, Jahrgänge 1969-1971
- VDP: Papier: Ein Leistungsbericht 1967-1971, Bonn 1968-1972.
- VDP: Bericht über die Tätigkeit des VDP Verband Deutscher
Papierfabriken e.V. im Jahre 1968-1971, Bonn 1969-1971
- Wirtschaftskonjunktur. Berichte des IFO-Instituts für Wirt-
schaftsforschung, München 1964-1969
- Wirtschaftswoche: Jahrgänge 1970 (ab. Nr. 40) bis 1972
(Nr. 42), Frankfurt/M.
- Wochenblatt für Papierfabrikation, Fachzeitschrift für die
Papier-, Papp- und Zellstoffindustrie, Biberach
an der Riß 1969-1972
- Zeitschrift für Betriebswirtschaft, hrsg. v. Erich Guten-
berg, Wiesbaden 1969-1972
- Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (ZfbF).
Hrsg. Karl Hax u.a., Opladen 1969-1972

5. Sonstige Quellen

- Europa-Gesetze I-III, München 1964
- Birkner-Atlas mit eingezeichneten Standorten der Papier-,
Pappen-, Holzstoff- und Zellstoff-Fabriken in den
Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt
1964/65
- Birkner-Standortkarte 1968, Hamburg

- Die Bundesrepublik Deutschland in Karten (Atlas). Hrsg.: Patrick Schmidt, Emil Maynen, Erich Dittrich. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Institut für Landeskunde, Institut für Raumforschung, Bad Godesberg, Mainz 1965
- Einfuhrliste (Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz), Stand Oktober 1970, Minden, Frankfurt, Hamburg, Bonn 1971
- Eingabe des Verbandes schweizerischer Papier- und Papierstoff-Fabrikanten an den Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins betreffend Gemeinsamer Markt und Freihandelszone, vom 1. April 1957. Hrsg. von Verband schweizerischer Papier- und Papierstoff-Fabrikanten, Zürich 1957
- Kommunique der Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 1. und 2. Dezember 1969 im Haag, in: 3. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1969, Brüssel-Luxemburg 1970
- Mantel-Tarifvertrag für die gewerblichen Arbeiter der papiererzeugenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin vom 1.5.1958 in der Fassung vom 28.5.1968, einschließlich der Tarifverträge für den Durchfahrbetrieb in der Papierindustrie. Hrsg.: Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Deutschen Papierindustrie e.V., Kommentierte Ausgabe, Bonn 1968
- Standortkarte der Zellstoff-, Holzstoff-, Papier- und Pappenindustrie in der BRD. Hrsg.: VDP Verband Deutscher Papierfabriken e.V., Bonn 1969.
- Wörterbuch der philosophischen Begriffe. Hrsg. v. Johannes Hoffmeister, 2. Aufl. 1955
- PASSAUER, Gerd: Vortrag, gehalten auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes Norddeutscher Papierfabriken in Timmendorf am 19.5.1972
- Ferner wurden vom Verfasser Gespräche in verschiedenen Unternehmen der Papierindustrie, dem entsprechenden Wirtschaftsverband und diversen nationalen und internationalen Institutionen geführt.

Tabellarischer Lebenslauf

Persönliches: 30. September 1941 in Lauban/Schlesien
geboren.
Eltern: Dipl.-Kaufmann Eduard Supthut und
Ehefrau Regine, geb. Büchting

Schulbesuch: Kerkwitz/Lausitz, Lahr/Schwarzwald, Mennig-
hütten/Westf. und Berlin

Technische Aus- 1958 bis 1960 Lehre zum Papiermacher bei
bildung: der Feldmühle AG.
(Besuch Fachschule der Papierindustrie
Gernbach/Baden)
Tätigkeit im Versuchslabor Feldmühle AG,
Hillegossen.

Wehrdienst: 1961 bis 1963 (Marine)

Kaufmännische 1964 bis 1966 Lehre zum Industriekaufmann
Ausbildung: bei Gottwald & Co., Karton- und Papier-
fabrik GmbH, Berlin-Spandau

Universitäts- 1966 bis 1970 Studium der Betriebswirt-
ausbildung: schaftslehre FU Berlin

Diplomexamen 1970 (Diplomkaufmann)

Berufliche 1970 4 Monate Volontär in einem Bundes-
Tätigkeiten: ministerium in Bonn;
Seit April 1971 Wissenschaftlicher Assistent
(tz) Fachbereich 10 FU Berlin Berlin;
Gleichzeitig Lehrbeauftragter für Betriebs-
wirtschaft an der Technischen Fachhoch-
schule Berlin;
SS 1972 zwei Lehraufträge (Betriebswirt-
schaftslehre) im Fachbereich 10 FU Berlin.

